DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Mittwoch, 18. Dezember 1985 - D ★★★

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Nr. 294 - 51.W.- Preis 1,20 DM - I H 7109 A

Belgien 35,00 bfr. Dänemark 8,75 dkr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 140 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 275,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 115 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 150 Pts. Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Europa: Den EG-Außenministern ist es gestern gelungen, die Vertragstexte für die geplante Reform der Gemeinschaft fertigzustellen. Jetzt müssen nur noch Dänemark und Italien ihren allgemeinen Vorbehalt gegen das Reformpaket zurückstellen. Den Dänen ging es bisher zu weit, den Italienern nicht weit genug. (S. 5)

Briefmarke: Erstmals gab die „DDR" jetzt zu, aus politischen Gründen Briefe aus der Bundesrepublik mit der neuen Vertriebenenmarke postwendend zurückzuschicken. Das Ostberliner Blatt „BZ am Abend" warf der Bundespost vor, den „Revanchismus über den Briefkasten kommen" zu lassen.

Arbed Saarstahl: Die saarländische Landesregierung hat ein Ultimatum zur Rettung des Völklinger Konzerns gestellt. Sie werde die bereits beschlossenen Finanzhilfen von 350 Millionen Mark nur auszahlen, wenn sich auch Bund, Gewerkschaften, Arbeitnehmer und Gläubigerbanken an der Sanierung beteiligten.

Blockade: Der Straßengüterverkehr zwischen der Bundesrepublik und den Niederlanden ist durch den Streik der niederländichen Lkw-Fahrer an den Grenzübergängen zum Erliegen gekommen. Auch der Pkw-Verkehr wurde teilweise stark behindert.

Rumänien: Unter dem Druck der chronischen Nahrungsmittelknappheit hat die Staatsführung ein zusätzliches Ministerium für die Nahrungsmittelindustrie und die Beschaffung landwirtschaftlicher Produkte geschaffen. Außerdem soll ein Netz von Betriebsküchen und -verkaufsstellen für die Arbeiter und ihre Familien eingerichtet werden.

Verzicht: Pakistan und Indien haben sich verpflichtet, die Nuklearanlagen in den jeweiligen Ländern nicht zu sabotieren, teilte der pakistanische Präsident Zia nach seinem Treffen mit dem indischen Ministerpräsidenten Gandhi in Neu-Delhi mit. (S. 10)

Afghanistan: Trotz des Wintereinbruchs gehen die heftigen Kämpfe zwischen afghanisch-sowjetischen Truppen und den Widerstandskämpfern weiter. Am 27. Dezember jährt sich zum sechsten Mal der Tag der sowjetischen Invasion. (S. 4)

Golfkrieg: Der irakische Präsident Hussein hat bei seinem Besuch in Moskau die Bereitschaft seines Landes bekräftigt, den vor mehr als fünf Jahren ausgebrochenen Krieg mit Iran am Verhandlungstisch beizulegen. Wie die Nachrichtenagentur Tass meldete, habe auch Staatschef Gromyko auf eine solche Konflikt-Regelung gedrängt. (S. 5)

ZITAT DES TAGES



»Der Soldat, der sich aus Furcht vor langfristigen Nachteilen anpaßt, der vorsorglich zurücksteckt und mit seiner Meinung ängstlich hinterm Berg hält, ist nach meiner Beobachtung nicht die Regel«

Generalinspekteur Wolfgang Altenburg auf der 28. Kommandeurtagung der Bundeswehr in Karlsruhe (S. 10)

FOTO: GÜNTHER OED

WIRTSCHAFT

Steuerreformen: Auf bis zu 60 Milliarden Mark netto veranschlagt Minister Stoltenberg das Volumen der Steuerreformen von 1989 bis 1995, die also der zweistufigen Steuersenkung 1986/88 von knapp 20 Milliarden hinzuzurechnen sind. Voraussetzungen seien anhaltendes Wirtschaftswachstum und Fortsetzung der Haushaltsdisziplin. (S. 2 und 11)

Geldmenge: Morgen beschließt der Zentralbankrat der Bundesbank das Geldmengenziel für 1986. Der Sachverständigenrat aus dem Haus der Bundesbank hatte eine Ausweitung des Zielkorridors von drei bis fünf Prozent in diesem und auf vier bis sechs Prozent im nächsten Jahr empfohlen. (S. 11)

Flick-Aktien: Über ein internationales Bankenkonsortium offeriert die Deutsche Bank 3,4 Millionen Daimler-Benz-Aktien aus dem Flick-Besitz zum Kurs von 1120 DM. (S. 11)

Börse: An den Aktienmärkten kam es zu der erwarteten Konsolidierung. Der Rentenmarkt war weiter freundlich. WELT-Aktienindex 259,94 (261,15). BHF-Rentenindex 104,866 (104,727). BHF-Performance Index 109,236 (109,061). Dollarmittelkurs 2,5120 (2,5224) Mark. Goldpreis pro Feinunze 321,15 (318,60) Dollar.

KULTUR

Rückzug: Der Generalmusikdirektor des Philharmonischen Staatsorchesters in Hamburg, Hans Zender, wird seinen Vertrag vorzeitig zum Ende der laufenden Spielzeit kündigen. Er könne nicht, wie erhofft, längerfristige Pläne verwirklichen. (S. 21)

Schauspieler: „Von 1000 Leuten tun 900 die Arbeit, 90 geht es gut, neun tun Gutes und ein Saukerl hat das Glück, ein Künstler zu sein." So sieht sich, mit Tom Stoppard gesprochen, der heute 59jährige Schauspieler Martin Benrath. (S. 21)

SPORT

Ski: Der schwedische Weltmeister Jonas Nilsson (22) gewann in Madonna di Campligio (Italien) seinen ersten Weltcup-Slalom. Zweiter wurde der Jugoslawe Bojan Krizaj vor dem Liechtensteiner Paul Frommelt. (S. 8)

Handball: Nach drei Jahren ist die deutsche Nationalmannschaft der Frauen in die Weltklasse zurückgekehrt. Mit dem 16:15-Sieg über Polen bei der B-Weltmeisterschaft schaffte sie den Aufstieg in die A-Gruppe. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Pate: Nach der kaltblütigen Ermordung Paul Castellos, Chef der mächtigsten amerikanischen Mafia-Familie Gambino, auf offener Straße in New York befürchtet die Polizei den Ausbruch eines neuen Gangsterkriegs. (S. 22)

Komet: Schon vor seinem Schwenk um die Sonne überraschte der Halleysche Komet die Astronomen. Er schleuderte eine ungewöhnliche Materie-Fontäne Hunderttausende von Kilometern weit in den Raum. (S. 22)

Wetter: Neblig-trüb, etwas Niederschlag. 7 bis 10 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kohl stellt klar: Bei SDI geht es vorrangig um die Sicherheit

Kabinett entscheidet heute über Verhandlungen / Kompromißformel zu 116

Co./gba. Bonn

Für Bundeskanzler Helmut Kohl geht es bei der Teilnahme deutscher Firmen am amerikanischen Weltraumforschungsprgramm (SDI) und damit auch bei der angestrebten Rahmenvereinbarung mit Washington nicht nur um die technologische Entwicklung, sondern primär um die Sicherheitspolitik. Dies hat Kohl gestern – 24 Stunden vor dem Beschluß des Bundeskabinetts über die Aufnahme von Verhandlungen mit der US-Regierung über Rahmenbedingungen für eine SDI-Beteiligung – in einem Rundfunkinterview klargemacht.

Kohl: „Für uns Europäer und als Deutsche ist es existenziell, daß die deutsche und europäische Sicherheit von den Überlegungen der Weltmächte nicht abgekoppelt wird. Das ist der entscheidende Punkt. Ich bin im übrigen der Meinung, daß wir dabei eine gute Chance haben."

Als Verhandlungsführer wird das Kabinett Bundeswirtschaftsminister Bangemann (FDP) benennen. In Regierungskreisen rechnet man mit einem einstimmigen Beschluß, obwohl die Gremien der FDP beschlossen hatten, ein umfassendes deutsch-amerikanisches Technologie-Abkommen anstelle einer gezielt auf SDI gerichteten Vereinbarung anzustreben. Weiter wird das Kabinett den Entwurf zur Neufassung des Neutralitätsparagraphen 116 verabschieden und den Umweltbericht 1985 des Bundesinnenministers billigen.

Bundeskanzler Kohl präzisierte gestern im Süddeutschen Rundfunk zu SDI: „Es geht jetzt um die Entscheidung, ob wir möglichst vernünftige Rahmenbedingungen für die deutschen Firmen erzielen können. Der Wirtschaftsminister heißt Bangemann. Folglich wird er auch in dieser Frage die Verhandlungen führen. Es ist gar nichts Besonderes, auch keine FDP-Spezialität, sondern eine Frage der Geschäftsordnung der Bundesregierung."

Die Freien Demokraten hatten erkennen lassen, daß sie statt des von der CDU/CSU befürworteten SDI-Regierungsabkommens lediglich eine generelle Vereinbaung über technologische Zusammenarbeit setzen wollten. Tatsächlich wird es jedoch um eine auf die SDI-Forschung zielende Vereinbarung gehen, die möglicherweise auch eine generelle Verbesserung der bisher nur unzureichend geregelten technologischen Zusammenarbeit mit den USA erbringen wird.

Wie der Kanzler gestern ankündigte, rechnet er damit, daß auch die italienische Regierung wie die britische eine SDI-Vereinbarung anstreben wird.

Im Entwurf zur Novellierung des Paragraphen 116 AFG wird die von Gewerkschaften und Arbeitgebern gleichermaßen abgelehnte Kompromißformel enthalten sein, daß außerhalb eines bestreikten Tarifgebietes an mittelbar betroffene Arbeitnehmer dann kein Arbeitslosen- oder Kurzarbeitergeld bezahlt wird, wenn dort von der Gewerkschaft „annähernd gleiche Hauptforderungen" gestellt worden sind. Damit soll die Finanzierung von „Stellvertreterstreiks" durch den Staat verhindert werden. Weiter schreibt der Entwurf, der jetzt dem Bundesrat zugeleitet wird, fest, daß außerhalb der streikenden Branche prinzipiell an alle mittelbar Betroffenen – etwa Reifenhersteller bei Streiks in der Metallindustrie – Lohnersatz durch die Bundesanstalt bezahlt wird. Schließlich ist eine Klausel vorgesehen, nach der die Bundesanstalt prüfen kann, ob die Aussperrung in einem drittbetroffenen Unternehmen tatsächlich durch den Streik in einem anderen Tarifgebiet bedingt ist.

DER KOMMENTAR

Angst und Wirklichkeit

PETER GILLIES

Eine gute deutsche Schrekkensvision ist stets ausstaffiert mit kalter Technik, mit Computern, Robertern und einschlägigem Teufelswerk. Die Angst, die dort ihr strenges Regiment führt, nennt einen Schweißautomaten stets einen „Jobkiller" und erwartet von jeder neuen Technik nur die Produktion neuer Arbeitsloser.

Die Wirklichkeit ist anders. Die „Meta-Studie" des Bundesforschungsministeriums faßt die Erkenntnisse zusammen, die so unbestritten wie unpopulär und unbekannt sind: Arbeitsplätze gehen nicht durch einen lebhaften technischen Wandel verloren, sondern werden im Gegenteil durch ihn erst erhalten. Branchen, die besonders zügig neue Produkte und Verfahren schufen, stellten Mitarbeiter ein, jene dagegen, die den Strukturwandel verschliefen oder verschleppten, mußten Leute entlassen. Wenn in der Branche, die 60 Prozent aller Industrieroboter einsetzt, gleichzeitig die Beschäftigung am stärksten steigt, muß man noch nicht „Chip-Chip-Hurra" rufen, darf aber das Klischee von der arbeitsplatzgefährdenden Technik anzweifeln.

Technisch sind die Deutschen auf den Strukturwandel recht gut eingestellt, psychologisch sind sie es mitnichten. Eine europäische Vergleichsstudie ergab, daß die Deutschen eine besondere Grämlichkeit befällt, hören sie das Wort „Computer". Es ist ihnen zutiefst unsympathisch, ermittelten die Allensbacher Meinungsforscher, fast so unsympathisch wie die Begriffe „Werbung", „Konsum" oder „Sozialismus".

In der Elektronik haben sich alle Zukunftsängste materialisiert – am stärksten bei den Deutschen, die doch als zweitgrößte Exportnation so blitzschnell auf Wandlungen reagieren müßten. In keinem Land Europas ist die Abwehr gegen die elektronischen Gesellen so stark wie bei uns; im besten Falle vermögen wir unsere Ängste auf Resignation zu verkleinern. Da hülfe die Verbreitung der Erkenntnis schon, daß neue Techniken nicht nur Angst schaffen, sondern auch Arbeitsplätze.

Für Biedenkopf ein Platz in Bonn?

Kühles Klima in der nordrhein-westfälischen CDU / Spekulationen auch um Norbert Blüm

WILM HERLYN, Düsseldorf

In der nordrhein-westfälischen CDU mehren sich die Zeichen, daß die Vorsitzenden der beiden Landesverbände von Rheinland und Westfalen-Lippe eine grundsätzliche Einigung über die Personalfrage erzielt haben. Aber sowohl Dieter Pützhofen als auch Professor Kurt Biedenkopf vereinbarten Stillschweigen. Sie wollen noch einmal im Januar kommenden Jahres zusammentreffen.

Die Lösung, die beiden Vorstellungen gerecht wird, sieht vor, daß sich Biedenkopf auf dem Fusionsparteitag im März als 1. Vorsitzender der geeinten CDU in NRW zur Verfügung stellen wird. Das bedeutet gleichzeitig den Verzicht Pützhofens auf eine Kampfkandidatur gegen den Westfalenchef, obgleich die rheinische CDU auf Grund eines komplizierten Verteilungsschlüssels ein leichtes Übergewicht auf dem Parteitag haben wird.

Mit seiner Wahl soll Biedenkopf aber auch öffentlich erklären, daß er ein Bundestagsmandat anstrebe und seine Forderung auf Platz eins bekräftige. Dabei ließ er schon durchblicken, daß er lieber als Parlamentarier nach Bonn gehen möchte, anstatt ein Regierungsamt anzunehmen. In dieser Funktion verspricht er sich mehr Freiheiten.

In Teil zwei des angestrebten Übereinkommens soll festgelegt werden, daß Biedenkopf spätestens 1988 den Platz frei gibt für den Krefelder Oberbürgermeister. Pützhofen selbst hatte sich als erster festgelegt, als er öffentlich erklärte, sein Aufgabenfeld sei die Landespolitik, und „wer Landesvorsitzender der geeinten CDU ist, wird auch deren Spitzenkandidat für die Landtagswahl 1990". Mit dieser Aussage wollte er offensichtlich auch Biedenkopf dazu bewegen, Farbe zu bekennen.

Beide wollen eine „Lösung von draußen" vermeiden. Damit wird der immer noch nicht fallengelassene Plan umschrieben, nach dem sich Bundesarbeitsminister Norbert Blüm zur Verfügung stellen könnte. Blüm selbst dementiert zwar, aber weiter als bis zur Bundestagswahl im Januar 1987 will auch er nicht blicken. Immerhin erntete er für eine unzureichende Rede vor dem rheinischen Parteitag im Oktober wahre Begeisterungsstürme.

Ungeklärt ist immer noch der Zuschnitt eines CDU-Bezirkes „Ruhrgebiet". Die Westfalen befürchten, ein geeintes Revier sei ein zu großer Machtblock, die Rheinländer boten als Kompromißformel an, nur den Kern des Gebietes zwischen Duisburg und Dortmund zusammenzufassen. Offen ist auch die Bestellung eines Generalsekretärs, der vom Parteitag gewählt werden muß. Das Klima zwischen Biedenkopf und Pützhofen ist sachlich und kühl, nachdem sich der Krefelder vehement gegen eine Neuauflage der von Biedenkopf angestrebten Filzokratie-Debatte im Revier ausgesprochen hatte.

Unklarheit im Vertrag über Kulturaustausch

Co. Bonn

Der Ständige Vertreter Bonns in Ost-Berlin, Hans-Otto Bräutigam, hat gestern darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung beim Kulturabkommen mit der „DDR" die „Verhandlungsmöglichkeiten in der derzeitigen Situation voll ausgeschöpft" habe. Er bezog sich damit auf die Einbeziehung West-Berlins, die nicht nur durch die Frank-Falin-Klausel, sondern auch durch die Vereinbarung einer Reihe konkreter Projekte sichergestellt worden sei.

Weder Bräutigam noch zuständige Bonner Politiker erwähnten jedoch auch nur mit einem Wort, ob Westberliner Künstler künftig bei Auftritten in der „DDR" von der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik repräsentiert und betreut werden können. Genau dies haben die Sowjets bisher verweigert und damit die Realisierung des deutsch-sowjetischen Kulturabkommens verhindert.

Seite 2: Lücke im Kulturabkommen

„Ein gutes Jahr für den Umweltschutz"

gba. Bonn

Bundesinnenminister Zimmermann rechnet 1986 mit dem Abschluß eines Abkommens mit der „DDR" über die Zusammenarbeit im Umweltschutz. Auf Abteilungsleiterebene sei man in mehreren Besprechungen im Laufe dieses Jahres „ziemlich weit" gekommen. Dasselbe gelte für die Verhandlungen mit der CSSR. Zur Bilanz seiner Umweltpolitik sagte der Minister: „1985 war ein gutes Jahr für den Umweltschutz." Mit einer Reihe von Maßnahmen habe die Regierung ihr selbstgesetztes Pensum drei Jahre nach Amtsantritt praktisch erfüllt. Zimmermann verwies dabei insbesondere auf die Großfeuerungsanlagenverordnung, die Einführung des schadstoffarmen Autos und des bleifreien Benzins sowie auf die veränderte Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft, deren dritter Teil im Frühjahr in Kraft treten soll.

Seite 10: Auflagen kaum tragbar

Honecker mußte Warschau besänftigen

Ost-Berlin liefert hochwertige Güter nach Polen / Kritik an Zusammenarbeit mit Bonn irritierte „DDR"

H. R. KARUTZ, Berlin

Staats- und Parteichef Erich Honecker mußte bei seiner Stippvisite in Warschau die Unruhe und Irritation der Polen über die anhaltende deutsch-deutsche Zusammenarbeit durch eine kostspielige Übereinkunft besänftigen. Die „DDR" zahlte dafür mit dem Abschluß umfangreicher Wirtschaftsvereinbarungen einen hohen Preis.

Die Abreden gehen bis ins Jahr 2000 und zwingen Ost-Berlin beispielsweise, hochwertige Konsumgüter nach Polen zu liefern, Kohle und andere Brennstoffe zu beziehen und verstärkt polnische Dienste bei der Restaurierung ganzer Altstadt-Kerne in der „DDR" in Anspruch zu nehmen – gegen Devisen, wie es in Warschau üblich ist.

Die „DDR"-Presse verschwieg gestern den eindeutig interessantesten Teil von Honeckers Ausflug nach Warschau: Die amtliche Nachrichtenagentur PAP war darin offener und meldete, Honecker und sein Gastgeber, General Jaruzelski, hätten ein Vier-Augen-Gespräch geführt, das „doppelt so lange wie im Besuchsprogramm vorgesehen" gedauert habe. Bei dieser Gelegenheit kamen mit Sicherheit die starken polnischen Bedenken gegen einen „Sonderweg" Ost-Berlins gegenüber der Bundesrepublik zur Geltung.

Sie waren Ende Oktober in der auflagestärksten Zeitung der Hauptstadt, „Zycie Warszawy", formuliert worden und stammten vom Mitteleuropa-Experten des Blattes. Ausgerechnet am Tage der Veröffentlichung des Kommuniqués des Gipfels, den der Warschauer Pakt damals kurz vor Genf in Sofia abhielt, kamen die Sorgen der Polen in diesem Beitrag unverhohlen zum Ausdruck.

Autor Wojciech Pomianowski mahnte, Ost-Berlin habe den strategischen Zielen Bonns in Richtung Wiedervereinigung zwar eine Absage erteilt, gleichzeitig lege die „DDR" jedoch bei der Gestaltung ihrer Beziehungen zum westlichen Nachbarn „viel Pragmatismus" an den Tag. Der Dialog zwischen Bonn und Ost-Berlin habe jedenfalls ein „bisher nicht verzeichnetes Niveau" erreicht, obwohl die international wirkenden politischen Spannungen anhielten.

Der Vergleich zwischen dem Handelsverkehr zwischen der Bundesrepublik und der gleichsam als EG-Inland betrachteten „DDR" mit den Bezügen zwischen Warschau und Ost-Berlin machte dann vollends die kritische Distanz Warschaus gegenüber der SED-Führung deutlich. Der Journalist verwies auf das Rekordergebnis von 15,5 Milliarden Verrechnungseinheiten für 1984. Dagegen nähmen sich die 2,8 Milliarden Mark Gesamtumsätze im ersten Halbjahr 1985 zwischen den beiden „Bruderländern" ausgesprochen ärmlich aus.

Dies alles mag Erich Honecker bewogen haben, die Polen trotz damit verbundener weiterer Belastung der mitteldeutschen Wirtschaft durch ökonomische Versprechen freund-

● Fortsetzung Seite 10

Bürgerkrieg in Uganda beendet

DW. Nairobi

Nach dreieinhalbmonatigen Verhandlungen haben die Militärregierung und die Rebellenbewegung Nationale Widerstandsarmee (NRA) von Uganda gestern in der kenianischen Hauptstadt Nairobi einen Friedensvertrag unterzeichnet. Die Unterschrift leisteten der ugandische Staatschef General Tito Okello, Rebellenführer Yoweri Museveni und Kenias Staatspräsident Daniel Arap Moi. Die öffentliche Unterzeichnungszeremonie löste unter der Bevölkerung wahre Freudenstürme aus. Ugandische und westliche Beobachter erklärten jedoch, es werde voraussichtlich noch lange dauern, bis nach mehr als 20 Jahren des Blutvergießens in Uganda der Friede wiederhergestellt werden könne.

Zusammenspiel mit der RAF

W. K. Bonn

Die deutschen Sicherheitsbehörden erwarten nach der Festnahme des mutmaßlichen führenden Mitgliedes der belgischen „Kämpfenden kommunistischen Zellen" (CCC), Pierre Carette und dreier Komplizen, Einblick in Aufenthaltsräume und Bewegungen von Angehörigen der linksterroristischen „Rote Armee Fraktion" (RAF). Es handele sich um einen Schlag von großer Bedeutung für die weitere Bekämpfung des Linksterrorismus in Westeuropa, sagte ein hoher Beamter der WELT. Der 33jährige Carette war nach bisherigen Ermittlungen bei Anschlägen der „Action directe" beteiligt und bei dem Bombenanschlag in Oberammergau Sprengstoffbeschaffer.

Seiten 2 und 5: Weitere Beiträge

Roboter müssen keine Jobkiller sein

DW. Bonn

In Unternehmen, die unter Wachstumsschwäche leiden und noch zu wenig neue Technologien einsetzen, sind nach Auffassung von Forschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) Arbeitsplätze am ehesten gefährdet. Riesenhuber stützt diese Einschätzung auf die Auswertung einer umfassenden Untersuchung über „Arbeitsmarktwirkungen moderner Technologien", die als sogenannte Meta-Studie im Auftrag des Forschungsministeriums alle bisher vorliegenden Arbeiten in diesem Bereich erfaßt hat.

Nicht ein forcierter technisch-organisatorischer Wandel sei das auslösende Moment für den Verlust von Arbeitsplätzen in den vergangenen Jahren gewesen, sondern eher das Gegenteil: Wachstums-, Produktivitäts- und Wettbewerbsschwächen, betonte der Minister. Zusätzliche neue Daten über die Entwicklung vom August 1984 bis August 1985, die bei einem Presseseminar des Ministeriums vorgelegt wurden, sollen diese These stützen. Danach wurden während dieses Zeitraums in innovationsstarken Branchen, darunter vor allem im Automobilbau und der Elektrotechnik, 60 000 neue Arbeitsplätze (plus 2,3 Prozent) geschaffen. In Branchen mit einer nur durchschnittlichen Innovationshäufigkeit entstanden 37 000 neue Arbeitsplätze (plus 1,9 Prozent), in innovationsschwachen Bereichen, so insbesondere dem Baugewerbe, wurden dagegen 16 000 (minus 0,9 Prozent) abgebaut.

Aus der vom Kölner Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik angefertigten Meta-Studie geht nach Angaben Riesenhubers hervor, daß zwischen 1973 und 1980 rund 80 Prozent aller eingesparten Arbeitsplätze in produktivitätsschwachen und mit internationaler Konkurrenz auf den Absatzmärkten konfrontierten Branchen verlorengingen. Als Beleg für die positiven Folgen des Einsatzes moderner Technologien werden in der Studie vor allem die Autohersteller genannt. Obgleich dort inzwischen an die 60 Prozent aller in der Bundesrepublik vorhandenen Industrieroboter eingesetzt sind, stieg die Zahl der Beschäftigten. Die Hälfte der Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes setze bereits die Mikroelektronik bei Produktion und Produkten ein, erläuterte der Minister. Damit stehe die Bundesrepublik Deutschland im Europavergleich an erster Stelle vor Großbritannien (47 Prozent) und Frankreich (38 Prozent).

Eingeräumt wurde von Experten des Kölner Instituts allerdings, daß vor allem Hilfs- und angelernte Arbeitnehmer sowie ältere Arbeitskräfte und berufstätige Frauen, die den Qualifizierungsanforderungen nur bedingt gerecht werden, mit dem Verlust ihrer Arbeitsplätze rechnen müssen. Angesichts der heftigen öffentlichen Diskussion darüber, ob die neue Technik ein Jobkiller oder ein Jobknüller ist, wurde zugleich vor extremen Positionen gewarnt.

Aus Zimbabwe kommen neue Attacken gegen Südafrika

Terroristen legen Minen / Zivilisten werden angegriffen

M. GERMANI, Johannesburg

Südafrikas Verteidigungsminister Magnus Malan hat Zimbabwe davor gewarnt, weiterhin zuzulassen, daß Terroristen des ANC Minen in Südafrika legten. Damit reagierte er auf eine Explosion vor zwei Tagen auf der Wildfarm „Chatsworth" im Nordtransvaal. Zwei Erwachsene und vier Kinder im Alter von zwei bis neun Jahren wurden getötet, drei Erwachsene und zwei Kinder erlitten teilweise schwere Verletzungen.

Bereits vor drei Wochen waren in dieser Gegend verschiedene Minen explodiert, die ein Todesopfer und verschiedene Verletzte gefordert hatten. Alle Spuren führten direkt nach Zimbabwe.

Inzwischen gab der Sprecher des ANC in Lusaka, Tom Sebina, zu, daß seine Organisation die Explosionen ausgelöst habe. Es handele sich um die gleiche Art von Minen bei Explosionen der vergangenen Wochen. Er begründete den jüngsten Anschlag damit, daß im Nordtransvaal ein größerer Truppenaufmarsch der südafrikanischen Armee im Gange sei; gleichzeitig bedauerte er den Tod von Zivilisten. Diese Aussage steht im Gegensatz zu dem Beschluß, den ANC vor einigen Monaten auf seiner Konferenz in Sambia gefaßt hatte: Die Organisation wolle sich künftig auf leicht verwundbare Ziele, also Zivilisten, konzentrieren, hatte es geheißen.

Malan sagte vor Pressevertretern, weitere Aktionen von ANC-Terroristen an der Grenze zu Transvaal mit Zimbabwe könnten zu einer ähnlichen Situation führen, in der sich die Swapo in Angola befindet. Politische Beobachter schließen daraus, daß bei weiteren Anschlägen die von Außenminister Pik Botha nach den ersten Explosionen geäußerte Warnung wahrgemacht werden könnte, daß die südafrikanische Armee die Terroristen bis nach Zimbabwe hinein verfolgen werde.

Die Regierung Mugabe hat den Vorwurf bisher immer zurückgewiesen, daß sie dem ANC erlaube, Nachschub- und Ausbildungslager in Zimbabwe einzurichten.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Eines Ministers Seufzer

Von Peter Gillies

Gemeinhin erwartet man von Politikern, daß sie sich etwelcher Wohltaten rühmen und den politischen Gegner für deren Verhinderung verantwortlich machen. Daß ein Finanzminister von sich behauptet, er habe seine Hauptaufgabe – die Konsolidierung – noch nicht gelöst, ist eher selten. Die Staatskasse ist zwar mit der Einsicht bekanntgemacht worden, daß man mit dem Geld der Steuerzahler auch sparsam umgehen kann, aber das Ziel ist noch sehr, sehr fern.

Gerhard Stoltenberg kommentierte gestern eine Studie über die Finanzpolitik der nächsten Jahre. Es wurde ein sehr sorgenvoller Kommentar, denn die Ansprüche aller an die soziale Absicherung bleiben hoch, die Bereitschaft, dafür mehr Steuern und Abgaben zu zahlen, ist jedoch längst an Grenzen gestoßen. Die Spielräume für die Steuerreform der neunziger Jahre, über die so einnehmend debattiert wird, eröffnen sich nur, wenn zweierlei zusammentrifft: ein stetiges Wirtschaftswachstum und eiserne Ausgabendisziplin.

Hinzu tritt allerdings das Problem der kommunizierenden Röhren: Man darf sich nicht der Steuersenkung rühmen, wenn man gleichzeitig die Sozialabgaben erhöht und damit das Ziel verfehlt, den Staatsanteil zu senken und der privaten Initiative eine Gasse zu schlagen. Nicht weil eine Regierung die nächsten Wahlen gewinnen will, sind Steuerentlastungen von Zeit zu Zeit nötig, sondern weil unser Steuersystem auf beständige Wucherung programmiert ist. Hier müssen immer wieder neue entlastende Schnitte vorgenommen werden.

Wie weit wir vom Ziel entfernt sind, zeigt unter anderem die Zinslastquote des Bundes. Er muß heute für die Verzinsung seiner Schulden etwa das Vierfache dessen aufwenden, was noch 1970 nötig gewesen war. Die Bugwelle der Altschulden zehrt an der Kraft des Staatsschiffes. Wer also jetzt wieder ausschenken will, sollte die Spielräume von morgen nicht unbedacht verringern, sondern besser über die fälligen Strukturentscheidungen bei Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung nachsinnen. Von allen Bürden eines Finanzministers ist wohl diese die schwerste: die Solidität, die über Legislaturperioden hinausreicht.

Hamburger Connection

Von Helmut Hetzel

Mit der meisterhaft ausgeführten Aktion der belgischen Polizei, die die Verhaftung des womöglich gesamten Führungskaders der Terrorgruppe „Kämpfende Kommunistische Zellen" (CCC) am Montag in Namur zur Folge hatte, ist den Belgiern ein Schlag gegen den Terror gelungen, wie ihn keine westliche Polizei spektakulärer vollbrachte.

Vor allem auf die Festnahme des in Belgien meistgesuchten Mannes Pierre Carette können Justizminister Jean Gol und die belgische Polizei stolz sein. Der familiäre Hintergrund des mutmaßlichen CCC-Chefs – sein Vater war vor seiner Pensionierung hoher Beamter des belgischen Sicherheitsdienstes – mag erklären, warum es den Sicherheitskräften lange Zeit so schwer fiel, der CCC auf die Spur zu kommen. Carette wußte, so ist zu vermuten, vieles über die Arbeitsweise der Sicherheitsdienste, deren Strukturen und Ermittlungsstrategien.

Interessant ist, wo der junge Carette seine politische Sozialisation – wie man das so nennt – erhielt. Wieder einmal bestätigt es sich, daß die marxistischen Sympathisantengrüppchen die Rekrutierungsfelder des Terrors sind und daß, wer sie unter Beobachtung hält, es nachher leichter hat, Menschenleben zu schützen.

Zwar liegen bisher noch keine definitiven Erkenntnisse darüber vor, ob die CCC Weisungen direkt aus Moskau erhielt. Festzustehen scheint nach der Verhaftung von Carette, daß die CCC, zieht man die Verbindungen zur deutschen RAF und der französischen Action directe in Betracht, in gewisser Weise ein Kind der deutsch-französischen Terrorehe ist.

Die CCC-Bomben waren hauptsächlich gegen die NATO, außerdem gegen Banken gerichtet. Dadurch wurde die Allianz allerdings nicht geschwächt. Noch auch wurden die Banken daran gehindert, weiterhin ihren Geschäften nachzugehen. Man mag es ironisch oder man mag es bezeichnend finden, daß die gewalttätigen Feinde Amerikas ausgerechnet in einem der allertypischsten amerikanischen Lokale speisten, in einem Hamburger-Restaurant, als man sie schnappte. Aber es ist nichts Ironisches dabei, daß im freien Westen so etwas wie freiwillige Vorausabteilungen der Sowjetarmee operieren.

Familienpolitik

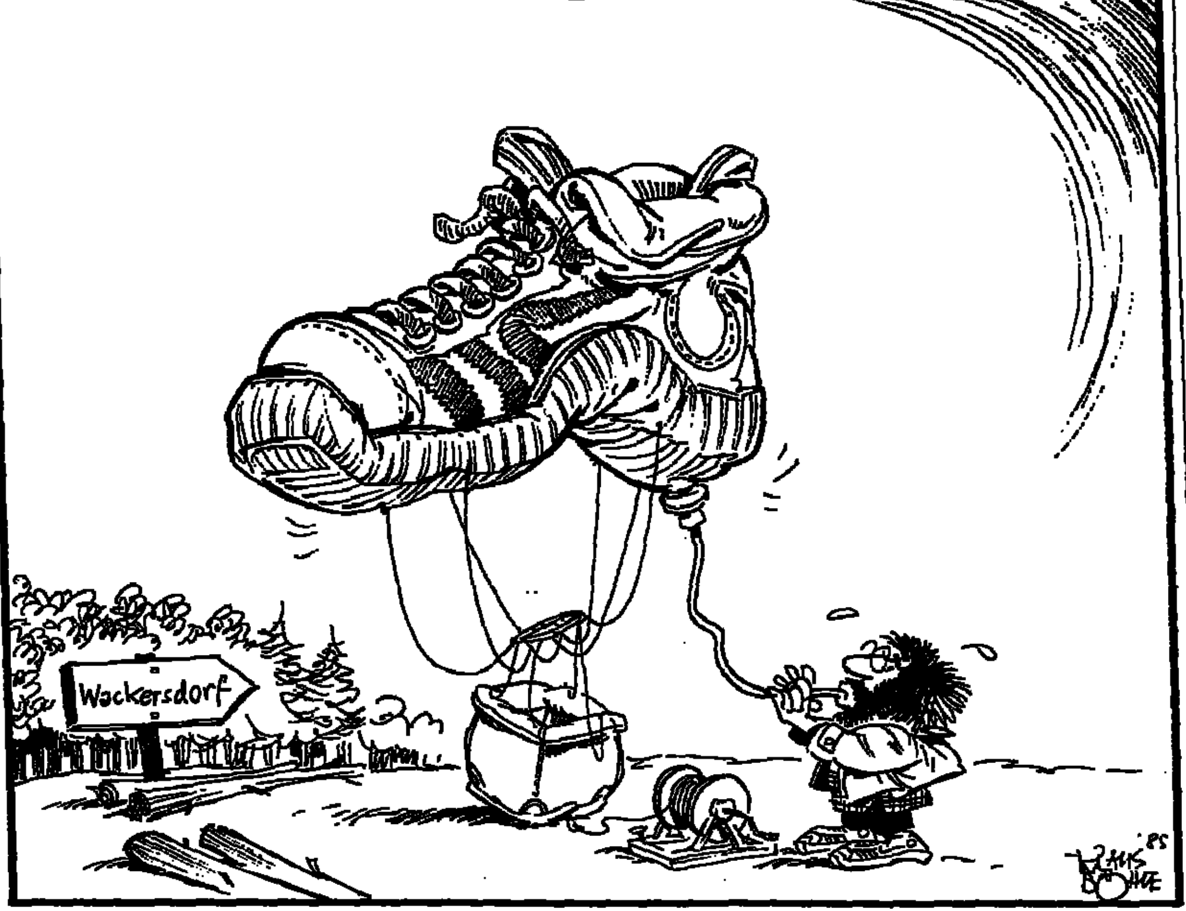
Von Evangelos Antonaros

Neben dem Vorwurf, er regiere das Land immer autoritärer, wird neuerdings eine weitere Anschuldigung gegen den griechischen Ministerpräsidenten Andreas Papandreou vorgebracht: Nepotismus, also Förderung der eigenen Familienangehörigen und ihres Bekanntenkreises.

Kostas Nikolaou, Leiter der griechischen Sendung bei der Deutschen Welle während der Obristenzeit, Gründungsmitglied der regierenden Pasok-Partei und bis vor einigen Wochen Vizepräsident des Europa-Parlaments, hat Papandreou beschuldigt, „unter dem Deckmantel von demokratischen Gepflogenheiten zu einer autoritär-totalitären Amtsausübung zu tendieren". Die griechischen Freiheiten und Bürgerrechte seien daher in Gefahr.

Mag sein, daß diese überdramatisierte Feststellung von einer persönlichen Verbitterung herrührt. Neu ist sie allerdings nicht. Mit Entrüstung hatte kurz zuvor die Athener Presse auf Papandreous Entscheidung reagiert, den seit Jahren üblichen täglichen Kontakt der Presse mit dem jeweiligen Regierungssprecher abzuschaffen. Ihm, der dem Athener Parlament seit vier Jahren nur ein knappes dutzendmal seine Aufwartung gemacht hat, waren die bohrenden Fragen zu unangenehm geworden. Erst als der Journalistenverband mit einem Streik drohte, machte Papandreou einen Rückzieher. Aber er hatte die Widerstandsfähigkeit seiner Kritiker getestet.

Unbehelligt dagegen frönt Papandreou dem Nepotismus. Seine Familienangehörigen und etliche „Nahestehende" sind nach bester balkanesischer Tradition in Ämtern und Würden. Seine Ehefrau steht bei der Frauenorganisation der Regierungspartei an der Spitze, sein Schwiegersohn leitet Griechenlands Sozialversicherungsanstalt und gehört dem Küchenkabinett an, sein ältester Sohn Georgios ist Staatssekretär im Kulturministerium. Zyniker wollen sogar wissen, daß Kostas Laliotis, bis vor zwei Wochen angehender Star der Sozialisten und Regierungssprecher, hinausgeekelt worden sei, weil er dem künftigen Aufbau von Papandreous Sohn im Wege gestanden habe. Papandreou Junior sprach von „haltlosen und vulgären" Lügen. Aber dem stehen vulgäre Fakten gegenüber.



Abgeblasen KLAUS BÖHLE

Lücke im Kulturabkommen

Von Bernt Conrad

Aus dem Text des Kulturabkommens mit der „DDR" ergeben sich Fragen, die bisher erstaunlicherweise noch niemand gestellt hat. Beispielsweise diese: Wird der Ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland Künstler aus West-Berlin, die in der „DDR" gastieren, dort offiziell begrüßen, betreuen und auch wieder verabschieden können? Wird die SED-Führung „DDR"-Offiziellen erlauben, an Empfängen des Ständigen Bonner Vertreters für Westberliner Gast-Künstler oder -Wissenschaftler teilzunehmen? Wird die Ständige Vertretung bei der technischen Vorbereitung und Durchführung der Gastspiele Hilfe leisten können?

Diese Fragen leiten sich aus den bitteren Erfahrungen mit dem deutsch-sowjetischen Kulturabkommen vom 19. Mai 1973 ab. Hat daran zwölf Jahre später bei den Verhandlungen mit Ost-Berlin niemand mehr gedacht? Oder hielt man die Praktizierung der Außenvertretung Berlins in diesem Punkt, der bisher eine Realisierung des deutsch-sowjetischen Kulturabkommens verhindert hat, gegenüber dem Wunsch nach einem sichtbaren innerdeutschen Erfolg für zweitrangig?

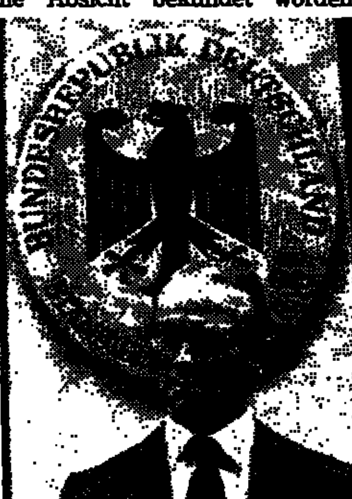
Hier die Fakten: Das während Breschnews Bonn-Besuch 1973 von den Außenministern Andrej Gromyko und Walter Scheel unterzeichnete Kulturabkommen enthält in Artikel 16 jene Frank-Falin-Formel, die jetzt auch in Artikel 13 des Abkommens mit der „DDR" ihren Niederschlag gefunden hat: „Entsprechend dem Viermächteabkommen vom 3. September 1971 wird dieses Abkommen in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt."

Das war damals als Erfolg für Berlin gefeiert worden, und das findet auch diesmal breiten Beifall. Tatsächlich hat die Frank-Falin-Formel aber im sowjetischen Fall keinen Nutzen gebracht. Denn als deutsche und sowjetische Diplomaten darangingen, ein erstes Zweijahresprogramm „zur Verwirklichung der Ziele dieses Abkmmens" laut Artikel 12 auszuhandeln, lehnte Moskau jede Handlung, die eine Außenvertretung West-Berlins bedeutete, in diesem Zusammenhang konsequent ab. Da ging es dann um so banale und andernorts absolut normale Dinge wie Begrüßung und Betreuung durch den Botschafter der Bundesrepublik, offizielle Bonner Empfänge und ähnliches.

„Wer könnte behaupten, daß dadurch der Status von Berlin beeinträchtigt worden wäre?" hielt damals Günther van Well (heute deutscher Botschafter in Washington) in einem vielbeachteten Aufsatz den Sowjets vor. Er fügte hinzu: „Unerklärlich ist, wie die Sowjetunion realistischerweise annehmen kann, daß die Bundesregierung angesichts der politischen und rechtlichen Lage je imstande sein könnte, von einer Berlin-Einbeziehung abzusehen."

Der Appell van Wells verhallte ergebnislos: Bis heute haben sich die Sowjets nicht bereit erklärt, ihr Veto gegen eine vernünftige Praktizierung der Außenvertretung Berlins durch Bonn in einem Zweijahresabkommen für den Kulturaustausch aufzugeben. Daran haben auch zwischenzeitlich aufgeflammte Hoffnungen – etwa nach Moskau-Besuchen des früherem Bundeskanzlers Helmut Schmidt und des jetzigen Bundeskanzlers Helmut Kohl – nichts ändern können.

Typisch für Bonns Hilflosigkeit in diesem Dilemma ist, wie es daraufhin im Abkommen mit Ost-Berlin zunächst einmal die Bestimmungen über die Durchführung protokollarisch herunterstufte. War im deutsch-sowjetischen Text noch die Absicht bekundet worden, „Zweijahresprogramme für die Zusammenarbeit zu vereinbaren", so ist diesmal nur davon die Rede, daß die Partner „zur Durchführung des Abkommens Arbeitspläne abstimmen", die jeweils den Zeitraum von zwei Jahren umfassen. Das ist eine wesentlich flexiblere Formel, die zeigt, daß man die Regelung schwergewichtiger Statusfragen in diesem Rahmen erst gar nicht ins Auge gefaßt hat.



Warum sollte er Westberliner Künstler nicht empfangen dürfen? Ständiger Vertreter Bräutigam FOTO: DPA

So wird es denn als Erfolg gefeiert, daß im Vorgriff auf den ersten „Arbeitsplan" schon zweiundzwanzig Veranstaltungen vereinbart worden sind, an denen West-Berlin dreimal beteiligt ist. „Die Öffentlichkeit kann daran erkennen, daß die DDR nicht nur aufgrund der Vertragsklausel die Möglichkeit sieht, daß West-Berlin einbezogen ist, nein, sie kann daran erkennen, daß die DDR auch bereit ist, das zu tun", erklärte gestern Bonns Ständiger Vertreter in Ost-Berlin, Hans Otto Bräutigam.

Das ist in der Tat ein erfreuliches Faktum. Aber liegt nicht das Auftreten von Westberliner Künstlern in der „DDR" und die Abhaltung von mitteldeutschen Ausstellungen in den Westsektoren eigentlich im eigenen Interesse der „DDR"? Auch die Sowjets hatten ja nie etwas dagegen, daß Westberliner Künstler nach Moskau kamen. Das Problem war stets nur ihre vom Kreml abgelehnte Repräsentanz durch den deutschen Botschafter. Und weshalb soll das, worauf die Bundeskanzler Brandt, Schmidt und Kohl einhellig gegenüber Moskau bestanden, gegenüber Ost-Berlin – hier: Repräsentanz durch den Ständigen Vertreter – weniger wichtig sein? Ein Verzicht in diesem Punkt wäre ein bedenklicher Präzedenzfall.

Das müßte man eigentlich auch dem Osten klarmachen können, denn Moskaus (und damit der „DDR") Widerstand gegen eine praktische Anwendung der im Viermächteabkommen bestätigten Regel der Außenvertretung West-Berlins durch die Bundesrepublik ist, bei Licht besehen, die Infragestellung eines sonst vom Osten für heilig erklärten Zustandes: des Status quo im Nachkriegseuropa. Oder ist er nur dann heilig, wenn er im Interesse des Kreml liegt?

IM GESPRÄCH Salgado Zenha

Der ewige Zweite

Von Rolf Görtz

Sie waren Jugendfreunde. Sie gingen zusammen zur Schule, wählten dasselbe Studium und eröffneten ihre Anwaltsbüros nahe dem Lissaboner Rossio-Platz. Sie hatten dieselben Ideale und gingen dafür ins Gefängnis des Salazar-Regimes. Gemeinsam gründeten sie mit zwei Dutzend Freunden in Düsseldorf ihre Partei, die Sozialistische Partei Portugals. Aber immer war der eine vorne, der Erste, der Sieger: Mario Soares. Er heiratete Maria Barosa, die Schauspielerin, die der andere im stillen verehrte: Francisco Salgado Zenha, immer der Zweite, der Strengere, Genauere, immer ein wenig Ironische, wenn nicht Bittere.



Mit dem Jugendfreund bitter verfeindet: Salgado Zenha FOTO: WEREK

Jetzt stehen sie einander als Feinde gegenüber. Beide kandidieren für die portugiesische Präsidentschaftswahl in einigen Wochen. Hatte Mario Soares trotz der großen Wahlniederlage vom Oktober berechtigte Aussicht, die portugiesische Linke wenigstens im zweiten Durchgang auf sich zu vereinen, so ist diese Aussicht jetzt in Frage gestellt. Neben der Linkskatholikin Maria de Lurdes Pintasilgo kandidiert auch Salgado Zenha als dritter Präsidentschaftsanwärter der Linken. Ganz überraschend ließ er sich von der Reformpartei des scheidenden Staatspräsidenten General Antonio Ramalho Eanes aufstellen. Ihn werden also die meisten Eanisten, der linke Flügel der sozialistischen Partei und alle Kommunisten wählen. Bei der Stichwahl im zweiten Durchgang muß einer von beiden sich mit dem Kandidaten der Bürgerlichen, Professor Freitas do Amaral, messen.

Salgado Zenhas Kandidatur erscheint als psychologische Konsequenz jener zu spät vorgenommenen Abnabelung des mit 62 Jahren etwas Älteren von dem ihm intellektuell keineswegs überlegenen Mario Soares. Als es vor fünf Jahren darum ging, ob die Sozialisten General Eanes bei seiner Wiederwahl zum Staatspräsidenten ein zweites Mal unterstützen oder nicht, trennte sich Soares – wenn auch vorübergehend – von seinen Vorstand. Und diesmal folgte ihm Salgado Zenha nicht mehr. Auf der Suche nach einer Galionsfigur hatten linke Sozialisten, die spät aus dem marxistischen Lager zur Partei stießen, Salgado Zenhas stille Unzufriedenheit mit der Rolle der ewigen Nummer zwei erkannt und so lange geschürt, bis es zum Bruch kam.

Mit Salgado Zenha als ihrem Sprecher setzte sich damals (1980) die Parteilinke durch. Sozialisten und Kommunisten gründeten für Eanes jene Wahlkomitees, die heute das organisatorische Rückgrat der Reformisten-Partei des Generals bilden. Es soll eine Volkspartei werden, in der Kommunisten, Linkssozialisten und Militär-Sozialisten den Ton angeben. Und mit Salgado Zenha als Präsident will die Eanes-Partei die sozialistische Partei von Soares – bis vor kurzem die stärkste des Landes – auf den dritten Platz verweisen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Nominierung des SPD-Kanzlerkandidaten Rau stand im Mittelpunkt der Kommentare:

Münchner Merkur

Die erste Grundsatzrede von Johannes Rau als Kanzlerkandidat der SPD war von erlesener Lauheit, hatte die Konturen eines saugfähigen Schwammes und den Neuigkeitswert einer Zeitung von vorgestern. „Bruder Johannes" blieb sich treu. Er bot etwas für Herz und Gemüt, Kaviar fürs Volk und Naturkost für eine Gesunder-Leben-Gesellschaft.

NÜRNBERGER Nachrichten

Ganz gleich, auf welchem politischen Feld er sich auch bewegte, da gab es nichts, was man nicht vorher so oder so ähnlich – und oft schon besser – gehört hätte, sei es bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Steuerreform oder der Forderung nach einer „zweiten Phase" der Entspannungspolitik. Und selbst ein Kandidat, der antritt, Kanzler „aller Bürgerinnen und Bürger" zu sein, darf nicht so wenig Konturen zeigen, daß er schon nirgendwo mehr aneckt.

General-Anzeiger

Rau ist nicht die ganze SPD. Auf diesen Unterschied wird die Union immer wieder hinweisen, Rau als einen Politiker darstellen, der sich in lebenswichtigen Fragen nicht auf seine eigene Partei verlassen kann. Politische Munition gegen den Kohl-Herausforderer konnte die Union aus dessen gestriger Rede kaum formen, dafür war sie zu allgemein, blieb weitgehend im Unverbindlichen stecken und bot auch einige phrasenähnliche Selbstverständlichkeiten. (Bonn)

Neue Zürcher Zeitung

Obwohl Rau in vorhergehenden Erklärungen immer wieder beteuert hat, die SPD strebe 1987 die Rückkehr an die Macht allein aus eigener Kraft an und ein Bündnis mit den Grünen komme für ihn in Bonn unter keinen Umständen in Frage, äußerte er sich in seiner Ahlener Rede für diesen Punkt merkwürdig unbestimmt. Die Sozialdemokraten wünschten keine neue Parteikoalition, sondern vielmehr ein Bündnis unterschiedlicher sozialer Kräfte, eine „Koalition der Bürger". Deshalb werde man sich im Wahlkampf das Thema Parteienkoalition auch nicht aufschwatzen lassen. Was das nun für den Fall einer rot-grünen Mehrheit bei der nächsten Bundestagswahl konkret bedeuten würde, bleibt damit im Nebel.

LA STAMPA

Es fehlen noch 13 oder 14 Monate bis zu den Wahlen, aber die Parteien schärfen schon die Waffen. Dies haben jetzt – mit unterschiedlichem Ausgang – die Sozialdemokraten und die Grünen getan. Die SPD hat eine gute Leistung vollbracht, die Grünen haben enttäuscht. Die SPD hat ihr langsames und intensives Bemühen zur Rückkehr zur Mitte fortgesetzt; die Grünen haben ihre Neigungen zum Radikalismus bestätigt. Zusammengenommen lassen diese beiden Ereignisse auf jeden Fall derzeit die Wahlchancen von Helmut Kohl unverändert. Diese Chancen sind durch die wirtschaftliche Blüte üppig und äußerst günstig. (Turin)

Von der Erfahrung Blässe angekränkelt

Wie Frankreichs Sozialisten heute Wirtschaftspolitik machen / Von Joachim Schaufuß

Frankreichs Sozialisten haben sich gemausert. Man könnte schier von einer Mutation sprechen beim Vergleich der Wirtschaftspolitik von heute mit den beiden ersten sozialistischen Jahren.

Damals hatten die Sozialisten mit der Rose in der Hand ihren Wählern den Himmel auf Erden versprochen: Weniger arbeiten und mehr verdienen. Höchstens 39 Stunden in der Woche und mindestens fünf Wochen Urlaub im Jahr – bei vollem Lohnausgleich, versteht sich – sowie die massive Erhöhung der Altersrenten, Familienzulagen und Mindestlöhne waren die ersten Errungenschaften.

Diese Volksbeglückungspolitik sollte die französische Konjunktur ankurbeln mit dem Ziel der Überwindung der Arbeitslosigkeit. Das war das wichtigste Wahlversprechen Mitterrands. Tatsächlich aber nahm die Zahl der Arbeitslosen von 1,7 auf inzwischen 2,3 Millionen zu. Jetzt sagt der Präsident, daß seine Experten die Lösung des Problems seinerzeit viel zu optimistisch eingeschätzt hätten.

Aber der eigentliche Grund für die so stark gestiegene Arbeitslosigkeit war der Verfall der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs infolge der gestiegenen sozialen Belastungen als Kehrseite der Volksbeglückung. Außerdem weigerten sich die Unternehmen wegen des verstärkten Entlassungsschutzes, Personal einzustellen. So profitierten vom französischen Konsumboom vor allem die Importeure. Mit der Folge, daß die Auslandsdefizite zunahmen.

Mehr der Not der rapide gestiegenen Auslandsverschuldung und dadurch verschlechterten Kreditwürdigkeit gehorchend als aus eigenem Antrieb stellte die Regierung im März 1983 das Steuer auf Austerity. Vor allem dank einer rigorosen Einkommenspolitik gelang es, die Inflationsrate von vierzehn auf knapp fünf Prozent zu drücken. Noch stärker verminderte sich – unter dem Druck der Arbeitslosigkeit – der Lohnanstieg. Mit der Folge beträchtlicher Kaufkraftverluste. Wie weit diese Faktoren die französischen Parlamentswahlen vom nächsten März beeinflussen werden, ist schwer zu sagen.

Bisher jedenfalls waren die Franzosen weit weniger inflationsempfindlich als die Deutschen – so lange ihre Kaufkraft stimmte. Andererseits ist das Arbeitslosenproblem inzwischen durch zahlreiche soziale Maßnahmen entschärft worden. Nicht zuletzt aber versucht die Regierung, mit einer Fülle von kleineren Liberalisierungsmaßnahmen den Bürgerlichen Wind aus den Segeln zu nehmen.

Gewiß gehen deren Liberalisierungsversprechen sehr viel weiter. In der Praxis wäre aber zunächst wohl kaum mit einer scharfen Wende zu rechnen, sondern eher mit einer allmählichen Beschleunigung der bisherigen Liberalisierungspolitik. Schließlich haben Frankreichs Liberale im Wirtschaftsbereich eine recht dirigistische Vergangenheit.

Umgekehrt stehen die französischen Sozialisten heute in mancher Beziehung sogar weniger weit links als die deutschen Sozialdemokraten. Das gilt nicht nur für ihre realistischere Einstellung gegenüber dem Umweltschutz und gegenüber der Kernenergie, sondern inzwischen auch für das Arbeitslosenproblem. Die frühere Vorstellung von Bundeskanzler Schmidt, die Arbeitslosenquote unter die Inflationsrate zu drücken, ist für Mitterrand überholt. Man könnte ihn heute als einen Fanatiker der Inflationsbekämpfung beschreiben.

Der dunkle Punkt der sozialistischen Ära bleiben natürlich die umfangreichen Verstaatlichungen, welche die Bürgerlichen wieder rückgängig machen wollen. Zwar sind auch hier ideologische Abstriche gemacht worden. Es geht den Sozialisten heute nicht mehr darum, die Staatsunternehmen in den Dienst der Arbeitsplatzbeschaffung zu stellen. Aber auf mehr als eine „Durchlüftung" des öffentlichen Sektors – etwa Teilprivatisierung von Tochtergesellschaften – wollen sie sich nicht einlassen.

Allerdings haben auch die Bürgerlichen in dieser Beziehung keine ganz reine Weste. Sie möchten wohl deshalb ihre Eigenverstaatlichungen, insbesondere von Renault und den drei Großbanken (unter der provisorischen Regierung de Gaulle 1946), aufrechterhalten. Daß sie überdies ausländische Beteiligungen an den zu privatisierenden Unternehmen auf höchstens zwanzig Prozent beschränken wollen, ist ein weiterer Schönheitsfehler.

Für die Bundesrepublik Deutschland scheinen demnach die nächsten französischen Wahlen von geringerer Bedeutung zu sein als die letzten, die einen radikalen Bruch mit der bestehenden Wirtschaftsordnung herbeigeführt hatten. Für den Fall eines bürgerlichen Sieges könnte sich allerdings das Verhältnis der Regierung zu dem bis 1988 im Amt bleibenden Staatspräsidenten auch als wirtschaftspolitisches Problem erweisen. Bei einer schwachen bürgerlichen Mehrheit in der Nationalversammlung will Mitterrand, wie er jetzt andeutete, auf einer sehr weitgehenden eigenen Aktionsfreiheit bestehen.

Glänzende Zahlen versüßen die VW-Party in „Himmelsgarten“

Dreißig Jahre Volkswagen in den USA, das ist ein Grund zum Feiern: Der Erfolg war riesig, die Gegenwart ist strahlend, die Zukunft scheint erfolgversprechend.

Von HORST-A. SIEBERT

Im „Himmelsgarten“ des Hotels St. Moritz on-the-Park, von dem man auf New Yorks berühmten Central Park blickt, feiert die Volkswagen of America Inc. (VWoA) heute ihren 30. Geburtstag. Das Hauptquartier der 100prozentigen Wolfsburger US-Tochter befindet sich zwar seit Jahren schon in Troy nahe der Autostadt Detroit, aber die Wahl der etwas verwitterten Nobelklause hat einen guten Grund: Hier schlugen 1955 der von Heinz Nordhoff in die Vereinigten Staaten entsandte Will van de Kamp und der 25jährige Amerikaner J. Stuart Perkins ihr erstes Büro auf.

In einer Suite, nur unterstützt von einer Sekretärin, bastelten van de Kamp und Perkins, der später zum Präsidenten des Unternehmens aufstieg, monatelang an Händlernetz und Organisationsform. Erst als Wolfsburg weiteres Personal schickte, zog die kleine Mannschaft in ein Büro im sechsten Stock der 720 Fifth Avenue, ebenfalls eine feine Adresse, um. Gegründet wurde zunächst die Volkswagen United States, die aber schon bald sanft entschlief. Ihr folgte die VWoA als alleiniger Importeur.

Nahezu 100 Gäste, darunter viele inzwischen pensionierte und abgewanderte Kämpen der zweiten und dritten Stunde, begeben sich heute auf eine nostalgische Fahrt in die Vergangenheit. Zurückblicken können sie trotz Rückschlägen und Fehlentscheidungen auf ein gewaltiges Werk. Der Erfolg spricht für sich: Auf US-Straßen rollen mehr als fünf Millionen Volkswagen, davon immer noch drei Millionen Käfer. Einschließlich Audi kann die Heimatzentrale auf 1300 Händler bauen. Durch VW fanden 40 000 Amerikaner einen Job.

Wolfsburgs nicht wiederholbare Erfolgs-Story bleibt der Käfer, der noch heute in den USA von vielen liebevoll „Bug“ und natürlich „Beetle“ genannt wird. Mit ihm eroberte die Volkswagen AG in den goldenen Jahren 1968 bis 1970, als das Mengengeschäft Vorrang hatte, volle fünf Prozent des amerikanischen Pkw-Marktes. Zur Zeit sind es 2,8 Prozent, wovon 1,8 Prozent aus deutscher Produktion stammen.

Im Spitzenjahr 1968 wurden 423 000 Käfer, 51 000 Kleinbusse, Kombis und Camper sowie 96 000 andere Modelle über den Atlantik transportiert. Der Beetle galt als ehrliches und verläßliches Auto. Außerdem war er sehr preiswert. 1970 kostete der Käfer, ohne Steuern und mit Standardausrüstung, nur 1750 Dollar.

Die richtige Nase hatte Volkswagens erster Nachkriegschef, Nordhoff. Schon 1948 faßte er den Plan, Käfer auch in der Neuen Welt zu verkaufen. Ihm kam es damals aber nicht auf höhere Umsätze an; was er dringend zum Kauf amerikanischer Maschinen und Anlagen benötigte, waren Dollars. Nordhoff beuerte einen Holländer namens Ben Pon an, der im Januar 1949 auf dem Passagierschiff „Westerdam“ mit dem ersten offiziell exportierten VW in New York eintraf. Im selben Jahr wurden in den USA ganze zwei Käfer abgesetzt. Der Preis je Stück: 1400 Dollar.

Was der gescheiterte Ben Pon jedoch herausfand, war die Erkenntnis, daß sich Kraftfahrzeuge in Amerika ohne Service nicht verkaufen lassen. Sie gilt noch heute für Newcomer. Mit einem Stapel Käfer-Fotos im Gepäck flog Nordhoff Ende 1949 selbst über den Atlantik. Aber auch er fand keinen Händler und kehrte enttäuscht zurück. Ein Jahr später nahm Wolfsburg den New Yorker Importeur Max Hoffman unter Vertrag. 1950 fanden 330 VWs einen Käufer.

Mit dem Knüpfen eines Händler- und Service-Netzes begann dann westlich des Mississippi Gottfried Lange, ein ehemaliger Opelmann. Will van de Kamp, der später bei einem Deutschland-Besuch mit einem Porsche tödlich verunglückte, übernahm den östlichen Part. Als Großhändler für den absatzträchtigen Großraum Connecticut/New York/New Jersey gewann VW Arthur Stanton, der kürzlich mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet wurde. Etwa 1955, als 33 000 Käfer und 3200 andere Wagen verkauft wurden, war der Durchbruch geschafft. VWoA übernahm Hoffmans Rolle.

Wie es häufig in den USA ist: Ein Artikel mit dem Titel „The Car That Built a City“, erschien im Februar 1954 in Reader's Digest, gab dem Käfer das positive Image, das sich nur mit Henry Fords Tin Lizzi vergleichen läßt. In Wolfsburg wuchs die Euphorie derart, daß der Konzern 1955 mit dem Gedanken spielte, in Amerika die Käfer-Produktion aufzunehmen. Von Studebaker erworben wurde ein Montagewerk in New Brunswick, New Jersey. Nach sechs Monaten und einem Tag wurde es wieder abgestoßen, der Plan verworfen. Nordhoff hatte rechtzeitig erkannt, daß die Schätzungen nicht hielten, was sie versprachen. Vorher mußte das Händlernetz noch weiter gespannt werden. Im Januar 1959 zitierte Nordhoff, der sich auf dem Rückweg von der Mayo-Klinik befand, Carl H. Hahn, den heutigen VW-Chef, nach New York. Ihm übertrug er diese Aufgabe. Hahn stellte die gesamte Organisation auf den Kopf und führte Computer, Ausbildungs- und Forschungsprogramme sowie Reparaturnormen ein. Er verpaßte allen US-Händlern den blauweißen Volkswagen-Look. 1956 schlug die Wolfsburger US-Tochter ihr Hauptquartier für 22 Jahre in Englewood Cliffs, New Jersey, auf.

Es dauerte 23 Jahre, ehe sich Nordhoffs Traum von einer US-Produktion erfüllte. Unter Toni Schmücker begann im April 1978 in Westmoreland, Pennsylvania, die Montage des kleinen Golf („Rabbit“). Ende 1984 wurde er durch den großen Golf abgelöst. Schmücker schwebte die Rückkehr zu einem Marktanteil von fünf Prozent vor – ein hoffnungsloses Unterfangen, zumal da J. W. McLernon, von General Motors abgeworben, als Präsident der VWoA das „Kaninchen“ zu stark amerikanisierte.

Hier zeigte sich, daß die Autofahrer in den USA einen echten deutschen Wagen bevorzugen. Nach einem kleinen Zollskandal, der Wolfsburg 1982 das Osterfest verhagelte, trennte sich die AG von McLernon. Aber auch zwei Rezessionen machten der Tochtergesellschaft zu schaffen, wie übrigens der gesamten Branche. Wieder aufgegeben wurde beispielsweise ein zweites, in Sterling Heights bei Detroit geplantes Montagewerk.

Aber diese etwas bedrückende Ära ist längst überstanden. Jim Fuller, heute Präsident der VWoA, und Peter Fischer, Chef der jetzt weitgehend selbständigen Audi-Abteilung, werden das Menu im „Himmelsgarten“ mit glänzenden Zahlen versüßen. Wegen der üppigen Importgewinne weist die US-Tochter schon im dritten Jahr schwarze Zahlen aus. Im kommenden Jahr sollen die VW-Verkäufe in Amerika von rund 220 000 auf 250 000 Wagen steigen; Audi hofft auf nahezu 75 000, verglichen mit mehr als 73 000 in diesem Jahr. Renner sind der Jetta, weil große Kofferräume wieder gefragt sind, und der Audi 100. Einschließlich GTI liefen 1985 in Westmoreland 78 000 Golf vom Band, was sich nach dem schwachen Start sehen lassen kann.

Vom Design her muß der Golf in den USA mit mehr als 50 ähnlichen Wagentypen, zumeist nachgebaut, konkurrieren. Dieses Problem hatte der Käfer zu keiner Zeit. Er war so bekannt, daß Walt Disney drei Filme mit ihm als Hauptdarsteller drehte. Darüber spricht man heute im St. Moritz on-the-Park und vermutlich auch über die sich ändernden Ansprüche, die scharfen Betriebsauflagen, den in den 70er Jahren gesunkenen Dollar und die harte japanische Konkurrenz, die zusammen dem Beetle den Garaus machten.

Mehr als fünf Millionen Volkswagen rollen auf Nordamerikas Straßen FOTO: R. DIETRICH



Rückkehr zur Normalität: Auf den Straßen von Phnom Penh verkaufen zwei Jungen Buddhas FOTO: CAMERA PRESS

Der Alptraum ist geblieben

Das Massenmorden der Roten Khmer und die Hungerkatastrophen sind vorbei, aber nicht vergessen. Gegenwart und wohl auch Zukunft ist die Besetzung durch die Vietnamesen. Eindrücke einer Reise durch Kambodscha.

Von PETER ISELI

„In den ersten Jahren nach 1979 habe ich oft an meine Eltern denken müssen. Es tut sehr weh, aber jetzt habe ich mich entschlossen, sie ein wenig zu vergessen, um ein neues Leben anzufangen.“ Worte einer heute 30jährigen Frau in der kambodschanischen Hauptstadt Phnom Penh, die unter dem Regime der Roten Khmer zwischen 1975 und Ende 1978 ihre Eltern sowie den jüngeren Bruder verloren hatte. Heute arbeitet Noupech Khantha in der kambodschanischen Regierung, die von den Vietnamesen nach ihrem Einmarsch um die Jahreswende 1978/79 eingesetzt wurde.

Nach dreieinhalb Jahren brutaler Herrschaft der von Pol Pot angeführten Roten Khmer, während der fast die gesamte intellektuelle Schicht entweder getötet wurde, bei harter Zwangsarbeit auf dem Lande starb oder ins Ausland flüchtete, mußten die in Kambodscha verbliebenen Khmer von Grund auf neu anfangen. Eine schwere Aufgabe, die heute nach sieben Jahren vietnamesischer Besetzung nur in Ansätzen gelöst ist.

Tagsüber ist in der kambodschanischen Hauptstadt äußerlich nicht viel von der vietnamesischen Besatzung und vom Ausnahmezustand zu sehen. Nur vereinzelt trifft man auf Khmer-Soldaten, Angehörigen der vietnamesischen Armee begegnet man kaum. Außerhalb Phnom Penhs ist die Bewegungsfreiheit jedoch stark eingeschränkt: Reisen in die Provinzen sind für Einheimische und auch Ausländer nur mit Bewilligung nach mühsamen Verhandlungen möglich. Zahlreiche wichtige Straßen sind nach drei Uhr nachmittags gesperrt. Der Zug von Phnom Penh zur etwa 200 Kilometer entfernten Hafenstadt Kompong Som benötigt zwei Tage, da wegen der Sperrzeit auf halbem Weg übernachtet werden muß.

In der Hauptstadt ist seit 1979 zwischen 21.00 Uhr abends und 5.00 Uhr morgens eine Ausgangssperre in Kraft. Dann beziehen Soldaten der Khmer-Armee an den wichtigsten Straßenkreuzungen Position. Mit Ausnahme eines kleinen Bereiches in der Innenstadt kommt alles Leben zum Erliegen; zahlreiche Quartiere sind sowieso meistens ohne elektrischen Strom.

Die Widerstandskoalition „Demokratisches Kamputschea“ an der Grenze zwischen Kambodscha und Thailand – in der die Roten Khmer nach wie vor die bei weitem stärkste Fraktion sind – behauptet, ihre Aktivitäten im Inneren des Landes in diesem Jahr massiv verstärkt zu haben. Beim Besuch in Phnom Penh bestätigten Gesprächspartner, daß es Sabotageakte und gelegentlich auch Feuergefechte gebe.

So wurden offenbar tatsächlich mehrere Sprengstoffanschläge gegen die Bahnlinie Phnom Penh–Battambang verübt. Rund 50 Kilometer nördlich der Hauptstadt wurde im Sommer ein größeres Polizeihauptquartier überfallen. Die Explosion einer Handgranate auf dem zentralen Markt von Phnom Penh dagegen wird auf Rivalitäten unter Edelsteinhändlern und Schmugglern zurückgeführt und nicht auf vom Widerstand behauptete „häufige Guerrilla-Aktionen in und um die Hauptstadt“. Generell ist nach den Worten von Einheimischen und von Mitarbeitern internationaler Organisationen keine wesentliche Zunahme der Kampfhandlungen oder Anschläge festzustellen.

Sechs Jahre nach der Hungerkatastrophe von 1979, die eine der umfangreichsten aber auch schwierigsten Hilfsaktionen der internationalen Organisationen auslöste, ist die Versorgung Kambodschas mit Nahrungsmitteln immer noch nicht voll gesichert. Über das wahre Ausmaß der damaligen Hungersnot herrscht immer noch Unklarheit.

Sicherlich gehört Kambodscha aber auch heute noch zu den ärmsten Ländern der Welt, das sich nur mühsam erholt. Das jährliche Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung stieg nach zuverlässigen Schätzungen seit dem vietnamesischen Einmarsch lediglich von 90 auf 110 bis 120 Dollar. Die Behörden in Phnom Penh errechneten, daß 1984 400 000 Tonnen Reis zu wenig produziert wurden; in diesem Jahr wird ähnliches befürchtet.

Kambodscha hat sich im gesundheitlichen Bereich auch kaum von den Folgen der katastrophalen Politik der Roten Khmer erholt. Der Leiter der medizinischen Fakultät in Phnom Penh erklärte im Herbst vor ausländischen Korrespondenten, für das ganze Land mit seinen schätzungsweise 6,5 Millionen Einwohnern gebe es heute etwa 220 Ärzte. 170 von ihnen wurden erst nach dem vietnamesischen Einmarsch in teilweise drei- und sechsmonatigen Kursen ausgebildet.

Die Malaria ist nach übereinstimmenden Aussagen des Leiters der medizinischen Fakultät und von Ärzten in zwei besuchten Krankenhäusern zur Zeit die am weitesten verbreitete Krankheit. Dabei sind offenbar die westlichen Provinzen um die Stadt Battambang am schwersten betroffen. In einer Jahresbilanz berichtete das Gesundheitsministerium Ende November, bei 45 Prozent von über 300 000 Blutproben sei Malaria festgestellt worden.

Dankbarkeit für die Vertreibung Pol Pots, aber auch Mißtrauen gegenüber den neuen, fremden Herren – so faßte in Phnom Penh ein ausländischer Diplomat die Gefühle des Khmer-Volkes gegenüber den Vietnamesen zusammen. Die Schreckenszeit unter den Roten Khmer ist in Kambodscha nach wie vor allgegenwärtig. Und Vietnamesen wie Behörden sorgen dafür, daß es so bleibt.

Das ehemalige Foltergefängnis Tuol Sleng wurde zu einem Museum umgestaltet, die in Massengräbern gefundenen Skelette sorgsam gesäubert auf Gestellen aufgereiht. Fast jeder Gesprächspartner erzählt die Geschichte seiner Familie, die den Vater, die Mutter oder Geschwister verloren hat.

Bis heute ist nicht klar, wie viele Menschen damals wirklich umgebracht wurden; wie viele an Hunger oder durch Zwangsarbeit starben. Die Zahlen schwanken zwischen mehreren Hunderttausend und drei Millionen, je nachdem, woher sie stammen. Was bleibt, ist ein deutlich spürbarer Alptraum des Volkes der Khmer, Angst vor einer Wiederkehr dieser Zeit. Aber auch das Bewußtsein, auf lange Zeit hinaus abhängig zu sein vom übermächtigen Nachbarn Vietnam – Befreier und Besatzer zugleich.

Ein Sohn hat seinen Vater gefunden

Von BERND HUMMEL

Ein Mann weint. Er kniet nieder auf dem Friedhof für sowjetische Kriegsgefangene im hessischen Herleshausen und küßt die kalte Metallplatte, die das Gemeinschaftsgrab verschließt. Ein Sohn hat seinen Vater gefunden.

Iman Zeinalow aus dem Dorf Gazachlar in der Sowjetrepublik Aserbaidschan steht am Ende eines jahrzehntelangen Weges. Seinen Vater hat er nie gekannt, er war zehn Tage alt, als dieser in den Krieg mußte. „Heute ist ein schwerer Tag“, sagt Iman „aber auch ein guter.“

Daß das Schicksal von Dadasch Zeinalow, dem Bauern aus Baku, überhaupt noch geklärt werden konnte, ist der mutigen Tat des damaligen Bürgermeisters und Standesbeamten von Herleshausen, Karl Fehr, zu verdanken. Er widersetzte sich den Weisungen der SS und des NSDAP-Kreisleiters, nach denen russische Kriegsgefangene namenlos am Rande der Friedhöfe oder außerhalb der Lager zu begraben waren.

Trotz anderslautender Weisungen verlangte der Bürgermeister vom jeweiligen Lagerarzt für jeden russischen Toten einen Totenschein. So, wie es das preußische Standesamtsgesetz, das vom NS-Regime nicht außer Kraft gesetzt worden war, vorschrieb. Karl Fehr damals: „Wer in meiner Gemeinde stirbt, wird registriert und anständig begraben.“

Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte er als einziger Bürgermeister in Deutschland dem „Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge“ alle Namen und Daten der toten Kriegsgefangenen übergeben, die er hatte bestatten lassen.

Dadasch Zeinalow mit der Kriegsgefangenennummer „71730 KA“ starb am 22. März 1943 um acht Uhr morgens. Bestätigt hat dies per Unterschrift ein russischer Lagerarzt. Und das Buch weist auch aus, wo das Grab zu finden ist: Reihe 11 Nr. 205 des sowjetischen Friedhofs.

Der Sohn, der das Grab seines Vaters suchte, sitzt im Amtszimmer des heutigen Bürgermeisters Uwe Hartmann und streicht liebevoll über die Seiten dieses Registers. Eine 10 000 Kilometer lange Reise liegt hinter ihm.

Zu Hause, im Dorf Gazachlar, hängt im Wohnraum ein Bild des Vaters. Es ist der Schlüssel zu der jahrzehntelangen Suche. Iman Zeinalow: „Als ich 16 Jahre alt wurde, begann ich mit der Suche.“ Er sprach mit russischen Armeeangehörigen, die als Kriegsgefangene zurückgekehrt waren, bereiste zahlreiche Landesteile der UdSSR. Das einzige, was er außer einem Foto in der Hand hatte, war der letzte Brief des Vaters aus dem Jahr 1942. Erst nach Gesprächen im sowjetischen Außenministerium gab es neue Hofnung: Das Sowjetische Rote Kreuz (SRK) wurde eingeschaltet. 1976 kam die Antwort: Das Grab des Vaters ist bekannt. Der Sohn: „Bis zu diesem Zeitpunkt dachte ich immer noch, ich könnte meinen Vater lebend wiedersehen.“ Wieder war es das Bild des Vaters, das den Sohn ein Stück des Weges weiterbrachte. Als die Zeinalows in diesem Jahr den Frühlingsanfang feierten, da hörte der heute 44jährige wie seine 13jährige Tochter mit dem Bild ihres Großvaters sprach. Sie sagte: „Alle besuchen das Grab ihres Vaters, warum macht das mein Vater nicht?“ Iman Zeinalow beantragte noch im Frühjahr ein Visum, jetzt steht er am Grab.



Startbahn West: Hier rekrutieren sich die Demonstranten aus einem besonders aggressiven Umfeld FOTO: DPA



Wackersdorf: Ohne die martialischen Helme wirkte die Polizei weniger herausfordernd auf die Demonstranten FOTO: AP

Warum es in Wackersdorf friedlicher zugeht

Von D. GURATZSCH

Wackersdorf ist nicht Mörfelden-Walldorf. Die beiden Zentren des Widerstands von Protestgruppen gegen „Polizeigewalt" und technische Großprojekte unterscheiden sich himmelweit. Bei den Auseinandersetzungen an der Startbahn West in Frankfurt hat es immer wieder Verletzte und schwere Sachbeschädigungen gegeben. Millionenschäden wurden angerichtet. In Wackersdorf bei Schwandorf in der Oberpfalz dagegen ging die erste Bauplatzbesetzung soeben ohne Gewalttätigkeiten zu Ende.

Dabei ähneln sich die Anlässe für die Konfrontation zwischen Sicherheitskräften und Widerstandsgruppen hier wie dort durchaus. In beiden Fällen liegt der umstrittene Bauplatz mitten im Wald. Sowohl in der Doppelgemeinde an der Startbahn als auch im Taxöldener Forst bei Wackersdorf kam es zu Großkundgebungen. An beiden Orten wurden auf dem zur Rodung bestimmten Gelände Hüttendörfer errichtet, um die Rodungen zu blockiere. Die Startbahngegner bauten eine Hüttenkirche, die Wackersdorfer richteten ein großes schwarzes Kreuz auf, um den Zugriff der Staatsgewalt um so ruchloser erscheinen zu lassen.

Als aber am Montag starke Polizeikräfte das Wackersdorfer Hüttendorf mit seinen rund 700 meist jugendlichen Bewohnern umstellten und zu räumen begannen, zeigte sich der Unterschied. Über 400 ließen sich widerstandslos wegtragen, nur eine kleine übrigbleibende Gruppe wurde handgreiflich.

An der Startbahn indessen liefern auch heute noch, vier Jahre nach Beginn der Rodungsarbeiten und der Abräumung des ersten von später insgesamt vier Hüttendörfern und anderthalb Jahre nach Inbetriebnahme der Startbahn, Vermummte der Polizei am Startbahnzaun Sonntag für Sonntag Scharmützel. Erst vor wenigen Tagen, beim 200. „Sonntagsspaziergang" am 1. Dezember, wurden wiederum 13 Betonstreben aus der Begrenzungsmauer gebrochen, Polizeifahrzeuge demoliert und ein Lichtmast mit Molotowcocktails in Brand gesteckt. Die Polizei setzte sechs Wasserwerfer und Tränengas ein.

Vielleicht bietet die Szene in Wakkersdorf ein so viel friedlicheres Bild, weil die Polizeikräfte dort eine ganz andere Taktik verfolgen. Bei der Großdemonstration war weit und breit kein Polizist zu sehen. Schwere Ausrüstung wie Hubschrauber und Wasserwerfer ließ Polizeipräsident Hermann Friker bewußt im Arsenal. Seine Einsatzleiter ordneten immer wieder an, daß die Polizisten ihre martialischen Helme absetzten und die Schilde herunternahmen. Selbst als die Platzbesetzer Gräben aushoben und gefällte Baumriesen heranschleppten, blieben die Beamten gelassen.

Aber auch die Mentalitäten der ansässigen Bevölkerung an der Frankfurter Startbahn und in der Oberpfalz sind grundverschieden. Die kleine Stadt Walldorf leitet ihren Namen von den aufsässigen Waldensern her, die diesen Ort mit den zwei gekreuzten Dreschflegeln im Wappen 1699 gegründet haben; und im benachbarten Mörfelden mit seinem handwerklich-proletarischen Bevölkerungsteil gibt es eine stabile kommunistische Tradition, die bis in die Weimarer Republik zurückreicht (20 Prozent KPD) und die der DKP bis zur Kommunalwahl im Frühjahr noch immer 1985 Stimmenanteile von acht bis zehn Prozent sicherte. Hinzu kommt das großstädtische Einzugsfeld von Frankfurt mit seiner jugendlichen, studentischen Protestszene.

Das kleine Wackersdorf in der Oberpfalz dagegen hat eine ganz andere Tradition und ein anderes Umfeld. Seine Einwohner (heute sind es knapp 4000) haben schon einmal in die Priorität wirtschaftlicher Existenzsicherung eingewilligt. Das war Anfang der fünfziger Jahre, als der alte Ort dem Braunkohleabbau weichen mußte. Heute sind die Wakkersdorfer – ganz anders als die zum Teil von weit her angereisten Kernkraftgegner – mit ihrem SPD-Bürgermeister mehrheitlich für die in ihrem Wald geplante atomare Wiederaufarbeitungsanlage. Bei ihnen kann die Protestbewegung am wenigsten Rückhalt finden.

Mit Ibbenbüren drängt die CDU Gerhard Schröder in die Defensive

Von MICHAEL JACH

Gut zwei Wochen nach der umweltpolitisch für die SPD so peinlichen Inbetriebnahme des nordrhein-westfälischen Steinkohlekraftwerks Ibbenbüren, breitet sich unter CDU-Parteigängern in Niedersachsen ein Gefühl der Erleichterung aus. Hegte zuvor doch so mancher Christdemokrat im Lande die heimliche Sorge, SPD-Herausforderer Gerhard Schröder werde sich demnächst im Landtagswahlkampf den eineinhalb Jahre zurückliegenden Parallelfall des hiesigen Braunkohlekraftwerks Buschhaus noch weidlich zunutze machen.

Damit aber ist es vorbei – nicht allein infolge der Ibbenbürener Rolle des Düsseldorfer SPD-Ministerpräsidenten und Kanzlerkandidaten Johannes Rau, sondern, für niedersächsische Parteipolitik bedeutsamer, durch Schröders eigenes Zutun. Zwar hatte CDU-Landesvorsitzender Wilfried Hasselmann jene Ängste ohnedies nicht gelten lassen. Im Ministeramt für Bundesangelegenheiten ressortverantwortlich für des Landes Luftqualität, war er des meßzahlenbewehrten Hinweises nicht müde geworden, selbst mit dem zunächst (bis 1987) filterlosen Betriebsbeginn in Buschhaus sei die Umwelt immerhin schon relativ entlastet worden, da zugleich das alte Nachbarkraftwerk Offleben I stillgelegt wurde. „Übrigens", unterstreicht Hasselmann, „im Unterschied zu Ibbenbüren."

Nichtsdestoweniger fürchteten seine Parteifreunde die nachhaltige Wirkung der damaligen Entrüstung. Darauf angesprochen, kommt Hasselmann lieber gleich zur aktuellen Wendung des Themas: „Wenn Buschhaus je eine Wahlkampfwaffe war – jetzt kann die SPD sie endgültig vergessen." Und verweist auf „das Bild der Verlegenheit", das die Genossen eben erst im Landtag boten, als in einer von den Grünen veranlaßten Aktuellen Stunde „Ibbenbüren und die Auswirkungen auf Niedersachsen" zur Sprache kamen.

Nach ihrem Oldenburger Landesparteitag Ende November hatten die Sozialdemokraten sich darauf verlassen, daß ihr „Hoffnungsträger" Schröder glaubhafte Distanz erkennen lasse zum Ungeschick des Johannes Rau. Recht kleinlaut wohl, aber immerhin hatte Schröder ihnen in Oldenburg bedeutet, er werde „mit meinem Freund Rau" über das Kraftwerk nahe der Ländergrenze „einmal reden" müssen. Binnen Wochenfrist indes gelangte er in Hamburg gemeinsam mit Saar-Ministerpräsident



Landesbericht Niedersachsen

Oskar Lafontaine sowie den Kieler und Münchner SPD-Oppositionsführern Björn Engholm und Karl-Heinz Hiersemann zu einer „neuen Einschätzung". Derzufolge alle vier ihre einem Kanzlerkandidaten abträgliche Ibbenbüren-Kritik widerriefen.

Die SPD-Landtagsfraktion in Hannover legte sich wohl oder übel mit in die Kurve – und kam ins Schleudern. Ihr umweltpolitischer Sprecher Uwe Bartels, vormals selbst ein vollmundiger Streiter wider die „Dreckschleuder" Buschhaus, verweigerte den Gang zum Rednerpult: Persönlich blamieren mochte er sich nicht mit Schröders pflichtschuldigst zu vertretender „neuen Einschätzung" (die da lautet, „im Gegensatz zu Buschhaus" sei die Entgiftung von Ibbenbüren in Düsseldorf „offensiv betrieben" worden). Herhalten mußte wieder einmal Fraktionschef Karl Ravens: Dem kummergewohnten Parteisoldaten war das Mitgefühl selbst der triumphierenden CDU-Mannen sicher.

Denn was immer Ravens vorbringen mochte – Vorredner Werner Remmers hatte es bereits mit scharfen Hieben zerfetzt. Erst „wunderte" sich der CDU-Fraktionsvorsitzende noch: Exakt die gleichen Argumente („Arbeitsplätze" und „genehmigungsrechtliche Altanlage"), welche die SPD für Buschhaus nicht habe gelten lassen, führe Rau nun als Rechtfertigung für seinen „größten Stinker der Republik" ins Feld.

Mit Vorliebe freilich ließ Remmers sich den Selbstwiderspruch des Kandidaten Schröder auf der spitzen Zunge zergehen: Der erweise sich für Niedersachsens Genossen zusehends als „Altanlage mit Restnutzungsdauer", als „parteipolitische Investitionsruine, die nie ans Netz gehen wird". (Dem Remmers-Wort wuchsen Flügel: Tags darauf setzte die CDU-Opposition in Düsseldorf es bereits gegen Johannes Rau ein.)

Welche Tücken im Nebel der bis mindestens 1988 ungefilterten Ibbenbürener Stickoxide auf die SPD noch lauern, erfuhr am Ende der Landtagswoche just der Abgeordnete Bartels, als er sich eben wieder hervorwagte.

Da legte das Hasselmann-Ministerium nach Abschluß der Anhörung betroffener Städte und Betriebe die Endfassung der Smog-Verordnung für Niedersachsen vor, die zum 1. Februar nächsten Jahres in Kraft treten soll. SPD-Umweltpolitiker Bartels übte seine Oppositionspflicht aus und somit Kritik: Die Verordnung komme „viel zu spät" und lasse „wichtige Ballungs- und mögliche Belastungsgebiete" außer acht: „zum Beispiel den Raum Osnabrück".

Hasselmanns Konter zielt voll in die offene Deckung: „Belastungsgebiet Osnabrück? Schon möglich, neuerdings: Zwanzig Kilometer westlich stehen die Kamine von Ibbenbüren."

„UNO ist doppelzüngig"

US-Staatssekretär: Bei Afghanistan Moskau beim Namen nennen

PETER SCHMALZ, München

Eine unverständliche Rücksichtnahme der Vereinten Nationen auf die Interessen der Sowjetunion beklagt der für Menschenrechte zuständige Staatssekretär Richard Schifter. Während eines Afghanistan-Seminars der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung erklärte der US-Diplomat gestern in München, die UNO würde zwar jedes Jahr die Menschenrechtsverletzungen in Afghanistan verurteilen, dabei aber niemals den Namen des Staates nennen, der dafür die Verantwortung trägt.

In anderen Resolutionen, so Schifter, nannte die UNO sehr wohl Länder wie Südafrika, Israel, Chile und auch die Vereinigten Staaten, doch „für die Sowjetunion scheint es eine Sonderrolle zu geben". Er gab zu bedenken, ob es nicht ehrlicher wäre, die Länder der freien Welt würden das Risiko eingehen, bei der Abstimmung über die künftigen Afghanistan-Resolutionen einige Stimmen zu verlieren, dafür aber die Sowjetunion als Verursacher der Menschenrechtsverletzungen beim Namen zu nennen.

Die Doppelzüngigkeit einiger Vertreter der Vereinten Nationen erläuterte der Amerikaner an einem weiteren Beispiel: Nachdem der Österreicher Felix Ermacora für die UNO einen Bericht über das unmenschliche Verhalten der Russen in Afghanistan erstellt hatte, mußte er sich in der Weltorganisation den Vorwurf gefallen lassen, ein Faschist zu sein. Richard Schifter: „Früher, als er einen ähnlichen Bericht über Südafrika abgeliefert hatte, war davon nichts zu hören." Ausführlich berichtete Schifter von dem Einsatz der Spielzeugbomben, denen immer mehr Kinder zum Opfer fallen.

An einigen aktuellen Beispielen demonstrierte der Diplomat ein neu erwachtes Interesse der amerikanischen Medien an dem schmutzigen Krieg gegen die afghanische Bevölkerung und verband damit die Hoffnung, daß auch in weiteren westlichen Ländern die Berichterstattung verstärkt wird. Auch die vier in München anwesenden Führer von Widerstandsgruppen beklagten das geringe Interesse der Weltöffentlichkeit an dem, was sie „russische Barbarei" nennen. „Die Russen verbrennen in unserem Heimatland Menschen bei lebendigem Leibe, beerdigen Menschen lebendig und erschießen Kinder vor den Augen ihrer Eltern", berichtete Burhanudin Rabani.

Zum Abschluß der Tagung empfing Ministerpräsident Franz Josef Strauß die vier Führer zu einem Informationsaustausch in der bayerischen Staatskanzlei. Übereinstimmend gaben sie ihm dabei die Zusicherung, sie und ihre Kämpfer würden niemals zulassen, daß aus Afghanistan eine Sowjetrepublik wird.

Zimmermann stellt sich vor Spranger

gba. Bonn

Auf einer Sondersitzung des Bundestagsinnenausschusses wird Innenminister Zimmermann heute zu den im Spionage-Untersuchungsausschuß erhobenen Vorwürfen Stellung nehmen, der Parlamentarische Staatssekretär Spranger *habe* unkorrekt Berichte des Verfassungsschutzes über Abgeordnete der Grünen angefordert. Ebenfalls heute wird die Kommission zur Kontrolle der Geheimdienste (PKK) den Innenminister nach der finanziellen Unterstützung der Industrie bei der Suche des Bundesnachrichtendienstes (BND) nach den verschwundenen Fässern mit dem Seveso-Gift Dioxin befragen. In einem Interview des ZDF wies Zimmermann die Forderung der SPD nach einem Rücktritt Sprangers zurück. Von Mißbrauch des Verfassungsschutzes könne nicht die Rede sein. Es sei dessen selbstverständliche Aufgabe, alle verfassungsfeindlichen Bestrebungen zu untersuchen.

Der Rechtsexperte der SPD-Bundestagsfraktion, Alfred Emmerlich, bezeichnete Zimmermann als „Unsicherheitsminister", weil er die Praktiken Sprangers gutheiße. Der Innenminister halte es offenbar für normal, daß mit Hilfe des Verfassungsschutzes in der Vergangenheit von Abgeordneten „herumgewühlt" werde.

Stand Sare unter Einfluß von Drogen?

dpa, Wiesbaden

Der am 28. September in Frankfurt von einem Wasserwerfer der Polizei überfahrene und tödlich verletzte Demonstrant Günter Sare stand nach Informationen des hessischen FDP-Landtagsabgeordneten Hans-Joachim Otto zum Zeitpunkt des Vorfalls nicht nur unter Alkoholeinfluß, sondern hatte auch „erhebliche Mengen" des Rauschgifts Marihuana im Körper. Dies sei bei der Obduktion der Leiche festgestellt worden, berichtete der Politiker.

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt, die gegen die Besatzung des Wasserwerfers wegen Verdachts auf fahrlässige Tötung ermittelt, hatte bereits zu Beginn ihrer Nachforschungen mitgeteilt, in Sares Blut seien bei der Autopsie 1,49 Promille Alkohol nachgewiesen worden. Otto meinte, diese Befunde sprächen die Polizeibeamten zwar nicht automatisch von jeder Schuld frei, aber sie entlasteten die Besatzung des Wasserwerfers von dem seitens der hessischen Grünen geäußerten Verdacht, den Demonstranten vorsätzlich getötet zu haben.

Da Alkohol in Verbindung mit Rauschgift zu „sehr starker Beeinträchtigung der Steuerungsfähigkeit" führe, erkläre dies möglicherweise, weshalb Sare unter das Polizeifahrzeug geraten sei, sagte der FDP-Parlamentarier. Er forderte Innenminister Horst Winterstein (SPD) auf, zu den neuen Erkenntnissen noch vor Weihnachten Stellung zu nehmen. Es sei unerträglich, daß der „ungeheuerliche" Mordvorwurf gegen die Polizei noch immer im Raum stehe.

Südfunk will Landesregierung verklagen

rtr, Stuttgart

Der Süddeutsche Rundfunk (SDR) in Stuttgart bereitet nach Angaben seines Intendanten Hans Bausch eine Verfassungsbeschwerde gegen das baden-württembergische Landesmediengesetz vor. Nach Bauschs Auffassung verstößt Paragraph 13, Absatz zwei, des Gesetzes gegen den die Meinungsfreiheit sichernden Artikel fünf des Grundgesetzes, da er dem Süddeutschen Rundfunk verbiete, die Programmstruktur und damit Form und Inhalt seines gesetzlichen Auftrages selbst zu bestimmen, wie es in einer Mitteilung des SDR in Stuttgart hieß.

Das generelle Verbot regionaler oder lokaler Programme sei ein verfassungswidriger Eingriff. Der Gesetzgeber könne zwar organisationsrechtliche Strukturen bestimmen, aber nicht die Inhalte von Programmstrukturen, hieß es weiter. Der Eingriff benachteilige drei von fünf Regionen im Sendegebiet des SDR und verletze damit die Bestands-, Entwicklungs- und Funktionsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Der Rundfunkrat des SDR habe die Geschäftsleitung am Montag einstimmig beauftragt, alle Beeinträchtigungen im Programmangebot, die sich aus dem Landesmediengesetz ergäben, rechtlich zu prüfen und eine Verfassungsbeschwerde einzuleiten. Der Rundfunkrat beschloß außerdem, vorzeitig aus dem Ulmer Kooperationsmodell mit der privaten Presse beim ursprünglich auf zwei Jahre befristeten lokalen Hörfunkversuch auszusteigen.

Wackersdorf: Regierung ermittelt gegen Landrat

lz. München

Die bayerische Staatsregierung ist nicht gewillt, im Zusammenhang mit dem Bau der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf politische Verunglimpfungen durch den Schwandorfer Landrat Hans Schuierer (SPD) hinzunehmen. Innenminister Karl Hillermeier beauftragte gestern die Bezirksregierung der Oberpfalz, als zuständige Aufsichtsbehörde Äußerungen des Landrats disziplinarisch zu prüfen, die dieser bei der Demonstration am vergangenen Wochenende getan haben soll.

Nach unbestrittenen Meldungen beschuldigte Schuierer den Innenminister, seine „Polizeistreitmacht" zum Schutz einer „Ein-Mann-Demokratie" von Franz Josef Strauß zu mißbrauchen. Der Staatsregierung warf der SPD-Landrat vor, „Lügen, Täuschungen und Tricks" über die Wiederaufarbeitungsanlage zu verbreiten. Weiterhin habe er gefordert, „der Großmannsucht der CSU-Demokratur Grenzen" zu setzen.

Diese Äußerungen sind nach Auffassung Hillermeiers eine grobe Verunglimpfung der Regierung und der angegriffenen Politiker. Als bösartige Entgleisung des Leiters einer staatlichen Verwaltungsbehörde seien sie nicht hinnehmbar. Hiermit würden Entscheidungen, die auf der Grundlage verfassungsgemäßer und gültiger Gesetze getroffen wurden, in die Nähe einer Diktatur gesetzt. Nach der bayerischen Verfassung wird der Landrat zwar direkt gewählt, gilt aber zugleich als der Leiter der untersten staatlichen Behörde.

EG-Minister klären die offenen Fragen

WILHELM HADLER, Brüssel

Den Außenministern der EG ist es gestern gelungen, die Vertragstexte für die geplante Reform der Europäischen Gemeinschaft fertigzustellen. Jetzt müssen nur noch Dänemark und Italien ihren allgemeinen Vorbehalt gegen das Reformpaket zurückziehen, das Kopenhagen bisher zu weit und Rom nicht weit genug ging.

In zweitägigen Verhandlungen haben die Außenminister eine Reihe von Detailfragen geklärt, die bei den Beratungen des Luxemburger EG-Gipfels (2./3. Dezember) offengeblieben waren. Zugleich diskutierten sie auch über neue Vorstöße, das Mitspracherecht des Europäischen Parlaments zu stärken und das Europäische Währungssystem (EWS) deutlicher in den Verträgen zu verankern.

Die Mehrheit der Regierungen, darunter auch die deutsche, war erwartungsgemäß nicht bereit, die vom Gipfel ausgearbeiteten Kompromißformeln wesentlich abzuändern. Immerhin kommt der endgültige Vertragsentwurf den Wünschen der Straßburger Versammlung einen kleinen Schritt entgegen.

Er bestimmt, daß die Kommission im Falle von Abänderungsanträgen des Parlaments diese auch dann dem Rat vorlegen muß, wenn sie selbst sie sich nicht zu eigen macht. Unverändert bleibt jedoch der Grundsatz, daß dem Rat im Beschlußfassungsverfahren auch künftig auf jeden Fall das letzte Wort zukommt. Änderungswünsche der Abgeordneten, die nicht von der Kommission vertreten werden, kann der Rat künftig nur einstimmig annehmen. Erfolgt innerhalb von drei Monaten kein Beschluß, so gilt der Vorschlag als abgelehnt.

Daß EG-Parlament hatte die Luxemburger Vereinbarungen zwar nicht in Bausch und Bogen abgelehnt, den Außenministern aber vor einer endgültigen Würdigung der Beschlüsse einen Katalog von zusätzlichen Forderungen zur „Nachbesserung" der Vertragstexte vorgelegt. Formell ist die Zustimmung auch aus Straßburg nicht erforderlich, doch hat Italien seine Unterschrift von einem positiven Votum der Europa-Abgeordneten abhängig gemacht. Bundesaußenminister Genscher meinte, daß sich der italienische Vorbehalt als „hilfreich" für die Ausräumung der dänichen Bedenken erweisen werde.

Belgiens Polizei gelingt Schlag gegen den Terror

Nach Serie von Anschlägen vier CCC-Mitglieder verhaftet

HELMUT HETZEL, Den Haag

In einer geradezu generalstabsmäßig geplanten und ausgeführten Blitzaktion gelang es der belgischen Polizei, vier Mitglieder der Kämpfenden Kommunistischen Zellen (CCC), die das Land mit einer Serie von Bombenanschlägen seit etwa fünfzehn Monaten verunsichern, zu verhaften.

Unter den Verhafteten befindet sich auch Pierre Carette (33), der als Kopf der Terrorgruppe angesehen wird und in den letzten Monaten der meistgesuchte Mann Belgiens war.

Carette und seine drei Komplizen, darunter eine Frau, befanden sich gerade in dem gegenüber dem Bahnhof von Namur gelegenen Hamburger-Restaurant, als sich die von der Polizei gelegte Fahndungsschlinge um die Terroristen zuzog. Die vier hatten keinerlei Chance, von ihren Schußwaffen Gebrauch zu machen. Die das Imbiß-Restaurant mit Schnellfeuerwaffen bewachende Anti-Terror-Brigade mußte nicht einmal eingreifen. Die Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Polizei- und Sicherheitskräften funktionierte diesmal reibungslos.

Justizminister Jean Gol ließ es sich nicht nehmen, den gelungenen Verhaftungscoup höchstpersönlich bekanntzugeben. Die Aktion kam nicht nur als solche völlig überraschend, sie fand auch zu einem Zeitpunkt statt, da die Kritik an der Arbeitsweise und der Effizienz der belgischen Polizei bei ihrer Terrorismusfahndung immer lauter wurde.

Flugblätter gedruckt

Der als Kopf der CCC angesehene Pierre Carette ist der Sohn eines hohen, allerdings bereits pensionierten belgischen Beamten des Staatssicherheitsdienstes. Er stammt aus Charleroi und war, bevor er in die Terrorszene abwanderte, als Setzer tätig. Bereits in den späten sechziger Jahren hatte er regelmäßig Kontakt zu trotzkistischen und maoistischen Gruppen in Brüssel, dem, wie sich jetzt offensichtlich herausstellt, späteren terroristischen Umfeld der CCC. Carette wurde schon 1979 in der Schweiz wegen Waffenschmuggels verhaftet, bald darauf aber wieder freigelassen.

Seine „terroristische Karriere" begann er als Drucker und Layouter von Flugblättern für linksextreme Gruppierungen Belgiens. Über sie kam er auch in Kontakt zu der in Frankreich agierenden Terrororganisation „Action Directe". Mit der Polizei bekam er es erneut im August 1982 bei einem Autounfall zu tun. Seine damalige Beifahrerin war Nathalie Ménignon, „Action Directe"-Aktivistin. In dem verunglückten Wagen befanden sich Flugblätter der französischen Terrororganisation.

Kontakte zur RAF

Auch über gute bis hervorragende Verbindungen zur deutschen Rote Armee Fraktion soll Carette verfügt haben. So gründete er in Belgien ein „Komitee für die Unterstützung der in der Bundesrepublik inhaftierten RAF-Gefangenen". Auch an dem von der RAF 1979 ausgeführten Anschlag auf den damaligen NATO-Oberbefehlshaber, General Alexander Haig, soll er beteiligt gewesen sein.

Auf seine Spur kam die Polizei nach bisherigen Erkenntnissen auch dadurch, daß die von der CCC bei jedem der bisher 29 Bombenanschläge die am Tatort verteilten Flugblätter so professionell hergestellt und gedruckt waren.

Belgische Sicherheitsbeamte hatten die vier jetzt Verhafteten bereits seit Monaten beschattet. In Brüssel wird es allerdings auch für möglich gehalten, daß es der Polizei gelungen ist, V-Männer in die Terrorgruppe einzuschleusen. Unterstützt wird diese Vermutung durch die Tatsache, daß erst vor wenigen Wochen ein für die Polizei arbeitender V-Mann bei einem mysteriösen Autounfall ums Leben kam. Damals wurde nicht ausgeschlossen, daß er eventuell ermordet worden sein könnte.

Nach der Verhaftung des Terrorquartetts führte die Polizei in der Nacht von Montag auf Dienstag in Charleroi und in Brüssel zahlreiche Hausdurchsuchungen durch. Dabei sollen auch Namenslisten von weiteren Mitgliedern der CCC gefunden worden sein. Sie werden alle dem linksextremen Umfeld zugerechnet. In den kommenden Tagen sei daher mit weiteren Verhaftungen zu rechnen, meint man in Brüssel. Ziel der CCC-Bombenanschläge in den letzten Monaten waren hauptsächlich NATO-Einrichtungen und Banken.

Irak – Moskaus verläßlichster Partner in Nahost

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

Der irakische Staatspräsident Saddam Hussein hat gestern in Moskau seine Gespräche mit Staatspräsident Andrej Gromyko fortgesetzt. Zuvor war er mit Parteichef Gorbatschow und Außenminister Schewardnadse zusammengetroffen.

Wie aus den jetzt veröffentlichten Tischreden zu ersehen ist, kann Irak wieder zu den verläßlichsten Partnern Moskaus im Nahen Osten gezählt werden. Die offiziellen Gesprächszusammenfassungen vermitteln den Eindruck, daß beide Länder in ihren Interessen, besonders den Nahen Osten betreffend, weitgehend übereinstimmen. Diese Interessen-Allianz besteht vor allem in der ablehnenden Haltung gegenüber Israel. Denn Israel sei schuld an dem Konflikt im Nahen Osten. Mit Unterstützung und Zustimmung der USA betreibe es eine aggressive Expansionspolitik gegenüber den arabischen Ländern und Völkern, heißt es in den veröffentlichten Reden.

Nur ein festes Abkommen auf der Grundlage eines Rückzugs der israelischen Truppen aus den von ihnen seit 1968 besetzten Gebieten sowie den verbrieften nationalen Rechten des palästinensischen Volkes, einen eigenen unabhängigen Staat zu gründen, könnte den baldigen Frieden bringen. Alle bisherigen Vorschläge zielten nur darauf ab, die Einberufung einer internationalen Konferenz unter Beteiligung aller Interessenten einschließlich der PLO zu untergraben.

Es fiel auf, daß bei den Gesprächen der irakisch-iranische Krieg nahezu ausgeklammert wurde. Nur Gromyko meinte eher beiläufig, die Sowjetunion hätte diesen Krieg von Anfang an für „unnütz und sinnlos" gehalten. Nicht auf dem Schlachtfeld sei die Lösung zu suchen, sondern am grünen Tisch.

Zur Sprache kamen auch Fragen des Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Die Sowjetunion ist seit Jahren maßgeblicher Waffenlieferant Iraks und ein gewichtiger Wirtschaftspartner. Für Moskau ist Irak nicht nur wegen seines Erdöls von wirtschaftlicher Bedeutung. Die strategische Lage dieses Landes sowie die Möglichkeit, Zugang zu Häfen im Persischen Golf zu finden, dürfte eine nicht unerhebliche Rolle im politischen Kalkül spielen.

Laienhafte Argumente Moskaus gegen SDI

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Als „wenig einfallsreich" bezeichnen SDI-Experten die Behauptungen eines „Militärexperten" der sowjetischen Nachrichtenagentur Nowosti, der gesagt hatte, mit einfachen Mitteln könnte die Sowjetunion eine neuartige amerikanische Raketenabwehr überwinden. Seine Ausführungen seien laienhaft und müßten als einer der immer häufiger zu beobachtenden Versuche zur Desinformation in Sachen SDI betrachtet werden.

Die Experten erinnern daran, daß es sich bei SDI um ein Forschungsprogramm handelt, bei dem herausgefunden werden soll, ob eine auf neuen physikalischen Prinzipien beruhende Raketenabwehr mit heutiger Hochtechnologie möglich sei. Das SDI-Management in Washington unter General James Abrahamson habe in Zusammenarbeit mit führenden Raketenwissenschaftlern der USA unter dem Physiker und früheren Nasa-Chef James Fletcher drei Hauptkriterien erarbeitet, deren Erfüllung Voraussetzung für das SDI-Projekt sein müßten:

- Das System muß tödliche Wirksamkeit gegenüber einer Flut gegnerischer Raketen besitzen.
- Es muß Überlebensfähigkeit haben, das heißt, es darf durch gegnerische Abwehrmaßnahmen nicht überwunden werden können.
- Es muß kostenwirksam sein. Das bedeutet, Maßnahmen zur Überwindung oder Ausschaltung von SDI dürfen nicht billiger sein als das Raketenabwehrsystem selbst.

Nutzlast-Probleme

Die SDI-Forschung konzentriert sich darauf, die Masse anfliegender sowjetischer Raketen schon in der als „boost phase" bezeichneten Zeitspanne unmittelbar nach dem Start noch vor Freisetzung der Sprengköpfe auszuschalten. Als eine Waffe dafür untersuchen die Amerikaner gegenwärtig das sogenannte Schienengeschütz, das Metallkugeln oder Moleküle elektromagnetisch auf Geschwindigkeiten von mehr als 20 000 bis 30 000 Meter in der Sekunde beschleunigen soll. In Laborversuchen wurden vor wenigen Wochen mit Metallmolekülen 40 000 Meter pro Sekunde erreicht.

Das Schienengeschütz wirkt durch kinetische Energie. Die von Nowosti als Abwehrmaßnahme angeführte Umhüllung sowjetischer Raketen mit einer Spiegelschicht („Laser-Schutz-Mantel") bliebe wirkungslos. Die Sowjets könnten auch ihre Raketen panzern. Als Ergebnis ginge ihnen Nutzlast verloren, mit anderen Worten: Die Zahl ihrer Sprengköpfe würde sich drastisch verringern. Und die Wucht des Schienengeschützes würde dennoch ausreichen, auch starke Panzerungen zu durchdringen. Die Sowjets benötigen aber hohe Nutzlast. Man geht davon aus, daß die sowjetische Interkontinentalrakete SS 18, die bis zu zehn Sprengköpfen mitführt, zwischen 80 und 100 Täuschkörper (decoys) unter die Sprengköpfe „mischt", um die gegnerische Abwehr zu verwirren. Weil „decoys" leichter sind, gehen amerikanische SDI-Experten ferner davon aus, daß sie mit Hilfe von Sensoren (schwache Laser-Impulse) sofort ermittelt werden können. Panzern die Sowjets deswegen ihre Täuschkörper, stehen sie vor einem neuen Nutzlastproblem.

Die Sache mit den Minen

Nowosti sprach auch von „Minen", die im Weltraum geparkt werden könnten. Nach Expertenansicht wäre es leicht, diese Minen, deren Standort schon im Frieden bekannt sein würde, bei einem Raketenangriff als erste auszuschalten. Sollten die Sowjets daran denken, Minen zusammen mit Angriffsraketen in den Raum zu befördern, müssen sie bedenken, daß die Trägerrakete der Minen in der Startphase dieselbe Infrarotsignatur aufweise wie die einer Offensivrakete. SDI müsse, wenn es je wirksam ausgelegt werden könnte, natürlich auch in der Lage sein, mit Minen beladene Raketen zu vernichten. Das wisse man schon in Washington. Es sollte auch nicht übersehen werden, daß Raumwaffen sich gegen Angriffe „härten" ließen, was sich bei ballistischen Raketen aus Nutzlastgründen verbiete.

In Washington wird darauf hingewiesen, daß die sowjetische Nachrichtenagentur Nowosti eines der normalen Desinformationsinstrumente Moskaus ist und daß mehr als die Hälfte der Nowosti-Journalisten regelmäßig entsprechende Aufträge von der Internationalen Informationsabteilung des ZK oder vom KGB in diesem Sinn bekommen. Darin stimmten die Aussagen zahlreicher Überläufer überein. (SAD)

Gorbatschow ordnet auch die Medien neu

dpa, Moskau

In der Sowjetunion ist der bisherige Moskauer Botschafter in Polen, Alexander Aksjonow (61), zum neuen Fernseh- und Rundfunkchef ernannt worden. Die Presse der UdSSR meldete gestern, der bisherige Vorsitzende des Staatskomitees für Fernsehen und Rundfunk, Sergej Lapin (73), sei von seinem Amt entbunden worden.

Kreml-Chef Michail Gorbatschow hat nach seinem Amtsantritt wiederholt demonstriert, daß er das Medium Fernsehen für wirkungsvolle Auftritte einzusetzen weiß. Über Lapin heißt es, er habe mit seinem „allgemeinen Konservatismus" die Modernisierung der elektronischen Medien verzögert. Aksjonow gilt als ein erfahrener Verwaltungsmann. Er war lange Jahre in der Komsomolarbeit tätig.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ein Volk ohne Kinder?

„Serie: Die lautlose Katastrophe"

Sehr geehrter Herr Stein,

längst schon war ein Bericht zum Hexeneinmaleins im Rentenwesen fällig. Daß die Summen nicht stimmen und diese Rentenstruktur weder sozial noch gerecht ist, vielmehr eine Prämierung der Kinderlosigkeit zur Folge hat, haben Sie eindeutig nachgewiesen.

Mein Beispiel, das bestimmt nicht einmalig ist, dürfte Ihren Bericht bekräftigen. So bezieht meine Ehefrau, die fünf Kindern das Leben schenkte, eine Monatsrente von 86,90 Mark – gleichsam als Strafe dafür, daß sie keine Möglichkeit hatte, Rentenbeiträge zu entrichten. Eine Cousine, die ledig und kinderlos blieb, kassiert heute eine Rente von 1500 Mark. Welchen Schwachsinn mutet man den Bürgern zu, wenn der Herr Minister Blüm, die Familienministerin Süßmuth und auch Herr Strauß behaupten: „Es bleibt bei der beitragsbezogenen Rente, weil es eine sozialgerechtere nicht gibt."

Die Beitragsbezogenheit ist eine Fiktion. Kinderbezogen muß das Rentensystem sein, im Einklang mit der Demographie, deren Fehlentwicklung mit der kosmetischen Schönfärbung des Erziehungsgeldes nicht aufrechterhalten werden kann. Unsere fünf Kinder und neun Enkel sind verpflichtet, die kinderlosen Rentner zu unterhalten.

Mit freundlichen Grüßen
Rudolf Wurm,
Feuchtwangen

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist nicht allzu lange her, da konnte man in Ihrer Zeitung über die bedrohlichen Ausmaße der Bevölkerungsexplosion lesen. Nun liest man, daß der Geburtenrückgang in der Bundesrepublik eine „lautlose Katastrophe" ist. Wie denn sonst soll man von der Umweltverschmutzung und Kriegsgefahr fördernden Bevölkerungsexplosion auf menschliche Weise abkommen, wenn nicht durch eine drastische Senkung der Geburtenrate?

Wie kann man den Ländern der Dritten Welt Geburtenregelung anraten, wenn man sagt, daß nicht einmal das ungleich bessere soziale System der Altersversorgung in der Bundesrepublik einen Geburtenrückgang verkraften kann? Die derzeitige Entwicklung der Bevölkerung in der Bundesrepublik ist unbedingt positiv zu bewerten. Eine Verringerung des Lebensstandards müssen wir in Kauf nehmen; zu lange haben wir über unsere Verhältnisse gelebt, wofür Zerstörung von Wäldern und Flüssen nur beispielhaft als Indiz zu nennen sind.

Mit freundlichem Gruß
Clemens Kujawski,
Hamburg 55

*

Die jungen Frauen sehen, wie es ihren Großmüttern und Müttern hierzulande ergeht, die sich für Familie entschieden hatten. Sie ziehen daraus zu Recht ihre Lehren und setzen auf die propagierte durchgängige Erwerbstätigkeit, verzichten auf Kinder, damit sie der Diskriminierung der Altersarmut entgehen können.

Kindererziehung läuft eben nicht nebenbei und läßt sich auch nicht mit nur einem Babyjahr (das ganze 25 Mark monatliche Rente bringt) abgelten. Selbst nach drei Jahren kann man die Kindphase nicht „abhaken" und wieder auf Vollerwerbstätigkeit setzen. Kindererziehung – und damit ein Stück Bildungs-/Kulturarbeit – bedeutet nun einmal Investition an Zeit und Geld für mindestens zwei Jahrzehnte!

Die von Familienhausfrauen erbrachten Leistungen sind eine soziale Notwendigkeit für die Gesellschaft. Dies ist ihr Beitrag zur Rente und müßte dementsprechend ihrem Rentenkonto gutgeschrieben werden. Herr Blüm propagiert doch immer: „Rente ist Lohn für lebenslange Leistung!" Warum gilt das nicht für Mütter?

Ingrid Gripp,
Deutsche Hausfrauengewerkschaft e. V., Wolfburg 14

*

Die deutsche Kinderarmut macht alles andere sinnlos, das ist die bittere Erkenntnis, die uns Horst Stein in der WELT-Serie noch einmal so dringlich aufgezeigt hat. Ist es danach noch denkbar, daß einer unserer Volksvertreter noch ruhig schlafen kann bei der Gewißheit, durch Untätigkeit in den allein entscheidenden Überlebensfragen sich mitschuldig zu machen am Untergang eines der bedeutendsten Kultur- und Leistungsvölker dieser Erde?

Horst Stein ist zuzustimmen: „Die Katastrophe kann nur durch einen nationalen Konsens überwunden werden, den Öffentlichkeit wie Parlament als ein Manifest der Familie verstehen." Die Erkenntnisse der Sozialwissenschaft bestätigen, daß die Erfolge in Frankreich und der DDR auch bei uns wiederholbar sind.

Hinzu kommt: Etwa 75 Prozent der Bevölkerung wünscht eine Minderung des Ausländeranteils. Wir wollen nicht aussterben. Wir wollen nicht durch Fremde ersetzt werden. Beides steht in einem engen Zusammenhang, nicht nur weil viele junge Deutsche vom Arbeitsmarkt verdrängt sind und schon deshalb keine Familie gründen können.

Franz Josef Strauß sagte: „Ich sehe dem Verfall der biologischen Leistungsgemeinschaft mit wachsender Sorge entgegen. Es hat keinen Sinn, einem sterbenden Volk gesunde Haushalte zu hinterlassen." Recht hat er wieder einmal.

Peter Busch,
Ratzeburg

Allerweltskerl

„In Weimar sämtliche Genies gefüttert"; WELT vom 2. Dezember

Warum sollte Johann Gottfried Herder, dessen vielfältiges Wirken als Dichter, Philosoph, Literaturkritiker und Theologe bis in die heutige Zeit hineinreicht, Friedrich Justin Bertuch gehaßt haben?

Bertuch war nicht „Hofmeister" auf einem Gut bei Altenburg, sondern Hauslehrer auf Gut Döbitschen bei den Söhnen des früheren dänischen Gesandten in Madrid, des Freiherrn Ludwig Heinrich Bachoff. Von ihm erlernte er die spanische Sprache, die ihm die Übersetzung des „Don Quichotte" ermöglichte.

Der Ausdruck über Bertuchs Haus „ohnstreitig in ganz Weimar das schönste Haus" stammt nicht von Johann Gottfried Körner. Schiller hat im August 1787 an Körner geschrieben: „Bertuchen habe ich kürzlich besucht, er wohnt vor dem Tore und hat ohnstreitig in ganz Weimar das schönste Haus. Es ist mit Geschmack gebaut und recht vortrefflich möbliert."

Im Jahre 1774 verfaßte Bertuch den „Entwurf einer mit wenigen Mitteln hier zu errichtenden freien Zeichenschule". Sein Ziel war es, sie sollte „die erste und einzige Quelle sein, aus der die Verbesserung der Handwerker und Künstler abzuleiten sei". Das einzige Kriterium war, daß es sich wirklich um Kunst und nicht um „Pfuscherei" handelt. Goethe, der ihn einmal einen „Allerweltskerl" genannt hat, folgte diesem Gedanken und übernahm die Oberleitung dieses Instituts.

Auf Empfehlung Wielands wurde Bertuch 1775 „Geheimer Sekretär" des 18jährigen Herzogs Karl August, um die „Schatulle ordentlich und richtig zu führen".

Dr. Gisela Winkler,
Hamburg 55

Takt in Grün

„Irrungen und Wirrungen: Eine Reise nach Moskau"; WELT vom 5. Dezember

Herr Günther Bading, dem Verfasser des Artikels, wird jeder Leser, jeder aufrichtige Mitbürger dankbar sein. Und das weniger wegen der Schilderung des Ablaufes eines Besuches unserer Parlamentarier in Moskau, dessen Bilanz heute noch nicht abzusehen ist. Jedenfalls freuen wir uns alle schlicht darüber, daß miteinander geredet wird. Wenn einer den anderen besucht, dann schießt man nicht und das ist doch schon etwas!

Nun, in diesem Artikel steckt aber weitaus mehr: zwischen den Zeilen ein hohes Maß parteipolitischer Information für jeden, der eine Aussage zu bewerten versteht, wenn da steht: „mit Ausnahme von Frau Hönes ..., ohne Frau Hönes, die ..., mit Frau Hönes".

Einem deutschen Soldatenfriedhof in Rußland die schlichte Bekundung von Trauer um sinnlos geopfertes junges Leben zu verweigern, spricht allein für die Innenausstattung einer gewählten Volksvertreterin.

Konsequent dann aber das Ehrenmal des sowjetischen unbekannten Soldaten nicht zu besuchen, dazu reichte wohl das charakterliche Stehvermögen doch wiederum nicht. Nun, das sind eben pseudomoralische Bauchgrimmen einer einzelnen Parteidelegierten ... was wäre der Zirkus ohne Clown!

Daß aber die Anreise mit einer Bundeswehrmaschine verweigert wurde – hier endet die private Verhaltensstörung und es dekuvriert sich ein solches Maß an politischer Dummheit und alberner Profilneurose, daß man kopfschüttelnd die Zeilen nochmals liest.

Dieses Backfischbenehmen von Frau Hönes war nicht nur blamabel, es ist schädlich gewesen. Weitaus schädlicher als die übrigen Teilnehmer am Besuch wahrhaben wollen, denn der Teufel sitzt im Detail!

Walther Niedl,
Wörthsee

Wort des Tages

» Unsere Jugend liebt den Luxus, hat schlechte Manieren, mißachtet die Autorität und hat keinen Respekt vor dem Alter. Die heutigen Kinder sind Tyrannen. Sie widersprechen den Eltern, schlürfen beim Essen und wollen alles besser wissen als ihre Lehrer. «

Sokrates, griechischer Philosoph (470–399 v. Chr.)

Personalien

GEBURTSTAG

Den 90. Geburtstag feierte die Berliner SPD-Politikerin **Elly Kay**. Von 1955 bis 1962 war sie die erste Jugendsenatorin der Stadt. Als durch das Fehlverhalten einer Pflegefamilie, die von der Jugendbehörde ausgewählt worden war, zwei Kinder ums Leben kamen, übernahm sie die politische Verantwortung und trat zurück. 1946 war Elly Kay zur Bürgermeisterin des Ostberliner Bezirks Prenzlau gewählt worden. Nach der Absetzung durch den sowjetischen Kommandanten siedelte sie in den freien Teil der Stadt über.

KIRCHE

Zum neuen Präsidenten der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche der Union (Bereich Ost) ist der Ostberliner Propst Dr. **Friedrich Winter** (58) berufen worden. Er tritt die Nachfolge von Präsident Dr. **Joachim Rogge** an, der am 19. April 1986 in sein neues Amt als Bischof der Kirche von Görlitz eingeführt wird. Die Evangelische Kirchenunion umfaßt in der Bundesrepublik Deutschland die Landeskirchen von Rheinland und Westfalen sowie den Westteil der Kirche von Berlin-Brandenburg.

AUSZEICHNUNGEN

Der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, **Werner Nachmann**, erhält wie berichtet den Theodor-Heuss-Preis zur Förderung der politischen Bildung und Kultur. Eine der ebenfalls von der Theodor-Heuss-Stiftung vergebenen Medaillen geht an die Arbeitsgemeinschaft „Juden und Christen beim Deutschen Evangelischen Kirchentag". Weitere Medaillen erhalten der langjährige Kustos der Gedenkstätte in Auschwitz, **Tadeusz Szymanski**, der Förderverein Internationale Jugendbegegnungsstätte Dachau, **Hartmut Peters** und das Schüler-Lehrer-Projekt „Juden besuchen Jever" sowie **Erwin Essl** als Gründer und Vorsitzender der „Bayerischen Gesellschaft zur Förderung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR". Die Preise werden am 15. Februar 1986 in Stuttgart überreicht.

*

Die CDU-Bundestagsabgeordnete Frau Professor Dr. **Roswitha Wisniewski** ist mit dem Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Frau Professor Wisniewski hat sich besondere Verdienste auf verschiedenen Gebieten der parlamentarischen Arbeit erworben. Die hochgeachtete Abgeordnete ist in den letzten Monaten als Berichterstatterin über das wichtigste bildungspolitische Gesetz dieser Legislaturperiode, das Hochschulrahmengesetz, hervorgetreten.

*

Eine unabhängige Jury hat dem Publizisten **Johannes Gross** aus Köln und dem Wirtschaftswissenschaftler Professor **Artur Woll** von der Universität Siegen die Ludwig-Erhard-Preise für Wirtschaftspublizistik 1986 verliehen. Der Preis ist mit 10 000 Mark dotiert und wurde von **Ludwig Erhard** gestiftet. Er wird am 21. Februar 1986 zum zehnten Mal überreicht. Jährlich werden bis zu drei Autoren besonders hervorragender Veröffentlichungen mit wirtschafts- und ordnungspolitischer Thematik ausgezeichnet. Johannes Gross ist Herausgeber der Zeitschrift „Capital" und „Impulse", Professor Woll hat als Wissenschaftler Lehrbücher zur Wirtschaftstheorie und zur Wirtschaftspolitik veröffentlicht.

UNIVERSITÄT

Dr. **Gisa Rauh**, Hochschulassistentin am Institut für Englische Philologie der Freien Universität Berlin, ist auf den Lehrstuhl für Anglistik/Linguistik im Fachbereich 4, Sprach- und Literaturwissenschaften, an der Bergischen Universität – Gesamthochschule Wuppertal berufen worden. Die 38jährige Professorin hat von 1966 bis 1973 in Göttingen Germanistik, Anglistik, Rechtswissenschaften, Vergleichende und Allgemeine Sprachwissenschaft sowie Philosophie studiert. Zwischenzeitlich hielt sie sich an den amerikanischen Universitäten Berkley in Kalifornien und Chapel Hill in Nordkarolina auf. Forschungsschwerpunkte ihrer zukünftigen Arbeit sieht Frau Professor Dr. Rauh in den Bereichen der Deixis- und Semantikforschung, der künstlichen Intelligenz und der Syntax-Theorie.

FUSSBALL

Bochum: „Bayern ist ein Reizwort“

sid, München

Die Wiederholung des Pokal-Achtelfinales zwischen dem FC Bayern München und dem VfL Bochum (20 Uhr) sowie das Bundesliga-Nachholspiel zwischen Bayer Uerdingen und Borussia Mönchengladbach (ebenfalls 20 Uhr) sind heute die beiden letzten wichtigen Fußball-Spiele in diesem Jahr.

1:1 hieß es nach der Verlängerung im Bochumer Ruhrstadion, und Bochums Trainer Rolf Schafstall meint nun: „Bayern ist für uns ein Reizwort. Ich brauche meine Leute deshalb gar nicht groß zu motivieren. Wir werden genauso frech und offensiv auftrumpfen wie beim 2:2 beim letzten Punktspiel im Münchner Olympiastadion.“ Ob sich Schafstall da mal nicht irrt, denn schon am zweiten Weihnachtsfeiertag brechen die Bochumer für 100 000 Mark Gage zu drei Spielen nach Indien auf. Was man davon bei den Spielern hält, sagt Heinz Knüwe: „Am besten schließen wir noch ein viertes Spiel im Himalaya gegen ein Baghwan-Team ab.“

Dem Bundesliga-Nachholspiel zwischen Uerdingen und Mönchengladbach ging Folgendes voraus: Das ursprünglich für den 23. November angesetzt Spiel war vom Krefelder Sportamtsleiter abgesagt worden, obwohl in Wirklichkeit beste Witterungsbedingungen herrschten. Uerdingen kam die Absage zur rechten Zeit: Libero Herget war nach seiner Roten Karte gesperrt.

SKI ALPIN / Zweiter schwedischer Sieg im Weltcup-Slalom. Jonas Nilsson bestätigte seinen Erfolg bei der Weltmeisterschaft

Einzelgänger Ingemar Stenmark und das Mannschaftsgefühl

K. BLUME, Madonna/Bonn

„Nilsson oder Stenmark“, tippte Peter Endraß, der deutsche Cheftrainer des schwedischen Teams vor dem zweiten Weltcup-Slalom der Saison in Madonna di Campiglio. Weltmeister Jonas Nilsson siegte zum ersten Mal in einem Weltcup-Rennen, Stenmark – im ersten Durchgang Fünfter – kam nicht ins Ziel, er blieb an einer Torstange hängen. Vor elf Jahren hatte er in Madonna seinen ersten Weltcup-Slalom gewonnen, gestern attackierte er wieder mit vollem Risiko. Elf Jahre Weltcup – und immer noch kein bißchen müde?

In der Rubrik „Top ten“ des Weltcup-Sponsors BASF, die in Wort und Bild die Porträts von zehn renommierten Rennläuferinnen und Rennläufern enthält, fehlt Ingemar Stenmark (29). Man hatte ihn offenbar schon abgeschrieben, ausgerechnet den Läufer, über den der frühere französische Olympiasieger Killy sagt: „Er ist der perfekteste Skiläufer aller Zeiten.“ Aber der perfekteste Ski-Rennläufer aller Zeiten hatte schließlich 21 Monate lang nicht mehr gewonnen ...

Bis zum letzten Sonntag in La Villa. Da siegte Stenmark wieder – zur Verblüffung der gesamten Konkurrenz. Im schwedischen Team hielt sich das Erstaunen über diesen Erfolg allerdings in Grenzen. „Das kam für uns nicht allzu überraschend“, sagt Peter Endraß. Er erklärt die Situation im Gespräch mit der WELT so: „Das schwedische Team hat in der Zeit vor dem ersten Rennen gemeinsam in Bruneck in Südtirol trainiert, dort, wo Ingemar sich seit Jahren gern aufhält. Es ging nach dem Rücktritt von Stig Strand und Bengt Fjällberg, den beiden Slalomspezialisten aus Ingemars Heimatort Tärnaby, dabei erst einmal um eine Bestandsaufnahme. Wo steht das schwedische Team? Wo steht der dritte Läufer aus Tärnaby, Ingemar Stenmark?“

Die Bestandsaufnahme verlief zufriedenstellend. Endraß: „Ingemar und sein persönlicher Trainer Hermann Nogler hatten ganze Arbeit geleistet. Mir war klar, wenn er das, was er im Training zeigte, im Wettkampf umsetzen kann, war er wieder der Stenmark von 1980.“ Wobei anzumerken ist, daß Stenmark 1980 in Lake Placid zweimal Olympiasieger wurde: im Slalom und im Riesentorlauf. Danach löste er eine B-Lizenz, was ihm zwar nach eigenem Bekunden 15 vom Ski-Erfolg unabhängige Werbeaufträge bescherte, doch forthin die Teilnahme an Olympischen Spielen verwehrte.

Endraß sagt: „Sein Tief in den letzten beiden Wintern hatte wohl gleich mehrere Gründe: Da war einmal die Feststellung: es bleibt tatsächlich beim Startverbot auf olympischen Pisten. Zum anderen die Einsicht, daß er ohne einen Start im Abfahrtslauf und damit in der alpinen Kombination obendrein auch nicht mehr Weltcup-Sieger werden kann. Dann war da noch die dauernde Hatz der Medien hinter der Privatperson Ingemar Stenmark her, weil der sich anschickte zu heiraten und auch noch Vater wurde.“



Stenmark: Vor 11 Jahren (links) und heute.

FOTOS: SIMON/AP

Und schließlich habe Stenmark auch darunter gelitten, daheim in Schweden nicht mehr viele Sympathien zu besitzen. Nicht etwa, weil er der zu hohen schwedischen Steuern wegen (Stenmark: „103 Prozent Einkommensteuer sind kein Märchen“) nach Monte Carlo umgezogen war. Sondern weil drei große schwedische Namen gewissermaßen über Nacht an Zugkraft verloren: Da war die Popgruppe Abba (die sich auflöste), der fünfmalige Wimbledonsieger Björn Borg (er wurde 1981 nach 41 Siegen geschlagen) und eben Ingemar Stenmark. Hermann Nogler sagte damals: „Die Weltmeisterschaften 1982 nehmen wir noch mit, doch dann ist Schluß für uns.“

Inzwischen hat Nogler diesen Termin verschoben – bis zu den Weltmeisterschaften 1987 in Crans Montana. Er und Peter Endraß haben nämlich bemerkt, daß Stenmark ganz einfach wieder Lust am Skifahren hat, daß er auch etwas Angenehmes daran findet, nun nicht mehr als einzelgängerischer Superstar durch die Alpen zu fahren, sondern dies innerhalb einer Mannschaft tun will, die als überaus stark gilt.

Endraß: „Es ist bei uns so ähnlich wie beim schwedischen Davis-Cup-Team: Jeder freut sich über die Erfolge des anderen, neidet sie ihm nicht. Bei uns heißt es ‚Heja Sverige‘ und nicht etwa ‚Heja Ingemar‘ oder ‚Heja Jonas‘. Wir sind wirklich ein Team. Auch unter uns Trainern gibt es keine Eifersüchteleien. Und abends beim Essen wird deutsch geredet, die Schweden akzeptieren das, sagen wir mal, als alpine Fachsprache.“

Jonas Nilsson, der Überraschungs-Weltmeister von Bormio, und ein Ingemar Stenmark, das sind die Stützen des schwedischen Teams, das einst nur aus einem Fahrer bestand: Ingemar Stenmark. Endraß sagt: „Nilsson ist nach seinem Weltmeisterschafts-Erfolg selbst von den Fachleuten ebenso unterschätzt worden wie Ingemar. Dabei hat er schon zwei Europacup-Rennen in diesem Winter gewonnen, und ich habe den Vergleich zwischen ihm und Ingemar beim Abschlußtraining in Bruneck ziehen können, auch unter Berücksichtigung dessen, was die anderen Weltklasse-Läufer derzeit können. Mein Fazit: Nilsson kontra Stenmark – das müßte eigentlich das Duell dieses Winters auf den Slalomhängen sein. Ingemar fühlt sich so locker, er strotzt nach seinem Triumph von La Villa nur so von Selbstvertrauen. Unserem Weltmeister hat das regelrecht einen Schub versetzt. Er will doch hinter Stenmark nicht hintenanstehen.“ Was er auch nicht tat, als er in Madonna di Campiglio gewann.

ZAHLEN

SKI ALPIN

Weltcup-Slalom in Madonna di Campiglio: 1. Nilsson (Schweden) 1:37,04), 2. Krizaj (Jugoslawien) 1:37,67, 3. Frommelt (Liechtenstein) 1:38,48, 4. Edalini (Italien) 1:38,49, 5. Strolz (Österreich) 1:38,91, 6. Erlacher (Italien) 1:38,98, 7. Mader (Österreich) 1:39,04, 8. Wallner (Schweden) 1:39,15, 9. Heidegger (Österreich) 1:39,21, 10. Zoller (Österreich) 1:39,30. – Die deutschen Läufer erreichten nicht die Qualifikation für den zweiten Durchgang.

HANDBALL

B-Weltmeisterschaft der Frauen, Hauptrunde, Gruppe 1: Deutschland – Polen 16:15, Norwegen – Frankreich 24:15, Schweden – „DDR“ 13:18. – Gruppe 2: Ungarn – Rumänien 22:19, CSSR – UdSSR 21:21, Österreich – Bulgarien 16:17. – Bundesliga, Männer, Nachholspiel: Düsseldorf – Essen 20:20.

SPRINGREITEN

Grand Prix in London: 1. Pyrah (England), Towerlands Anglezarke 0 Fehler/31,54 Sek, 2. Billington (England), Preacharn, 0/33,03, 3. Godignon (Frakreich), Messieurs de La Hurie, 0/35,22.

EISSCHNELLAUF

Weltcup in Eindhoven, 1500 m: 1. Vergeer (Niederlande) 2:02,60, 2. Gustafson 2:03,54, 3. Magnusson (beide Schweden) 2:03,66, ... 7. Baltes (Deutschland) 2:04,98.

EISHOCKEY

Iswestija-Pokal in Moskau: UdSSR – Kanada 8:2, CSSR – Schweden 3:3.

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1: 3 730 884,60 Mark, 2: 70 394,00, 3: 8683,20, 4: 129,30, 5: 3,60. – **Toto, Elferwette:** 1: 4149,40, 2: 214,40, 3: 26,30. – **6 aus 45:** 1: unbesetzt, Jackpot 1 290 006,25, 2: 6405,10, 3: 2049,00, 4: 34,80, 5: 3,60. – **Rennquintett,** Rennen A: 1: 933,70, 2: 151,40. – Rennen B: 1: 600,20, 2: 168,00. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 89 579,60 Mark. (ohne Gewähr)

Walter Siepmann

Ingenieur

* 11. März 1902 † 16. Dezember 1985

In Dankbarkeit und Liebe

Hannalise Siepmann geb. Trebs
Herbert und Karin Lehmler geb. Siepmann
mit Verena, Christian und Juliane
sowie Georg König
Verena Vogt geb. Siepmann
mit Vera und Patrick
Walter und Anne Siepmann geb. Franke
mit Karola, Diana und Korinna
Grete Dassel geb. Siepmann

4788 Warstein-Belecke, Külbe 19

Die Trauerfeier findet statt am 20. Dezember 1985 um 11 Uhr in der Schützenhalle zu Belecke. Die Beisetzung erfolgt daran anschließend im kleinen Kreis auf dem Friedhof in Belecke.

Plötzlich und unerwartet ist unser Mitgesellschafter und Seniorchef für immer von uns gegangen.

Walter Siepmann

Ingenieur

* 11. März 1902 † 16. Dezember 1985

Mit ihm haben wir einen Unternehmer verloren, der uns mit seinem über 50jährigen unermüdlichen Wirken ein Lebenswerk hinterlassen hat, das uns tiefen Respekt abverlangt.

Als schöpferischer Ingenieur hat er mit großem Einfallsreichtum und stetigem Vorwärtsdrängen entscheidend unser Unternehmen in seiner heutigen Bedeutung geprägt. Er hat dabei das Wohl der mittätigen Menschen nie aus den Augen verloren.

Wir danken ihm, wir werden ihn nicht vergessen.

Gesellschafter, Beirat, Geschäftsführung
Betriebsrat und Mitarbeiter
der Firma
Siepmann-Werke GmbH & Co. KG

4788 Warstein-Belecke, Zum Horkamp

Die Trauerfeier findet statt am 20. Dezember um 11.00 Uhr in der Schützenhalle zu Belecke. Die Beisetzung erfolgt in kleinem Kreis auf dem Friedhof in Belecke.

Nach schwerer Krankheit verstarb mein inniggeliebter Mann, unser guter Neffe und Schwiegersohn

Peter Weertz

Diplom-Kaufmann

* 3. 3. 1923 † 15. 12. 1985

In tiefer Trauer
Gisela Weertz geb. Uckert
Dorothea Rief geb. Schäfer
Elise Uckert

Berlin 41, Haderslebener Str. 28

Die Exequien finden statt am Montag, dem 23. 12. 1985, um 10 Uhr in der Pfarrkirche St. Elisabeth, 5300 Bonn, Schumannstraße.

Die Beisetzung ist um 11.30 Uhr auf dem Poppelsdorfer Friedhof, Bonn, Servatiusweg.

Peter Weertz

Diplom-Kaufmann

* 3. 3. 1923 † 15. 12. 1985

Ein Vierteljahrhundert schrieb er engagiert aus Berlin und für Berlin. Sein ausgleichendes Wesen war den jungen Journalisten Vorbild. In der Tageshektik war er uns allen ein ruhender Pol. Wir trauern um einen liebenswerten Kollegen.

Redaktion und Verlag DIE WELT

Drei Tage vor dem Tennis-Großereignis in der Münchner Olympiahalle

● Am Freitag beginnt das Finale im Tennis-Daviscup zwischen Deutschland und Schweden. München sieht das letzte große Sportereignis des Jahres. Und die immer noch wachsende Gemeinde deutscher Tennis-Freunde kann es live im Fernsehen miterleben. Die WELT bietet bis zum Samstag einen besonderen Service an. Morgen eine kleine Tennis-Regelkunde (vom Aufschlag bis zum Tiebreak), am Freitag eine Erklärung der Fachausdrücke (was ist ein Slice?), am Samstag eine Betrachtung der Tennis-Sprache (warum gerade „love"?).



● Siebenmal spielte Deutschland bisher gegen Schweden, nur zweimal gewann es. Schweden ist Titelverteidiger im Daviscup und steht zum dritten Mal hintereinander im Finale. Gibt es da noch Chancen für Boris Becker, Michael Westphal und Andreas Maurer? Bundestrainer Niki Pilic sagte gestern zurückhaltend: „Vergessen Sie nie, wir spielen gegen die absolut stärkste Nation der Welt." WELT-Mitarbeiter Hans-Jürgen Pohmann, selbst 23maliger Daviscup-Spieler: Becker ist Weltklasse, das deutsche Team aber noch nicht.

Statistik: Erst zwei Siege über Schweden

● **Bilanz:** Das Finale von München ist das 148. Davis-Cup-Spiel des deutschen Tennisteams seit der Premiere im Jahre 1913. Damals siegten Friedrich-Wilhelm Rahe, Oscar Kreuzer und Heinrich Kleinschroth in Wiesbaden gegen Frankreich mit 4:1. Bisher gab es 99 deutsche Siege und 48 Niederlagen. Die Bilanz in Heimspielen lautet 67:21 Siege, die in Auswärtsspielen 32:27.

● **Schweden:** Gegen die schwedische Mannschaft gab es in den bisherigen sieben Spielen nur zwei deutsche Siege. Gleich das erste Zusammentreffen beider Nationen gewannen Roderich Menzel, Henner Henkel und Georg von Metaxa im Mai 1939 in Berlin mit 3:2. Dann gab es nur noch 30 Jahre später ein Erfolgserlebnis. Im Mai 1969 gewannen Wilhelm Bungert, Christian Kuhnke und Ingo Buding in Bastad 4:1. Schweden steht zum dritten Mal in Folge und zum vierten Mal insgesamt in einem Finale. 1975 besiegten Borg und Bengtsson die CSSR 3:2, 1983 unterlagen Wilander, Nystroem, Jarryd und Simonsson Australien mit 2:3, im Vorjahr gab es durch Wilander, Jarryd, Sundstroem und Edberg einen 4:1-Sieg über die USA.

● **Endspiele:** Nur ein einziges Mal zuvor erreichte Deutschland ein Davis-Cup-Finale, das damals noch Herausforderungsrunde hieß (der Titelverteidiger wurde von dem Team, das sich qualifiziert hatte, in einem Spiel herausgefordert). Vom 29. August bis 31. September unterlagen Bungert und Kuhnke in Cleveland/Ohio den USA mit 0:5. Damals gab es das längste Spiel der Davis-Cup-Geschichte. Kuhnke verlor gegen Arthur Ashe 8:6, 12:10, 7:9, 11:13, 4:6. Das sind 86 Spiele, noch eins mehr als beim Sieg von Michael Westphal über den Tschechoslowaken Tomas Smid im Halbfinale dieses Jahres (6:8, 1:6, 7:5, 11:9, 17:15). Dafür ist der fünfte Satz dieser Begegnung der längste, den es jemals im Davis-Cup gab.

● **Rekorde:** In der 72jährigen Davis-Cup-Geschichte des 1902 in Berlin gegründeten Deutschen Tennis-Bundes wurden bisher 57 Spieler eingesetzt. Den Rekord hält der von 1958 bis 1972 insgesamt 43mal aufgebotene Wilhelm Bungert, heute Kapitän des deutschen Teams. Er bestritt 102 Spiele und gewann 66. Mit 17 Jahren und 106 Tagen ist Boris Becker seit dem 8. März dieses Jahres (3:2 über Spanien) der jüngste deutsche Spieler, der jemals im Davis-Cup eingesetzt wurde. Der älteste ist Otto Froitzheim, der bei seinem letzten Einsatz am 7. Juni 1928 (1:4 gegen Großbritannien) 44 Jahre und 44 Tage alt war. Ältester Spieler im heutigen deutschen Team ist Andreas Maurer (27). Seit 1980 wurde er neunmal eingesetzt. Achtmal spielte Michael Westphal (20), dreimal Boris Becker (18) und zweimal Hansjörg Schwaier (21).

Deutschland Weltklasse? – Trotz Boris Becker noch lange nicht soweit

H. J. POHMANN, Berlin

In den emotionsgeladenen, hektischen Tagen vor dem Davis-Cup-Finale gegen Schweden geschehen gar wundersame Dinge. Ständig wiederholen Funktionäre des Deutschen Tennis-Bundes den Satz: „Das deutsche Herrentennis ist Weltklasse." Das hat nichts mit Optimismus zu tun, es geht schlicht an den Realitäten vorbei.

Es ist immer noch angebracht, etwas nüchterner auf das Finale von München und in die Zukunft zu sehen. Boris Beckers Manager Ion Tiriac hatte schon nach dem Triumph über die CSSR in Frankfurt in seiner ihm eigenen Art drastisch formuliert: „Das Davis-Cup-Finale ist das Schlimmste, was passieren kann. Wenn im nächsten Jahr Niederlagen folgen, ist das deutsche Tennis ganz schnell wieder auf dem Nullpunkt angelangt."

Und mit dieser Einschätzung hat er durchaus recht. Ganz abgesehen von der imponierenden Steigerung der Andreas Maurer, Hans-Jörg Schwaier und Michael Westphal im laufenden Wettbewerb. Das Prädikat Weltklasse aber hat im deutschen Team nur einer verdient, Boris Becker. Und diese Feststellung behält ihren Wert auch dann, wenn das Finale gegen Schweden verloren wird. Es kann einfach nicht oft genug wiederholt werden: Was Boris Becker, inzwischen 18 Jahre alt, in den letzten zwölf Monaten geleistet hat, ist phänomenal. Er hat die schlafende deutsche Tennis-Gemeinde aufgeweckt.

Und genau an diesem Punkt ergeben sich verblüffende Parallelen zu Beckers Vorbild Björn Borg. Der stand vor einem Jahrzehnt vor der gleichen Situation. Da hatte er Schweden praktisch im Alleingang ins Finale geschmettert und mit seinem Sieg über Jan Kodes sogar die „häßlichste Salatschüssel der Welt", nach Schweden geholt. In seinem Schlepptau steigerten sich die Mannschaftskollegen wie Uwe Bengtsson, der in München als Hörfunk-Kommentator dabei ist, oder jener Birger Andersson, der dem Deutschen Karl Meiler 1975 im Davis-Cup die schmerzlichste Niederlage seiner Karriere bescherte.

Björn Borg, der mit seiner doppelhändigen Rückhand und dem perfekten Grundlinienspiel eine neue Epoche im Welttennis einleitete, war mit seinen Erfolgen der Auslöser für einen Boom in Schweden, der zur Zeit mit Wilander, Edberg, Jarryd und Nystroem seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht hat.

Bis es soweit im deutschen Team ist, wird, wenn überhaupt, ein Jahrzehnt vergehen. Zur Zeit kann das deutsche Team Boris Becker nur dankbar sein. Denn plötzlich stehen auch die anderen im Mittelpunkt des Interesses, das sogar so weit geht, daß BMW den Spielern (bis auf Boris Becker) „auf einer günstigen Leasing-Basis" ihre Spitzenkarossen zur Verfügung stellt.

Und Boris Becker steht vor der wichtigsten Bewährungsprobe in seiner Karriere. In diesen Münchner Tagen hat er sich abgekapselt und will sich seiner Umwelt nicht mehr offenbaren. Nach seiner Niederlage bei den Offenen Australischen Meisterschaften in Melbourne gegen Michiel Schapers mußte er „ein psychisches Tief und einen Leidensprozeß durchschreiten", und er spürt selbstverständlich, daß jetzt in der Tat „ein Druck der Öffentlichkeit" (Becker) existiert.

Den versucht Trainer Günter Bosch, seine Beziehungsperson, herunterzuspielen, indem er locker sinniert: „Das wird sich schon noch in den nächsten zwei Tagen legen." Bosch empfindet auch die zahlreichen Ehrungen, die sein Schützling in den letzten Tagen über sich ergehen lassen mußte, nicht als Ablenkung: „Ich möchte den Sportler kennenlernen, der all diese Auszeichnungen ablehnen würde, zumal man ja nicht weiß, ob Boris in Zukunft noch einmal derartige Chancen erhält."

Dabei steht die Freude, die Boris bei all diesem Zauber empfindet, außen vor. Noch macht es ihm tatsächlich Spaß, sich mit einem Privatflugzeug vom schweizerischen Sarnen mit Zwischenstationen in Bonn und Baden-Baden nach München kutschieren zu lassen und vor Ort als Superstar hofiert zu werden. Warum auch nicht. Seine Leistung stimmt, und das Training wird mit der gleichen Intensität durchgeführt wie zu früheren Zeiten.

Bosch hat sich dazu im schweizerischen Trainingslager ein neues Lauf- und Sprungtraining ausgedacht, „das die Beweglichkeit und Koordination noch verbessern soll". Treppen im Kreuz- und Wechselschritt rauf und runter, sowie das Hüpfen auf einem oder zwei Beinen auf kleinstem Raum stehen dabei jeden Tag dreißig Minuten lang auf dem Programm.

Geringe Probleme bereitet Becker („vor allem beim Return") noch der extrem schnelle Boden in der Münchner Olympiahalle. Dazu kommen die harten Pirelli-Bälle, die „anscheinend aus einer völlig neuen Produktion" (Bosch) stammen. Deshalb experimentiert der Trainer auch noch an der notwendigen Bespannungshärte für die Schläger von Boris Becker: „Wahrscheinlich werde ich acht Schläger mit 28,5 Kilo zu 26,5 Kilo für Boris bespannen lassen."

Bei ansonsten optimalen Bedingungen können Becker und das Team nur noch die morgige Auslosung abwarten. Denn noch immer nicht haben sich die Schweden für ihren zweiten Einzelspieler entschieden.

Woher kommt eigentlich der Davis-Cup?

Die Idee war eigentlich eine andere. Der Amerikaner Dwight Filley Davis hatte nichts anderes im Sinn, als auf Tennis aufmerksam zu machen. Und da das leichter geht, wenn es etwas zum Vorzeigen gibt, ließ er im Jahre 1899 von den Bostoner Silberschmieden Shreve, Crump und Low einen Pokal entwerfen, den er „International Lawn Tennis Challenge Trophy" nannte. Das 14 Kilogramm schwere Gebilde ähnelt einer Salatschüssel, die auf einer Tortenschachtel steht. Davis schrieb fest, daß der Pokal nie in festen Besitz übergehen dürfe. Jedes Land aber könne um ihn spielen, sofern es einen eigenen Tennis-Verband habe.

Die erste Einladung ging an die Engländer, die schon seit 1874 nach patentamtlich geschützten Regeln spielten. Sie schickten am 10. August 1900 ein Ersatzteam nach Boston – und verloren 0:3 gegen die USA (mit Dwight Davis). 1901 blieb eine zweite Einladung an England ohne Antwort, ein Jahr darauf gewannen die Amerikaner erneut, 1903 ging der Pokal, der nur noch Davis-Cup genannt wurde, an England. 1905 konnten die Amerikaner aus finanziellen Gründen nicht nach England fahren, es meldeten sich aber Frankreich und Belgien. Die Engländer blieben Sieger. 1907 wanderte der Pokal nach Australien. 1913 nahm erstmals auch Deutschland an den Pokalspielen teil. Die Idee des Mister Davis eroberte langsam die Welt.

Dwight Filley Davis, geboren am 5. Juli 1879 in St. Louis, gestorben am 28. November 1945, war ein guter Tennisspieler. 1901 stand er im Doppelfinale des Turniers von Wimbledon. Erfolgreicher aber war er in der Politik: Kriegsminister der USA von 1925 bis 1929, später Gouverneur der Philippinen.

Sein Sohn Dwight Filley Davis junior wollte den Pokal in den siebziger Jahren einziehen lassen. Ihn störte, daß Profis um ihn kämpften und immer mehr Geld ins Spiel kam. Er beließ es schließlich bei der Drohung.

In diesem Jahr hat eine japanische Computer-Firma den weltweiten Wettbewerb mit 1 155 200 Dollar ausgestattet. Die siegreiche Mannschaft erhält 200 000 Dollar. D. L.

SPORT-NACHRICHTEN

Andi: Sechs WM-Rallyes

Ingolstadt (dpa) – „Ohne Titel-Ambitionen" – so ein Werkssprecher – geht Audi mit den Teams Röhrl und Mikkola (Finnland) in die Rallye-Weltmeisterschaft 1986. Geplant sind mindestens sechs Einsätze.

Van Himst: Aufstieg?

Brüssel (sid) – Nach der Fußball-Weltmeisterschaft soll der frühere Nationalspieler Paul van Himst (40), beim RSC Anderlecht entlassen, neuer belgischer Nationaltrainer werden. Van Himst würde die Nachfolge von Guy Thys (63) antreten.

Weiter im Koma

Grenoble (sid) – Die am letzten Freitag beim Abfahrtslauf von Val d'Isère schwer gestürzte österreichische Skiläuferin Christine Putz (19) liegt weiter im Koma. Ihr Zustand aber, so die Ärzte im Krankenhaus von Grenoble, habe sich gebessert.

Hussing klarer Sieger

Dinslaken (sid) – Der deutsche Rekordmeister Peter Hussing (37) gewann bei einer Boxveranstaltung in Dinslaken im Superschwergewicht gegen Jörg von Amerongen klar nach Punkten. In der dritten Runde verschonte er seinen Gegner vor einem K.o.

Hockey: Gute Auslosung

München (dpa) – Die deutsche Hockey-Nationalmannschaft der Herren hatte bei der Gruppen-Auslosung der Weltmeisterschaft 1986 (4. bis 19. Oktober in London) Glück. Sie spielt in einer Gruppe mit Australien, Indien, Polen, Spanien und Kanada. In der zweiten Gruppe spielen Pakistan, England, Niederlande, UdSSR, Neuseeland und Argentinien.

Mögenburg nach Mainz

Mainz (sid) – Hochsprung-Olympiasieger Dietmar Mögenburg wechselt vom ASV Köln zum USC Mainz. Carlo Thränhardt hat noch keinen neuen Klub. Wie es heißt, wollte der ASV Köln die finanziellen Forderungen der beiden Athleten nicht erfüllen.

Innsbruck: Müller bleibt

Innsbruck (sid) – Der ehemalige deutsche Fußball-Nationalspieler Hansi Müller bleibt bis zum Sommer 1987 beim österreichischen Bundesliga-Verein Wacker Innsbruck. Müller war 1982 für zwei Millionen Mark Ablöse vom VfB Stuttgart zu Inter Mailand gewechselt, zum AC Como abgeschoben und dann an Innsbruck verliehen worden.

Kohde auf Platz drei

Paris (sid) – In der Grand-Prix-Wertung der Damen liegt Claudia Kohde-Kilsch (Saarbrücken), Deutschlands beste Tennisspielerin, auf Platz drei mit 1730 Punkten hinter Martina Navratilova und Chris Evert-Lloyd, die beide 2550 Punkte gesammelt haben. Steffi Graf (1085) folgt an neunter Stelle hinter Pam Shriver (1590), Zina Garrisson (1515), Hana Mandlikova (1390), Manuela Maleeva (1385) und Helena Sukova (1340).

HANDBALL / Frauen sind wieder erstklassig

Lob für Trainer Hoffmann: „Quälerei hat sich gelohnt"

dpa, Hannover

Wie eine Traube hingen die deutschen Handball-Frauen an der überragenden Torhüterin Astrid Hühn und feierten den Triumph, nach drei Jahren wieder in die Weltklasse zurückgekehrt zu sein. „Wir haben unser Ziel erreicht und die Qualifikation für die A-WM in den Niederlanden geschafft." Bundestrainer Ekke Hoffmann blieb auch nach dem mitreißenden 16:15 über Polen in Celle gelassen.

Acht Tage vor seinem 42. Geburtstag am 24. Dezember hatte Hoffmann aber eigentlich allen Grund, das Weihnachtsfest vorzuverlegen: Nach dem vierten Sieg im fünften Spiel bei der B-Weltmeisterschaft in Niedersachsen waren die letzten Zweifel beseitigt, zu den acht Mannschaften zu gehören, die 1986 die A-Weltmeisterschaft austragen. Und Verbands-Präsident Thiele zog gleich ein Geburtstagsgeschenk aus der Tasche: „Ich sehe keine Probleme, den Vertrag mit Hoffmann zu verlängern, der am 31. Dezember ausgelaufen wäre." Thiele war es gewesen, der zusammen mit Hoffmann auch 1984 die einteilige Frauen-Bundesliga durchgesetzt hatte.

„Die Quälerei hat ein Ende, die Ungewißheit der letzten zwei Jahre ist weg, ich bin rundum glücklich", jubelte auch Kapitän Petra Platen, die neben der überragenden Astrid Hühn und Kreisläuferin Claudia Sturm in Celle zu den nervenstärksten Spielerinnen der deutschen Mannschaft gehörte. Die 26jährige Medizinstudentin hat zusammen mit Rekord-Nationalspielerin Dagmar Stelberg und Spielmacherin Britta Vattes – sie fehlte in Celle wegen einer Mandelentzündung – seit der WM 1978 (achter Rang) und 1982 (neunter) in Ungarn mit dem Sturz in die Zweitklassigkeit alle Höhen und Tiefen miterlebt. „Auch wenn Hoffmanns Methoden manchmal bei uns auf Unverständnis stießen, war seine taktische Einstellung hervorragend", stellten sich die drei voll hinter ihren Coach.

Sie hatten lange gebraucht, um sich auf die leistungsorientierten Methoden Hoffmanns einzustellen, „aber der Erfolg gibt dem Trainer recht", erkannten sie die unermüdliche Arbeit Hoffmanns an, dem sie ihre Mitarbeit bei einer verpaßten Qualifikation aufgekündigt hätten.

Und Hoffmann? Der war schon wieder auf den Weg ins Trainingslager, um dort mit Co-Trainer Müller per Video den letzten Hauptrundengegner, Frankreich, zu studieren. Doch vorher ließ er etwas mehr als nur Freude erkennen, als er sagte: „Egal, ob wir um Platz drei oder acht spielen, wir sind auf dem richtigen Weg."

Erst recht, wenn es gelingt, die soziale Absicherung der Spielerinnen vorzunehmen. Thiele und Hoffmann sind sich einig, daß nur dann der eingeleitete Aufschwung erfolgreich fortgesetzt werden kann.

Michael Kehlmann verfilmte Joseph Roths Roman „Flucht ohne Ende"

Immun gegen revolutionäre Illusionen

Er war und blieb Journalist, dabei schrieb er aber Romane, die zu den wesentlichsten Büchern deutscher Zunge gehören. Er war seiner Gesinnung nach und auch im geselligen Umgang ein Moralist, dennoch blieb er den Abenteuern des Eros und Jahrzehnte hindurch dem Alkohol verfallen. Er war Jude und lebte aus der chassidischen Tradition Galiziens, die seine Weltsicht und seine Sprachmelodie mit einer melancholischen, sich an Zweifeln stärkenden Frömmigkeit erfüllte, seine Bewunderung galt aber dem Heiligen Römischen Reich katholischer Prägung und dem Universalismus der Monarchie. Joseph Roth blieb sich selber treu, indem er aus den verschiedenartigen Elementen seiner Existenz eine eigene Harmonie schuf. Er überschritt – besser gesagt: er überschwebte – viele Grenzen, ohne sie überhaupt wahrgenommen zu haben.

Er ist im Grenzland zur Welt gekommen und strebte der Mitte zu. Brody, seine Geburtsstadt, lag im fernen Nordosten der Monarchie Österreich-Ungarn. Hier endete die Welt des römischen Rechts, der europäischen Ordnungsprinzipien, der abendländischen Kultur. Jenseits von Brody lag die Weite Rußlands, von Menschen anderer Lebensart bevölkert. Das Grenzland war ein Lebensraum der Vielfalt. Man blickte nach Wien, und die Entfernung ließ Legenden entstehen. Die Menschen in Brody sahen in Kaiser Franz Joseph I. vor allem nicht den Herrn über höchste politische Macht; für sie war er die Symbolfigur einer Balance und zugleich Garant der gesicherten Verbindungen zum glücklicheren westlichen Teil des Kontinents. Nicht ohne Grund nannte sich Joseph Roth in einem Brief „ein Franzose aus dem Osten; ein Europäer, ein Mittelmeermensch, wenn Sie wollen, ein Römer und ein Katholik, ein Humanist und ein Renaissance-Mensch".

Flucht ohne Ende (1) – 20.15 Uhr, ARD

Das Drängen dieser Sehnsucht führte Roth nach Wien. 1917 erschienen seine ersten Feuilletons in den hiesigen Gazetten. Die Nöte und Notwendigkeiten des Berufes brachten es mit sich, daß er drei Jahre später in das ungeliebte Berlin übersiedelte, doch ging er als feuilletonistischer Reporter der „Frankfurter Zeitung" bald auf Reisen und wurde 1924 endlich ständiger Korrespondent des Blattes in Paris. Zwei Jahre später fuhr er als Reporter nach Rußland. Der Aufenthalt in der Sowjetunion im Jahre 1926 machte ihn immun gegenüber revolutionären Illusionen; für die Literatur wichtiger war, daß er aufgrund eigenen Erlebens einen Roman verfaßte. „Die Flucht ohne Ende" erschien 1927.

Bereits früher hat Roth Gedichte, Erzählungen, auch Romane publiziert; in diesem Buch aber fand er zur eigenständigen Sprache, zu dem von Legenden durchwobenen, von Träumen durchströmten Realismus, zur kompositorischen Sicherheit jener Epik, die die journalistische Arbeit dann nach und nach verdrängte. „Hiob" (1930), „Radetzkymarsch" (1932), „Das falsche Gewicht" (1937), „Die Kapuzinergruft" (1938), „Die Legende vom heiligen Trinker" (erschienen posthum 1939) sind Meisterwerke.

Was der Reporter erlebt, was der Mensch durchlitten und als Vision wahrgenommen hat, wurde hier zu einer glasklaren, an Stendhal und Flaubert geschulten Prosa verdichtet. Klarsichtiger als die meisten verließ Joseph Roth Deutschland unmittelbar nach der Machtergreifung Hitlers. „Jede Hoffnung ist aufzugeben, endgültig, gefaßt, stark, wie es sich gehört. Zwischen uns und ihm ist Krieg", schrieb er einem Freund. Er hauste von nun an in Paris und arbeitete und trank ununterbrochen. Roth starb im siebenundvierzigsten Lebensjahr am 27. Mai 1939.

GYÖRGY SEBESTYEN

KRITIK

Spekulationen um einen Entbehrlichen

Das zu Ende gehende Jahr nötigt allenthalben zu Rückblick und Bilanz. Auch **Kontraste** (ARD) wollte sich diesem Brauch nicht verschließen und bilanzierte Deutschlandpolitisches. Im Mittelpunkt standen dabei die möglichen Hintergründe des bislang unterbliebenen Honecker-Besuches in Bonn. Kontraste unterstellte, daß Honecker mit seiner verschobenen Reise wahrscheinlich außenpolitischen Argwohn in Warschau, aber auch in den westlichen Demokratien besänftigen wolle, denn es sei „das Deutschsein des Erich Honekker" und zudem die „deutsche Potenz eine dauernde Provokation". Solche Thesen könnten sich eines Tages als verhängnisvolle Illusion erweisen, da sie allein auf die saarländische Abkunft Honeckers abheben, sonst aber wenig realpolitischen Gehalt bieten. Der unlängst verstorbene Armeegeneral Hoffmann war Mannheimer und phantasierte noch vor kurzem von einem gewinnbaren Atomkrieg. Und auch Sowjet-Marschall Rokossowskij wurde seinerzeit den Polen als Landsmann anempfohlen, bis der Posener Aufstand den wahren Spielraum und die Funktion des Landsmannes auf makabre Weise verdeutlichte. Zum anderen: Umfragen in westlichen Demokratien haben ergeben, daß sich die jeweilige Bevölkerung keineswegs einer deutschen Wiedervereinigung auf demokratischer Basis und im Rahmen einer europäischen Friedensordnung entgegenstellt. Warum auch? Länder und Völker sind so groß, wie sie sind, und es kann nach demokratischen Maßstäben keine verworfenen Völker geben, denen etwas vorzuenthalten wäre. Daß aber Honecker die ungute Sentenz des François Mauriac von der Liebe zu den zwei Deutschlands jüngst genüßlich zitierte, sollte nachdenklich stimmen. Landsmannschaftliche Bindung hin und außenpolitische Beschwichtigung her, der wahre Grund für die bisher unterbliebene Reise dürfte bei dem liegen, der angeblich über das gemeinsame europäische Haus sinniert: bei Gorbatschow und dem System, das er vertritt.

PETER FISCHER



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ARD-Ratgeber
10.00 heute
10.05 Diese Drombuschs
7. und 8. Teil
12.10 Report
Moderation: Franz Alt
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Filmprobe
Halleluja-Mädchen
16.55 Das Haus der Krokodile
In der letzten Folge geht alles drunter und drüber. Victor hat Fieber, Coras Teddybär wurde heimlich aufgeschlitzt, und der Onkel stirbt. Doch selbstverständlich kann Victor den Fall lösen.
17.25 Lilingo
Ein Dorf in Afrika
Letzter Teil: Magani – Übers Heilen
Viele Bewohner des Dorfes suchen Hilfe und Heilung bei Amulett- und Talismanherstellern oder bei der Zauberin Mariama. Doch in Fällen, bei denen bei uns der Orthopäde herangezogen würde, haben auch die Menschen in Lilingo ihre Fachmänner: Sidi Ahaman und seine Brüder gelten als Knochenheiler.
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Flucht ohne Ende (1)
Zweiteiliger Fernsehfilm nach dem Roman von Joseph Roth
Mit Helmuth Lohner, Dagmar Mettler, Leslee Udwin u. a.
Buch, Regie: Michael Kehlmann
Franz Tunda, ein Heimkehrer aus dem Ersten Weltkrieg, erzählt dem Literaten in einem Pariser Bistro seine tragische Geschichte ...
22.00 ARD-Sport extra
Fußball: 1. Bundesliga und DFB-Pokal
22.30 Tagesthemen
23.00 Boris – Deutschlands Superwaffe
Vom Risiko, ein Star zu sein
23.40 Einsatz in Manhattan
Raubzug in Raten
0.25 Tagesschau
0.30 Nachtgedanken

ZDF

16.00 heute
16.04 Bettkantengeschichten
16.35 Tao Tao
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Silas (5)
Nach Romanen von Cecil Bodker
Wieder auf der Flucht
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.30 Hitparade im ZDF
Präsentiert von Viktor Worms
Regie: Pit Weyrich
20.15 Kennzeichen D
Deutsches Fernsehen unter US-Regie?
Europäische Schluckbeschwerden
Stadtporträt: Hafenstadt Wismar
21.00 Der Denver-Clan
Letzte Reserven
Um dem Ruin gerade noch zu entgehen, mobilisiert Blake seine letzten Geldreserven. Krystle verkauft Schmuck und Pelze, womit sie beinahe fünf Millionen Dollar erzielen kann. Außerdem will Blake eine Hypothek auf sein Haus aufnehmen. Da tritt Alexis auf den Plan ...
21.45 heute-journal
22.05 Wohin steuert die Kirche?
Zwanzig Jahre nach dem „Zweiten Vatikanischen Konzil" stellt sich die Frage: Wohin steuert die Kirche?
Ein Bericht von Meinolf Fritzen, Werner Kaltefleiter, Gerhard Müller und Michaela Pilters
23.05 Das kleine Fernsehspiel
Septemberweizen
Geschäfte mit Getreide
Film von Peter Krieg
Mitarbeit: Heidi Knott
Musik: Rolf Riehm
0.40 heute



18.30 APF blick
18.45 Zahlen und Buchstaben
Konzentrationsspiel
19.10 Sport auf SAT 1
20.00 Kein Pardon für Schutzengel
Schulpflichtig
Anschließend: APF Wetterblick
20.30 Love Boat
21.30 APF blick
22.15 Mad Jo – Ich spreng euch alle in die Luft
Deutscher Spielfilm (1968)
23.45 APF blick

3SAT

18.00 Galerie für Kinder
9. Zwei Tage aus dem Leben des Markus Vallazza
Die lieben Haustiere
Dann schon lieber einen Vogel
19.00 heute
19.30 Wetten, daß ...?
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Zwischen Abend und Morgen
Mit Milo Dor an Jugoslawiens südlicher Adriaküste
22.35 Sportreport
Nach jeder Kurve kommt 'ne Gerade
Show und Spaß stehen seit jeher beim Sechstagerennen im Vordergrund
Bericht von Michael Palme
23.20 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.35 Auto Auto
18.55 7 vor 7
Nachrichten, Sport, Wetter
19.20 Karlchen
19.30 Alias Smith and Jones
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Die falsche Braut
Deutscher Spielfilm (1944)
Mit Albert Janscheck, Elfriede Datzig u. a.
Regie: Joe Stöckel
21.55 RTL-Spiel
22.05 Wer bin ich?
22.25 Wetter / Horoskop / Betthupferl

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Ich stelle mich
Der Schauspieler und Regisseur Bernhard Wicki und seine Ehefrau, die Schauspielerin Agnes Fink
21.45 Rückblende
Vor 170 Jahren: Neuruppiner Bilderbogen
22.00 Wissenschaftsshow
Fliegen ohne Flügel
22.30 Irezumi – Der Geist der Tätowierung
Japanischer Spielfilm (1981)
0.20 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Englisch für Fortgeschrittene (13)
19.00 Arbeitsplätze (6)
Handel im Wandel
19.30 Landwirtschaft aktuell
Themen u. a.:
Gift im Weihnachtsbraten
Die Brüsseler Entscheidung zum Getreidepreis
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
21.00 Träume über Trümmern
21.45 Der Kontrakt des Zeichners
Englischer Spielfilm (1982)
23.25 Actualités
23.40 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Denk und Dachte
18.50 Wieso – Weshalb – Warum?
19.05 Was tun mit der Zeit!
19.45 Rasse = Klasse?
Der Schäferhund
20.15 Persönlich
Mit Menschen im Gespräch
21.00 Postamt 4
21.30 Drei aktuell
21.50 Lindenstraße (2)
22.20 Das Himmelbett
Bühnenstück von Jan de Hartog

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Der weiße Schuß
Peter Müller und Herbert Ringsgwandl: Beruf Skiläufer
20.15 Sammelsurium
Zum 50. Todestag von Kurt Tucholsky
21.00 Der Dieb der Mona Lisa
Ital.-franz. Spielfilm (1966)
Mit Marina Vlady, George Chakiris, Margaret Lee u. a.
Regie: Michel Deville
22.45 Der Liebende
Marguerite Duras erzählt
23.15 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Da' Philosophe
oder Kumma, Gsehng, Gwunna
Posse in drei Akten
20.30 Georg Lohmeier erzählt ...
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Projekt Atlantis (4)
22.40 Lese-Zeichen
23.10 Z. E. N.
23.15 Gefährdungen
Nachdenken über Demokratie
Von Gero von Boehm
23.55 Rundschau

Altenburg kritisiert „Teilgelöbnis"

Generalinspekteur: Fehlender Kampfeswille macht Krieg wahrscheinlicher / Kommandeurstagung

rmc/DW. Karlsruhe

Der Generalinspekteur der Bundeswehr, Wolfgang Altenburg, hat davor gewarnt, die Wichtigkeit der Kampfmoral bei den Soldaten zu unterschätzen. Zum Auftakt der 28. Kommandeurstagung in Karlsruhe erklärte der General, zur wirksamen Abschreckung gehörten neben Ausbildung und Ausrüstung auch der „für einen möglichen Aggressor deutlich sichtbare Wille, im Falle eines Angriffs zu kämpfen". Altenburg sieht diese Forderungen in der Bundeswehr nicht immer erfüllt. „Wer den Willen dazu durch Argumente verneint, wie ‚wenn ein Krieg ausbricht, endet mein Friedensauftrag; dann brauche ich nicht mehr zu kämpfen', mindert die Glaubwürdigkeit und macht Krieg wahrscheinlicher", erklärte der Generalinspekteur vor den Kommandeuren der Streitkräfte.

Informationsaustausch

Ziel der Tagung in Karlsruhe ist der Informationsaustausch und die gemeinsame Bestimmung der Richtung, in die die verantwortlichen Offiziere ihre Arbeit für die Bundeswehr lenken sollen. Altenburg erinnerte in seiner Rede an die Anfänge der Bundeswehr. Mit der „Inneren Führung" habe sich ein soldatisches Selbstverständnis entwickelt, das nicht mehr die Bewährung im Kampf in den Vordergrund stelle, sondern die Verhinderung von Krieg überhaupt.

Kritisch äußerte er sich auch zu dem sogenannten Teilgelöbnis. „Den Verteidigungswillen nur auf den Fall des konventionellen Krieges zu beschränken, bedeutet, den Verbund der Triade aufzulösen. Wer dies tut, erhöht nicht nur das Risiko, zu den Waffen greifen zu müssen. Er nimmt damit – ob bewußt oder unbewußt – den konventionellen Krieg mit seiner verheerenden Wirkung moderner Waffen auf dem dicht besiedelten Territorium unserer Republik in Kauf."

Der Generalinspekteur forderte die Kommandeure auf, nicht nur diese Zusammenhänge in und außerhalb der Truppe immer wieder zu verdeutlichen, sondern auch dafür zu sorgen, daß die wehrpflichtigen jungen Männer den militärischen Dienst als notwendig und sinnvoll erkennen. Altenburg mahnte, nicht zu glauben, man habe schon genug erreicht.

Ein zentrales Thema der Diskussion unter den Offizieren war die zeitgemäße Führung der Wehrpflichtigen. Der Generalinspekteur rief die Kommandeure auf, sich mehr als bisher den Wehrpflichtigen zuzuwenden. Das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen sei offener und entspannter geworden. Es werde mehr gefragt, in Zweifel gezogen und kritisiert. „Der Soldat, der sich aus Furcht vor langfristigen Nachteilen anpaßt, der vorsorglich zurücksteckt und mit seiner Meinung ängstlich hinterm Berg hält, ist nach meiner Beobachtung nicht die Regel", sagte Altenburg.

Die vor der Bundeswehr stehende „noch nie dagewesene Inanspruchnahme" für die Ausbildung der Reservisten, die Notwendigkeit, die Durchhaltefähigkeit der Verbände durch größere Munitionsvorräte und die Aufgabe, mehr Freiwillige zu werben, waren weitere Schwerpunkte der Rede Altenburgs. Der General ließ durchblicken, daß für ihn als Generalinspekteur künftig wahrscheinlich ein hauptamtlich Beauftragter die Reservistenarbeit in der Bundeswehr steuern soll. Bislang ist dafür der stellvertretende Inspekteur des Heeres zuständig.

Weniger Zeitsoldaten

Sorge bereitet dem Generalinspekteur auch der Trend bei den freiwillig längerdienenden Soldaten. Trotz hoher Arbeitslosigkeit sind die Bewerbungen für die Stellen von Zeit- und Berufssoldaten rückläufig. Dennoch zeigte sich Altenburg überzeugt davon, daß die Bundeswehr auch in den 90er Jahren ihren Auftrag voll erfüllen könne.

Bei einer Umfrage in der Bevölkerung haben die Streitkräfte nach Angaben des Generalinspekteurs gut abgeschnitten. Bei der Frage nach dem Vertrauen, das Institutionen in der Öffentlichkeit genießen, habe die Bundeswehr auf einer Skala von plus fünf bis minus fünf den beachtlichen Wert von plus 2,8 erreicht.

Konflikt in London um Hubschrauber

fu, London

Die Unstimmigkeiten innerhalb der britischen Regierung über die vorgesehene Beteiligung des amerikanischen Schrauben-Herstellers Sikorsky an der angeschlagenen britischen Hubschrauberfirma Westland haben sich zu einem handfesten Konflikt zwischen Verteidigungsminister Heseltine und Handels- und Industrieminister Brittan ausgeweitet. Während Minister Heseltine eine europäische Lösung zur Rettung von Westland in Form einer Beteiligung des europäischen Hubschrauberkonsortiums, Aerospatiale (Frankreich), Agosta (Italien) und British Aerospace als dringend notwendig erachtet, besteht sein Kollege aus dem Handelsministerium darauf, daß man einzig und allein dem privaten Unternehmen Westland die Entscheidung überlassen muß, mit welchem Partner die Firmen-Zukunft am besten gesichert werden kann.

Der Westland-Vorstand hat bereits Ende vergangener Woche beschlossen, ein Beteiligungsangebot des amerikanischen Konzerns United Technologies gemeinsam mit Fiat in Höhe von 29,9 Prozent dem europäischen Angebot vorzuziehen. Sikorsky ist ein Tochterunternehmen von United Technologies. Zu dem Rettungspaket gehört das Sikorsky-Angebot an Westland, den Transporthubschrauber Black-Hawk unter Lizenz herzustellen.

Shultz nennt Kadar einen „weisen" Politiker

Moderate Töne in Budapest: Ein lohnendes Gespräch

C. GUSTAF STRÖHM, Budapest

Wohl zum erstenmal in der Geschichte der amerikanischen Beziehungen zur kommunistischen Welt und zum Ostblock hat ein Außenminister der USA einen kommunistischen Parteichef und Spitzenpolitiker des Warschauer Pakts als „weise" bezeichnet – ein Lob, das nicht einmal mit den USA verbündete Regierungschefs oft zu hören bekommen. Vor der Presse in Budapest sprach Außenminister George Shultz mindestens zweimal über den „weisen" Janos Kadar und über die „Weisheit", die er, Shultz, in den Gesprächen mit dem ungarischen Parteisekretär zu hören bekam.

Das ist gewiß nicht nur amerikanische Taktik – auch wenn der Unterschied zwischen dem Bukarester Klima, aus dem Shultz gerade gekommen war, und der um vieles gelockerten Budapester Atmosphäre immer wieder deutlich wurde. In Ceausescus Rumänien hatte es Shultz nicht länger als wenige Stunden ausgehalten und das Programm auf das Notwendigste – die Gespräche mit dem Partei- und Staatschef sowie seinem Außenministerkollegen – beschränkt. In Ungarn dagegen standen nebenher die Besichtigung der vor einigen Jahren von den Amerikanern zurückgegebenen Stephanskrone und eine Rundfahrt durch die Stadt auf dem Programm.

Das Gespräch mit Kadar sei „lohnend" gewesen, gerade im jetzigen „vielversprechenden" Augenblick der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, sagte Shultz. Kadar habe ihm „interessante Beobachtungen" aus diesem Gebiet mitgeteilt. Gerade in diesem Zusammenhang gebrauchte Shultz das Wort „weise" für seinen höchsten ungarischen Gesprächspartner. Kadar habe zu „vielen Problemen" Stellung bezogen; Shultz wollte aber nicht ins Detail gehen.

Shultz setzte während seiner Reise (Brüssel, Bonn, Berlin, Bukarest, Budapest, Belgrad) die Akzente um einiges anders als etwa in seiner Berliner Rede: Es habe größere Bedeutung, wenn die Führer Amerikas und der Sowjetunion, wie in Genf geschehen, gemeinsam erklärten, daß ein Atomkrieg nicht gewonnen werden könne, als wenn jeder einzelne so etwas sage.

Shultz wurde gestern in Jugoslawien erwartet, der letzten Station seiner Europa-Reise. In seinen Gesprächen mit der jugoslawischen Führung dürfte er die amerikanische Unterstützung Jugoslawiens in der Schuldenfrage bekräftigen und die blockfreie Außenpolitik des Balkanstaates hervorheben. US-Präsident Reagan hatte jüngst Zustimmung zur Wirtschaftspolitik Jugoslawiens geäußert, das im Ausland mit 19 Milliarden Dollar verschuldet ist.

Auflagen für Umweltschutz „kaum tragbar"

GÜNTHER BADING, Bonn

Die Bundesregierung hat den Bundesrat aufgefordert, seine Vorschläge zur Verschärfung der Dritten Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) noch einmal zu überprüfen und gegebenenfalls zurückzuziehen. In einem Brief an die Ministerpräsidenten der unionsregierten Bundesländer wird darauf verwiesen, daß der Bundesrat selber nach Änderung des Regierungsentwurfs in mehr als 70 Punkten die Bewertung abgegeben habe, in bestimmten Branchen seien die daraus resultierenden Belastungen gerade für mittelständische Unternehmen „kaum noch tragbar". Außerdem hatte der Bundesrat die Auffassung vertreten, es sei Sache des Bundes, die erst durch die Verschärfung der TA Luft in der Länderkammer notwendig werdenden staatlichen Hilfen für die Wirtschaft zu finanzieren.

Dazu heißt es in dem von den Ministern Zimmermann, Bangemann und Schäuble unterzeichneten gemeinsamen Brief, solche zusätzlichen finanziellen Hilfen des Bundes seien nicht möglich. Der Bundesrat lasse dabei die verfassungsmäßigen Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern außer acht. „Die Verwaltungs- und Finanzierungskompetenz für Maßnahmen im Umweltschutzbereich liegt eindeutig und ausschließlich bei den Ländern."

In dem Schreiben werden vier Bereiche aufgelistet, die sich besonders belastend für kleine und mittlere Unternehmen auswirken würden: Veränderung der Bagatellgrenzen, Verkürzung der Sanierungsfristen, verschärfte Emissionsnormen für bestimmte Stoffe und die Ausdehnung der Sonderfallprüfung bei Schwefelemissionen mit der Folge aufwendiger Prüfverfahren.

Bundesinnenminister Zimmermann rechnet nicht mit einer ernsthaften Auseinandersetzung. Zwar habe er keine Möglichkeit mehr, in das Gesetzgebungsverfahren einzugreifen, da der Bundesrat im Oktober seinen Beschluß gefaßt habe. Allerdings stehe es der Ländervertretung offen, unter dem Aspekt der besonderen Belastung mittlerer Firmen, die erst durch die Verschärfung der TA Luft im Bundesrat eingetreten sei, seine Beschlußfassung zu korrigieren.

Vor der Presse in Bonn zog der Minister eine positive Bilanz der Umweltpolitik. Zimmermann verwies dabei darauf, daß die Großfeuerungsanlagenverordnung zügig umgesetzt werde und schon heute ein Drittel der deutschen Kraftwerkskapazität mit Entschwefelungsanlagen ausgestattet sei. 1986 werde ein weiteres Drittel hinzukommen. Im kommenden Jahr rechnet die Automobilindustrie auch mit einem Anteil von 50 Prozent umweltfreundlicher Autos bei den Neuzulassungen.

Die Inder mißtrauen dem Nachbarn

In der Atompolitik verstrickt sich Pakistan in Widersprüche / Vereinbarung getroffen

PETER DIENEMANN, Neu-Delhi

„Unsere Abscheu gegen Nuklearwaffen und Nuklearkrieg ist total", sagte Ministerpräsident Rajiv Gandhi anläßlich der Inbetriebnahme des ersten indischen „Schnellen Brüters" innerhalb des „Indira-Gandhi-Zentrums" für Atomforschung in Kalpakkam in der Nähe der südindischen Stadt Madras. Einen Tag vor dem Besuch des pakistanischen Präsidenten in Neu-Delhi hatte der indische Premier das Hauptthema seines gestrigen Gespräches mit Ziaul Haq angedeutet: das pakistanische Nuklearprogramm, das einer Verbesserung der Beziehungen Indiens zu seinem westlichen Nachbarn im Weg steht.

Nach einer Meldung der Nachrichtenagentur Reuter sind die beiden Spitzenpolitiker übereingekommen, die Nuklearanlagen gegenseitig nicht anzugreifen. Zum Abbau des Mißtrauens hatte Ziaul Haq auch eine Inspektion der Nuklearanlagen in beiden Ländern vorgeschlagen, doch Gandhi wollte dem bisher nicht zustimmen.

Die Inder sehen eine Bestätigung ihres Verdachts, daß Pakistan ein Atomprogramm verfolgt, in der Erklärung des pakistanischen Vorsitzenden der Atomenergiekommission, Munir Ahmed Khan: Für einen geplanten Reaktor mit einer Leistung von 900 Megawatt in Pakistan sei angereichertes Uran im eigenen Land erhältlich. Nach den Aussagen des pakistanischen Atomwissenschaftlers bedeutet dies, Pakistan kann theoretisch Nuklearwaffen produzieren, indem es reaktortaugliches Uran für diesen Zweck umwandelt.

Bei dem Gespräch zwischen beiden Regierungschefs kam allerdings auch Pakistans Unsicherheit über die indischen Nuklearabsichten zur Sprache. Indien hatte bereits 1974 eine erste Bombe in der Wüste Rajasthans gezündet. Zwar versichert Gandhi immer wieder, Indien habe keinerlei Pläne für den Bau von Atombomben, doch das Land verfügt über die notwendigen Grundstoffe, vor allem nach der Inbetriebnahme des 170 Millionen Mark teuren „Schnellen Brüters" in Kalpakkam, den Rajiv Gandhi zusammen mit einem 600 Millionen Mark teuren Leichtwasserreaktor jetzt seiner Bestimmung übergeben hat. In einigen Jahren, so westliche Beobachter, reicht der Brennstoff für den Bau mehrerer Atombomben.

Durch widersprüchliche Äußerungen zu seinen Atomplänen verstärkt Pakistan die Unsicherheit zwischen den Nachbarn. Während Präsident Ziaul Haq stets versichert, sein Land bereite keine Produktion von Atomwaffen vor und besitze auch keine, behauptet sein Atomminister, daß Pakistan jederzeit eine Atommacht werden könne.

Die Gespräche Ziaul Haqs mit Rajiv Gandhi sollen in erster Linie einer Entspannung zwischen beiden Ländern dienen. Es ging in Neu-Delhi auch darum, der Weltöffentlichkeit – an ihrer Spitze den USA – Friedenswillen und Willen zur Entspannung zu demonstrieren. Denn Washington beobachtet die Beziehungen zwischen Indien und Pakistan sehr genau. Ein Wohlverhalten Pakistans gegenüber dem neuen amerikanischen Freund Indien könnte sich für die Pakistanis bezahlt machen. Ein neuer Milliardenkredit der Amerikaner steht ins Haus.

Honecker mußte Warschau besänftigen

● Fortsetzung von Seite 1

lich zu stimmen: Man darf dabei nicht übersehen, daß die „DDR"-Industrie schon das Jahrtausend-Programm mit der UdSSR verkraften muß.

So vereinbarten die beiden Gesprächspartner, den mageren Warenaustausch zwischen der „DDR" und Polen von 1986 bis 1990 über die Elf-Milliarden-Rubel-Grenze zu hieven. Dies wäre im Verhältnis zum gegenwärtigen Fünfjahresplan eine Steigerung um rund 30 Prozent. Gleichzeitig soll offenbar die deutsche Seite vor allem dazu beitragen, Polen mit mehr „hochwertigen Konsumgütern" zu versorgen.

Ost-Berlin soll innerhalb dieses ehrgeizigen Programms an derart teuren Vorhaben wie der „produktionswirksamen Einführung von Schlüsseltechnologien und Spitzenleistungen unter anderem bei flexiblen Fertigungslinien mit automatisierten Steuerungssystemen, Industrierobotern, Erzeugnissen der Mikroelektronik" und anderen Ausrüstungsproblemen mitwirken.

Revirement beim BKA

Die neue Führung muß sich mit neuen Banden befassen

WERNER KAHL, Bonn

An der Spitze der Abteilung für Terrorismusbekämpfung des Bundeskriminalamtes tritt am 2. Januar 1986 ein Wechsel ein. Nach fast siebenjähriger Leitung wird dem Abteilungspräsidenten Klaus-Herbert Becker vom kommenden Jahr an das breite Spektrum der allgemeinen Kriminalitätsbekämpfung einschließlich des Einsatzes gegen die organisierte Kriminalität übertragen.

Mit der Veränderung bei der Abteilung „TE" ist ein länger vorbereitetes Revirement in der Führung mehrerer großer Abteilungen in der zentralen deutschen Kriminalpolizeibehörde verbunden (WELT v. 2. 10. 1985). Es handelt sich um die Abteilungen für Terrorismusbekämpfung und allgemeine Kriminalität sowie Kriminaldauerdienst, Tatortermittlungen und Beweismittelsicherung.

„TE"-Chef Becker nimmt den Platz des Abteilungspräsidenten Folger ein, der in den Ruhestand tritt. Zum Nachfolger Beckers wurde dessen früherer Stellvertreter, der heutige Abteilungspräsident Ruckmich, berufen. Ruckmich leitet die Abteilung für den Kriminaldauerdienst, Tatortermittlungen und Beweismittelsicherstellung. Die freiwerdende Stelle wird für geeignete und interessierte Bewerber ausgeschrieben.

Mit Ruckmich setzt das Bundeskriminalamt wieder einen erfahrenen Kriminalisten ein, der sich seit den frühen siebziger Jahren sowohl in der deutschen als auch in der internationalen terroristischen Szene auskennt.

Bei der Besetzung der Abteilung zur allgmeinen Verbrechensbekämpfung mit einem der erfahrensten Beamten des Hauses ließen sich das Bundeskriminalamt und das Bundesinnenministerium offenbar von der Erkenntnis leiten, daß neue Formen der Kriminalität von Banden entwickelt werden, die konspirativ vorgehen. Ihre Zahl hat sich offensichtlich vergrößert. Die Abteilung wird um eine Gruppe erweitert.

Die Dienstzeit von BKA-Vizepräsident Gerhard Boeden soll auf Wunsch von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU), dem Boedens Fachkenntnisse unentbehrlich scheinen, 1986 um ein weiteres Jahr verlängert werden.

Harter Schlag

dos. – Das Votum der Rübenanbauer in Hessisch Oldendorf ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Gut 82 Prozent der vertretenen Stimmen entschieden sich für das Angebot des Kölner Zuckerriesen Pfeifer & Langen, die Aktien der Lippe-Weser Zucker AG zu übernehmen. Die Kritiker dieser Transaktion, allen voran der Marktverband Rübenbau und Zuckerwirtschaft in Hannover, haben das Nachsehen. An der Entscheidung der Hauptversammlung vermochte auch die Tatsache nichts zu ändern, daß eine Gruppe bäuerlich strukturierter Zuckerfabriken im norddeutschen Raum kurzfristig ein Konkurrenzangebot unterbreitete.

Der Widerstand des Marktverbandes gegen das Kölner Unternehmen – dies wurde auf der Hauptversammlung deutlich – fand allerdings nur unzureichend Niederschlag in dem vorgelegten Alternativ-Konzept. Der eher ins Moralische zielende Hinweis, hier werde bäuerlicher Einfluß verkauft, weil die Rüben anbauenden Landwirte auf „ihre" Zuckerfabrik nicht mehr unternehmerisch einwirken können, verfehlte die erhoffte Wirkung. In der Anlehnung an Pfeifer & Langen sehen die Aktionäre die wirtschaftlich beste Lösung.

Für die niedersächsiche Zuckerwirtschaft, die seit geraumer Zeit mit Fusionen und Fabrik-Stillegungen konfrontiert ist, bedeutet die Übernahme einen empfindlichen Schlag. Zu befürchten ist, daß der westfälische Markt verloren geht. Das Werk in Lage hat bislang für die angrenzenden Gebiete Niedersachsens eine wichtige Rolle gespielt. Jetzt wird die Schattenseite des Strukturwandels spürbar.

Faires Angebot

cd. – Die gestern nach Börsenschluß von der Deutschen Bank bekanntgegebene Absicht einer breiten Plazierung des Flickschen Daimler-Paketes ist zugleich ein Dementi der während der letzten Tage kursierenden Börsengerüchte, wonach der größte Teil dieser Aktien bereits untergebracht sei. Diese Gerücht hatte den Daimler-Aktienkurs von 1108 Mark am letzten Dienstag auf vorgestern über 1250 Mark geradezu explodieren lassen. Es ist anerkennenswert, daß die Deutsche Bank die Neuerwerber von Daimler-Aktien aus dem Flick-Paket für diesen ungerechtfertigten Kurssprung nicht zahlen läßt, sondern daß sie die Papiere praktisch zu dem Kurs anbietet, mit dem sie vor dem Auftauchen der Gerüchte gehandelt wurden. Deswegen wäre es eine Fehlinterpretation, aus dem Abschlag von gut 100 Mark vom gestrigen Börsenkurs auf Schwierigkeiten bei der Unterbringung zu schließen. Wenn die Papiere verkauft sind, hat die Deutsche Bank bereits alles in der Kasse, was sie an Flick zahlt.

Streit um die Geldmenge

Von CLAUS DERTINGER

Morgen beschließt der Zentralbankrat der Bundesbank das Geldmengenziel für 1986. Anders als in früheren Jahren hat es 1985 vor dieser Grobeinstellung der geldpolitischen Linie keinerlei hitzige öffentliche Diskussionen über dieses Thema gegeben. Erwähnenswert wäre hier lediglich die Kritik, die der Sachverständigenrat aus dem Hause der Bundesbank mit seiner Empfehlung herausforderte, die Geldpolitik sollte jetzt mehr Raum für Wirtschaftswachstum geben, nachdem praktisch Geldwertstabilität erreicht sei. Nach dem Vorschlag des Sachverständigenrates sollte der Zielkorridor für die Ausweitung der Zentralbankgeldmenge von drei bis fünf Prozent in diesem Jahr auf vier bis sechs Prozent im kommenden Jahr angehoben werden, ein Petitum, das übrigens auch von anderer Seite unterstützt wird, so vom Sparkassenverband. Im Zentralbankrat gibt es ebenfalls Befürworter eines Geldmengenzielkorridors von vier bis sechs Prozent.

Die meisten dieser Plädoyers für ein etwas reichlicher bemessenes Geldmengenziel sind freilich nicht mit einer Aufforderung an die Bundesbank gleichzusetzen, den Wirtschaftsaufschwung mit mehr Geld zu schmieren und dabei die Geldwertstabilität auf der Prioritätenskala hintanzustellen. Diese Vorschläge beinhalten vielmehr eine kontinuierliche Fortsetzung des bisherigen geldpolitischen Kurses, der den Wirtschaftsaufschwung in diesem Jahr entgegen manchen Behauptungen in keiner Weise behindert. Das Geldmengenwachstum liegt ja bereits bei 4,7 Prozent. Um 1986 eine Geldmengenausweitung innerhalb eines Zielkorridors von vier bis sechs Prozent anzustreben, brauchte die Bundesbank also den Geldhahn überhaupt nicht weiter aufzudrehen.

Die Frage ist nur, ob das in der Öffentlichkeit richtig verstanden wird. Gibt eine Erhöhung des Geldmengenziels den Unternehmen und besonders auch den Tarifpartnern möglicherweise falsche Signale? Eine weitere Überlegung: Wird man der Bundesbank nicht eine zu laxe Geldpolitik vorwerfen, wenn es um die Geldwertstabilität Ende nächsten Jahres vielleicht nicht mehr so gut stehen sollte wie jetzt? Dahinter steht die Befürchtung, daß eine Vollauslastung der Kapazitäten, wie sie sich in einigen Bereichen für 1986 wohl abzuzeichnen beginnt, nach allen früheren Erfahrungen in fortgeschrittenen Konjunkturzyklen in die Preise zu gehen pflegt.

Ob diese Bedenken berechtigt sind oder nicht, wird sich erst später herausstellen. Tatsache ist jedenfalls, daß in der Bundesbank ein Kurswechsel überhaupt nicht zur Diskussion steht und daß die Notenbank ihre bisherige Politik bei einem Geldmengenziel von vier bis sechs Prozent ebensogut fortsetzen kann wie bei einem unveränderten Zielkorridor von drei bis fünf Prozent. Sie muß den Willen dazu nur unmißverständlich klarmachen.

Bei einem Geldmengenziel von drei bis fünf Prozent, das zum Beispiel die Sparerschutzgemeinschaft fordert, wäre freilich abzusehen, daß die Geldmengenausweitung über das Zielband hinausschießt. Damit müßte man jedenfalls rechnen, wenn sich das konjunkturelle Tempo 1986 nicht verlangsamt und wenn sich die Geldumlaufgeschwindigkeit nicht deutlicher beschleunigt. Dann stünde die Bundesbank vor einem Dilemma. Ließe sie die Geldmenge einfach laufen, drohte ihre Geldpolitik unglaubwürdig zu werden, so wie die der amerikanischen und britischen Notenbank, die sich den Teufel um ihre eigenen Geldmengenziele scheren, wenn sie ihnen nicht mehr in den Kram passen. Die Alternative, nämlich die, daß sich die Bundesbank unter restriktiven Handlungszwang gesetzt fühlt, obwohl eine restriktivere Politik überhaupt nicht in die Landschaft paßt, erscheint ebenso unbefriedigend.

In einer Situation wie jetzt zeigt sich, daß öffentlich verkündete Geldmengenziele eine janusköpfige Angelegenheit sind, jedenfalls dann, wenn ihnen in der Öffentlichkeit eine größere Bedeutung beigemessen wird als ihnen in der Praxis deutscher Geldpolitik zukommt. Die Bundesbank muß klarzumachen versuchen, daß sie nicht einem thereotischen Geldmengenziel nachjagt, sondern daß inflationsfreies Wirtschaftswachstum oberstes Ziel ihrer Politik ist.

BUNDESFINANZEN / Stoltenberg hält weitere Steuersenkungen für möglich

Konsolidierung kann nur gelingen, wenn Anstieg der Sozialkosten gebremst wird

HEINZ HECK, Bonn

Bei einem Wirtschaftswachstum von durchschnittlich nominal fünf Prozent und fortgesetzter Haushaltsdisziplin (Ausgabenzuwachs jährlich drei Prozent) über ein Jahrzehnt erwartet Finanzminister Stoltenberg für die Zeit von 1989 bis 1995 ein weiteres Volumen für Steuersenkungen von bis zu 60 Milliarden Mark. Das ist das Fazit einer gestern vorgelegten Studie mit dem Titel „Aufgaben und Ziele einer neuen Finanzpolitik – Grenzen staatlicher Verschuldung".

Die größte Sorge des Finanzministers ist, daß die steigenden Sozialausgaben die Steuerentlastung wieder verzehren. Die Konsolidierungspolitik „würde um ihren Ertrag gebracht, wenn der Anstieg der Sozialausgaben im Tempo der 70er Jahre weiterginge", betonte Stoltenberg. Er bezeichnet es als „fast die schwierigste – jedenfalls die wichtigste – politische Aufgabe", diesen Anstieg zu bremsen. Nach seiner Auffassung ist es nur mit großen Anstrengungen möglich, die Sozialausgaben stabil zu halten.

Für die kommende Legislaturperiode sieht er drei Aufgaben:

1. eine Steuerreform, für die er bei anderer Gelegenheit eine Entlastung von netto deutlich mehr als 20 Milliarden Mark genannt hat (so daß für die Legislaturperiode 1991–1995 eine weitere Entlastung von knapp 40 Milliarden Mark verbliebe);

2. ein weitergehendes Konzept zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen (nach der in Angriff genommenen Reform der Krankenhausfinanzierung) und

3. eine Grundentscheidung zur Rentenreform.

Stoltenberg sieht „gute Chancen", bis Mitte der 90er Jahre die Beitragslast der Bundesanstalt für Arbeit „erheblich" zu verringern. Neben dem erwarteten Anstieg der Beschäftigung wirke sich die demographische Entwicklung positiv aus. Eine Kostendämpfung im Gesundheitswesen erscheine schon wegen des zunehmenden Durchschnittsalters schwieriger. Er sieht in einer „ungefähren Stabilisierung" bereits einen Erfolg. Bei den Rentenversicherungsbeiträgen rechnet er ab Mitte der 90er Jahre mit einer Erhöhung.

Die gestern veröffentlichte Studie – nach Meinung Stoltenbergs die wichtigste theoretische Studie seines Hauses in diesem Jahr – hält die Konsolidierungsaufgabe trotz der erzielten Fortschritte noch nicht für gelöst. Der Zinsanteil an den Gesamtausgaben steige weiter (allein beim Bund von 1970 bis 1984 von 2,8 auf elf Prozent).

Zu wenig sei in der Vergangenheit beachtet worden, welche Dauerbelastungen sich aus einem fortlaufend zunehmenden Schuldenstand für die Volkswirtschaft und die öffentlichen Haushalte ergäben, erst recht vor dem Hintergrund einer rückläufigen Bevölkerungszahl. Für Stoltenberg ist ein Gleichgewicht erst erreicht, „wenn der Anteil der Zinsausgaben an den staatlichen Gesamtausgaben wieder zurückgeht". Zwar hält er „eine gewisse Flexibilität der Finanzpolitik" bei Konjunkturschwankungen auch in Zukunft für erforderlich, erteilt aber den Rezepten der 70er Jahre, die zu einer dauerhaft überhöhten Neuverschuldung geführt hätten, mit dem Attribut „unbrauchbar und schädlich" eine deutliche Absage.

Ungeachtet der seit dem Kurswechsel im Herbst 1982 ausgegebenen Prognosen vom „Totsparen" sei das „genaue Gegenteil eingetreten"; neues wirtschaftliches Wachstum und „ein geradezu spektakulärer Rückgang der Preissteigerungsrate" seien gefördert worden. Als positiv aus geld- und währungspolitischer Sicht vermerkt die Studie die verringerte Inanspruchnahme privater Ersparnis durch den Staat: 38 Prozent im ersten Halbjahr 1981 und 28 Prozent im ersten Halbjahr 1985.

Ein Abbau der Staatsquote wie der Steuerlast sei nicht möglich, solange ein immer größerer Teil der Steuereinnahmen für Zinsausgaben gebunden werde. Bis zum Ende der 80er Jahre steige die Zinsquote weiter an. Handlungsspielraum für Steuersenkungen entstehe nur „durch eine verläßliche Rückführung der Staatsquote". Heute liege sie mit 48 um zwei Prozent unter dem Wert von 1982 und werde bis 1989 voraussichtlich auf rund 45 Prozent zurückgehen.

GROSSBRITANNIEN

Reform der Sozialpolitik liberalisiert Rentensystem

WILHELM FURLER, London

Die britische Regierung hat ihre Vorschläge für die weitreichendste Reform der Sozialpolitik seit dem Krieg in detaillierter Form vorgelegt. Im Mittelpunkt des Programms, das von Gesundheits- und Sozialminister Fowler vor dem Unterhaus erläutert wurde, steht die völlige Neufassung und Liberalisierung des Rentensystems. Dabei hat die Regierung dem Druck von allen Seiten nachgegeben und ihre noch im Juni angekündigten Pläne, das erst 1978 eingeführte System staatlicher Zusatzrenten (State earnings related penison scheme – „Serps") in Phasen abzuschaffen und ganz durch persönliche Zusatzversicherungen abzulösen, fallengelassen.

Vielmehr wird dem jetzt vorgelegten Regierungs-Weißbuch zufolge das System staatlicher Zusatzrenten beibehalten, wobei allerdings der staatliche Kostenanteil bis zum Jahre 2033 von ursprünglich vorgesehenen 25 Mrd. Pfund (90 Mrd. DM) auf 13 Mrd. Pfund halbiert wird. Damit soll der steilen Entwicklung der Rentenansprüche ins nächste Jahrhundert hinein Rechnung getragen werden, ohne daß sich die Regierung dem Vorwurf aussetzen muß, sich – wie noch im Sommer geplant – ganz der Verantwortung zu entziehen.

Auf die einkommensbezogene Zusatzrente „Serps" haben gegenwärtig rund zwölf Millionen Briten Anspruch. Sie wird zusätzlich zur staatlichen Grundrente (rund 220 DM für ein Ehepaar) bezahlt. Den Reformvorschlägen zufolge soll aber das System der beruflichen und privaten Rentenvorsorge so liberalisiert und mit Anreizen versehen werden, daß in absehbarer Zeit ein Stadium erreicht sein wird, wo es als außergewöhnlich gilt, wenn jemand ohne eine persönliche Rentenvorsorge (sei es beruflich oder privat) in den Ruhestand tritt.

So wird, wenn die Sozialreform voraussichtlich im Frühjahr 1988 in Kraft tritt, Banken, Bausparkassen und Investmentfonds das Recht eingeräumt, private Renten-Sparprogramme anzubieten. Jeder Brite wird damit in der Lage sein, sich an einem konkurrierenden Markt die ideale Rentenvorsorge auszusuchen.

Die Rentenansprüche werden künftig „Eigentum des Arbeitnehmers" sein, das heißt, sie werden entgegen der bisherigen Regelung bei Berufswechseln voll übernommen. Außerdem werden alle Arbeitnehmer das Recht haben, aus einer beruflichen Rentenversicherung oder aus „Serps" auszusteigen und eine private Rentenvorsorge zu wählen.

Weitere Reformpunkte sehen vor, das völlig unübersichtliche System zahlloser sogenannter „Ergänzungs-Begünstigungen" durch eine einfache Einkommensunterstützung für sozial schwache Familien zu ersetzen; sie wird auf die Lohnzahlungen aufgeschlagen. Entsprechend wird die Reform für andere Gruppen bedeuten, daß sie schlechter als bisher gestellt sein werden.

AUF EIN WORT



„Es ist kaum zu leugnen: Sobald die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Signale auf Optimismus stehen, beginnt auch die Mode wieder den Spaß und die Beachtung zu finden, die ihr gebühren."

Hermann Irringer, Vize-Präsident des Bundesverbandes Bekleidungsindustrie e. V., Köln. FOTO: DIE WELT

BDI: Wettbewerb im Verkehr nötig

DW, Bonn

Mehr Wettbewerb im Verkehr hat der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Langmann, gestern in Essen gefordert. Die deutsche Verkehrsmarktordnung weise einen hohen Grad an Reglementierung und Bürokratisierung auf; die Bundesrepublik Deutschland könne es sich nicht länger leisten, ihre Industrie mit den Kosten eines Verkehrsmarktsirigismus zu belasten. Der Verkehrsbericht der Bundesregierung und die verkehrspolitischen Markierungen auf europäischer Ebene enthielten darum die richtigen Ziele: Marktöffnung und Reregulierung.

BERLIN-FÖRDERUNG

Bangemann: Das Konzept muß nicht geändert werden

tb. Berlin

Es besteht keine Absicht die Berlin-Förderung zu ändern. Das betonte Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann anläßlich der 10. Konferenz der Berlin-Beauftragten der Deutschen Industrie, die auch dem Erfahrungsaustausch über die Novelle zum Berlin-Förderungsgesetz diente. Er wies darauf hin, daß vor allem Beständigkeit für die Wirtschaft wichtig sei. Nach der Reaktion der Wirtschaft habe sich die neue Berlin-Förderung positiv ausgewirkt.

Auf der Konferenz wurden zwei neue Projekte vorgestellt. So sollen regelmäßige Personalchefkonferenzen, an der Personalvorstände aus führenden deutschen Unternehmen teilnehmen, und die von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm geleitet werden soll, in Berlin stattfinden. Ziel wird es sein, Berlin noch mehr als bisher zu einem Innovationszentrum der beruflichen Qualifizierung in Deutschland zu machen. Außerdem werden im Februar nächsten Jahres die großen deutschen Anlagenbauer mit mittelständischen Berliner Firmen, die als Zulieferer für die Umwelttechnik in Frage kommen, sprechen. Damit soll erreicht werden, daß die Stadt nicht nur als Zentrum der Umwelttechnik-Entwicklung betrachtet, sondern auch Einkaufszentrum in diesem Bereich wird.

Künftig sollen, so Bangemann, ausländische Unternehmen, die für ein Engagement in Frage kommen, besser mit den Vorteilen des Standortes Berlin bekannt gemacht werden. Berlins Wirtschaftssenator Elmar Pieroth bedauerte die noch immer geringe Präsenz von Bundesunternehmen in der Stadt. Hier stehe der Finanzminister in einer Bringschuld.

GESETZLICHE KRANKENVERSICHERUNG

Bundessozialgerichts-Urteil zur Kostenerstattung 1986

Py. Düsseldorf

Das Bundessozialgericht (BSG) wird 1986 über die Rechtmäßigkeit der Kostenerstattung entscheiden, die verschiedene gesetzliche Krankenkassen ihren freiwilligen Mitgliedern mit Einkommen oberhalb der Krankenversicherungs-Pflichtgrenze wahlweise anstelle des Krankenscheins anbieten. Das hat der Präsident des BSG, Heinrich Reiter, in einem Interview mit dem Organ des Verbands der privaten Krankenversicherungen, „PKV-Publik", angekündigt. Das Urteil werde notwendig, weil sich mehrere Krankenkassen darüber beschwert haben, daß ihre Aufsichtsbehörden die Genehmigung einer Satzung versagten, durch die die Kostenerstattung eingeführt werden sollte.

Reiter hält das Nebeneinander der Zuständigkeiten von Sozial- und Verwaltungsgerichtsbarkeit für das Krankenhauswesen für „änderungsbedürftig". Er habe sich mehrfach dafür eingesetzt, daß die Sozialgerichte für das gesamte Krankenhauswesen einschließlich Planung und Pflegesatzrecht zuständig sind.

Das BSG erfüllt die Kostenentwicklung in der GKV im Hinblick auf die unbedingt notwendige Beitragsstabilität mit großer Sorge. Sicher gibt es nach den Worten Reiters keine Patentrezepte für eine Korrektur der Entwicklung, „aber wir sind doch gut beraten, wenn wir uns bei einer künftigen Strukturreform der GKV auf folgendes wieder besinnen: Solidarität und Subsidiarität dürfen keine Gegensätze sein, sondern müssen sich ergänzen." Und: „Im Rahmen der stationären Behandlung müßten wir sorgfältig darauf achten, daß Anreize zu äußerster Sparsamkeit gegeben und Überkapazitäten abgebaut werden."

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Daimler-Paket wird breit plaziert

Frankfurt (cd.) – Die Deutsche Bank bietet rund 3,4 Millionen Aktien aus Flick-Besitz über ein internationales Konsortium zum Preis von 1120 Mark je Aktie an und damit um gut 100 Mark unter dem gestrigen Schlußkurs an der Frankfurter Börse (1220,50). Die Zeichnung der für 1985 voll dividendenberechtigten Aktien beginnt sofort, die Zeichnungsfrist läuft bis zum 3. Januar, Zahltag ist der 8. Januar. Dem Bankenkonsortium gehören mehr als 100 Institute an und damit alle Adressen, die im internationalen Plazierungsgeschäft Rang und Namen haben. Auf diese Weise soll eine möglichst weite Streung der Aktien im Zuge der größten Aktienpalzierungsaktion, die es je an der deutschen Börse gegeben hat, erreicht werden.

Weniger Aufträge

Wiesbaden (dpa/vwd) – Der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe ist im Oktober wertmäßig um 0,5 Prozent im Vergleich zum Oktober 1984 gesunken. Im Hochbau sind 0,7 Prozent weniger und im Straßenbau 9,7 Prozent mehr Aufträge eingegangen, berichtete gestern das Statistische Bundesamt. Danach ergab sich im Wohnungsbau ein Minus von 14,6 Prozent, während der gewerbliche Hochbau 7,5 und der öffentliche Hochbau 15,6 Prozent zulegten.

Landesbank klagt

München (DW) – Die Bayerische Landesbank, München, hat gegen den Kölner Rechtsanwalt Bernd Schäfer Klage auf Widerruf, Unterlassung und Schadensersatz erhoben. Die Klage hat die Bank nach eigenen Angaben anstelle der beantragten Einstweiligen Verfügung gegen die Vorwürfe im sogenannten „Sonderprüfungsgutachten" Schäfers zum Fall Mega-Petrol erhoben. Schäfer, Vorsitzender des Verwaltungsrates des Mega-Petrol-Gesellschaften, hatte der Landesbank eine sittenwidrige Schädigung der Mega-Petrol-Gesellschafter durch leichtfertige Vorfinanzierung eines Schneeballsystems wider besseres Wissen vorgeworfen. Eine Gesellschafterversammlung der Mega-Petrol in der vergangenen Woche hatte auf der Grundlage des Schäfer-Gutachtens eine gemeinsame Klage gegen die Landesbank beschlossen.

Schaden entstanden

Bonn (DW) – Schwerer Schaden sei der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft durch die Art und Weise entstanden, in der die Neue Heimat die in ihren Mietwohnbeständen liegenden Reserven zur Deckung ihrer Verluste mobilisiert hat. Das betonte Bundesbauminister Oscar Schneider gestern in Bonn. Staatliche Präferenzen seien künftig nur noch dann gerechtfertigt, wenn sie bei den Mietern als soziale Entlastung auch tatsächlich sichtbar würden. Darauf werde man vorrangig bei der Novellierung des Gemeinnützigkeitsrechts achten.

Nur geringe Wirkungen

Bonn (DW) – Die Auswirkungen des technischen Fortschritts auf den Arbeitsmarkt sind wesentlich geringer als angenommen. Das ist das Fazit einer Bestandsaufnahme, die im Auftrag des bundesministers für Forschung und Technologie vorgenommen worden ist. Danach haben andere ökonomische Faktoren wie Strukturwandel, Wachstum oder internationaler Wettbewerb weitaus mehr Gewicht. Der technische Fortschritt habe sogar einen positiven Einfluß auf den Arbeitsmarkt, denn er helfe, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu verbessern.

Stromverbrauch steigt

Frankfurt (DW) – Die deutsche Elektrizitätswirtschaft rechnet für 1986 mit einem Anstieg des Stromverbrauchs um drei Prozent. Das erklärte Horst Mageri, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke in Frankfurt. Damit werde der Stromverbrauch mit derselben Rate wachsen wie die Wirtschaft. Auch 1985 sei hier ein enger Zusammenhang deutlich geworden: Bei einer Zunahme des realen Brutto-Inlandsprodukts um 3,2 Prozent stieg der gesamte Brutto-Stromverbrauch in den ersten neun Monaten um rund drei Prozent.

MBB

An Großauftrag beteiligt

J. Sch. Paris

Das deutsch-französische Raketenkonsortium Euromissile hat aus den USA den Auftrag zur Erstellung eines Luftverteidigungssystems erhalten, das aus 4000 Flugzeugabwehrraketen vom Typ „Roland" und 115 Abschußeinrichtungen besteht und zum Schutz der in der Bundesrepublik stationierten amerikanischen und deutschen NATO-Basen bestimmt ist. Der Auftragswert beträgt 700 Millionen Dollar. Darin teilen sich die staatliche Aerospatiale und Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) entsprechend ihrer Euromissile-Anteile (je 50 Prozent). Hinzu kommen die Trägerfahrzeuge, die von der deutschen MAN geliefert werden.

Bei der Aerospatiale, welche die Roland-Rakete entwickelt hat, sieht man in dem Gemeinschaftsauftrag einen neuen Beweis für die Leistungsfähigkeit der französischen Rüstungsindustrie. Auf das Roland-System erteilten bisher neun Länder Aufträge für 25 000 Raketen und 600 Abschußeinrichtungen. Die Amerikaner (Hughes Aercraft Co. und Boeing Aerospace Co.) erwarben darauf vor zehn Jahren die Lizenz, haben aber nur 400 Raketen nachgebaut.

Nunmehr hofft man in Paris, daß die amerikanische Armee der Euromissile einen direkten Großauftrag erteilt, nachdem sie ihr eigenes Raketensystem David aufgegeben hat. Auch hätten die Amerikaner nach ihrem Großauftrag für das elektronische Telefonsystem „Rita" des staatlichen Thomson-Konzerns großes Vertrauen in die französische Militärtechnologie gezeigt.

Andererseits scheint sich der Markt für Flugzeugabwehrraketen inzwischen seinem Sättigungsgrad zu nähern. Dazu erklärt allerdings Aerospatiale, daß die Roland-Rakete in den verbesserten Versionen (Reichweite 6,3 und acht Kilomter) über die 90er Jahre hinaus gebaut und auch nach dem Jahre 2000 im Dienst stehen werde. Ein besseres System gebe es in diesem Verteidigungsbereich zur Zeit nicht.

Für die deutsch-französische Kooperation ist der Auftrag ein Lichtblick, nachdem das gemeinsame Militärflugzeugprojekt gescheitert ist.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Segeberg: Wilfriede Beate Niederau geb. Dettloff, gesch. Fleischhauer; **Bremen:** Betonsteinvertrieb Nord GmbH & Co. KG; **Essen:** Mensing GmbH; **Frankfurt:** Sam Bobker; **Hagen:** Nachl. d. Kurt Ladach, Steuerberater, Schwerte; **Hamburg:** Glasbau Kuball GmbH; Nachl. d. Oswald Paul August Neumann; **Lübeck:** Bernd Sandmann; Monika Sandmann; **Niebüll:** Rossen GmbH; **Ravensburg:** Nachl. d. Nikolaus Josef Kruppa; Regensburg: BEFA-Metall-Handels GmbH, Cham; **Rheine:** Reinhold Kemper, Kraftfahrzeugmeister, Ochtrup; **Stade:** Willi Dieckmann GmbH, Wischhafen; **St. Wendel:** Nikolaus Brackettì Möbelfabrik GmbH; **Ulm:** Komplett-Bau Tischendorf GmbH; **Weiden i. d. Opf.:** Nachl. d. Michael Wild, Eslarn; **Wolfratshausen:** Helmut Häring, Schlossermeister; Anian Alfred Thurnhuber, Metzgermeister, Holzkirchen; **Wuppertal:** Finkenrath Reisen GmbH; **Zweibrücken:** Nachl. d. Anton Spornberger, Kindsbach.

Vergleich beantragt: Alfeld (Leine): Verwaltungsges. Tonindustrie Niedersachsen Jacobi GmbH, Coppengrave; Tonindustrie Niedersachsen Jacobi GmbH u. Co., Coppengrave.

SCHULDENKRISE / Die Cartagena-Gruppe elf lateinamerikanischer Länder berät über ihre Finanz-Situation

Kapitaltransfer an Industrieländer reduzieren

rtr, Montevideo

Die in der Cartagena-Gruppe zusammengeschlossenen elf lateinamerikanischen Staaten haben zur Linderung der Schuldenlast von rund 360 Milliarden Dollar konkrete Vorschläge entwickelt. Zu den Beratungen der Außen- und Wirtschaftsminister verlautete aus Delegationskreisen, die Vorschläge zielten darauf ab, den Nettotransfer an die Industrienationen, der in diesem Jahr auf 65 Milliarden Dollar geschätzt wird, zu reduzieren. Das Konzept, das auf die Pläne von US-Finanzminister James Baker reagiere, müßten die Minister noch fertigstellen.

Die Vorschläge der Cartagena-Gruppe, der Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Ecuador, Mexiko, Peru, Venezuela, Bolivien, Chile, Uruguay und die Dominikanische Republik angehören, stellten eine erste gemeinsame Antwort auf den Baker-Plan dar. Baker hatte im Oktober vorgeschlagen, daß die Geschäftsbanken über drei Jahre 20 Milliarden Dollar an neuen Krediten einräumen und die internationalen Finanzorganisationen ihr Kreditvolumen von 18 auf 27 Milliarden Dollar aufstocken.

Zur Eröffnung der Konferenz hatte der uruguayische Präsident Julio Sanguinetti erklärt, der sich verschlechternde Handelsaustausch und die hohen Realzinsen hätten zu einem gewaltigen Mittelabfluß aus Lateinamerika geführt. „Jetzt sind mutigere Schritte nötig, um der Notlage entgegenzutreten."

Die Grundlage der neuen Vorschläge, die den Informationen zufolge in einem Abschlußkommunique aufgenommen werden sollen, bildet ein Arbeitspapier, das in der vergangenen Woche bei einem Vorbereitungstreffen erstellt worden war. In den Delegationskreisen hieß es, darin sei ein Appell an die Geschäftsbanken enthalten, das Kreditvolumen an Lateinamerika real beizubehalten, damit ein Ausgleich für die internationale Inflation geschaffen werde.

Die internationalen Finanzorganisationen sollen aufgefordert werden, ihre Kreditzusagen deutlich zu erhöhen. Dabei soll aber weder ein einzelnes Land noch eine Gruppe besonders begünstigt werden. Nach Ansicht der Cartagena-Gruppe sollten die Mittel des Internationalen Währungsfonds (IWF) zum Ausgleich von Exportausfällen auch für Ereignisse eingesetzt werden, die von den Schuldnerländern nicht beeinflußt werden können. Hierzu zähle das hohe Zinsniveau und Naturkatastrophen, hieß es in den Kreisen.

Die Ministerrunde befaßt sich auch mit einer Koppelung des Schuldendienstes an die Exporteinnahmen. „Wir haben Margen zwischen zehn und 30 Prozent erörtert, aber ein hoher Grenzsatz würde Länder wie Brasilien, das hohe Exporte hat, präjudizieren", sagte ein venezolanischer Delegierter.

Bislang hat lediglich Peru einseitig seine Schuldenzahlungen auf zehn Prozent der Exporterlöse begrenzt. Der peruanische Ministerpräsident und Finanzminister Luis Alva Castro sagte, die Konferenz habe zwar Perus Schuldenpolitik nicht offen unterstützt, doch seien die binnenwirtschaftlichen Maßnahmen, wie Ausgabenbegrenzung und Inflationsbekämpfung, ausdrücklich gewürdigt worden. Diese Erfolge seien aber nur durch die Begrenzung des Schuldendienstes möglich geworden, sagte Alva Castro zu Journalisten.

WMF / Entwicklung beim Ergebnis unbefriedigend

Kanada-Tochter liquidiert

nl. Stuttgart

Molltöne läßt die Württembergische Metallwarenfabrik AG (WMF), Geislingen, im Aktionärsbrief anklingen: Die Ergebnisentwicklung des laufenden Jahres sei durch die nicht planmäßig verlaufenden Umsätze beeinträchtigt. Hinzu kämen Sonderbelastungen, auch aus Strukturmaßnahmen. So zieht sich die WMF aus ihrem Engagement bei der kanadischen Produktionstochter Burke & Wallace Ltd. zurück, wobei die Liquiditation zu einer „erheblichen Ergebnisbelastung" führen wird. Für diese Gesellschaft, bei der 1984 ein Verlust von 5,3 Mill. DM entstanden war, sei keine nachhaltige Besserung zu erwarten.

In den ersten zehn Monaten 1985 hat der Gruppenumsatz der WMF um 1,7 Prozent auf 492 Mill. DM zugenommen, bei der AG um 1,9 Prozent auf 443 Mill. DM. Nach den Maßstäben der WMF sei diese Entwicklung noch nicht befriedigend. Relativ flau verlief das Geschäft in den Sparten Bestecke/Geschenke/Glas und Kochgeschirre/Haushaltswaren. Besser war die Situation im Objektgeschäft (Ausstattung von Hotellerie und Gastronomie). Der Auslandsanteil am Gruppenumsatz stieg leicht auf 20,9 (20,1) Prozent. Unterschiedlich ist die Beschäftigungslage: Überstunden und Mehrarbeit im Objektgeschäft stand Kurzarbeit in anderen Sparten gegenüber.

Zum Jahreswechsel bekommt die WMF in dem Wiesbadener Rechtsanwalt Wolfgang Schuppli einen neuen Großaktionär. Dieser erwirbt ein Aktienpaket von 47 Prozent, nachdem Rheinmetall die Aussichtslosigkeit des Kartellstreits gesehen hat und seine Beteiligung an WMF von 57 auf 10 Prozent reduzieren wird.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Neue Asko-Vorzugsaktien

Saarbrücken (dpa/VWD) – Die Asko Deutsche Kaufhaus AG, Saarbrükken, hat ihr Grundkapital um 3 Mill. auf 45 Mill. DM erhöht. Dazu werden 60 000 Vorzugsaktien ohne Stimmrecht im Nennbetrag von je 50 DM auf der Grundlage des aktuellen Börsenkurses neu ausgegeben. Damit fließen der Gesellschaft rund 72 Mill. DM neue Eigenmittel zu. Die Aktien sollen vor Jahresende von einem internationalen Konsortium am Londoner Finanzmarkt plaziert werden. Die Einführung an der Börse Frankfurt ist für Anfang Februar 1986 vorgesehen. 1985 erwartet die Asko-Gruppe einen Umsatz von rund 1,9 Mrd. DM (plus 13 Prozent).

Texaco schreibt schwarz

Hamburg (JB.) - Die Deutsche Texaco AG, Hamburg, hat das Ergebnis im Jahr 1985 klar verbessert. Seit langer Zeit sind im Mineralölgeschäft wieder schwarze Zahlen geschrieben worden. Der Bereich Aufschluß und Gewinnung erreichte ein Ergebnis wie im Vorjahr, die Chemie schnitt besser ab. Wie aus einem ersten Überblick hervorgeht, haben die Raffinerien 8,3 Mill. Tonnen durchgesetzt. Die Erdölförderung lag bei 2,5 Mill. Tonnen, die Naturgasproduktion bei 3,6 Mrd. Kubikmeter.

Bosch stärker in Österreich

Stuttgart (nl.) – Die Bosch-Gruppe wird über ihre österreichische Vertriebsgesellschaft, die Robert Bosch AG, Wien, ihre bisher 26prozentige Beteiligung an der Friedmann + Maier AG nach einem Kapitalschnitt auf fast 90 Prozent des wiederaufgestockten Kapitals von 50 Mill. Schilling ausbauen. Friedmann + Maier fertigt Einspritzausrüstungen, beschäftigt rund 450 Mitarbeiter und kommt in diesem Jahr auf einen Umsatz von 240 Mill. Schilling.

Wolters-Mehrheit bei Gilde

Hannover (dos) – Die Lindener Gilde-Bräu AG, Hannover, die bislang schon mit einer Schachtel an der Hofbrauhaus Wolters AG, Braunschweig, beteiligt war, hat jetzt die Mehrheit am Wolters-Grundkapital von 5 Mill. DM übernommen. Die Erbengemeinschaft Dr. Wolters bleibt mit einer Schachtel beteiligt. Gilde-Bräu ist die größte niedersächsische Brauerei und repräsentiert einen Ausstoß von rund 1,3 Mill. Hektolitern sowie einen Umsatz von zuletzt 141 Mill. DM. Der Wolters-Bierausstoß liegt bei 400 000 hl, der Umsatz bei 87 Mill. DM.

Messeplatz Deutschland

Köln (DW.) – Alle wichtigen Messe- und Ausstellungstermine für die Jahre 1986 bis 1988 sind im Kalender „Messeplatz Deutschland" aufgeführt, den der Ausstellungs- und Messeausschuß der Deutschen Wirtschaft (AUMA), Köln, jetzt vorlegt. Gleichzeitig hat AUMA den „Terminer 1986" als Poster im Format DIN A1 herausgegeben, der neben dem Messeplatz Deutschland auch das offizielle deutsche Auslands-Messeprogramm enthält.

Starke Mehrheit für Pfeifer & Langen

dos. Hessisch Oldendorf

Die Aktionäre der Lippe-Weser Zucker AG, Lage, haben auf der außerordentlichen Hauptversammlung in Hessisch Oldendorf mit großer Mehrheit der Übernahme durch das Kölner Unternehmen Pfeifer & Langen zugestimmt. Gut 82 Prozent der Aktionäre (rund 1600 Rübenanbauer aus Ostwestfalen-Lippe und Niedersachsen) folgten dem Vorschlag der Verwaltung, sich dem zweitgrößten deutschen Zuckerhersteller anzuschließen. Pfeifer & Langen hatte den Eigentümern angeboten, pro Aktie 750 DM zu bezahlen. Bei einem Grundkapital von 6,03 Mill. DM bedeutet dies ein Kaufpreis von über 45 Mill. DM. Das Angebot soll bis zum 10. Januar aufrechterhalten bleiben.

Ausschlaggebend für das eindeutige Votum der Hauptversammlung war die Garantie von Pfeifer & Langen, den Besitzstand der Weser-Lippe zu wahren. Ein kurzfristig abgegebenes Konkurrenzangebot von einem Konsortium bäuerlicher Zuckerfabriken in Norddeutschland, das ebenfalls 750 DM für die Übernahme offerierte, sei qualitativ schlechter, hieß es auf der Hauptversammlung.

SCHOTT / Investitionsprogramm kräftig aufgestockt

Gebotene Chancen genutzt

adh. Mainz

„Das positive wirtschaftspolitische Umfeld der Bundesrepublik hat uns Chancen eröffnet, die wir genutzt haben und auch weiterhin nutzen werden." Die von Vorstandssprecher Heinrich J. Klein so umrissene Einstellung der Schott-Gruppe hat im vergangenen Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.) bei Schott zum mit 130 Mill. DM bisher größten Investitionsprogramm und zu weltweit 800 neuen Arbeitsplätzen, davon 500 in der Bundesrepublik, geführt. Eine positive wirtschaftliche Entwicklung im zweiten Jahr hintereinander hat nämlich bei dem zur Zeiss-Stiftung gehörenden Technologie-Unternehmen zu neuem Elan geführt, der sich auch in einer Intensivierung der Forschung und Entwicklung (u. a. wird ein Forschungslabor neu gebaut) ausdrückt.

In einem ersten Überblick kennzeichnete Klein das Jahr mit „zufriedenstellend". Zum ersten Mal seit zehn Jahren habe die Inlandsnachfrage bei Schott (Schott Glaswerke Mainz und zwölf deutsche Tochterunternehmen) mit einem Plus von 14 Prozent stärker zugenommen hat als der Export (plus drei Prozent). Insgesamt legte die deutsche Gruppe mit den fünf Sparten Elektro, Optik, Rohr, Chemie und Gebrauchsglas beim Umsatz 8 Prozent auf 1,35 Mrd. DM zu; mit der gleichen Rate stieg der Weltumsatz auf 1,7 Mrd. DM. Die Exportquote der deutschen Gruppe macht jetzt 52 (53) Prozent aus.

Auch in diesem Jahr rechnet Klein damit, daß die Geschäfte im Inland stärker expandieren als im Ausland. In den ersten beiden Monaten des neuen Geschäftsjahres liefen freilich beide Bereiche mit einem zweistelligen Plus dem Plan (Umsatz plus 8 Prozent) weit davon. In das neue Jahr war die Schott-Gruppe Inland mit 11 300 Mitarbeitern und einem Auftragsbestand von 1,44 Mrd. DM gegangen. Investiert werden sollen 160 Mill. DM.

COLONIA / Besseres allgemeines Geschäft – Höhere Überschüsse bei Leben

„Angemessene Dividende" angekündigt

HARALD POSNY, Köln

Die Colonia Versicherung AG, Köln, erwartet für 1985 ein gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessertes versicherungstechnisches Bruttoergebnis. Vorstandsvorsitzender Dieter Wendelstadt hob darüber hinaus in einem ersten Jahresrückblick hervor, daß wie auch 1984 im noch laufenden Jahr das direkte deutsche Geschäft brutto „schwarze Zahlen" schreibt und durch generelle Besserungstendenzen sowie geschäftspolitische Maßnahmen die Verluste im Rück- und Auslandsgeschäft merklich verringert worden seien.

Das gute Ergebnis aus dem allgemeinen Geschäft (die laufenden Erträge steigen bis Jahresende um acht Prozent auf 190 Mill. DM aus ebenfalls um acht Prozent auf 2,4 Mrd. DM gewachsenen Kapitalanlagen), aber auch die günstige Kostenentwicklung führten zu einem höheren Jahresüberschuß vor Steuern als im Vorjahr (56,3 Mill. DM). Die freien Rücklagen würden verstärkt, die Dividende werde wieder „angemessen" (1984: zehn Prozent) sein.

Insgesamt erwartet die Colonia Versicherung ein Beitragsvolumen von 2,21 Mrd. DM (plus fünf Prozent), von dem 1,73 Mrd. DM (78 Prozent) auf das direkte deutsche Geschäft entfallen. Hierbei schnitt das Privatkundengeschäft besonders gut ab. Im industriellen Bereich wurde im Zuge weiterer Sanierungsbestrebungen bewußt auf untertarifiertes Geschäft verzichtet. Diese Politik prägte auch das Auslandsgeschäft.

Die Schadensituation hat sich 1985 verbessert. Die Schadenquote ging nochmals leicht zurück, nicht zuletzt auf Grund der günstigeren Situation in den technischen Versicherungen. Sorgen bereiten die industriellen Haftpflichtversicherungen und die „fast beängstigenden Ausmaße" der (inter)nationalen Produzentenhaftung sowie der Gewässerschadenhaftung.

Anhaltend auf Erfolgskurs segelt die Colonia Lebensversicherung AG, die – so Wendelstadt – 1985 ein „sehr gutes Jahresergebnis vorlegen wird". Der höhere Bruttoüberschuß ermögliche ein weiteres Mal eine deutliche Verbesserung des Überschusses aus Direktgutschrift und Zuführung zu Rückstellung für Beitragsrückerstattung. Die Dividende soll auch hier „angemessen" ausfallen (1984: zehn Prozent). Zudem wird das Eigenkapital verstärkt.

Das Neugeschäft weist eine Steigerung um 10 Prozent auf 3,4 Mrd. DM auf. Günstig habe sich auch die Stornoquote (4,2 nach 4,7 Prozent) entwickelt. Der Bestand an Versicherungssumme wird knapp 29 Mrd. DM, die Beitragseinnahme knapp 1 Mrd. DM (plus 4 Prozent) erreichen. Aus den Kapitalanlagen von 7,5 Mrd. DM (plus 9,5 Prozent) werden laufende Erträge von 560 Mill. DM (plus 8 Prozent) fließen. Hier wurden vor allem die Aktienbestände auf Grund der günstigen Börsenlage deutlich aufgestockt. Sie machen 7,8 (Branche 4) Prozent des Bestands aus.

NAMEN

Reinhard C. Schroeder, persönlich haftender Gesellschafter der Georg Hauck & Sohn Bankiers KGaA, Frankfurt, wird am Jahresende in Ruhestand treten. Als neuer persönlich haftender Gesellschafter wird Dr. **Burkhard Kopf** (42), seit 1981 Finanzchef der Ulmer Baustoffunternehmensgruppe E. Schwenk und früher persönlicher Mitarbeiter von **Franz Heinrich Ulrich** bei der Deutschen Bank, aufgenommen. **Hans-Dieter Bauernfeind** und **Rainer Laun** wurde Generalvollmacht erteilt.

Dr. **Manfred T. Wellenbeck**, Mitglied der Geschäftsführung der Deutsche AG für Unterhaltungselectronic OHG der Holding und Managementgesellschaft des Bereiches Unterhaltungselectronic der Thomson-Gruppe, Villingen/Schwenningen, und Leiter des Geschäftsbereiches Zentrale Dienste wird zum Jahresende auf eigenen Wunsch ausscheiden.

HERTIE / Jürgen Krüger neuer Vorstandsvorsitzender

„Junge" setzen sich durch

adh. Frankfurt

Bei Hertie hat sich die Garde der „Jungen" durchgesetzt: Das Warenhausunternehmen sucht keinen Vorstandsvorsitzenden von außen mehr. Der Posten war seit dem Ausscheiden von Bruno Lippmann im Februar dieses Jahres vakant. In dem fünfköpfigen Hertie-Vorstand wird vom 1. Januar an Jürgen Krüger (44) als Sprecher fungieren, denn, so Hans-Georg Karg als Vertreter der Hertie-Gesellschafter zum Hintergrund der Ernennung: „Der Vorstand hat als kollegiales Team in hervorragender Zusammenarbeit ein umfassendes Sanierungskonzept entwickelt und entscheidende Maßnahmen eingeleitet."

Neben Krüger, der für den Verkauf verantwortlich ist und der nach 16 Kaufhof-Jahren über die Metro International im Januar 1984 zu Hertie gekommen war, gehören dem Vorstand Lothar Deppe (46, Finanzen), Jürgen Holst (51, Betriebswirtschaft), Lothar Schirmacher (51, Einkauf) und Arthur Wellert (51, Personal) an. Christoph Schwierholz (59), bisher im Vorstand für den Einkauf von Hartwaren und Lebensmitteln zuständig, scheidet aus; sein Bereich wird von Schirmacher (bisher nur Textil-Einkauf) mit übernommen.

Die Ernennung von Krüger zum Vorstandssprecher setzt einen Schlußstrich unter eine lange vergebliche Suche nach einem neuen Vorstandsvorsitzenden für den seit Jahren in der Verlustzone operierenden Warenhauskonzern, der mit Lippmann erstmals einen – glücklosen – Vorsitzenden ernannte hatte. Die Berufung Krügers ist aber auch Ausdruck der Erfolge, die der Gesamtvorstand inzwischen erzielte. Mit seiner neuen Konzeption, die bei gestrafften Sortimenten überall den Rotstift ansetzte, erzielte Hertie in diesem Jahr bisher kumuliert ein Umsatzplus von rund 4 Prozent (und liegt damit besser als andere Warenhauskonzerne) und dürfte den Betriebsverlust des Vorjahres (146 Mill. DM) auf rund 100 Mill. DM drücken.

هكذا من الأصل

THYSSEN / Nach zweijähriger Pause nun Dividenden-Rückkehr mit fünf Mark

Auf gutem Weg zur Gewinnbesserung

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Zur Januar-Bilanzsitzung des Aufsichtsrates schlägt der Vorstand vor, den circa 220 000 Aktionären aus dem Resultat des Geschäftsjahres 1984/85 (30. 9.) den Neubeginn der Dividendenzahlung mit dem Satz von 5 DM pro Aktie zum Beschluß der Hauptversammlung am 21. März 1986 vorzulegen. Die Thyssen AG, Duisburg, bleibt mit solcher Dividendenprognose zwar hinter der vorherrschenden Erwartung des Börsenpublikums (die den Aktienkurs seit dem 1984er Minimum nun fast verdreifachte) deutlich zurück. Aber nach zweijähriger Dividendenpause und davor zwei mit jeweils 2 DM „Pflegedividende" bedachten Jahren schwenkt die Thyssen AG, Führungsgesellschaft der größten privatwirtschaftlichen Stahlerzeugung Europas, mit diesem Dividendenvorschlag auf beachtliche Hoffnungslinie ein.

Zwei in der Stahlkrise erfolgreich durchgezogene Erhöhungsstufen des Aktienkapitals (die letzte im Frühjahr 1985 mit der Bezugsrelation 5:1 und einem vom Börsenkurs nun verdoppelten Emissionspreis von 90 DM pro Aktie) bedeuten für die Eigentümer des erstmals voll gewinnberechtigten neuen Aktienkapitals von 1,6 Mrd. DM immerhin, daß mit 5 DM Dividendenvorschlag jetzt die höchste Ausschüttungssumme seit dem für alle alten Produzenten unwiederbringlich letzten Stahlboomjahr 1974 geleistet wird.

Allein mit der diesjährigen Gewinnübernahme aus dem Massenstahlgeschäft ihrer Thyssen Stahl AG (WELT v. 17. 12.) hätte die Thyssen AG zwar schon 8 DM Dividende zahlen können. Dies erst recht mit Blick auf alle anderen und nun durchweg positiven Bereiche des nur noch mit gut einem Drittel seines Gesamtpotentials am Massenstahl hängenden Konzerns.

Aber Vorsorge für neue Risiken des Stahlgeschäfts, von der Importbremse der USA bis zum daheim teuren Umweltschutz, hat den Thyssen-Vorstand nun doch bewogen, den Neubeginn der Dividendenzahlung auf ein Niveau zu limitieren, das nachhaltig als Untergrenze behauptet werden kann. Mehr als das, bislang nur mit „Verstärkung der Rücklagen" vage angekündigt, hat der Konzern 1984/85 verdient.

Der Weltumsatz stieg um sieben Prozent auf 34,8 Mrd. DM mit einer um zwei Prozent auf 128 372 verminderten Belegschaftszahl. Nebst konzerninternen Lieferungen glänzten der Massenstahl mit zwölf Prozent Umsatzplus auf 11,5 Mrd. DM und der Edelstahl mit Anstieg um elf Prozent auf 3,8 Mrd. DM. Im großen Konzernbereich „Investitionsgüter und Verarbeitung" ging es mit sechs Prozent Plus auf 10,4 Mrd. DM deutlicher als zuvor aufwärts. Auf Wachstumskurs auch der Bereich Handel/Dienstleistungen mit einem Umsatzplus von fünf Prozent auf 18,6 Mrd. DM. Insgesamt sei der Konzern, resümiert der Vorstand, „auf gutem Weg" zur Stärkung seiner Ertragskraft. Das „Umsteuern" auf neue Schwerpunkte des Geschäfts komme voran und werde 1985/86 weitere Früchte zeigen.

Gewinnabführung wurde verdoppelt

adh. Frankfurt

Einen kräftigen Sprung voran hat die MAN-Roland Druckmaschinen AG, Offenbach, im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) gemacht. Er beschert der Mutter MAN eine auf gut 12,8 (6) Mill. DM mehr als verdoppelte Gewinnabführung. Die wenigen außenstehenden Aktionäre erhalten vertragsgemäß wieder eine Ausgleichszahlung von 20,20 DM (Grundkapital 39 Mill. DM).

Ein „anhaltender Aufschwung in allen Bereichen" sorgte bei dem Druckmaschinenhersteller für ein Umsatzplus von 27 Prozent auf 1061 (832) Mill. DM, nachdem schon im vorangegangenen Jahr der Auftragseingang die Milliarden-Grenze überstiegen hatte. Als „herausragende Märkte" kennzeichnet das Unternehmen die Bundesrepublik, die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Italien. In einigen Absatzgebieten hätten sich Umsatz und Auftragseingang mehr als verdoppelt. Der Exportanteil habe mit 77 (67) Prozent wieder die „übliche Größenordnung" erreicht.

Bei der Auslieferung von Bogenmaschinen lag der Schwerpunkt wieder bei mittelformatigen Maschinen, heißt es, während bei den Rotationsmaschinen vor allem die großen Zeitungsdruckanlagen gefragt waren.

Bei den Neuaufträgen sorgten vor allem die Bogenmaschinen für hohe Steigerungsraten. Der Auftragsbestand lag zu Beginn des neuen Geschäftsjahres um 29 Prozent über dem Vorjahreswert und sichere erstmals in beiden Produktbereichen (im Vorjahr stagnierten die Bogenmaschinen) die kontinuierlich hohe Auslastung über einen längeren Zeitraum. Die Mitarbeiterzahl wurde um gut neun Prozent auf 5730 Beschäftigte aufgestockt. Die Situation im neuen Geschäftsjahr schätzt das Unternehmen „anhaltend positiv" ein.

Mehr Teilnehmer und höhere Preise

ww. Bremen

Die Hapag Lloyd Reisebüro GmbH, Bremen, – hundertprozentige Tochter der Hapag Lloyd AG und mit 82 Verkaufsbüros im In- und Ausland größte deutsche Reisebüro-Organisation – überspringt mit 1,035 (0,983) Mrd. DM im Jahr 1985 die Milliarden-Umsatzgrenze. Dabei haben sich die Touristik im Ladengeschäft und das Firmenreisegeschäft besonders positiv entwickelt.

Das Umsatzplus von 4,9 Prozent ist wegen der geringeren Steigerungsrate von 2,2 Prozent bei den Teilnehmern auf einen erhöhten Durchschnittspreis zurückzuführen. Er betrug 1198 DM pro Person und lag damit um 2,6 Prozent höher als 1984.

Den Zuwachs bei den Pauschalreisen, insbesondere bei den Flug-Pauschalreisen, führt der Direktor für Touristik, Wolfgang Matz, auf das ausgewogene Preis-Leistungs-Verhältnis zurück: „Qualität bei vernünftigen Preisen macht sich bezahlt." Während im Vorjahr ein Trend zu kurzfristigen Buchungen vor allem bei den Sommerurlaubsreisen zu beobachten war, haben sich die Buchungen laut Matz 1985 wieder wie früher stark auf die ersten Monate des Jahres konzentriert.

Ausgeweitet wurden 1985 von den Hapag-Lloyd-Reisebüros die Tagesflug- und Kurzreisenprogramme. Matz: „Mit neuen Angeboten auf lokaler und regionaler Ebene konnten wir neue Kundenkreise ansprechen. Besonders beliebt waren die Flüge in die Mitternachtssonne nach Tromsoe oder zu den Opernfestspielen nach Verona. Solche Programme werden wir weiter ausbauen." Bei den Geschäftsreisen nahm der Verkauf von Flugscheinen bis Ende November um 9,6 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu. Aufwärts entwickelte sich im Firmenreisegeschäft auch der Bahnumsatz.

Unionzeiss sieht Nachholbedarf

adh. Frankfurt

Noch einen erheblichen Nachholbedarf an moderner Ausstattung für das Büro sieht Hans Viktor Howaldt, geschäftsführender Gesellschafter der Heinrich Zeiss (Unionzeiss) GmbH. Von den gut zwei Millionen Betrieben in der Bundesrepublik komme noch immer gut die Hälfte mit einer mechanischen Schreibmaschine und einem Telefon als Mittel der Bürotechnik aus. Vor diesem Hintergrund ist Howaldt für seine Bürofachhandelsgruppe, die zu den drei größten Unternehmen auf diesem Gebiet in der Bundesrepublik zählt, auch für das neue Jahr optimistisch.

Im zurückliegenden Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) steigerte die Unionzeiss-Gruppe ihren Umsatz um 7,5 Prozent auf 98 (91) Mill. DM. Darin ist der Umsatz der v.-Oertzen-Gruppe (grafische Dienstleistungen und Verlag) entsprechend der 50-Prozent-Beteiligung erhalten. v. Oertzen erreichte im vergangenen Jahr 15,2 (14,4) Mill. DM Umsatz.

Auf Wunsch des Partners Triumph-Adler (TA) hat sich Unionzeiss von der Computer-Union getrennt, da TA die Computerläden in eigener Regie führen will. Nach wie vor ist Unionzeiss in Frankfurt TA-Generalvertreter für die übrige Büromaschinenpalette. Daneben werden Personal-, Home- und Micro-Computer anderer Anbieter vertrieben.

Preiserhöhungen waren auch im letzten Jahr, betont Howaldt, nicht möglich. Gleichwohl steigerte die Familiengruppe mit Betrieben in Frankfurt und Berlin ihren Cash-flow (Abschreibung und Gewinn nach Steuern und Abgaben, ohne Gesellschafter-Steuer) auf 4,1 (3,8) Prozent vom Umsatz. Der Veräußerungsgewinn aus dem Verkauf der Computer-Union ist darin nicht enthalten. Am Jahresende waren bei Unionzeiss 433 (422) Mitarbeiter beschäftigt.

LBS HESSEN / Selbstgenutztes Wohneigentum zunehmend zur Alterssicherung

„Kauf nicht auf die lange Bank schieben"

cd. Frankfurt

Wer Immobilieneigentum erwerben will, egal ob Neubau oder Altbau, sollte sein Vorhaben „nicht auf die lange Bank schieben", empfiehlt Walter Schäfer, Dezernent der Landesbausparkasse Hessen im Vorstand der Hessischen Landesbank. Die Bau- und Grundstückspreise sowie die Finanzierungskonditionen seien so günstig wie schon seit sieben Jahren nicht mehr. Man dürfe jedoch nicht auf automatische Wertsteigerungen spekulieren.

Die Aussichten für das Bauspargeschäft bis zum Ende dieses Jahrzehnts beurteilt Schäfer optimistisch. Er begründet dies mit steigenden Realeinkommen nicht zuletzt aufgrund der Steuerreform, höheren Transfereinkommen und einer Belebung des privaten Konsums, der erfahrungsgemäß auch das Bausparen beflügele. Anregungen erwartet Schäfer auch, weil selbstgenutztes Wohneigentum wegen der wenig rosigen Aussichten der gesetzlichen Rentenversicherung zunehmend als vierte Säule der Alterssicherung betrachtet werde.

Dem Gesetzgeber warf Schäfer vor, seine erklärten wohnungspolitischen Ziele nur halbherzig zu verfolgen. Er bezeichnete die Aufstockung der seit elf Jahren unveränderten Einkommensgrenzen für die Erlangung der Wohnungsbauprämie als überfällig und sprach sich für die Einbeziehung des Bausparens in den Förderungskatalog des 2. Vermögensbildungsgesetzes aus.

Als sehr gut bewertete Schäfer das '85er Ergebnis der LBS Hessen. Nach einer Steigerung des Neugeschäfts um 5,3 Prozent bei den Verträgen und um 9,3 Prozent beim Volumen in den ersten elf Monaten 1985 erwartet er für das Gesamtjahr eine deutlich über 1,8 Mrd. DM liegende Bausparsumme. Mit diesen über dem hessischen Branchendurchschnitt liegenden Zuwachsraten stehe die LBS Hessen an der Spitze der öffentlichen Bausparkassen.

Die Ansparzeiten bis zur Zuteilung wurden bei den Standardtarifen (51 Monate für 40prozentige Sofortseinzahler und 35 Monate bei 50prozentiger Einzahlung) nahezu konstant gehalten. Der gesamte Geldeingang (1,02 Mrd. DM) stieg leicht um 0,4 Prozent infolge erhöhter Zins- und Tilgungsleistungen der Bausparer, während die Sparzahlungen auf Bausparkonten um 1,6 Prozent geringfügig sanken.

MÜNCHENER MESSE / Mit 1985 zufrieden – Weltweit harter Wettbewerb

Marzin: Über den Tellerrand schauen

DANKWARD SEITZ, München

Zunehmend erweist sich die Messewirtschaft weltweit als eine expansionsfreudige Wachstumsbranche. So stieg die Zahl der in den letzten zehn Jahren in aller Welt durchgeführten Messen und Ausstellungen um knapp 70 Prozent. Die Folge dieses Booms: ein harter Wettbewerb, den auch der Messeplatz Deutschland immer mehr zu spüren bekommt. Eine Entwicklung, die nach Ansicht von Werner Marzin, Hauptgeschäftsführer der Messe München, die deutschen Messegesellschaften veranlassen muß, über den Tellerrand hinauszuschauen, statt selbstzufriedene Rückschau zu halten.

„Der Stern des Messeplatzes Deutschland", so Marzin, „ist nicht im Sinken", sondern mit rund 100 Fachmessen „nach wie vor das internationale Zentrum". Doch die ausländische Konkurrenz hole spürbar auf und entwickele sich zunehmend „zu einem echten und ernst zu nehmenden Wettbewerber". Und auch dieser Markt kenne „kein Erstgeburtsrecht". Man werde gemeinsam viel Phantasie und Tatkraft aufwenden müssen, damit die Bundesrepublik weltweit die Nummer eins bleibt.

„Unvermeidlich" werde der internationale Wettbewerb zu einer Messeplatz-Auslese führen, zumal auch eine Studie des Ifo-Instituts zeige, daß rund 60 Prozent der ausstellenden Wirtschaft künftig kritischer und kostenbewußter werden will. Zum einen müßten die deutschen Messen darauf, so Marzin, mit einer weiteren Qualitätsverbesserung ihrer Serviceleistungen sowie einer Optimierung des internationalen Angebots im Sinne einer noch stärkeren Transparenz und Übersichtlichkeit der ausgestellten Erzeugnisse reagieren.

Zum anderen sollte man erkennen, daß Regionalisierungstendenzen bei Großmessen ein Rückschritt seien. Die „Atomisierung von Messethemen" und sie „künstlich hochzupäppeln" nütze niemandem. Wer das Fachmessekonzept aufgebe, handele „kurzatmig", bewirke eine Überschneidung von Themen und erreiche genau das Gegenteil von mehr Transparenz beim Produktangebot.

Zufrieden zeigte sich Marzin mit dem Jahr 1985 der Unternehmensgruppe Messe München International, deren Umsatz über 181 (170) Mill. DM erreichen wird. Dazu steuerten die Münchener Messe- und Ausstellungsgesellschaft 105,3 (102) Mill. DM, die Mode-Woche 21 (19) Mill. DM, die Gesellschaft für Handwerksausstellungen 20 (22,5) Mill. DM und die international arbeitende Tochter 35 (27) Mill. DM bei. Insgesamt kamen 1985 nach München 21 461 (23 857) Aussteller aus 69 Ländern und über 1,55 (2,0) Mill. Besucher aus 117 Staaten. Die Ausstellungsfläche (105 000 qm) wurde 13mal umgeschlagen.

Renten weiter freundlich

Am deutschen Rentenmarkt machte die Zinssenkung Fortschritte. Er reagiert auf die Zinsbewegung in den USA, wo eine Diskontsenkung bevorstehen soll. Bei den deutschen Renten sind überwiegend Ausländer die Käufer, sie rechnen auch hier mit rückläufigen Zinsen. Sie interessieren sich nicht mehr ausschließlich für öffentliche Langläufer, sondern auch für Pfandbriefe wegen der bei ihnen erzielbaren höheren Rendite. Im 10jährigen Bereich ist sie im Großgeschäft auf rund 7,06 Prozent zurückgegangen.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Nach langer, schwerer Krankheit, die er mit unendlicher Tapferkeit ertragen hat, verstarb am 14. Dezember 1985 mein geliebter Mann, mein geliebter Vater und Freund, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel

Oskar Joachim Claussen

Im Namen der Familie

Vera Claussen
Carlos Claussen

Tannhäuserweg 4
2000 Hamburg 56

Trauerfeier am Freitag, dem 20. Dezember 1985, um 11 Uhr in der Kirche Nienstedten, Elbchaussee 410.

Am 14. Dezember verstarb nach schwerer Krankheit Herr

Oskar Claussen

im 73. Lebensjahr.

Herr Claussen war durch viele Jahrzehnte mit unserer Gesellschaft eng verbunden. Von 1971 bis 1975 gehörte er dem Aufsichtsrat an. Auch nach seinem Ausscheiden aus diesem Gremium nahm er ein reges Interesse an der weiteren Entwicklung unserer Firma.

Wir verlieren mit ihm einen guten Freund, den wir in Zukunft sehr vermissen werden.

Beiersdorf AG

Aufsichtsrat Vorstand Betriebsrat

Hamburg, 16. Dezember 1985

Trauerfeier Freitag, den 20. Dezember 1985, um 11 Uhr in der Kirche Nienstedten, Elbchaussee 410.

Wegen der Arbeitsruhe an den Feiertagen fehlt uns wichtige Zeit bei der Vorbereitung unserer Wochenendausgaben vom 28. Dezember 1985 und 4. Januar 1986.

Wir bitten deshalb unsere Inserenten:

Schicken Sie Anzeigenaufträge für die Samstag-Ausgaben vom 28. Dezember und 4. Januar möglichst frühzeitig an uns ab.

Sie helfen uns damit, Ihre Aufträge mit üblicher Sorgfalt ausführen zu können.



Wir trauern um unseren Firmengründer

Oskar Joachim Claussen

Reederei Oskar Claussen

Palmaille 35
2000 Hamburg 50

Nach Gottes heiligem Willen entschlief heute nach kurzer, schwerer Krankheit unser lieber Vater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Walter Schilmann

im 85. Lebensjahr.

Im Namen der Familie
Peter Schilmann
Henning von Oodarza
Christiane von Oodarza
geb. Freiin von Reitzenstein

5100 Aachen, den 14. 12. 1985
Morillenhang 16

Seelenamt: Donnerstag, 19. 12. 1985, 18.15 Uhr, Kirche St. Marien, Hamburg, Danziger Straße 60.

Die Beisetzung findet Freitag, den 20. 12. 1985, um 9 Uhr auf dem Ohlsdorfer Friedhof (Kapelle 2) in Hamburg statt.

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon:
Hamburg
(0 40) 3 47-43 80, oder -42 30
Berlin
(0 30) 25 91-29 31
Kettwig
(0 20 54) 1 01-5 18 und 5 24

Telex:
Hamburg
2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

4300 Essen 18/Kettwig
Im Teelbruch 100
Telefon (0 20 54) 10 11
Telex 8 579 104

1 Berlin 61, Kochstraße 50
Telefon (0 30) 2 59 11
Telex 1 84 611

2 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 1
Telefon (0 40) 34 71
Telex 2 17 001 777

Warenpreise – Termine

Mit festeren Notierungen schlossen am Montag Gold, Silber, Kupfer und Kakao an der New Yorker Comex. Erneut um das Limit höher wurde Kaffee bewertet.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	16.12.	13.12.
Dez.	348,75	346,00
März	344,25	344,50
Mai	325,50	323,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	287,50	287,40
Am. Durum	284,44	284,34

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
Dez.	122,50	123,70
März	127,00	128,10
Mai	130,50	131,60

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	99,50	98,60
Jan.	105,00	104,80
Mai	105,90	105,90

HAFER Chicago (c/bush)		
Dez.	132,00	131,50
März	137,50	136,00
Mai	140,00	139,00

MAIS Chicago (c/bush)		
Dez.	250,50	249,50
März	250,50	249,25
Mai	254,75	252,50

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
Dez.	107,00	105,50
März	111,70	111,00
Mai	114,40	113,80

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	16.12.	13.12.
Dez.	202,00	192,50
März	201,96	195,96
Mai	205,60	199,60

KAKAO New York ($/t)	16.12.	13.12.
März	2230	2222
Mai	2275	2264
Juli	2290	–
Umsatz	1131	1928

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Jan.	5,25	5,30
März	6,52	6,34
Mai	6,51	6,51
Juli	6,66	6,67
Sept.	6,81	6,75
Umsatz	11112	7433

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	5,45	5,40

KAFFEE London (£/t) Robusta	16.12.	13.12.
Jan.	2250-2257	2091-2095
März	2320-2328	2147-2148
Mai	2374-2375	2199-2200
Umsatz	14068	7842

KAKAO London (£/t)		
Dez.	1684-1685	1683-1691
März	1729-1730	1729-1730
Mai	1746-1747	1741-1743
Umsatz	1080	2314

ZUCKER London (£/t) Nr.6	16.12.	13.12.
März	164,80-165,20	165,00-165,20
Mai	168,80-169,00	169,00-169,40
Aug.	174,00-175,00	173,00-174,00
Umsatz	1369	1857

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)	17.12.	16.12.
schw. Saraw.spez.	892,50	892,50
weiß.Saraw.	1092,50	1092,50
weiß.Munt.	1102,50	1102,50

ORANGENSAFT New York (c/lb)	16.12.	13.12.
Jan.	123,75	118,50
März	126,65	121,40
Mai	127,30	122,30
Juli	128,40	123,25
Sept.	127,25	122,00
Umsatz	3000	800

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	16.12.	13.12.
	36,00	36,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	21,00	21,00

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Dez.	22,18	21,60
Jan.	22,28	21,60
März	22,62	21,98
Mai	22,86	22,18
Juli	22,90	22,25
Aug.	22,85	22,20
Sept.	22,15	21,60

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk		
	20,00	19,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	15,50	15,50
Choise white hog 4 % fr. F.	12,50	12,50

TALG New York (c/lb)		
top white	14,25	14,25
fancy	13,75	13,75
bleichf.	13,50	13,50
yellow max. 10% fr.F	10,75	10,75

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Dez.	49,27	49,15
Feb.	47,30	47,50
April	42,32	42,60

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Feb.	67,25	67,75
März	66,45	66,65
Mai	66,85	67,15

HÄUTE Chicago (c/lb)	16.12.	13.12.
Ochsen einh. schwere River Northern	60,00	61,00
Kühe einh. schwere River Northern	46,00	48,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Jan.	526,50	523,00
März	538,90	534,50
Mai	549,80	545,50
Juli	555,50	550,50
Aug.	552,50	547,50
Sept.	532,00	526,00
Nov.	528,00	522,00

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Dez.	142,00	142,80
Jan.	142,10	142,80
März	143,60	144,30
Mai	145,30	145,80
Juli	147,00	146,80
Aug.	147,80	146,50
Sept.	143,60	143,50

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	16.12.	13.12.
Dez.	314,40	314,50
März	323,00	323,50
Mai	329,00	329,00

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	16.12.	13.12.
	17,00	17,00

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)	17.12.	16.12.
jegl. Herk. cif	740,00	748,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	550,00	550,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	400,00	400,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	138,50	138,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	412,50	420,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	255,25	256,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)	16.12.	13.12.
Kontr.Nr.2 März	61,40	61,08
Mai	60,96	60,80
Juli	58,60	58,80
Okt.	50,60	51,30
Dez.	48,55	49,50
März	49,25	49,95

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	40,00	40,00

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.	17.12.	16.12.
Dez.	472–	–
Jan.	505-508	470-515
März	516-530	500-525
Umsatz	230	461

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	16.12.	13.12.
Dez.	49,50	49,50
März	48,00	48,00
Mai	48,50	48,50
Juli	48,00	48,00
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	16.12.	13.12.
Dez.	540,00-570,00	540,00-570,00
März	604,00-614,00	608,00-612,00
Mai	–	–
Umsatz	2	19

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	17.12.	16.12.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	16.12.	13.12.
Dez.	12230	12170
Jan.	12336	12273

KAUTSCHUK London (p/kg)	16.12.	13.12.
Nr.1 loco	57,00-60,00	57,50-60,50
Dez.	–	–
Jan.	–	–
Febr.	–	–
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	16.12.	13.12.
Jan.	180,50-181,50	181,00-182,00
Febr.	180,50-181,50	181,00-182,00
Nr. 2 Jan.	174,00-175,00	174,50-175,50
Nr. 3 Jan.	171,50-172,50	172,00-173,00
Nr. 4 Jan.	166,50-167,50	167,00-168,00
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	17.12.	16.12.
BWC	375	375
BWD	350	350
BTC	375	375
BTD	350	350

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	17.12.	16.12.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	278,36-278,72	281,12-281,30
dritt. M.	287,75-288,12	290,20-290,56
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	99,59-99,77	99,34-99,52
dritt. M.	101,95-102,12	101,70-101,88
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	1111,61-1115,42	1100,13-1100,50
dritt. M.	1117,94-1120,65	1107,76-1109,58
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	171,71-172,80	168,16-169,25
Prod.-Pr.	168,57	169,27
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	17.12.	16.12.
	ausg.	ausg.

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	17.12.	16.12.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	362,77-365,84	364,85-367,92
BLEI in Kabeln	107,25-108,25	107,00-108,00
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbezieher

Messingnotierungen

	17.12.	16.12.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	320-324	321-326
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	360–	358-361
MS 63	348-351	349-352

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	17.12.	16.12.
Leg. 225	520-528	520-528
Leg. 226	322-330	322-330
Leg. 231	355-365	355-365
Leg. 233	365-375	365-375

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	17.12.	16.12.
PLATIN (DM/g)	29,05	29,35
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	26440	26310
Rückn.-Pr.	25690	25560
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	26550	26360
Rückn.-Pr.	25860	25680
verarbeitet	27850	27660
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	26010	25840
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	489,40	486,40
Rückn.-Pr.	474,80	471,90
verarbeitet	510,90	507,80

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	17.12.	16.12.
10.30	321,90	318,25
15.00	321,15	318,60
Zürich mit.	321,50-322,00	318,10-318,60
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	80150	79500
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	410,60	406,30
3 Mon.	421,80	417,50
6 Mon.	434,20	429,00
12 Mon.	456,20	450,50
PLATIN (£/Feinunze) London	16.12.	13.12.
fr. Markt	229,75	229,90
PALLADIUM (£/Feinunze) London	16.12.	13.12.
f. Händl.-Pr.	64,70	64,00

New Yorker Metallbörse

	16.12.	13.12.
GOLD H & H Ankauf	318,60	318,00
SILBER H & H Ankauf	585,00	586,50
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	320,00-322,00	332,00-334,50
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	93,00-94,00	93,00-94,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
SILBER (c/Feinunze)		
Dez.	590,00	588,00
Jan.	593,20	590,20
März	597,00	594,00
Mai	600,50	597,50
Juli	608,00	605,50
Sept.	616,30	613,00
Dez.	623,50	621,00
Umsatz	19000	17000

KUPFER (c/lb)	16.12.	13.12.
Dez.	61,50	63,60
Jan.	61,56	63,80
März	65,10	64,15
Mai	65,25	64,30
Juli	65,40	64,55
Sept.	65,56	64,70
Dez.	65,75	65,00
Umsatz	8500	6500

Londoner Metallbörse

	17.12.	16.12.
ALUMINIUM (c/lb)		
mitt. Kasse	770,00-771,00	792,00-793,00
3 Mon.	796,00-797,00	817,00-818,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	275,50-276,00	275,00-277,00
3 Mon.	282,00-282,50	283,00-283,50
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	983,00-983,50	984,00-984,50
3 Monate	1003,00-1003,50	1004,00-1005,00
ab. Kasse	–	985,00-985,50
3 Monate	–	1003,80-1004,00
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	971,00-973,00	980,00-983,00
3 Monate	990,00-991,00	995,00-996,00
ZINK (£/t)		
mitt. Kasse	475,00-478,00	476,00-479,00
3 Monate	–	–
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate	ausg.	ausg.
QUECKSILBER ($/Fl.)	–	245-255
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	55-60

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	16.12.	13.12.
Jan.	79,25-79,45	79,90-80,10
Febr.	77,40-77,65	78,60-78,80
März	72,30-72,50	73,40-73,60
April	67,80-68,00	69,00

GASÖL – London ($/t)	16.12.	13.12.
Jan.	244,25-244,50	241,00-241,50
Febr.	238,25-238,50	236,00-236,50
März	228,00-228,25	225,50-226,00
April	216,50-216,75	213,50-215,00
Mai	206,00-206,50	206,00-208,50
Juni	203,25-205,00	201,00-208,50
Juli	–	–

BENZIN – New York (c/Gallone)	16.12.	13.12.
Jan.	68,90	70,50-70,60
Febr.	68,00	69,55-69,65
März	67,50	69,15
April	67,70	69,30
Mai	67,65	69,30

ROHÖL – New York ($/Barrel)	16.12.	13.12.
Jan.	27,25-27,30	27,32-27,40
Febr.	25,97-26,05	26,08-26,15
März	25,10-25,20	25,36
April	24,51-24,57	24,70
Mai	24,12	24,36

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	16.12.	13.12.
Arabian Lg.	27,95N	27,95N
Arabian Hv.	25,95N	25,95N
Iran Lt.	27,15N	27,15N
Forties	26,40	26,00N
N.Sea Brent	26,40	26,75N
Bonny Light	29,25N	29,25N

Kartoffeln

London (£/t)	16.12.	13.12.
Febr.	81,30	81,30
April	89,90	89,50
Mai	95,80	95,60
Nov.	74,00	74,00

New York (c/lb)	16.12.	13.12.
März	2,10-2,17	2,19-2,22
April	2,10-2,17	2,22-2,28
Mai	2,32	2,40-2,41
Nov.	3,44-3,46	3,49

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	16.12.	13.12.
Jan.	153,30-153,50	152,70
März	158,50	157,50-157,30
Mai	161,90-161,50	161,20-160,70
Juli	164,50	163,70

Devisenterminmarkt

Nachgebende US-Dollar-Zinsen am 17.12. führten am Terminmarkt zu verringerten US-Dollar-Terminabschlägen

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,77-0,67	2,01-1,91	3,90-3,75
Pfund/Dollar	0,48-0,46	1,31-1,28	2,57-2,52
Pfund/DM	2,90-1,50	6,70-5,30	12,5-11,1
FF/DM	16-10	66-50	118-102

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 17.12.: Tagesgeld 4,25-4,35 Prozent; Monatsgeld 4,75-4,90 Prozent, Dreimonatsgeld 4,75-4,85 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,85 Prozent, 6 Mon. 4,90 Prozent.
Privatdiskontsätze am 17.12.: 10 bis 29 Tage 3,55 G-3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G-3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 17.12.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 17.12.85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7⅞-8⅛	4⅝-4⅞	4⅝-4⅝
3 Monate	7¾-8	4⅝-4⅞	4⅝-4½
6 Monate	7¾-8	4⅝-4⅞	4½-4⅝
12 Monate	7⅞-8⅛	4⅞-5	4⅝-4⅞

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 17.12. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,50; Verkauf 21,50 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 17.12. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1250,00	1607,40
5 US-Dollar (Indian)**	790,00	952,30
5 US-Dollar (Liberty)	460,00	638,40
1 £ Sovereign alt	195,75	245,96
1 £ Sovereign Elizabeth II.	186,75	235,70
20 belgische Franken	144,00	192,46
10 Rubel Tscherwonez	201,75	257,36
2 südafrikanische Rand	179,00	225,72
Krüger Rand, neu	800,25	946,49
Maple Leaf	817,25	971,57
Platin Noble Man	855,50	1015,17
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	215,75	274,46
20 schweiz. Franken „Vreneli"	172,50	213,75
20 franz. Franken „Napoléon"	149,75	199,22
100 österr. Kronen (Neuprägung)	756,50	926,25
20 österr. Kronen (Neuprägung)	152,25	196,37
10 österr. Kronen (Neuprägung)	78,75	106,88
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	356,25	440,33
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	82,50	116,85

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Nov. 1985 an Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer) Ausgabe 1985/13 (Typ A) 4,00 (4,00) – 6,50 (5,22) – 6,75 (5,70) – 7,00 (5,99) – 7,50 (6,26) – 8,50 (6,57) Ausgabe 1985/14 (Typ B) 4,00 (4,00) – 6,50 (5,24) – 6,75 (5,78) – 7,00 (6,04) – 7,50 (6,34) – 8,50 (6,73) – 8,50 (6,95) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,55, 2 Jahre 5,40. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent) Zins 6,50, Kurs 100,30, Rendite 6,43.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 17.12.85	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	52,67	6,95
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	101,215	6,95
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	53,86	6,70
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	37,39	7,00
Commerzbank	100,00	22.5.95	54,70	6,60
Commerzbank	100,00	4.8.00	38,83	6,68
Deutsche Bk. 5	287,00	23.1.95	116,50	10,29
DSL-Bank R.264	157,01	2.7.90	102,90	6,50
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	75,10	6,50
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	52,13	7,00
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	103,72	7,00
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	48,60	7,00
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	53,95	6,74
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	37,44	7,03
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	53,47	6,84
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	25,79	7,18
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	25,68	7,08
SGZ-Bank 060	100,00	12.6.95	52,86	6,95
WestLB 600	100,00	2.5.95	54,45	6,71
WestLB 601	100,00	2.5.00	38,30	6,81
WestLB 602	100,00	3.10.05	25,90	7,05
WestLB 500	126,86	14.2.89	107,35	5,44
WestLB 501	137,01	16.2.90	107,95	5,91
WestLB 503	115,76	3.10.88	100,45	5,23
WestLB 504	141,85	1.10.91	99,95	6,24
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Paul Revere	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	77,00	13,00
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	57,50	9,45
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	51,50	11,39
Xerox (AA)	400,00	11.2.92	55,75	9,95
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	55,375	9,90
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	53,00	9,25
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	44,00	10,59
Penney (A+)	100,00	17.2.94	46,375	9,86
Sears (AA)	100,00	27.5.94	44,875	9,94
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	45,375	9,76
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	44,125	9,38

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%(Vortag)	Emissionspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,95 (4,95)	100,1	101,0	101,9	102,8	103,8	104,7
2	5,45 (5,51)	99,2	100,9	102,7	104,6	106,4	108,3
3	5,90 (5,95)	97,4	100,3	102,7	105,4	108,0	110,7
4	6,40 (6,46)	94,9	98,3	101,7	105,2	108,6	112,0
5	6,58 (6,66)	93,1	97,2	101,3	105,5	109,6	113,8
6	6,67 (6,75)	91,5	96,5	101,6	105,9	110,7	115,5
7	6,93 (6,95)	89,2	94,6	100,6	105,4	110,8	116,2
8	7,00 (7,05)	87,5	93,5	100,0	105,4	111,3	117,3
9	7,04 (7,10)	86,2	92,6	99,8	105,6	112,1	118,5
10	7,07 (7,14)	84,9	91,9	99,5	105,8	112,8	119,7
15	7,35 (7,36)	78,5	87,3	96,2	105,1	113,9	122,8

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank-Rentenindex: 110,613 (110,335)
Performance-Rentenindex: 232,052 (231,624)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	16. Dez.	7,813-8,125
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	7,75
	60-270 Tage	7,60
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	7,75
	60 Tage	7,65
	90 Tage	7,52
Certificates of Deposit	1 Monat	7,62
	2 Monate	7,60
	3 Monate	7,60
	6 Monate	7,50
	12 Monate	7,55
US-Schatzwechsel	13 Wochen	7,00
	26 Wochen	7,07
US-Staatsanleihe	10 Jahre	9,12
	30 Jahre	9,44
US-Diskontsatz		7,52
US-Primerate		9,50
Geldmenge M1	2. Dez.	626,1 Mrd. $ (+ 5,5 Mrd. $)
NYSE-Aktienindex (New York) Dezember	122,40	121,55
März	124,00	123,25

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	16.12.	13.12.
11¼ EEC 90	106,25	106,25
10¾ EIB 93	105,25	105,5
11 dgl. 91	106,375	106,375
11¼ dgl. 90	108,375	108,375
11¾ dgl. 93	111,125	111,125
12 dgl. 95	112	112
12½ dgl. 90	110,75	110,75
12¾ dgl. 94	114	114
13 dgl. 96	115,75	115,75
10¾ Wld Bk 95	103,625	103,625
10¾ dgl. 88	103,75	103,75
10¾ dgl. 90	105,875	105,875
10¾ dgl. 93	106,75	106,75
11 dgl. 92	106,75	106,75
11¼ dgl. 98	109,375	109,375
11½ dgl. 88	106	106
11¼ dgl. 90	108	108
11¼ dgl. 89	106,375	106,375
11¼ dgl. 90	108,375	108,375
12 dgl. 93	112,5	112,5
12¼ dgl. 94	114	114
12¾ dgl. 94	116,5	116,5
6¼ Sallie 92	99,25	99
6⅞ Sears 91	104,575	104,125
6¾ Swed.Ex.91	101	100,75
7 TRW 94	101,5	101,25
6¾ Un.Tech.92	101,5	101,25
6¾ World Bk90	101	100,75
6¾ dgl. 94	100,125	99,875
7 dgl. 94	102,25	102
7¾ dgl. 93	105,125	104,875
8 dgl. 95	106,875	106,625

Euro-Yen

	16.12.	13.12.
6¾ Al.Corp 91	102	101,75
5¾ ADB 88	98	97,75
7¾ dgl. 94	104,375	104,125
7 Austria 95	102	101,75
6¾ Avon 91	100,375	100,125
7 BP 92	104,375	104,125
6¾ Denmark 92	100,25	100
7 Denm.Bk. 92	101,125	100,875
7 Dow Chem.94	103,25	103
6¾ EDF 95	101,875	101,625
6¾ Eurofima86	99,75	99,5
6⅝ dgl. 95	98,625	98,375
6¾ dgl. 92	100,75	100,5
7¾ dgl. 94	104	103,75
6¾ Fannie 92	100,375	100,125
6¾ Finl.Rep90	101,25	101
6¾ GMAC 90	102,125	101,875
7¼ Goodyear95	102,25	102
6¾ dgl. 94	100,875	100,625
6¾ ITT 92	101,375	101,125
6¾ McDonal.92	101,75	101,5
7¼ N.Bruns.95	102,25	102
7¼ N.Zeald.90	105	102,75
7¾ dgl. 89	104	103,75
7 Pac.Gas 94	103,125	102,875
6¾ Penney 92	100,625	100,375
6¾ Procter 92	102,625	102,375

Lux. Franc Bonds

	16.12.	13.12.
9¾ Akzo 87	100	100
9¾ Aeso 89	102	102
6¾ Asian Dv87	98	98
10¾ BFG Lux90	105	105
11 BNP 90	102,25	102,25
9 dgl. 95	101,25	101,25
10¾ Paribas89	105	105
10¾ Caca 94	105	105
11 dgl. 92	105,75	105,75
13 dgl. 91	104	104
12¼ Consel.92	105	105
8 Copral 88	98,25	98,25
8¾ dgl. 89	98,5	98,5
11 Cr.Lyon.88	102,5	102,5
13 dgl. 89	101	101
7¾ Den.Mag 88	96,5	96,5
10¾ Euratom96	105	105
11 dgl. 95	105	105
12¾ dgl. 88	100,75	100,75
12¾ dgl. 92	102,5	102,5
9 Eurofima 95	101,5	101,5
10 dgl. 91	105,25	105,25
10 dgl. 94	103,5	103,5
11¾ dgl. 89	102,5	102,5
8 EIB 91	98	98
9¾ dgl. 95	102,75	102,75
9¾ dgl. 88	101,25	101,25
9¾ dgl. 93	102,75	102,75
10¾ dgl. 94	106	106
11¾ dgl. 88	103	101
12¼ dgl. 90	104,5	102,5
9¾ Hypo Bk.88	101,25	101,25
9¾ Ind.B.F.95	101,5	101,5
11 Kredief.95	106,5	106,5
8 Kredietc 86	99	99
10 dgl. 90	102,75	102,75
11¾ dgl. 89	105,25	105,25
8 Luxair 87	98,75	98,75
8¾ dgl. 87	99	99
10¾ Lux Bk.91	102,25	102,25
12¾ dgl. 89	100,75	100,75
9 Met.Chic 95	100,5	100,5
12¾ Nord L.89	102	102
8 Norges 86	98,5	98,5
8 Oslo 89	98,25	98,25
8¾ dgl. 87	98,5	98,5
9 Panbos 92	100	100
8 Philips 89	97,75	97,75
7¾ Renault 88	96,5	96,5
9¾ Sogenal 92	101,25	101,25
10¾ Solvay 87	102	102
10¾ Stockh.86	99,5	99,5
8 Sveriges 88	98,25	98,25
9¾ Volvo 87	100	100
9¾ WorldBk.90	102,75	102,75
10¾ dgl. 89	102,25	102,25

Rechnungs-Einheiten RE 9 DM 2,60418

	16.12.	13.12.
8¾ Cop City91	97	97
8¾ CCA 91	97	97
9¾ Gas d Fr86	99	99
11¾ Ned. G.88	101,5	101,5
9¾ Queb. P.94	99	99
8¾ SDR 94	97	97

ECU

	16.12.	13.12.
10¾ ALDobl89	102,875	102,875
10¾ dgl. 91	104,125	104,125
9¾ ABN 92	102,5	102,375
All Nippon 95	99,5	99,5
9¾ ANZ 92	102	101,875
10¾ Austria95	106,5	106,5
10 BNDA 92	101,375	101,375
9 M.+Hope 92	100,5	100,5
9 Bk.Hels.96	97,125	97
9¾ Bk.Tok.90	103,25	102,125
10¾ dgl. 91	102,25	103,25
10¾ dgl. 91	102,125	102,25
8¾ BNP 95	98	97,875
8¾ Bay.Vbk.88	100,75	100,625
8¾ BFCE 93	97,625	97,625
9¾ dgl. 97	103,125	103,125
9¾ dgl. 95	103	103
9¾ Bell 92	98,25	98
9¾ CNT 92	103	103
9¾ dgl. 95	103	103
8¾ Cargill 95	97,75	97,75
10¾ Caca 89	106,75	106,75
11¾ dgl.94/I	108,625	108,625
11¾ dgl.94/II	–	–
9 Chrysl. 92	97,75	97,75
10 dgl. 91	102,875	102,75
10¾ dgl. 93	105	105
9 ClubMed 88	101,125	101
9¾ Cornell 92	101,375	101,375
9¾ dgl. 95	101,625	101,625
9¾ CCF 95	100,5	100,5
9¾ CrdNord 91	102,375	102,25
11¾ CrdFonc90	105,75	105,75
11¾ dgl. 90	106,875	106,75
8¾ CrdNat 95	98,875	98,625
10¾ dgl. 94	106	106
8¾ Crdanst.94	99,375	99,25
9¾ Creditor 97	101,25	101,375
9¾ Denmark 90	100	100
10¾ Denmark91	106,375	106,375
9¾ Dmed.bk95	103	103
9 EDF 97	99,25	99
8¾ EEC 95	99,5	99,375
8¾ ELFAqu. 88	98,625	98,5
9 Eneo Gulf 91	98,125	98
9¾ dgl. 93	98,125	98
10 Euratom 97	104,375	104,375
9¾ Eurofima93	102,75	102,75
11 dgl. 92	107,875	107,875
8¾ EIB 95	99,375	99,375
9¾ dgl. 95	103,5	103,5
10¾ dgl. 94	103,875	104
10¾ dgl. 89	–	–
10¾ dgl. 94	105,25	105,25
10¾ dgl. 99	106,5	106,5
11¾ dgl. 92	107,625	107,75
11¾ dgl. 94	109,25	109,25
9 Eutelsat 95	98,875	99
8¾ Fiat 90	99,25	99,25
9 FinFerr 95	97,875	97,875
8¾ Ford C.95	97,75	97,75
11 Genfin.90	106,625	106,625
10¾ Girozt. 95	106,625	106,625
10¾ GTE 92	107,75	107,75
10 IADB 95	103,375	103,375
8¾ IBM 90	101	101
11 III 89	105	105
9¾ Italia 89	101,25	101,25
10¾ dgl. 92	105	105
11¾ dgl. 90	107,75	107,75
9¾ Kansai 92	100,125	100,125
9¾ Kobima 92	100,5	100,625
11¾ LTCB 90	106,5	106,5
10¾ Megal 95	103,125	103,125
8¾ Mits.Tr.95	97,125	97,125
9 MoetHen.91	99,375	99,375
9¾ Mol 90	101,25	101,25
8¾ Morgan 90	98,875	98,875
8¾ Motorola92	99,875	99,875
9 Nerso 95	97,75	97,75
9¾ N.Zeal. 90	101	101
9¾ N.Zeal 92	101,75	101,625
11 Nipp Crb91	106,5	106,5
9 DeBk. 89	100,375	100,375
8¾ Olivetti93	97,75	97,75
10 Pechin.90	102	102
9 Petroc.93	96,25	96,25
9¾ Peugeot 90	100,25	100,25
10¾ dgl. 90	103,125	103,125

ECU-Tageswerte

Dkr	7,95847	7,9529
FF	6,70775	6,71278
Lira	1496,69	1497,50
Ir£	0,71097	0,711574
Sfr	1,83497	1,83180
öS	15,4189	15,4132
Peseta	135,98	135,956
Skr	6,69862	6,70101
Nkr	6,68428	6,68880
Kan-$	1,21126	1,21179
Esc	139,674	139,972
Fmk	4,78256	4,7822
Yen	176,049	176,319
Drachme	130,904	130,856

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp
Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell
Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern
Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hildesheim, Hamburg
Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter …

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad
Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klära Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel
Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65
1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565
2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777
4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104

Konsolidierung bei den Aktien

Gegen Börsenschluß aber wieder aufkommende Nachfrage

DW. – Nach den ungewöhnlichen Kurssteigerungen am Wochenbeginn kam es an der Dienstagbörse zu der allgemein erwarteten Konsolidierung. Sie war jedoch nicht so ausgeprägt, wie es noch vorbörslich den Anschein besaß. In der zweiten Börsenstunde setzten in zahlreichen Standardaktien wieder Käufe von in- und ausländischen Anlegern ein. Sie glichen vielfach die zunächst durch Gewinnmitnahmen eingetretenen Kurseinbußen wieder aus. Dabei lagen wie schon in den letzten Tagen Bankaktien wieder im Vordergrund.

Die Papiere der Deutschen Bank kamen im Verlaufe wieder über 800 DM. Bemerkenswert widerstandsfähig auch die Aktien der Commerzbank. Siemens lag gegenüber dem Vortag etwas fester. Die Siemens-Aktie hat an der Hausse der vergangenen Wochen nur unterdurchschnittlich teilgenommen und gilt in der gegenwärtigen Situation als vernachlässigt. Bei Thyssen hat die Ankündigung einer Dividende von fünf DM eine gewisse Enttäuschung hervorgerufen, die das Papier zeitweise bis zu fünf DM sinken ließ. Auch bei Mannesmann kam es zu Glattstellungen. Am Markt für Autoaktien standen VW mit weiteren Kurssteigerungen im Vordergrund. Die Verwaltungsausführungen über die Lage des Unternehmens hat offensichtlich neue Käufe angelockt, auch wenn bisher auf eine Dividendenprognose verzichtet worden ist. Bei den Papieren der Großchemie war der Rückschlag nur minimal. Lediglich Hoechst erwies sich nach dem kräftigen Vortagsanstieg als anfällig.

Frankfurt: Fester tendierten Thüringer Gas mit plus 20 DM, Pfaff gewannen 6,50 DM und SEL 8,50 DM. Aesculap gaben um 10 DM, Enka um 15 DM und Holzmann um 7 DM nach.

Düsseldorf: Balcke Dürr zogen um 5 DM, kabelmetal um 3,50 DM und Leffers um 10 DM an. Bilfinger gaben um 2 DM nach, Concordia Chemie sanken um 2 DM und DAT verminderten sich um 5 DM.

Hamburg: Beiersdorf verbesserten sich um 1,50 DM, Hapag Lloyd stiegen um 1,70 DM und Bremer Vulkan gingen mit plus 2 DM aus dem Markt. NWK Vz. mußten mit plus 3 DM bezahlt werden und Triton stiegen um 2,50 DM.

Berlin: Detewe und Tempelhofer Feld wurden um je 10 DM höher bewertet. DUB-Schultheiss konnten sich um 4 DM und Berliner Bank um 2 DM verbessern. Bergmann schwächten sich um 29 DM ab. Berthold büßten 6 DM ein.

München: Electro 2000 befestigten sich um 10 DM, Deckel um 4,50 DM und Leonische Draht um 5,50 DM. Aigner gaben um 5 DM nach, Audi sanken um 7,50 DM und Süd Chemie um 20 DM.

Stuttgart: Salamander zogen um 5,50 DM an, Zeag Zement erhöhten sich um 8,50 DM und SEL stiegen um 13 DM. Daimler ermäßigten sich um 30 DM und Mercedes um 44,50 DM.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 259,94 (261,15)
WELT-Umsatzindex: 5538 (7026)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Freiverkehr

Ungeregelter Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Johannesburg

Stockholm

Singapur

Tokio

Sydney

Oslo

Toronto

Wien

Zürich

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate

Optionshandel

WELT-Aktien-Indices

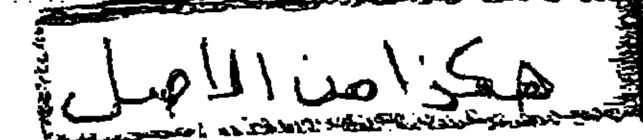
Kursgewinner:

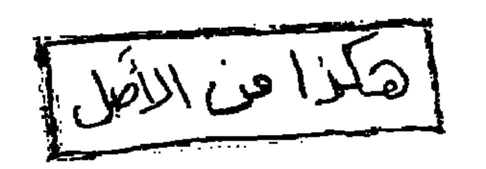
Kursverlierer:

Junge Aktien

Devisenmärkte

Devisen und Sorten





Eine Branche gibt Gas

Bm. – Das neue Jahr ist in Sicht – ein Jahr, von dem alle Prognosen heute schon wissen wollen, daß es ein blendendes Jahr für das Finanzierungsinstrument Leasing werden wird.

Die Zahl der für das Leasing geeigneten Ausrüstungsgüter wird immer größer, und neue Vertriebskonzepte erlauben in höherem Maße die Nutzung des Leasing als Investitionsalternative für die mittelständische Wirtschaft.

Das jedenfalls sagt das Ifo-Institut in seiner jüngsten Analyse. Und es kommt zu dem Schluß, daß Finanzierungs- und Hersteller-Leasing 1986 zum erstenmal in der jungen Geschichte dieser Branche die Traummarke von 100 Milliarden Mark überschreiten werden.

Auch die Leasing-Gesellschaften selbst sind sicher, daß nach einem sehr guten 1985 ein wahrscheinlich noch besseres 1986 folgen wird. Allen voran die Auto-Leasing-Gesellschaften. Sie haben 1985 durchweg zweistellig zugelegt, obwohl ihnen die Katalysator- und Geschwindigkeits-Diskussion die Butter vom Brot zu nehmen schien.

Aber gerade den Markt des Auto-Leasing muß man wohl etwas differenzierter betrachten.

Sicher ist, daß mit weiterem Aufschwung der Konjunktur gerade das gewerbliche Leasing an Boden gewinnen wird, denn die Mittel sind knapp, und um die Kreditlinien zu schonen, fährt man dann schon lieber Leasing-Fahrzeuge. Bei denen muß lediglich der Nutzen des Fahrzeuges finanziert werden (plus Zinsen, versteht sich).

Aber nicht nur die Industrie beklagt ihre Unterkapitalisierung. Auch der Autohandel ist nicht so betucht, daß er problemlos die verleasten Fahrzeuge zurückkaufen kann. Das kann für eine ganze Reihe von Firmen, die mit Auto-Leasing schnelles Geld machen wollten, das baldige Aus bedeuten.

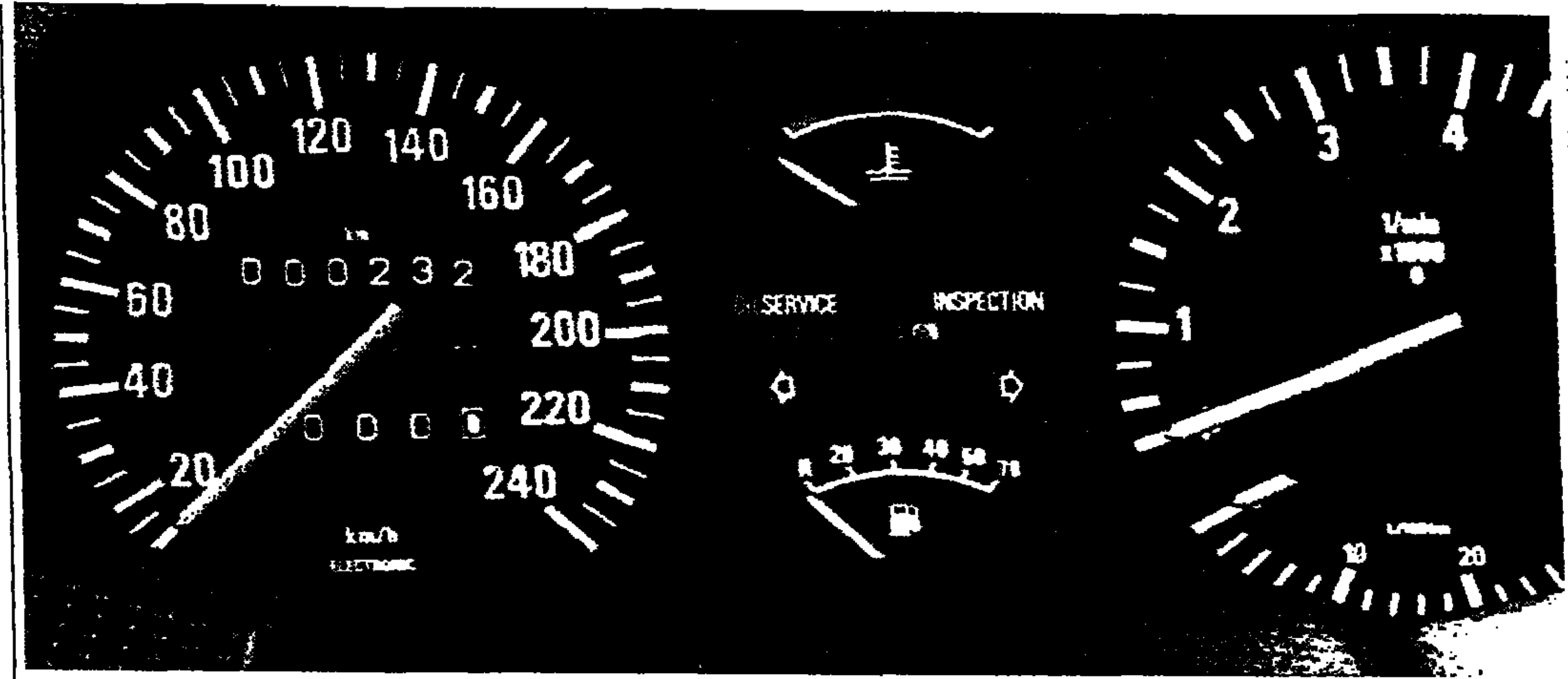
Überhaupt ist der Leasing-Nehmer gut beraten, sich seinen Vertragspartner mit Umsicht auszusuchen. Denn der heftige Wettbewerb auf diesem atomisierten Markt läßt die Renditen der Auto-Verleaser schrumpfen.

Da passiert es durchaus, daß ein Unternehmen Open-end-Leasing anbietet, um die Raten so weit wie möglich zu drücken. Bei solchen Verträgen ist in der Regel der Leaser am Ende der Dumme, denn er wird nach Vertragsschluß zur Kasse gebeten, weil der Restwert für das zu lange gefahrene Fahrzeug nicht mehr hält, was vorher versprochen wurde.

Doch solche Auswüchse werden mit der Bereinigung des Marktes mehr und mehr verschwinden, je eher, um so besser, denn die Branche muß auf ihren Ruf achten. Generell muß angenommen werden, daß ein Konzentrationsprozeß auf die großen Hersteller stattfindet, daß die Maschinenleaser das Auto-Leasing nur noch marginal betreiben als ein Geschäft, das mit sonstigen Aufträgen anfällt. Ganz sicher werden sie sich sehr schnell aus dem privaten Autoleasing-Geschäft zurückziehen, soweit sie sich dort überhaupt engagierten.

Generell wird es wohl etwas stiller werden um das Privatleasing, nachdem im Falle des Null-Leasing eine Gerichtsentscheidung gefallen ist. Null-Leasing ist bereits aus der Werbung herausgenommen worden. Diese zeitlich verzögerten Barverkäufe im Kleid des Leasing pervertieren im Grunde den Leasing-Gedanken.

Daher wäre es gut, wenn die Anbieter sich dieses Instrumentes wirklich nur noch dann bedienen würden, wenn sie von der Modellpolitik dazu vielleicht einmal gezwungen sind.



Bei Tempo Null liegt die Anschaffung brach – mit Leasing aber nur zur Hälfte

FOTO: DIE WELT

DER MARKT / Wer least, fährt stets das neueste Modell

Das Abo-Auto überzeugt die Fahrer

Wer hätte es nicht schon erlebt? Da rollt man mit seinem Wagen über die Autobahn. Und man wird von der gleichen Marke der gleichen Klasse überholt, doch die ist erst seit kurzem auf der Straße. Und man vergleicht: Die eigene Karosse frißt gut und gern ihre 13 Liter, der „Neue" da vorn begnügt sich bei mindestens gleicher Leistung mit kaum zehn Litern. Zudem ist er eleganter geschneidert, hat ein schickeres Finish und die Innenausstattung kann auch mehr überzeugen. Die Logik ist menschlich und furchtbar einfach: Man müßte stets das neueste Modell fahren können.

So einfach diese Logik ist, so einfach ist auch die Realität: Man kann! Und dazu muß man nicht gleich ein Krösus sein, der stets mit gebündelten Scheinen in der Tasche herumläuft. Man muß nur rechnen und sich auf seine Vernunft verlassen können. Das Ergebnis ist dann sonnenklar: das Auto im Abonnement, das Abo-Auto.

Man kauft ja auch keine Zeitung für einen Monat. Man abonniert sie, weil man täglich eine neue haben will. Das gleiche gibt es auch für Autos. Nur nennt man hier den Erwerb nicht Abonnement, sondern – aus dem Amerikanischen übernommen – Leasing. Doch bleiben wir bei dem einfacheren und griffigeren Wort des Abo-Autos: Man kauft es nicht, man kauft nur ein Anrecht auf das stets neueste Modell, dessen Besitzer man dann auch wird, wie die Zulassung bestätigt, denn es ist auf den Namen des Abonnenten zugelassen.

Eigentümer des Autos bleibt die Leasing-Gesellschaft, mit der man den Vertrag abgeschlossen hat – so, wie man eine Wohnung besitzt, der Eigentümer aber der Hausherr ist. Mit dem Telefon ist es das gleiche. Alle besitzen eines, aber gehören tut es der Post, und niemand ist erpicht darauf, Eigentümer des Telefons zu werden, weil man es ja nicht besitzen, sondern nur mit ihm telefonieren möchte.

Ist es beim Auto nicht das gleiche? Man möchte es besitzen und benutzen und eigentlich immer nur das bezahlen, was man ihm abverlangt, wie die Gebühreneinheit beim Telefon. Undenkbar ist, daß jemand ein paar hundert Mark an die Post überweist für Gespräche, die er vielleicht in zwei Jahren führen wird.

Doch beim Auto ist das noch selbstverständlich. Da werden 20 000, 30 000 oder 40 000 Mark bezahlt für Arbeit, die man dem Wagen im Laufe der nächsten Jahre abverlangt.

Wer rechnet und nachdenkt, kann sich in den Genuß eines großen Vorteils mit dem Abo-Auto bringen. Man kauft es nicht, man abonniert es, man least den Wagen. Und das ist die einfachste Sache der Welt.

Die meisten Autoleasing-Gesellschaften halten ganz individuelle Verträge parat, die so simpel sind wie ein normaler Kaufvertrag. Der Kunde bestimmt, welchen Wagen er haben möchte und für welche Zeit er ihn besitzen will. Normalerweise sind es zwei oder drei Jahre. Dann leistet er vorab eine Sonderzahlung, die in der Regel 20 Prozent des Fahrzeugpreises beträgt, und die mit dem in Zahlung gegebenen Gebrauchtwagen verrechnet werden kann. Dann wird festgestellt, wie hoch der Wert des Wagens sein wird, wenn die Vertragszeit abgelaufen ist, das heißt, der Restwert wird ermittelt, denn der ist wichtig für die Errechnung der monatlichen Raten, die der Kunde bezahlen muß.

Der Witz des Abo-Autos ist also: Der Besitzer bezahlt nicht den ganzen Kaufpreis, sondern das, was der Wagen im Laufe der Vertragszeit an Wert verliert und die Zinsen auf das im Auto steckende Kapital.

Eine grobe Faustregel sagt, daß der Besitzer des Abo-Autos nur rund die Hälfte des Wertes des Wages aufbringen muß, wenn er ihn 36 Monate least. Die andere Hälfte, die er sonst zinslos spazierenfährt, bleibt auf seinem Konto oder wird für andere, nützlichere Dinge verwendet.

Die Frage muß erlaubt sein, warum wohl rund 75 Prozent aller in der Bundesrepublik Deutschland laufenden Abo-Autos von Unternehmen geleast worden sind. Die Antwort ist einfach: Sie rechnen in der Regel mit einem spitzeren Bleistift als der Privatmann. Sie wissen, daß sie mit dem Abo-Auto – oder dem Abo-Fuhrpark – wirtschaftlicher fahren, als mit dem gekauften. Und sie wissen, daß sie nie einen überalterten Fuhrpark haben werden mit den üblichen hohen Reparaturaufwendungen. Und damit sind wir für den Privatmann beim Ausgang unserer Überlegungen: Wer ein Abo-Auto für drei Jahre nutzt, bei dem steht alle drei Jahre das neueste Modell vor der Tür, so wie jeden Morgen die neueste Zeitung im Briefkasten steckt.

C. B.

Kölner Anwalt: Leasing mit Sportlern

Neben Gebrauchsgütern sollen Interessenten in Zukunft auch Fußballspieler leasen können, plant Georg Jennissen, Rechtsanwalt in Köln und Mitinhaber eines Leasing-Unternehmens. Verschuldeten Vereinen solle so die Verpflichtung neuer Spieler erleichtert werden. Justitiar Goetz Eilers erhob für den Deutschen Fußball-Bund (DFB) „große Bedenken, ohne das Modell im einzelnen zu kennen". Die Bedenken betreffen die mögliche Unvereinbarkeit dieses Weges mit den Statuten des DFB. Außerdem besitze für eine solche Form der Arbeitsvermittlung die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit das staatliche Monopol. Wie Jennissen dem Deutschlandfunk gegenüber weiter erklärte, werden in diesen Tagen erste konkrete Verhandlungen mit einem Bundesligisten aus dem westdeutschen Raum geführt, der an der Neuverpflichtung eines Abwehrspielers interessiert sei. (WR)

Mietfinanz kooperiert mit Credito Italiano

Mietfinanz GmbH, Mülheim (Ruhr), hat mit Credito Italiano, Mailand, der mit umgerechnet rund 80 Milliarden Mark Bilanzsumme viertgrößten italienischen Bank, und deren Tochtergesellschaft Credit Leasing einen Kooperationsvertrag abgeschlossen. Beide Banken bieten im Austausch ihren Kunden die jeweiligen speziellen Dienstleistungen im Bereich des Investitionsgüter-Leasing an. (WR)

GERICHTSURTEIL

Null-Leasing bleibt auch künftig im Angebot

Um ein Urteil des 6. Zivilsenats des Oberlandesgerichtes Frankfurt (AZ 6 U 133/84) in Sachen Autoleasing hat es Mißverständnisse gegeben. Mit der ALD Autoleasing D GmbH nimmt ein führendes Unternehmen wie folgt Stellung:

Die Gemeinschaft der VW- und Audi-Händler klagt gegen einen Opel-Händler und die Opel Kredit Bank, um die Werbung mit dem sogenannten Null-Leasing untersagen zu lassen. Beim Null-Leasing macht die Summe aller Zahlungen des Kunden am Ende nur so viel aus wie der vom Hersteller empfohlene Preis: Erwirbt der Kunde das Auto nach Ablauf der Leasingzeit, hat ihn die Finanzierung „null" Zinsen gekostet. Hierin – und nicht etwa allgemein im Privatleasing – sieht das Gericht einen Verstoß gegen das Rabattgesetz. Gegen dieses Urteil soll allerdings Revision eingelegt werden.

ALD Autoleasing D weist darauf hin, daß es den Autoleasing-Unternehmen unbenommen ist, ihrerseits mit dem Hinweis auf Null-Leasing zu werben und dieses durchzuführen. Für den Verbraucher bedeutet dies, daß er derzeit ein neues Auto im Privatleasing günstig finanzieren kann, zumal ihm das Leasingunternehmen in der Regel eine gleichbleibende Miete während der Laufzeit des Vertrages garantiert.

Die zitierten Gründe haben zur außerordentlichen Popularität des Privatleasing beigetragen. ALD rechnet damit, daß 1985 rund 14 Prozent aller Neufahrzeuge in der Bundesrepublik über das Leasing in den Markt kommen, ein beträchtlicher Teil davon auf dem Weg über das Privatleasing.

BMW-Rate: 716 Mark

Im letzten WELT-Report „Auto-Leasing" hieß es im Leitartikel, daß die Leasing-Raten der drei großen Hersteller-Leaser BMW, V.A.G. und Mercedes sehr nahe beieinanderlägen. V.A.G. nannte 700 Mark pro Monat, Daimler 723 Mark und BMW 716 Mark. Im Bericht aber hieß es irrtümlich 916 Mark. Kriterien waren ein Listenpreis von 30 000 Mark für ein Fahrzeug mit einer Fahrleistung von 30 000 Kilometern bei einer Vertragslaufzeit von 24 Monaten. Die genannten Raten gelten netto, ohne Mehrwertsteuer. (WR.)

DAS PORTRÄT / Hansa Automobil-Leasing in Hamburg – Der Trend führt jetzt zum kleinen, aber teureren Diesel

Mit 22 Mitarbeitern werden 45 Millionen Mark umgesetzt

Die Mutter heißt Autobetriebe Motor-Company GmbH und sie selbst Hansa Automobil-Leasing GmbH. Und beide sitzen in Hamburg. Mutter feierte im vorigen Jahr ihren 50. Geburtstag, und die Leasing-Tochter ist seit 1970 am Markt. Mutter hat ein Stammkapital von fünf Millionen Mark, die Tochter beachtliche vier Millionen, denn Mutter beschäftigt rund 200 Mitarbeiter und der Leasing-Ableger in der Zentrale 22.

Beide Kapitalanteile werden von drei Gesellschaftergruppen gehalten, die wiederum alle drei zu der Hamburger Kaufmannsfamilie Krüll gehören. Der Geschäftsführer der Hansa Automobil-Leasing GmbH ist Fritz Schumacher, Diplom-Kaufmann, Jahrgang 1942, früher zehn Jahre bei Ford im Markt tätig, dann seit 1978 in der Motor-Company beschäftigt.

Hansa Autoleasing hält nichts von spektakulären Schritten. Der Erfolg muß schon sehr solide, ja hanseatisch kommen, sonst kann er gleich bleiben. So verwundert es nicht, daß Schumacher für 1985 einen Bestandszuwachs von neun Prozent auf 5850 Fahrzeuge melden kann und einen Anstieg des Umsatzes von 38 auf 42 bis 45 Millionen Mark. Daß der Umsatz überproportional zum Absatz stieg, begründet Schumacher mit einem strukturellen Wandel des Kraftfahrzeugbestandes. Der Trend geht zum kleinen, teureren Diesel.

Hier muß angemerkt werden, daß Hansa Autoleasing heute nur noch 60 Prozent Ford-Automobile im Bestand hat. 40 Prozent sind Fremdfabrikate, von denen wiederum den Löwenanteil V. A. G.-Produkte halten. Es ist also der Golf-Diesel, der den Umsatzanstieg bringt, keine Kannibalisierung der Fordprodukte, sondern eine Umstrukturierung auf das höherwertige Produkt – und damit zwangsläufig auf den besseren Ertrag.

Wie verkauft man als gewachsener Fordhändler einem Kunden einen Leasing-Vertrag über ein V. A. G.-Produkt? Das ist für die gesamte Branche der Automobil-Leasinggesellschaften kein Problem. Der Wunsch des Kunden hat höchste Priorität. Und wenn der einen ganz bestimmten Wagen für seine ganz individuellen Bedürfnisse haben will, dann beschafft man ihm das Fahrzeug, auch wenn man dafür „fremdgehen" muß.

Was ist denn bei Hansa Autoleasing expansiv, das Flottengeschäft oder der Privatvertrag? „Privatleasing ist bei uns gleich Null", sagt Fritz Schumacher. Expansiv sei dagegen nur der Full-Service, das Operating-Leasing, also das Geschäft mit der Vermietung ganzer Flotten.

Hier sieht er auch noch die größten Chancen für die Branche, von der er sicher ist, daß sie sich im Laufe der Jahre vornehmlich auf die großen Hersteller konzentrieren wird. Die marginalen Autoleasing-Anbieter würden spätestens beim zweiten Vertrag mit einem Kunden wissen, ob sie die Kraft hätten, sich in diesem Markt der Haken und Ösen zu behaupten.



Fritz Schumacher ist Geschäftsführer der Hansa Auto-Leasing GmbH, Hamburg FOTO: DIE WELT

Aber auch innerhalb des gewerblichen Leasings wird sich die Struktur verändern. Die großen Flotten seien im Prinzip vergeben – bis auf die ganz Feinen, die immer noch unter dem Eindruck stünden, wer least, habe es nötig. Das gelte gerade im Hamburger Raum für so traditionsbewußte Häuser wie jene aus dem Tabak- oder Kaffee-Bereich. Gerade diese Häuser seien sich darüber im klaren, daß nur jener leasen kann, der auch laufend die erforderlichen Raten verdient. Und dies seien nun die großen Häuser mit den feinen Namen, die auch mit sehr spitzem Bleistift rechnen, aber dennoch Berührungsangst zum Leasing hätten.

Augenmerk muß die Branche nach Schumacher auf jene Firmen richten, die zwischen zwei und zehn Wagen für ihre Betriebe benötigen und die den Weg noch nicht zum Leasing gefunden hätten, weil sie sich mit der Philosophie des Auto-Leasings noch nicht angefreundet hätten: Bezahle nur für das, was du nutzt, und fahre die übrigen rund 50 Prozent deines Kapitals für ein Auto nicht jahrelang zinslos über die Straßen spazieren.

Und wie hält es Hansa Autoleasing mit der Bonitätsprüfung der neuen Kunden, nachdem in den letzten Jahren doch einige Verträge zumindest notleidend geworden sind? „Wir haben sogar Firmen ausgemustert, die unseren Renditevorstellungen nicht entsprachen", sagt Fritz Schumacher. Auto-Leasinggesellschaften, die auf sich hielten, pflegten die Bonitätsprüfung „beinahe so wie bei Großbanken". Zumindest versuche man, sich Einblick in die Bilanzen zu verschaffen. Und wie sehr man bei der Hansa auf Solidität achtet, beweise auch, daß man rund zehn Prozent der Verträge selbst refinanziert.

Und sein Ausblick? Auch bei weiterer Aufhellung der Konjunktur ist für Schumacher sicher, daß der Druck, Kosten zu sparen, anhalten wird. Da wird noch manches Unternehmen überlegen, ob es nicht doch besser ist, den eigenen Fuhrpark abzuschaffen und die Verwaltung – bis hin zu den Spesenabrechnungen – dem Leasing-Unternehmen zu übertragen, das es besser kann. Schumacher: „Weil wir Benzinduft atmen, weil wir was vom Auto verstehen."

HANS BAUMANN

DAS INTERVIEW / Georg Kaiser, ALD: „Auch in naher Zukunft noch eine Wachstumsbranche"

Attraktiv ist die niedrige Leasing-Rate

Das Fahrzeugleasing, zeigte die diesjährige IAA, hat sich etabliert. Mit zum Teil außerordentlichen Wachstumsraten haben sich mehr als zwei Dutzend Leasingfirmen einen Anteil von drei Prozent oder 650 000 bis 700 000 Fahrzeugen am Bestand in der Bundesrepublik gesichert. Ist das Autoleasing damit an seine Grenzen gestoßen? Mit Gerhard Kaiser, Geschäftsführer der ALD Auto-Leasing D – mit 70 000 Fahrzeugen größtes markenunabhängiges Leasingunternehmen in der Bundesrepublik – sprach Georg Weden.

WELT: Sie haben sich endgültig für Hamburg als Zentrale des ALD-Niederlassungsnetzes entschieden und mit dem Bau eines fünf Millionen Mark teuren Verwaltungsgebäudes begonnen. Woher nehmen Sie den Optimismus für diesen Entschluß?

Kaiser: Das Autoleasing ist auch in naher Zukunft noch eine Wachstumsbranche. Auf dem amerikanischen Markt, und von dort kam das Autoleasing zu uns, wird jedes fünfte neue Auto über das Leasing zugelassen. Bei uns war es im vergangenen Jahr erst jedes siebte bis achte. Aber 1985 nähern wir uns ebenfalls der 20-Prozent-Marke.

WELT: In Frankfurt haben Sie erklärt, daß der Anteil privater Kunden bei ALD etwa 40 Prozent ausmache. Das Leasing als neue Finanzierungsform für Autokäufer?

Kaiser: Seit mehr als zwei Jahren verzeichnen wir eine starke Zunahme des Privatleasing. Vorher schwankte der Anteil bei uns zwischen vier und sechs Prozent. Der Aufstieg begann mit dem sogenannten Null-Leasing, einer von den Autoherstellern aus Gründen der schnellen Absatzsteigerung zeitweilig stark geförderten Leasingform. Für den Kunden rechnet es sich, wenn er das Fahrzeug anschließend kauft. 85 Prozent unserer Kunden, das hat die erste Befragung dieser Art ergeben, haben dieses Prinzip verstanden und entsprechend gehandelt. Jetzt stellen wir einen Wandel fest. Über Null-Leasing wird – mit unterschiedlichen Schwerpunkten in der Bundesrepublik – weniger gesprochen. Ein ganz normales Privatleasing mit all seinen Vorteilen – niedrigere Monatsraten gegenüber einer klassischen Finanzierung und stets ein neues Auto durch Laufzeiten von zwei bis drei Jahren – setzt sich durch.

WELT: Was antworten Sie einem Kunden, wenn er Sie fragt, mit wieviel Prozent Zinsen er im „normalen" Leasing zur Zeit rechnen muß?

Kaiser: Die Verhandlungen werden in der Regel zwischen Kunden und Autohändlern geführt, denn ALD betrachtet sich als Leasingunternehmen des Autohandels. Wir haben zur Zeit rund 1000 Partner. Die konkrete Anwort dürfte lauten, daß zwar unterschiedlich nach Kalkulation des Autohändlers, aber nicht mehr als die vergleichbaren Kreditzinskosten in der Miete enthalten sind, und das kann ich bestätigen.

WELT: Was ist daran gegenüber der klassischen Autofinanzierung so attraktiv?

Kaiser: Von unseren Kunden wissen wir nach der schon erwähnten repräsentativen Umfrage, daß die vergleichsweise niedrige Leasingrate als besonders attraktiv angesehen wird. Unsere Kunden haben verstanden, daß sie beim Leasing nicht mehr das komplette Fahrzeug bezahlen, sondern nur den Wertverlust beziehungsweise die Nutzung. Damit bleibt man flüssig, hat also Geld frei für wichtige Vorhaben oder Anschaffungen, die Bargeld erfordern.

WELT: Die Autohändler werben stark mit Leasing, inzwischen eigentlich schon mehr als mit der Finanzierung. Liegt hier außer dem Absatzinteresse noch ein anderer Grund vor?

Kaiser: Ja, der Händler spürt eine stärkere Bindung – besser: Loyalität – des Kunden. Die Kontakte zum Kunden reißen nicht ab. Spätestens beim Auslaufen des Leasingvertrages hat der Händler wieder eine Chance, mit dem Kunden zu sprechen.

WELT: Was hat sich bei den von Verbraucherverbänden im vergangenen Jahr kritisierten Leasing-Vertragsbedingungen geändert?

Kaiser: Wir mußten ja auch erst Erfahrungen mit der neuen Kundschaft sammeln, denn bis 1982 dominierte das gewerbliche Leasing. Diese Erfahrungen haben wir selbst in Anpassungen der Vertragsbedingungen umgesetzt, und zwar in Abstimmung mit Verbänden, besonders dem ADAC. Ich weiß allerdings, daß dies noch nicht bei allen Leasinggesellschaften geschehen ist. Wir raten den privaten Leasingkunden deshalb, sich gründlich beraten zu lassen und nur zu akzeptieren, was sie auch wirklich verstanden haben. In den Grundzügen ist Leasing eine einfache Sache. Schwerpunkte des Augenmerks beim Studium der Bedingungen sollten die Punkte „Vorzeitige Vertragsbeendigung" und generell die Form der Abrechnung bei Vertragsschluß sein. Ein guter Händler berät hier inzwischen umfassend. Um den privaten Kunden entgegenzukommen, haben wir eine „Sorglos-Leasing" entwickelt. Für eine geringe Zusatzprämie bieten wir Leistungen wie: Übernahme der Inspektionskosten einschließlich Öl sowie kostenfreie Vertragsauflösung bei Arbeitslosigkeit oder Ableben. Das Interesse für dieses Angebot nimmt stark zu.

WELT: Ihr Sorglos-Leasing erinnert stark an das Full-Service-Leasing aus dem gewerblichen Bereich. Ist gewerbliches Leasing für Sie kein Thema mehr?

Kaiser: Aber sicher, denn auch hier haben wir – trotz wirtschaftlicher Beruhigung – weiterhin gute Zuwachsraten. Unsere Bemühungen zielen auf eine stetige Verbesserung der Serviceleistungen, so daß zum Beispiel die Fuhrparkhaltung erleichtert wird. Uns kommen hier umfangreiche Erfahrungen mit der elektronischen Datenverarbeitung zugute. Auch die gestraffte Führung des Unternehmens mit zehn Niederlassungen in der Bundesrepublik und Berlin hat die Effektivität stark verbessert. Daß wir Hamburg als Standort der ALD-Zentrale gewählt haben, geht auf einen Wunsch unseres Mehrheitsgesellschafters und Aufsichtsratsvorsitzenden Hans Ravenborg zurück, der Hamburger ist. Das neue Verwaltungsgebäude an der „Automeile" in Hamburg-Lokstedt bietet 100 Mitarbeitern Platz und wird im März 1986 bezugsfertig sein.

Die Konjunktur stützt auch den Automarkt

Jüngste Umfragen der Mietfinanz GmbH, Mülheim/Ruhr, bei ihren Kunden haben ergeben, daß die Investitionen im laufenden Jahr um über fünf Prozent steigen werden. Die Wirtschaft ist der Meinung, daß diese Steigerungsrate im neuen Jahr noch übertroffen wird.

Für diese Meinung spricht, daß sich die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen verbessert haben, daß sich die Unternehmenserträge erholen und daß sich der Export noch weiter verbessert. Hinzu kommt, daß viele Betriebe bereits an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen. Deutlich wird jetzt auch, daß die Wirtschaft nach rund sechsjähriger Abstinenz nun auf breiter Front ihre Anlagen modernisiert. Mietfinanz hat auch ermittelt, daß nun Erweiterungsinvestitionen anlaufen.

Nach wie vor aber führt die Wirtschaft Klage über die unzureichenden Eigenmittel, die in der Industrie inzwischen auf 18,5 Prozent geschrumpft sind, nachdem sie Ende der sechziger Jahre noch rund 30 Prozent betragen hatten. In den USA zum Beispiel stützt sich die Industrie auf Eigenmittel in einer Größenordnung von 65 Prozent. Begründet wird der Verlust an Eigenmitteln mit dem Substanzverlust in den letzten schlechten Jahren.

Dieser Mangel an Reserven eröffnet auch für das Auto-Leasing besonders gute Perspektiven für die kommenden Jahre. Mehr und mehr werden die Gewerbebetriebe dazu übergehen, ihre Fuhrparks nicht mehr zu kaufen, sondern zu leasen, um so Mittel für andere Investitionen frei zu bekommen. (WR)

FUHRPARK / Sparen für Investitionen

Innovation ruft nach hoher Kapitaldecke

Die Investitionen in der Bundesrepublik Deutschland haben zum Frühling 1985 eine besondere Qualität bekommen. Wie aus Umfragen von Leasing-Gesellschaften hervorgeht, investieren Unternehmen zum erstenmal seit Jahren wieder in den Ersatz ihrer Anlagen. Die Zeit der Rationalisierungsinvestitionen, die jahrelang in der Reihenfolge der Investitionsgründe führten, scheint zunächst vorüber zu sein. Neue Anlagen lösen die alten ab. Innovation ruft nach Kapital.

In einer solchen Zeit hoben Investitionsbedarfs bei gleichzeitig schmaler Kapitaldecke der deutschen Wirtschaft von unter 20 Prozent der Bilanzsumme (vor zehn Jahren: 30 Prozent) werden die Unternehmer die Mark zweimal umdrehen, ehe sie sie einsetzen. Grund genug, sich des Leasing zu erinnern, und hier vornehmlich des Leasing von Firmenfahrzeugen. Bei den größeren Unternehmen stecken im Fuhrpark Riesenkosten, von der Anschaffung der Fahrzeuge bis zur zum Teil sehr aufwendigen Administration.

Exakte Kalkulation des Restwertes

Diese Aufwendungen können in flüssige Mittel umgewandelt werden, wenn zum Beispiel der Fuhrpark verkauft und im Wege des Sale-and-lease-back zurückgeleast wird. Das Auto ist geradezu das klassische Investitionsgut, auf das die Formel paßt, nach der man least, was an Wert verliert, aber kauft, was an Wert hinzugewinnt.

Wer seinen Fuhrpark least, schont seine Eigenmittel. Und wann ist das sinnvoller als in einer Zeit, in der wieder kräftiger investiert wird, um der Konjunktur mit seinen Produktionsmitteln folgen zu können. Beim Autoleasing setzt man schließlich in Form von Leasingraten immer nur gerade die Mittel ein, die dem Verschleiß entsprechen, plus Zinsen. Die geschonten Mittel belasten nicht die Liquidität und schaffen Reserven in den Kreditlinien bei den Geldinstituten.

Hinzu kommt beim Autoleasing, daß der Restwert des Wagens (oder der Flotte) exakt kalkuliert und bei der Ermittlung der Leasingraten einbezogen werden kann. Die Leasingraten sind über den gesamten Vertragszeitraum konstant.

Da Automobile in der Regel über Zeiträume zwischen zwölf und 42 Monaten geleast werden, ist der Fuhrpark vor Überalterung geschützt, was automatisch die Reparatur- und Inspektionskosten drückt. Da sich in einem Fuhrpark auch die Kilometerleistung während der Leasingzeit relativ genau kalkulieren läßt, empfiehlt es sich, in dem Vertrag die Verwertung des gebrauchten Kraftwagens der Leasing-Gesellschaft zu überlassen.

Kein Ärger mit dem Flottenaustausch

Die V. A. G. Leasing zum Beispiel, 100prozentige Tochter von Volkswagen, verfügt über ein eingespieltes Händlernetz mit über 3300 Verkaufs- und Reparaturstationen, das über das gesamte Bundesgebiet gespannt ist. Hier weiß man aus reicher Erfahrung, Gebrauchtwagen zu kalkulieren und wieder im Markt unterzubringen. So schafft sich der Unternehmer das Problem der Gebrauchtwagen-Verwertung vom Halse.

Die V. A. G. Leasing GmbH ist jetzt 19 Jahre im Markt. Allein in den letzten sechs Jahren hat sich der Fahrzeugbestand von 52 000 auf über 148 000 erhöht. Mit 75 Prozent davon führt das gewerbliche Leasing. Aber auch das private Autoleasing ist immerhin schon mit 25 Prozent an diesem Bestand beteiligt. Nur zwei Prozent dieses Bestandes entfallen auf Kraftwagen, die nicht von Volkswagen und Audi stammen. Der größte Teil dieser zwei Prozent wiederum sind Porsche-Modelle.

Im Jahr 1983 ist der Umsatz bei V. A. G. Leasing um 23 Prozent auf 1,075 Milliarden Mark gestiegen. 1984 erhöhte sich der Umsatz weiter um fast 23 Prozent auf 1,321 Milliarden Mark.

Leasing von Automobilen ist bei V. A. G. Leasing längst zu einer ausgefeilten Dienstleistung geworden. Die gewerblichen Kunden nutzen die Serviceleistungen, um sich von der kosten- und nervenraubenden Verwaltung von Dienstwagen zu befreien. Ob Reparaturen, Schadensregelungen, Inspektionen oder die Abrechnung mit den Mitarbeitern, V. A. G. Leasing übernimmt die Regulierung und entlastet so das Unternehmen.

Drei Servicepakete sind es, die V. A. G. Leasing der Wirtschaft anbietet:

1. Die Übernahme der Kosten für Wartung und Werkstattleistungen bei Verschleißreparaturen. Diese Arbeiten können bei jeder Vertragswerkstatt in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin sowie in 14 weiteren europäischen Ländern ausgeführt werden, und dies obendrein noch bargeldlos.

2. V. A. G. Leasing übernimmt die Bezahlung der Kfz-Steuer und den kompletten Versicherungsschutz. Der Unternehmer befreit sich damit auch von der Begleichung der unfallbedingten Reparaturkosten und von versicherungstechnischen und juristischen Auseinandersetzungen. Diese Aufgaben werden bei V. A. G. Leasing von Fachleuten übernommen, die in der Regel rationeller und preiswerter arbeiten als die unternehmenseigene Fuhrparkverwaltung.

3. Reifenersatz für die Leasingfahrzeuge einschließlich Montage.

Aber damit erschöpft sich die Dienstleistung rund um den Flottenkunden noch nicht. Betriebswirtschaftlich wertvolle Daten – und damit hohe Transparenz – beschafft sich der Unternehmer durch den zusätzlichen Service der Betriebskosten-Abrechnung und Analyse. Dieser Service kann auch von Unternehmen in Anspruch genommen werden, die ihren Fuhrpark nicht geleast haben. V. A. G. Leasing übernimmt die Abrechnung für Kraftstoff, Öl, Pflegekosten, Parkgebühren, rechnet mit dem Mitarbeiter die privat gefahrenen Kilometer ab. Der Unternehmer, der diesen Service in Anspruch nimmt, erhält die daraus resultierenden Kostenübersichten und -analysen auf Wunsch monatlich, vierteljährlich oder jedes halbe Jahr.

Der Leiter des Fuhrparks wird somit von mühevoller und kostenintensiver Verwaltungsarbeit befreit. Er kann sich seinen wesentlichen Aufgaben, der Einsatzplanung, Rentabilitätsüberlegungen und der innerbetrieblichen Kontrolle und Steuerung widmen. Und wenn der Leasing-Vertrag abgelaufen ist, stehen am nächsten Tag die neuen, zugelassenen Fahrzeuge auf dem Hof des Betriebes.

Autoleasing hat sich in der Bundesrepublik durchgesetzt, den Vergleich mit den Alternativen Kauf/Finanzierung hält es gut und gern aus. Aber sein Magnetismus liegt auch im individuellen Angebot, in der Sachberatung und im Service, zu dem die Fairneß von kundenfreundlichen Allgemeinen Geschäftsbedingungen hinzukommt, die aus einem Kontakt Partner im Markt macht.

UDO SCHÜLKE

Es wird noch einmal durchgestartet

Das Jahr 1985 war für das Auto-Leasing ein sehr erfolgreiches Jahr. Die Wirtschaft greift immer häufiger zum Mietwagen. Der geleaste Fuhrpark hält Mittel frei für Investitionen während des Konjunkturaufschwungs. Aber auch das Privatleasing kommt gut voran. Der Bürger erkennt, daß es zweckmäßig ist, das Fahrzeug nicht mehr zu kaufen, wenn die mit spitzem Bleistift rechnenden Firmen es ihm vormachen. Über die Prognose für das Jahr 1986 befragte die WELT führende Mitgliedsfirmen der Autoleasing-Branche.

V.A.G.-Leasing, Braunschweig

Für die V.A.G. Leasing GmbH ist das Jahr 1985 sehr erfolgreich verlaufen. Gegen Ende des Jahres wird sich der Bestand an Fahrzeugen auf über 160 000 belaufen, was gegenüber den 148 000 Fahrzeugen Ende 1984 eine beachtliche Steigerung darstellt. Für das kommende Jahr wird mit einer weiteren Ausdehnung des Fahrzeugbestandes gerechnet.

Unsere Aktivitäten werden sich im kommenden Jahr auf die kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie auf das Privatauto-Leasing konzentrieren. Hier ist der Durchdringungsgrad des Leasings noch nicht sehr groß, so daß noch genügend Potential für ein weiteres Wachstum des Automobil-Leasing vorhanden ist.

Der kleine und mittlere Unternehmer ist mit dem Leasing inzwischen weitgehend vertraut und hat seine Vorteile erkannt. Leasing setzt die in den Fahrzeugen gebundenen Mittel frei, die dann für notwendige Investitionen zur Modernisierung und Rationalisierung seines Betriebes zur Verfügung stehen. Insoweit ist Leasing für ihn ein ganz wichtiges Instrument zur Erhöhung seiner Wettbewerbsfähigkeit.

Wir wollen diese Zielgruppe im kommenden Jahr verstärkt auf unser umfassendes Angebot an Dienstleistungen hinweisen, wie Einschluß von Wartung und Verschleißreparaturen, Versicherungen mit Schädenservice, Reifenersatz, Rundfunkgebühren. Gerade diese Dienstleistungen geben dem Unternehmen die Möglichkeit, die Kosten für seine Fahrzeuge besser in den Griff zu bekommen und sich von unnötiger Verwaltungsarbeit zu befreien, so daß er sich besser auf seine eigentlichen unternehmerischen Aufgaben konzentrieren kann.

Der private Kunde hat zumindest von Leasing gehört. Es kommt darauf an, dem Kunden diesen Begriff transparenter zu machen, um ihm eine häufig festzustellende Verunsicherung zu nehmen. Der einfache Grundgedanke des Leasings heißt: Man bezahlt nur soviel, wie das Auto durch Benutzung an Wert verliert. Hinzu kommen natürlich die Kapitalkosten für die Finanzierung des Autos. Der entscheidende Unterschied gegenüber Bar- oder Ratenkauf liegt darin, daß der Gebrauchtwagenwert des Autos nicht amortisiert werden muß, so daß die monatlichen Raten entsprechend niedriger sind. Der Kunde muß aber nicht nur diesen Grundgedanken verstanden haben, sondern auch Vertrauen zu seiner potentiellen Leasing-Gesellschaft haben. Die herstellergebundenen Leasing-Gesellschaften sind dabei, ein einheitliches Bedingungswerk zu schaffen unter dem Titel „Allgemeine Geschäftsbedingungen Auto-Leasing". Wir sind der Überzeugung, daß nur kundenfreundliche und rechtlich abgesicherte Regelungen eine Vertrauensbasis schaffen können, die uns zu weiterem Wachstum verhilft.

ALD Autoleasing D Hamburg

Das Autoleasingjahr 1986 wird nach unserer Einschätzung positiv verlaufen. Wir sehen zwei wesentliche Gründe hierfür. Zum einen rechnet der Automobilhandel mit einer insbesondere im Frühjahr verbesserten Absatzlage. Zum anderen wird immer mehr erkennbar, daß Autoleasing sich durchgesetzt hat und auch im Privatbereich als Finanzierungsalternative inzwischen eine wesentliche Rolle spielt.

Unsere Geschäftsentwicklung wird auch dadurch positiv beeinflußt, daß wir uns bei der Betreuung der mit uns zusammenarbeitenden Händler viel Mühe geben. Das betrifft die Schulung des Verkaufspersonals, aber auch die schnelle Abwicklung eingehender Aufträge. Auf der anderen Seite sehen wir natürlich die Bemühungen der Banken, verlorenes Terrain bei der Autoabsatzfinanzierung wettzumachen.

Das Leasing mit der Firmenkundschaft wird einen langsamen, aber noch steten Aufwärtstrend haben. Der Servicegedanke steht in diesem Bereich immer mehr im Vordergrund. Unternehmen mit größeren Flotten wünschen in der Regel umfangreichen Service, der es ermöglicht, sich auf das eigentliche Unternehmensziel zu konzentrieren. Wir rechnen im kommenden Jahr mit einem Investitionsvolumen von über einer Milliarde Mark. Im auslaufenden Jahr werden es rund 850 Millionen Mark sein. Die Steigerung steht allerdings im Zusammenhang mit der Eröffnung und Aktivierung neuer Niederlassungen.

Wir gehen davon aus, daß zur Zeit auf dem Markt jedes siebte Auto im Leasing zum Einsatz kommt. Nach Schätzung von Fachleuten wird der Gesamtmarkt aller zur Zeit laufenden Leasingfahrzeuge rund 750 000 Einheiten betragen.

Mercedes-Leasing-GmbH, Stuttgart

Die Mercedes-Leasing-GmbH wird im Jahre 1985 eine weitere Steigerung des Leasinggeschäftes zu verzeichnen haben. Im einzelnen wird sich dies wie folgt darstellen: Neu-Investitionen rund 370 Millionen Mark (Vorjahr 290 Millionen Mark) gleich plus 28 Prozent; Umsätze rund 400 Millionen Mark (Vorjahr 360 Millionen Mark) gleich plus elf Prozent.

Ausmaß und Entwicklung des Leasinggeschäftes der Mercedes-Leasing-GmbH liegen weit überwiegend im gewerblichen und freiberuflichen Bereich. Strukturell ergeben sich zunehmende Anteile bei Pkw, die gegenwärtig etwa zwei Drittel des Geschäftsvolumens ausmachen. Auch für 1986 erwartet die Gesellschaft ein weiteres Wachstum von rund 15 Prozent. Unveränderter Schwerpunkt ist hierbei der gewerbliche Bereich.

Der Fahrzeug-Leasingmarkt insgesamt der letzten zwei bis drei Jahre war besonders von der Entwicklung des „Privat-Leasing" geprägt. Dieser Boom der jüngsten Vergangenheit ist unseres Erachtens nicht symptomatisch für die weitere Entwicklung des Leasingmarktes. Die „bestimmenden" Kriterien kommen auf Dauer gesehen hauptsächlich aus dem gewerblichen Bereich. Hier kann, wie wir meinen, auch in den nächsten fünf bis zehn Jahren mit durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten einer Größenordnung von rund zehn Prozent gerechnet werden.

BMW-Leasing GmbH, München

Immer mehr gewerbliche und private Nutzer erkennen den Vorteil durch das Leasen ihres Automobils. 1985 wurden rund 15 Prozent aller neu zugelassenen Pkw geleast. Deshalb sehen die Automobil-Leasinggesellschaften zuversichtlich auf das Jahr 1986. Dieser Optimismus wird gestützt durch die Daten der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

In Zeiten des Aufschwungs müssen alle Betriebe mehr Rohmaterial, größere Vorräte und wahrscheinlich auch höhere Forderungen finanzieren. Das strengt mittlere und kleinere Betriebe mit knappem Eigenkapital besonders an. Durch das Leasen der Automobile schonen die Gewerbetreibenden ihr Eigenkapital und erhalten sich einen Spielraum bei den Kreditlinien ihrer Banken. Die Steuersenkung 1986 wird auch den privaten Konsum anregen. Nach Beseitigung der Ungewißheiten bei Abgasnormen und Tempolimit erwarten die Automobilhersteller eine größere Entscheidungsfreudigkeit ihrer Kunden für schadstoffarme Autos.

Die BMW-Leasing GmbH betreut derzeit 33 000 Kunden und hat 1985 mehr als eine halbe Milliarde Mark investiert. Die Planung für 1986 liegt über diesen Werten.

Leasing- u. Handel GmbH, Stuttgart

Nach einem fast abgeschlossenen Geschäftsjahr 1985 ist festzustellen, daß die LHS-Gesellschaften am Wachstum des deutschen Automobil-Leasingmarktes teilgenommen und ihre Konkurrenzposition behauptet haben.

Ende 1985 führen die LHS-Gesellschaften 14 000 Verträge, gegenüber dem Vorjahr ist das ein Zuwachs von 17,6 Prozent. Das Investitionsvolumen liegt erheblich über 100 Millionen Mark. Der Umsatz der deutschen LHS-Gruppe, bestehend aus

● Leasing- und Handelsgesellschaft Schwaben mbH, Stuttgart,
● Leasing- und Handelsgesellschaft mbH Hannover und
● Leasing- und Handelsgesellschaft mbH, Düsseldorf,

wird die 120 Millionen-Mark-Marke deutlich überspringen. Die Zuführung neu abgeschlossener Verträge liegt bei 7500, davon knapp ein Viertel Privatkunden.

Wir schätzen den derzeitigen Automobil-Leasingbestand in Deutschland auf 850 000 bis 900 000 Fahrzeuge und rechnen mit einem weiteren stetigen Wachstum in den nächsten Jahren. Die LHS-Gesellschaften bieten Wagenparkbesitzern die gesamte Palette aller Dienstleistungen rund um das Auto an. Hier wird verstärkt von der Treibstoffabrechnung Gebrauch gemacht, die bei Fuhrparks nicht allein zu erheblichen Verwaltungsvereinfachungen führt, sondern durch laufende Verbrauchsüberwachungen dazu beiträgt, Kosteneinsparungen zu erzielen.

Unter der Überschrift „Dienstwagenleasing – eine Auszeichnung für leitende Mitarbeiter" offerieren die LHS-Gesellschaften ein Programm, das den Firmen erlaubt, ihren Leitenden die Nutzung eines Autos ohne eigene Investition zu verschaffen.

Die LHS rechnet mit einer besseren Inlandszulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge in 1986 als im abgelaufenen Jahr. In Verbindung mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der Tatsache, daß die aus der Katalysator-Diskussion entstandene Zurückhaltung bei den Verbrauchern einer nüchternen Einschätzung künftig besserer Umwelttechnik gewichen ist, wird auch das Automobil-Leasinggeschäft als weiterhin positiv verlaufend erwartet.

GEFA-Leasing, Wuppertal

Ein Schwerpunkt des Geschäftes der zur Deutschen Bank gehörenden Gefa liegt traditionell auf dem Leasing und der Finanzierung von Pkw und Nutzfahrzeugen. Beim Leasing stehen Finanzierungs-Leasingverträge im Vordergrund des Geschäftes; die Gefa übernimmt keine Full-Service-Leistungen wie Reparatur- und Versicherungskosten. In diesem Bereich sowie im Privat-Leasing arbeitet die Gefa mit ihrer Beteiligungsgesellschaft ALD zusammen.

Das Neugeschäft verläuft für die Gefa aufgrund der gestiegenen Investitionsneigung der Unternehmen auch 1985 erfreulich. An dieser Entwicklung hat das Auto-Geschäft einen wesentlichen Anteil. Das Nutzfahrzeuggeschäft konnte um 15 Prozent, das Pkw-Geschäft um 24 Prozent gesteigert werden.

Auch im kommenden Jahr erwartet die Gefa im Kfz-Bereich ein gutes Neugeschäft. Die Investitionsneigung der Unternehmen wird, wie aus einer Umfrage bei den Kunden hervorgeht, anhalten; speziell im Kfz-Bereich ist nach Beendigung der Diskussionen über Katalysator und Geschwindigkeitsbegrenzung die Bereitschaft zu Neuanschaffungen groß. Dabei wird der Anteil des Leasing künftig weiter zunehmen, weil angesichts einer vielfach knappen Eigenmittelausstattung alternativen Finanzierungsüberlegungen eine immer größere Bedeutung bei Investitionsentscheidungen zukommt.

SOLVENZ / Wer least, sollte sich seinen Partner genau anschauen

Mit der Checkliste auf der Suche nach dem geeigneten Institut

Mehr als 7,6 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Investitionen (ohne Wohnungsbau) werden bereits im Wege des Leasing realisiert. Rund 18,7 Milliarden Mark machte das Mobilien- und Immobilien-Volumen sowie die Herstellervermietung im Jahre 1983 aus (Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung). Auch in Zukunft wird dieser Bereich noch an Bedeutung gewinnen:

● Leasing ist für Investoren mehr und mehr Finanzierungsalternative.
● Da Leasingverträge im Regelfall (in Abhängigkeit von der AfA-Zeit) im Mobilien-Bereich über einen Zeitraum von vier bis acht Jahren und im Immobilien-Bereich über einen Zeitraum von mehr als 20 Jahren abgeschlossen werden, sollte der Leasingnehmer eine langfristige Zusammenarbeit mit der Leasinggesellschaft anstreben.

Rund 700 Leasinggesellschaften werden derzeit am Markt gezählt, von denen allerdings nur etwa 50 Gesellschaften eine erhebliche Marktbedeutung haben und diese 50 Gesellschaften rund 75 Prozent des Gesamtleasingaufkommens bestreiten. Der Leasing-Partner solte mit Sorgfalt und System ausgesucht werden.

Großunternehmen aus Industrie und Handel haben daher seit längerem eigene Mitarbeiter für Beobachtung und Bearbeitung des Leasingmarkts eingesetzt. Dem Mittelstand und Kleingewerbe steht diese Möglichkeit nicht offen, obwohl gerade in diesem Bereich verstärkt Leasingengagements realisiert werden. Für diese Unternehmen wurde eine „Checkliste" entwickelt.

1. Qualitative Prüfung

Geprüft werden sollte vor Abschluß eines Leasing-Engagements: mögliche Kreditlinien-Entlastung, vorhandene Eigenkapitaldecke (bei einem Eigenkapitalanteil von weniger als 25 Prozent an der Bilanzsumme ist Leasing auf jeden Fall zu empfehlen), mögliche Liquiditätsverbesserung durch Leasing, der Wunsch nach Bilanzentlastung, mögliche Vereinfachung der Kalkulation durch feste Leasingraten, periphere oder rationalisierende Investition (dann spricht vieles für Leasing) oder „Kerninvestition" (dann kann sowohl Leasing als auch Kauf empfehlenswert sein), ist die tatsächliche Nutzungsdauer des Investitionsgutes erheblich länger als die AfA-Zeit (dann kann Kauf oder Leasing in Frage kommen), oder ist die Nutzungsdauer genausolang wie oder kürzer als die AfA (dann spricht vieles für Leasing) und schließlich die Frage der Senkung des Verwaltungsaufwandes durch Leasing.

2. Kostenvergleich zwischen Leasing und konventioneller Finanzierung

Notwendig sind: eine allgemeine oder speziell auf Ihre Investition bezogene Kostenvergleichsrechnung der Leasinggesellschaft. Geprüft werden sollten Prämissen (Steuersätze, Fremdkapitalzinsen, kalkulatorische Zinsen und Eigenkapitaleinsatz) und die Vergleichsrechnung beim Steuerberater. Beachten Sie bei Kostenvergleichsrechnungen stets, daß im Falle der konventionellen Finanzierung in der Regel (zusätzliches) Eigenkapital eingesetzt werden muß, und daß dieses Eigenkapital mit einem wesentlich höheren kalkulatorischen Zinssatz anzusetzen ist als das Fremdkapital.

3. Auswahl der Leasinggesellschaft

Empfehlenswert ist, mehrere Angebote einzuholen. Der Bundesverband deutscher Leasinggesellschaften eV (BdL; Hohenzollenring 85–87, 5000 Köln 1) übersendet auf Anforderung die Mitgliederliste. Bei Nichtmitgliedern ist eventuell die Beschaffung einer Auskunft von Vorteil.

Ist es gewünscht, mit einer Leasinggesellschaft aus dem Einflußbereich der Hausbank (Banken) zusammenzubeiten? Oder sollen bewußt Kontrapunkte gesetzt werden? Auch hierüber sollte Klarheit bestehen.

Hat die in Aussicht genommene Leasinggesellschaft einen Außendienstmitarbeiter oder dezentrale Büros in Ihrer Nähe, damit Sie vor Abschluß des Vertrages und während der Laufzeit persönlich beraten werden?

4. Wahl des richtigen Vertragstyps

Vollamortisationsvertrag mit Kaufoption (full-pay-out-Leasing).

Teilamortisationsvertrag mit Andienungsrecht der Leasinggesellschaft (non-full-pay-out-Leasing).

Teilamortisation mit Aufteilung des Mehrerlöses.

Kündbare Verträge.

Sonstige Vertragstypen.

Bei der Auswahl des richtigen Vertrages sollte folgendes beachtet werden:

Stehen Laufzeit, Abschreibung und Restwert in einer sinnvollen Relation zueinander?

Wird die Besonderheit des Investitionsgutes bei der Vertragsgestaltung berücksichtigt?

5. Steuerliche Fragen

Werden die steuerlichen „Leasingerlasse" bei der Vertragsgestaltung berücksichtigt? (Erlaß für Immobilien-Leasing vom 21. März 1972, Erlaß für Mobilien-Leasing, Vollamortisationsverträge vom 19. April 1971, Erlaß für Mobilien-Leasing, Teilamortisationsverträge und kündbare Verträge vom 22. Dezembver 1975).

6. Konditionen und Mietbedingungen

Vergleichbarkeit für alle Vertragsfaktoren feststellen (Monatsmiete, Restwert, Zahlungsmodus mit oder ohne Versicherung, Abschlußgebühren, Laufzeit). Wenn die Vertragsfaktoren vergleichbar gemacht wurden, wird letztlich die Leasingrate mit Angeboten anderer Anbieter verglichen.

7. Verhandlungen mit Lieferanten

Bevor über Leasing gesprochen wird: Rabatte und Skonti aushandeln, wie bei einem Barkauf üblich. Die Möglichkeit des späteren Eintritts einer Leasinggesellschaft in den Vertrag absichern.

Eigene Leasing-Vorschläge des Lieferanten kritisch prüfen und mit Direktangeboten der Leasinggesellschaft vergleichen.

8. Lieferung des Leasinggegenstandes, Vertragsbeginn

Die von der Leasinggesellschaft ausgestellte Übernahmebestätigung erst dann unterschreiben, wenn der Leasinggegenstand auch geliefert, geprüft und störungsfrei im Einsatz ist. Bei Mängeln unverzüglich Lieferant und Leasinggesellschaft verständigen. Wartungsvertrag mit einer vom Lieferanten autorisierten Servicestelle abschließen, und Mängelrügen und Gewährleistungsansprüche direkt gegenüber dem Lieferanten geltend machen; Kopie des Schriftverkehrs jeweils an die Leasinggesellschaft.

Bankeinzugsermächtigung oder Dauerauftrag für die Mietzahlungen erteilen, außerdem sollte unbedingt darauf geachtet werden, daß die vertragsgemäßen Versicherungen abgeschlossen worden sind.

9. Bedingungen während der Laufzeit

Besteht die Möglichkeit, das Leasingobjekt vor Ablauf des Leasingvertrages umzutauschen, zu erweitern oder aufzustocken?

Fristen in Zusammenhang mit Kauf und Mietverlängerungsoptionen beachten und terminieren.

Bei Veränderungen, Beschädigungen und Zerstörungen des Leasing objektes sofort mit der Versicherung und der Leasinggesellschaft Kontakt aufnehmen. Sofern vereinbart, die rechtzeitige Übersendung der Jahresabschlüsse an die Leasinggesellschaft terminieren.

10. Regelung für die Zeit nach Ablauf des Leasingvertrages

Soll der Mietgegenstand zurückgegeben werden? Wer muß verpacken und versenden, wer trägt die Gefahr und die Kosten?

Ist die Restwertregelung günstig? Wie ist die weitere Nutzung des Objektes sichergestellt?

Soll das Objekt nach Ablauf eventuell verkauft werden oder ist eine Mietverlängerung möglich?

Sind möglichst viele der vorgenannten Möglichkeiten auch vertraglich abgesichert?

Diese Checkliste kann gerade beim mittelständischen Unternehmen dazu beitragen, aus einer Vielzahl von Leasingangeboten ein qualitativ und quantitativ optimales Vertragswerk zu realisieren.

HERMANN J. DAHLHAUS

IMMOBILIEN/KAPITALIEN

Zwangsversteigerung eines Gewerbe-Objektes

eigener Gleisanschluß; vielseitig verwendbar

in 3203 Sarstedt, Wenderter Str. 12

Entfernung nach Hannover bzw. Hildesheim je ca. 15 km.

Grundstücksgröße: 29 883 m²

Nutzfläche Hallen: 10 400 m²
(Höhe i. W. 7. m z. T. ab 5,30 m)

Nutzfläche Büros: 1 590 m²

Gerichtlich festgesetzter Verkehrswert: DM 9 400 000,–.

Preis Verhandlungssache

Versteigerungstermin am 24. Januar 1986, 9.30 Uhr, beim Amtsgericht Hildesheim, Kaiserstr. 60, Saal 16.

Anfr. bitte an erstrangige Hypothekenbank.

Tel. 02 21 / 57 21–4 94 oder 02 21 / 57 21–2 67

Repräsentative
Villa
Düsseldorf

mit ca. 800 qm Wohnfläche, für verwöhnte Ansprüche, beste Lage, von Privat für VB 3,6 Mio. DM zu verkaufen.

Zuschriften unter L 7254 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wohn- u. Geschäftshaus
beste Lage, Holzwickede, Mieteinnahme p. a. DM 58 380,–, KP DM 600 000,– zzgl. 3,42 % Courtage.
Concept-Immobilien, Heiliger Weg 1, 4600 Dortmund 1, Tel. 02 31 / 52 70 40

Kapitalanlage
Dortmund-Gartenstadt, Bauj. 1976, Wfl. 750 m², Grdst. 900 m², Mieteinnahme p. a. DM 76 000,–, KP DM 850 000,– zzgl. 3,42 % Courtage.
Concept-Immobilien, Heiliger Weg 1, 4600 Dortmund 1, Tel. 02 31 / 52 70 40

KAMPEN/SYLT

2 Friesenhäuser mit je 2 WE in unmittelbarer Nähe vom Watt, von Privat zu verkaufen.

Zuschriften unter F 7558 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Top-Kapitalanlage in Berlin-Tiergarten

Altbau-Modernisierung und Errichtung von Atelierwohnungen im Dachgeschoß.

181 % Verlustzuweisung + 2,4 % Barausschüttung, bezogen auf das Kommanditkapital in Höhe von 34,11 % des Gesamtaufwands.

Kommanditbeteiligung, **keine** Hypothekenhaftung, **keine** Nachschußpflicht.

HASCHTMANN BAUBETREUUNGSGESELLSCHAFT MBH

Herbertstraße 15, 1000 Berlin 33
Sofortauskunft Tel. 0 30 / 89 60 06 11

Von Privat
Exkl. Einfamilienhaus mit Einliegerwohnung
Nähe Oldenburg (Oldbg.), Bauj. 1985, Wohnfl. 310 m², Nutzfl. 55 m², Grundstück 6000 m².
1 Lagerhalle
Bauj. 1982, Nutzfläche 630 m². Preis VB evtl. Wertaustausch.
Tel. 0 44 05 / 82 06
Joachim Heinemann
2905 EDEWECHT, Postfach 69

Toscana, Südfrankreich Algarve
Bauernhöfe und Rustikos zum Ausbauen. Ab DM 50 000,–.
Tel. CH 00 41 12 / 3 61 00 60

Achtung, Kapitalanleger!
Proj. Geschäftshaus, Innenstadtlage von Stuttgart-Kornwestheim, langfr. und index. Mietverträge, ca. 7,5% Nettorendite p. a., DM 3,2 Mio. + MwSt.
Immo. Hildenbrandt
Tel. 07 11 / 62 70 91

Jugendstil-Villa Aussteiger-Objekt
an der ostfriesischen Küste im Bade- und Kurort
Esens-Bensersiel
Das Objekt wurde 1910 erbaut, hat inkl. Keller ca. 350 m² Wohn-/Nutzfläche und 1299 m² Grdst., Kaufpreis DM 320 000,–.
Sander Immobilien, 2950 Leer
Heisfelder Str. 136, T. 04 91 / 21 24

Holland:
in Herkingen a. d. Grevelingen, Bungalow im Park auf 440 m², Eig.gr. für 6 Pers., kpl. einger., viele deutsche Eigent., Surfgebiet m. Strand, ringh. schöne Gart. m. Laube, VB Hfl. 140 000,– inkl.
Tel. 00 31 / 1 84 01 23 35

BERLIN

Politisch gewollt, volkswirtschaftlich sinnvoll, steuerlich gefördert:

Altbau-Modernisierung mit Dachgeschoßausbau

ca. 250 % Werbungskosten 85/86
ca. 150 % Werbungskosten 87/91
ca. 400 % Werbungskosten insges. bezogen auf 20 % Barkapital

ÄRZTE-TREUHAND
Vermögensverwaltung GmbH
Hardenbergstr. 8, 1 Berlin 12
Telefon: (030) 319006-0

Auch Anfragen von Banken und Beratern werden gern beantwortet.

Einbeck – Kleinod zwischen Harz und Solling
repräsentative 2½-Zi.-Dachgeschoßwhg., Kü., Bad, ca. 70 m² Grundfläche (ca. 55 m² DIN-Wohnfl.) in kleiner Wohneinheit (Gründerzeit, aufw. renoviert) aus Altersgründen zu verk. VB 98 000,-
Tel. Freitag–Sonntag 0 55 61 / 35 94
Montag–Donnerstag 05 31 / 37 44 61, Haubenreißer

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Non-food-Fläche, ca. 3000 m²
in verkehrsgünstiger Lage Flensburgs zu vermieten. Grundstück ca. 6500 m².
Baurecht gegeben.
Zuschr. u. S 7611 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 43 Essen.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Sie sind ein leistungs- und wettbewerbsfähiger Hersteller von
1. Produkt-Linie »bedrucktes Papier« im Boutiquestil, Schreibpapier – Mobile etc.
2. Kleinmöbel im Boutiquestil.

Wir sind ein eingeführtes HV-Team im gehobenen GPK-Bereich in den PLZ 6 + 7 + 8 und würden gerne »Action« zeigen!

Zuschriften erbeten unter W 7505 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 63, 4300 Essen.

Wirtschafts- u. Finanzberatung
bietet:
- Bestandsaufnahme Ihres Unternehmens von A–Z
- dann planmäßige Durchführung der Konsequenzen daraus wie z. B.
  a) Neuorganisation, b) zeitgemäße Buchführung, c) richtige Finanzierung, d) Schuldenregulierung als Treuhänder

Vertrauliche Kontaktaufnahme unter F 7514 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bekanntes Hamburger Exportunternehmen
ist interessiert, eine Exportfirma zu kaufen.
Möglich ist auch die Übernahme einer Export-Abteilung oder Kooperation gegen entsprechende Vergütung.
Bitte schreiben Sie unter U 7503 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ungewöhnliches, aber sehr lukratives Angebot!
Besitzen Sie ein Büro, oder können Sie ein Büro leiten? Haben Sie freie Kapazitäten? Suchen Sie absolut krisenfeste Selbständigkeit mit fünfstelligem stetig wachsendem monatl. Einkommen vom Start an? Können Sie etwa DM 30 000,– investieren? Wenn Sie obige Fragen mit „Ja" beantworten, könnten Sie unser Partner sein.
Schreiben Sie uns mit einigen Angaben über Ihre Person oder Firma unter B 7466 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Suchen Sie ein effizientes Verkaufsteam in der Schweiz?
Wir sind bestens eingeführt bei Hobby- und Baumärkten, beim Baumaterialhandel sowie beim einschlägigen Eisenwaren- und Maschinenfachhandel. Wir suchen Produkte, die zu unseren bestehenden Kunden passen.
Angaben erbeten unter J 11 977 IVA AG, Postfach, CH-8032 Zürich.

Junges, gut eingeführtes Dienstleistungsunternehmen
bei Tief-/Hochbauämtern, Autobahn- u. Straßenmeistereien sowie Bauunternehmen, sucht zwecks Geschäftserweiterung interessante Verkaufspalette im Raum NRW.
Zuschriften unter U 7481 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Überregionale Organisation bietet
Repräsentanz
für Immobilien-Zwangsversteigerungsobjekte, Start: Anfang 1986
BVS-Beratungsgesellschaft für Vermögenssanierung mbH
Ostendorpstr. 5, 28 Bremen 1
Tel. 04 21 / 70 08 67, 0 59 76 / 24 82

Übernehme Auslieferungslager im Großraum Nürnberg-Fürth/Erlangen
500 m² beheizte Räume sowie Büros, Personal u. Fahrzeug vorhanden.
Guhr, Rosenbacher Str. 16
8525 Uttenreuth, Tel. 0 91 34 / 50 33

Achtung, Phono-Industrie!
Ich biete im Auftrage freibleibend an: über 20 J. bestehende GmbH mit werbewirksamem Firmennamen sowie einem gleichnamigen u. weiteren ähnlichen Warenzeichen (national u. international geschützt).
Ang. unt. V 7504 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

GmbH-Mantel
mit Verlustvortrag abzugeben.
Eilangebote erb. unt. H 7516 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Jurist
übernimmt für Sie Vertragsverhandlungen im In- und Ausland sowie Ausarbeitung von Verträgen.
Zuschr. erb. u. K 4949 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Junge Handelsgesellschaft mbH
hat noch Kapazitäten frei. Ist an eine Handelsvertretung PLZ 3 + 2 interessiert. Lagermöglichkeit u. Eigenkapital vorhanden.
Nur seriöse Angebote unter C 7467 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.



DEUTSCHE FLUG-AMBULANZ
Düsseldorf-Flughafen
Notruf 0211 / 431717
Hilft im In- und Ausland
SPENDENKONTO
Konto-Nr. 2045151
Deutsche Bank Düsseldorf

STELLENGESUCHE

Wirtschaftl. (insbes. vertriebs-)orientierter
Rechtsanwalt
29, ortsungebunden, bisher Leiter einer Freizeitanlage, Produktmanager f. Unternehmensrecht, Führungsnachwuchs Vertrieb (Vers.), sucht neuen Wirkungskreis.
Ang. unt. B 7510 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsingenieure (FH)
Anfang u. Mitte 40, mit langjähr. Berufserfahrung auf dem Sektor Pumpen-, Maschinen- u. Anlagebau, in ungekündigter Stellung, suchen für Innen- u. Außendienst im Raum Norddeutschland neuen Wirkungskreis.
Zuschr. unt. E 7557 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Techniker
43 Jahre, 10 Jahre Erfahrung in Flugzeug- und Industriehydraulik, z. Z. im Kundendienst für Industrieanlagen (12 Jahre), verantwortlich f. Abwicklung von Aufträgen, Inbetriebnahmen, Reklamationen, sowie den Ersatzteilverkauf, sucht neuen, ausbaufähigen Wirkungskreis. Wohnsitz Raum Düsseldorf.
Angebote unter E 7513 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Sped.-Kfm.
29 J., verh., 3 J. Erfahrung in leitender Pos. in NMO, Engl. in Wort u. Schrift, sucht neue Aufgabe im Ausland für Handel, Industrie oder Sped., vorzugsweise Far East.
Zuschr. erb. u. G 7515 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wegen Aufgabe des Betriebes
Bau-Ing. und Maurer-Meister
40 Jahre, verh., 10 Jahre bundesweit akquisitorisch tätig, 6 Jahre selbständiger Bauunternehmer, sucht Anstellung in geh. Pos., auch Ausland angenehm, Bauleitung oder Vertrieb.
Tel. 0 44 05 / 82 06
Joachim Heinemann
2905 EDEWECHT, Postf. 69

Papierkaufmann
langj. Erf. Innen-/Außendienst, Papier/Druck/Verpackung, Mitte 40, Sitz Hamburg, sucht neuen Wirkungskreis.
Ang. erb. unt. PZ 48 993 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Export- / Sales Manager international
34 J., verh., Kenner internationaler Märkte, erfahren im Aufbau und Führen von Verkaufsniederlassungen und direkten Verkaufsverhandlungen vor Ort, 9 Jahre Auslandserfahrung Südostasien/Pazifik und Mittlerer Osten, fließend Englisch und Französisch, wohnhaft in BRD oder im Ausland.
Zuschriften unter A 7509 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Frei für Kuala Lumpur
Sekretärin/Sachbearb., 27 J., Imp./Exp., Engl. in Wort u. Schrift sowie Span. u. Russ.
Ang. unt. Y 7507 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

GROUP PRODUCT MANAGER
Abteilungsleiter internationaler Produktentwicklung, erfolgreiche Tätigkeit, langjährige Erfahrung, fließend Englisch, in ungekündigter Stellung, sucht neue, herausfordernde Aufgabe in Industrie oder Beratung, wobei nicht die Größe und Struktur des Unternehmens entscheidend ist, sondern die Entwicklungschance für eine verantwortungsvolle Führungsposition.
Zuschr. unt. C 7511 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

FV AKTUELL

Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte sucht Stellen für:

Diplom-Ingenieur Kartographie, Dr. rer. nat.
Geograph, gelernter Kartograph, 40, langjährige Tätigkeit in Kartenredaktion, Entwurf und Herstellung, einschließlich Reproduktionstechnik, Herstellungsorganisation, Projektleitung, Lehrtätigkeit, EDV-Erfahrung.
Auskünfte erteilt: Frau Kreutzer-Model
Fachvermittlungsdienst Berlin, Charlottenstraße 90-94, 1000 Berlin 61,
☎ 030/2584-300, FS 183529

Diplom-Ingenieur (FH) Hochbau
49, Ausbildung zum Zimmerer, langjährige Berufserfahrung als Bauleiter schlüsselfertiger Wohn- und Geschäftshäuser; Umbauten von Wohnhäusern, Banken- und Industriebauten; gute Kenntnisse in Ausschreibung, Abrechnung, Planung sowie Detailplanung von Objekten; Koordination von Fachingenieuren;
wünscht verantwortungsvollen Aufgabenbereich als Bauleiter bzw. Einsatz im Planungsbüro.
Auskünfte erteilt: Herr Gräuler
Fachvermittlungsdienst Bochum, Universitätsstraße 66, 4630 Bochum 1,
☎ 0234/305-651, FS 825309

Diplom-Ingenieur (FH) Bauwesen
38, langjährige erfolgreiche Erfahrung in der Kalkulation sämtlicher Ingenieur-, Anlagen- und Hochbauprojekte; mehrjähriger Einsatz im Ausland in der Bau- und Projektleitung, sichere englische und ausreichende arabische Sprachkenntnisse.
Wunsch: leitende Aufgabe in der Kalkulation bzw. Projektleitung, auch Auslandseinsatz.
Auskünfte erteilt: Herr Gräuler
Fachvermittlungsdienst Bochum, Universitätsstraße 66, 4630 Bochum 1,
☎ 0234/305-651, FS 825309

Diplom-Ingenieurin Architektur
Bauzeichnerin, 31, FH Aachen 1/77, langjährige Berufserfahrung in Entwurf, Genehmigungsplanung, Bauleitung, Ausführungsplanung im Wohnungsbau, Wettbewerbsteilnahme, Innenraumgestaltung, Küchenplanung;
sucht verantwortungsvolle Tätigkeit auch im Industriebau, Sanierung oder Behörde.
Auskünfte erteilt: Herr Nagel
Fachvermittlungsdienst Düsseldorf, Fritz-Roeber-Straße 2, 4000 Düsseldorf 1,
☎ 0211/8226-363, -262, FS 8588292

Führungskraft Export/Import
44, BWL-Studium, Spezialist für Akquisition auf Auslandsmärkten, abschlußgewohnt, 14 Jahre im Vertrieb Konsum-, Gebrauchs- und Investitionsgüter; gute Marktkenntnisse Europa, Mittelmeerraum, Nordafrika, arab. Halbinseln, naher und mittlerer Osten, Südostasien und Staatshandelsländer; fließend Englisch, Französisch, ausbaufähiges Spanisch, Russisch;
gewünschte Aufgabe: Vertrieb, Im-/Export.
Auskünfte erteilt: Frau Krauel
Fachvermittlungsdienst Hamburg, Kurt-Schumacher-Allee 16, 2000 Hamburg 1,
☎ 040/24844-2331, FS 2163213

Fachvermittlungsdienste gibt es bei den Arbeitsämtern in Augsburg, Berlin, Bielefeld, Bochum, Bonn, Bremen, Dortmund, Düsseldorf, Frankfurt, Gießen, Göttingen, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Kiel, Köln, Mainz, München, Münster, Nürnberg, Oldenburg, Saarbrücken, Stuttgart, Würzburg.
Wenn Sie an einem der heutigen Angebote interessiert sind, wenden Sie sich bitte an die angegebene Adresse. Suchen Sie andere qualifizierte Fach- und Führungskräfte, holen Sie bitte weitere aktuelle Angebote bei Ihrem Fachvermittlungsdienst ein.

Bundesanstalt für Arbeit

Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl

Internationaler Vertrieb Technische Investitionsgüter
Wirtschaftsingenieur (40), Englisch, Spanisch verhandlungssicher, französische Sprachkenntnisse; seit zwölf Jahren verantwortlich tätig in den Bereichen Planung, Kalkulation, Vertrieb, Projektierung und Konstruktion des Spezial- und Sondermaschinenbaus, insbesondere des Spritzgieß-Formenbaus; sucht aus ungekündigter Stellung als Prokurist neue Aufgabe in Bereichs- bzw. Vertriebsleitung in Industrie oder internationalem Handel, vorzugsweise im Großraum Bremen.
Kontaktadresse:
M & Partner · 2800 Bremen 1 · Box 103 129 · Telefon 04 21 / 32 18 48

Dipl.-Ing. Architekt
flexibel, mobil, 24 Jahre Berufserfahrung, alle Bereiche, Hochbau, EDV-Kenntnisse, Sprachkenntnisse (englisch – französisch), freiberuflich tätig, sucht wegen Projektauslauf Ende 1985 freie Mitarbeit bei Kollegen oder tätige Partnerschaft o. ä. Bereiche: Baubetreuung – Controlling – Management – Gebiet BRD – evtl. Ausland. Mitglied AK NW.
Angeb. erb. unter K 7517 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Volljurist
30 J., led., einsatzfreudig und belastbar, ortsungebunden, 2. Staatsexamen „befriedigend", überdurchschnittliche Stationszeugnisse, 9 Mon. Mitarbeit in wirtschaftsrechtlich ausgerichteter Praxis, sucht Anfangsstellung in Anwaltskanzlei.
Zuschr. unt. Z 7508 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bauleiter
35, unternehmerisch denkend, 15jähr. fundierte Berufserfahrung in Baubetreuung, Kalk., Ausschr., Abrechn. im Einfam.-Hs.- u. Hallenbau, sucht im Frühjahr 1986 neue verantwortungsvolle Aufgaben, die ihn herausfordern.
Ang. unt. X 7506 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENANGEBOTE

Beim Bayerischen Landtag – Landtagsamt –
ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle eines/einer

Parlamentsstenographen/in

zu besetzen. Der Aufgabenbereich umfaßt die Protokollierung über die Vollversammlungen und Ausschüsse des Bayerischen Landtags und des Bayerischen Senats.

Bewerber sollten zumindest die Fachhochschulreife besitzen und über gute stenographische Fertigkeiten (etwa 300 Silben/Min.) verfügen. Eine entsprechende Berufserfahrung wird vorausgesetzt.

Die Vergütung erfolgt nach dem BAT mit den an obersten Dienstbehörden üblichen Leistungen.

Vollständige Bewerbungen werden erbeten an:

Bayerischer Landtag, Landtagsamt
Maximilianeum, 8000 München 85
Tel. 0 89 / 41 26 - 6 10

Beim Bayerischen Landtag – Landtagsamt –
ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle eines/einer

Praktikanten/in

als Nachwuchskraft für den Stenographischen Dienst zu besetzen. Der Aufgabenbereich umfaßt die Protokollierung über die Vollversammlungen und Ausschüsse des Bayerischen Landtags und des Bayerischen Senats.

Bewerber sollten zumindest die Fachhochschulreife besitzen und über ausbaufähige stenographische Fertigkeiten (zunächst mindestens 240 Silben/Min.) sowie über Gewandtheit im sprachlichen Ausdruck verfügen.

Das Praktikantenverhältnis wird als Teilzeitarbeitsverhältnis ausgestaltet.

Vollständige Bewerbungen werden erbeten an:

Bayerischer Landtag, Landtagsamt
Maximilianeum, 8000 München 85
Tel. 0 89 / 41 26 - 6 10

Leiter kaufmännische Abteilung
Industrielle Elektronik, 25 Mitarbeiter – PLZ 75. Alter 25–30 Jahre, FH/Uni. auch Nichtkfm. mit kfm. Kenntnissen, PC oder mind. EDV. Freude an Systematik, Aufbauposition Richtung GF.
Unternehmensberatung Krüper + Partner
5 Köln 51, Altenburger Str. 377

Geistig wendiger junger Mann
mit gutem Auftreten, etwas Organisationstalent, Verhandlungsgeschick für unsere Niederl. im Rhein-Main-Gebiet gesucht. Englischkenntnisse erforderlich. Beste Aufstiegs- und Verdienstmöglichkeiten.
Schreiben Sie uns doch kurz unter S 7501 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Stellenanzeigen zum günstigen Kombinationspreis auch in WELT am SONNTAG



An: DIE WELT/WELT am SONNTAG, Anzeigenabteilung Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

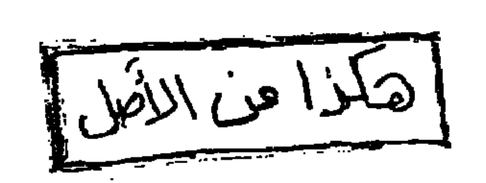
Bitte informieren Sie mich im einzelnen über die Große Kombination für Stellenanzeigen

Firma/Name: ______

Straße/Nr.: ______

PLZ/Ort: ______

Telefon: ______



Geruch der Erinnerung

M. v. Z. – Zuerst schien es nur der Tribut an eine Mode zu sein, ein PR-Gag, um das Zweitausend-Seelen-Dorf Pieve di Santo Stefano ins Gespräch zu bringen. Denn die „Geschichtsschreibung von unten", eher von den Soziologen als von den Historikern inspiriert, läuft nur zu oft auf das große Jammern über das Elend der kleinen Leute hinaus, denen es nicht so gut wie den Edlen und Adligen ging. Das „Nationalarchiv für unveröffentlichte Tagebücher, Memoiren und Briefsammlungen", das das Dorf im toskanischen Tiber-Hochtal – verbunden mit einem Preis – ins Leben rief, schien auf nichts anderes hinauszulaufen.

Doch das Ergebnis überraschte. Mehr als 100 Manuskripte gingen ein. Zehn davon kamen in die Endauswahl. Die Entscheidung fiel nicht leicht, denn jeder Text war auf seine Art interessant. Da konkurrierte das Testament eines Kräutersammlers von 1889 mit den Memoiren eines Arbeiters aus den 50er Jahren und den Aufzeichnungen einer Turiner Hausfrau von heute.

Am Ende schwankte man zwischen den Briefen des österreichischen Offiziers Ernst Wurmbrandt, dessen Mitteilungen aus dem Italien des Risorgimento ein Urenkel übersetzt und eingesandt hatte, und den Aufzeichnungen einer jungen Schulhausmeisterin aus Bologna. Die Jury sprach die zwei Millionen Lire schließlich der Lebenden zu. Denn was diese in einem Waisenhaus aufgewachsene Frau, die Witwe eines Drogentoten, sich in Briefen an ihren toten Vater von der Seele schrieb, war so bewegend, daß die Historie dahinter verblaßte.

Das „Nationalarchiv" wird allerdings bald nicht mehr der richtige Platz für das Manuskript sein, denn inzwischen hat sich ein Verleger gefunden. Auch die anderen Texte stießen auf großes Interesse. Professoren verschiedener italienischer Universitäten haben sich bereits auf den Weg gemacht, um die Goldader naiver Erzählkunst zu schürfen und in Barren soziohistorischer, sozioliterarischer Ausdeutungen umzugießen. Denn: „Wie Geruch zu Geschmack, so verhält sich Erinnerung zur Gegenwart", notierte höchst ambivalent schon Jean Paul.

Bielefeld: „Zur Weltsicht des Expressionismus"

Belustigt? Zerrissen?

Frauen auf der Straße – das sind bei Ernst Ludwig Kirchner keine Menschen mehr, sondern Signale, keine Individuen, sondern Reize, keine fleischlichen Wesen mehr, sondern Kleiderständer für Ausdrucksmotive. Die Welt ist zugestellt mit Hüten, Kleidern, Tüchern. Die Gesichter entleeren sich zu hellen Dreiecken, aus denen nur das künstliche Rot geschminkter Münder leuchtet.

Das ist die expressionistische Sicht des Menschen: Er ist nicht mehr bei sich selbst, aus sich selbst. Einzelheiten, Schicksale gar oder Biografien sind untergegangen. Was blieb, ist eine dynamische Bewegung aus Farben, Flächen und Linien. Die Masse Mensch steht für eine neue Ästhetik, die sich aus Reizen und Affekten begründet.

„Kokotte auf der Straße" (1915), Holzschnitt von Ernst Ludwig Kirchner FOTO: KATALOG

Ein anderes Bild aus der gleichen Zeit: Paula Modersohn-Beckers „Mädchen am Baumstamm". Ein Gesicht aus brauner Erde geformt. Die Hände Erdklumpen. Das Kleid wie ein bestellter Acker. Der Baum, selbst der weißgraue Himmel, der Boden bis zum Horizont – alles gleichsam ein Material, ein Ton, eine Stimmung. Natürlich ist auch hier das Individuum Mensch aufgehoben, aber in einer ganz anderen „Melodie": Nicht zerrissen, sondern aufgefangen in einer metaphysisch bestimmten Einheit.

Diese beiden Bilder sind in einer Ausstellung der Bielefelder Kunsthalle zu sehen. Und diese Ausstellung hat sich unter der expressionistischen Gedichtzeile „O meine Zeit! So namenlos zerrissen ..." (von Wilhelm Klemm) einen hohen Anspruch gesetzt: „Zur Weltsicht des Expressionismus" – so der Untertitel – möchte sie einen erhellenden Beitrag leisten. Entsprechend ist sie auch thematisch gegliedert. Landschaft, Technik, Großstadt oder so ähnlich lauten die Titel ihrer Abteilungen.

Aber wie die Gegenüberstellung der beiden eingangs beschriebenen Bilder schon zeigt, hat es damit so einige Schwierigkeiten. Man beschränkte sich in Bielefeld klugerweise auf das expressionistische Kernjahrzehnt zwischen 1905 und dem Beginn des Ersten Weltkrieges. Aber eine Weltsicht des Expressionismus? Kirchner und Modersohn-Bekker, Heckel und Marc, Macke und Mueller trennen bei allen formalen Gemeinsamkeiten gerade in der Weltsicht Lichtjahre.

Und so erlebt man in der Bielefelder Kunsthalle ein merkwürdiges Phänomen. Die einzelnen Themen bleiben blaß und diffus, und im Kopf formt sich ein ganz anderes Bild – die regionalen Gliederungen, die man kennt, stellen sich ganz von selbst wieder her. Der rheinische Expressionismus und der Münchner, der Dresdener/Berliner und der norddeutsche behaupten sich in ihrer ganzen Eigenständigkeit.

Das liegt zum Teil an der unklaren, nicht immer einsichtigen Zuordnung der Bilder zu den Themen selbst. Da hat man zum Beispiel in jener Abteilung, die sich mit der Sicht der technischen Welt beschäftigt, August Mackes Werk „Die Bonner Marienkirche im Schnee" aufgehängt. Das Bild ist gewiß kein typischer Macke. Es ist härter und kälter, als man das sonst von dem Rheinländer kennt. Die Kirche ist hinter wenig schönen Mietshäusern und Werkräumen kaum noch zu sehen.

Aber ein Gegenbild zur traditionellen Stadtsicht ist das nun doch nicht. Der Schnee deckt vorhandene Brüche eher wieder idyllisch zu. Und Macke hat sicher ganz anderes im Sinn gehabt als etwa Heckel mit seinem Bild „Stadtbahn in Berlin", in dem die Häuserzeilen drohend aufragen und sich zu beängstigenden Schluchten verengen.

Grundsätzlicher bleiben doch die geistigen Gegensätze zwischen den Regionen. Marcs Naturmythos hat mit Kirchners Zivilisationskritik zu wenig zu tun, als daß sich daraus eine „Weltsicht" ablesen ließe. Noch nicht einmal im Kontrast bildet das ein Spektrum, eher eine Fremdheit gegeneinander. Und auch das Thema „So namenlos zerrissen" ist kein geistiges Dach, unter dem man den Expressionismus subsummieren könnte.

Selbst in Grenzfällen bleibt das Thema problematisch. Der Rheinländer Carlo Mense zum Beispiel malt seine „Straße mit Fahnen", auf dem sich eine Menschenschlange nach vorn drängt, eher belustigt. Das ist vielleicht namenlos. Aber zerrissen? (Bis 26. Januar, Katalog 42 Mark)

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Der eleganteste Mephisto, den es je gegeben hat: Ein Porträt des Schauspielers Martin Benrath

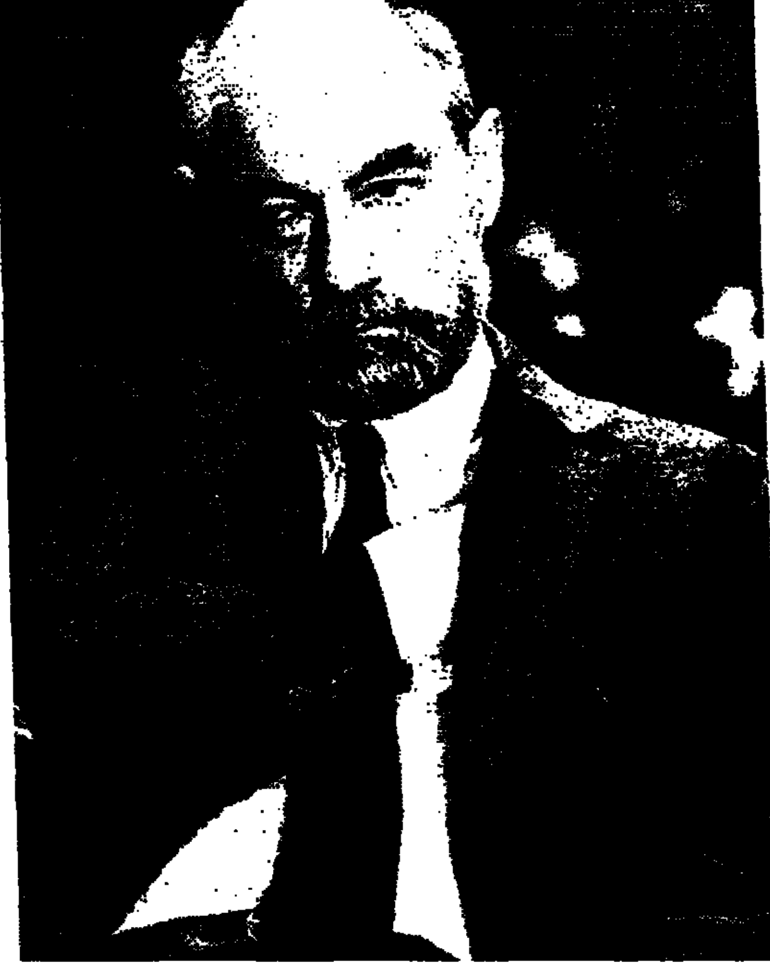
Jetzt beißt und schlägt er mit Wörtern

Wenn einer sich unübersehbar herausgehalten hat aus Sepp Bierbichlers rückschrittlichem Versuch, das Münchner Residenztheater auf die 68er Art im Namen des Ensembles direkt zu politisieren durch Anti-Apartheid-Bekenntnisse während der Vorstellung, dann ist es unter den bekanntesten Schauspielern der 59jährige, in Berlin geborene und am Schiffbauerdamm-Theater großgewordene Martin Benrath, der just 1968 in München beschloß, künftig frei zu sein und mit dem Bayerischen Staatsschauspiel nur noch Jahresverträge auszuhandeln. Er kann es sich leisten zu sagen: „Ich bin eine Ein-Mann-Firma." Aber nicht, weil er von Natur aus ein Außenseiter wäre, ein Schwieriger oder Abgründiger. Erst die veränderten Verhältnisse am Theater haben ihn vielleicht so erscheinen lassen.

Wenn Benrath heute überlegt, warum er nach dem Krieg aus seiner Generation der Luftwaffenhelfer ausbrechen wollte in ein anderes Leben auf dem Theater, wird's fast eine Elegie auf die goldene Stunde Null. „Ich hatte das Gefühl, ich müßte mich in den Dienst von guten Gedanken stellen, müßte Autoren zu ihrem Recht verhelfen", sagt er und lächelt wie über einen grimmen Witz.

Horst Caspar als Hamlet – der war in seiner Berliner Schauspielschulzeit das hochgemute Vorbild. Ihn hat er 25mal in dieser Rolle gesehen und nicht wenig von ihm behalten. Doch gerade Hamlet ist nie Benraths Rolle geworden. Und auch am 28. Dezember, wenn die „Hamlet"-Premiere im eigenen Hause steigt, „erschrecke ich wieder ein bißchen", sagt er, „weil ich in dem Stück gar nicht vorkomme". Den Regisseur B. K. Tragelehn (Ost) habe er gefragt, warum. Aber der habe sich auch bloß gewundert ...

Dahinter steckt nicht der lebensnotwendige Klatsch eines hochtourigen Schauspielbetriebs. Sondern ein von außen kaum wahrnehmbarer Strukturwandel im Theater. „Das ist jetzt mehr oder minder ein Selbstbedienungsladen der Dramaturgen", meint Benrath, „und da hat man es oft eher mit einer Clique zu tun als mit einem Ensemble."


„Ich bin jemand, der vor den Proben mit gelerntem Text antritt": Der Schauspieler Martin Benrath FOTO: DPA/KEMMETHER

Spricht daraus die bekannte wohlerworbene Verstimmung eines älteren Herrn, der seinen Beitrag zum Theater der Gegenwart gewöhnlich mit den Worten beginnt: „Zu meiner Zeit ..."? Im Gegenteil. „Jeder Tag ist ein neuer Anfang" – den Satz von Christopher Fry hatte er einmal zu sprechen, und den nimmt er heute noch weit über das Stück hinaus so ernst wie möglich. Man könnte sagen: ungeachtet der intellektuell verinnerlichten Auftritte à la Bruno Ganz, anders als die genialische Zerfahrenheit von Ulrich Wildgruber und weitab von der glimmenden Dauer-Ironie eines Minetti – ist Benrath der absolut unmodische Grundtyp des Schauspielers, der sich selber dem Publikum nicht zum Problem macht. Der nicht auf sich, sondern auf die Rolle verweist. Und den das Theater heute so nötig hat wie morgen, wenn die Innovations-Schübe einer manierierten Regie nicht mehr angenommen werden als die Verklarung, sondern als die Verhunzung eines Stücks.

Die bundesweite Bekanntheit verdankt Benrath wahrscheinlich weniger den großen Theaterrollen als seinen Filmen (der erste 1953: „Meines Vaters Pferde") und den etwa 60 Fernsehspielen (zuletzt abgedreht: Bernhard Sinkels im Frühjahr 1986 beginnende Serie „Väter und Söhne" um die Firmengeschichte von I. G. Farben; er spielt einen jüdischen Bankier, der, deutsch-national denkend, in die Hände der Nazis gerät).

Auch wer ihn bloß als den Konsul in der „Buddenbrooks"-Verfilmung gesehen hat oder als den fliegenden „Berlinger" im Film von Sinkel-Brustellin, der behält das großflächige, von einer unfallbedingten Narbe markierte Gesicht im Gedächtnis wie ein unverwechselbares Charakter-Erlebnis. Um es salopper anzudeuten: worum sich in den Werbespots der Raucher zu Pferd oder Big Boss am Steuer vergebens bemühen, weil das Publikum dahinter den Dressman erkennt, das hat Benrath, ein paar Kategorien höher natürlich, sicher in Blick und Geste. Scheinbar ohne was zu tun, suggeriert er Energie.

Hinzu kommt eine Stimme, die den Text gleichsam dialektisch in Spannung versetzt: durch ein hartes, niemals unstilisiertes Artikulieren, verbunden mit einer leichten Wattierung von Konsonanten. So sehr gehört dieses Sprechen zur Bannkraft des Schauspielers, daß er es noch nie fürs Synchronisieren ausgeliehen hat.

Das Geheimnis, warum nicht jeder Regisseur einem derart hochentwikkelten Darsteller gewachsen ist, liegt vielleicht darin: „Ich bin jemand", sagt Benrath, „der vor den Proben mit gelerntem Text antritt. Ich weiß, was ich denke, und dieser Sub-Text ist das A und O. Das Gerüst meiner Rolle baue ich vorher." Wer die endlosen Diskussionen kennt, durch die manche Regisseure und Schauspieler ihre Erfahrung ersetzen oder erneuern wollen, weiß, wer da was leidet. Trotzdem, so Benrath ausdrücklich, „hätte es mich einmal gereizt, eine total andere Sache bei Peymann oder Zadek mitzuerleben; auch eine Begegnung mit Peter Stein hätte ich gerne gehabt ..." Auf solche Zusammenstöße wäre wohl auch das überreizte Publikum neugierig.

Zur Zeit ist Benrath in der Münchner Everding-Inszenierung von Albees „Wer hat Angst vor Virginia Woolf?" als Geschichtsprofessor ein psychologischer Zerfleischungskünstler ersten Ranges. Er kracht sich mit Nicole Heesters, daß man glaubt, statt mit Wörtern schlagen und beißen sie einander aus Haßliebe nach der Vorstellung erst richtig mit Fäusten und Zähnen. Albee müßte erschrecken vor einer so europäisch vertieften Inbrunst – der Schauspieler bringt eben alles mit, was ein Boulevard-Inferno noch weiter anheizt.

So zeigt er in Strindbergs „Vater" das unheimlich Sperrige. Als Mephisto ist er der elegante, süffisante Herr im Haus. Sein Lear unter Lietzau: eine klinisch genaue Studie der Altersvereinsamung. Unvergessen im „Kaufmann von Venedig" sein abgrundböses Zusammenspiel als Antonio mit dem Shylock von Walter Schmidinger. Der sensationelle, nicht realisierte Plan schlug in jeder Szene durch: Beide wollten beide Rollen drauf haben und immer erst am Abend entscheiden, wer wen spielt.

Wie der große Werner Krauss seinen umwerfenden Spaß hatte als Charleys Tante, so wechselt Benrath gerne von gewaltigen Gestalten über zum Schwank. Etwa zum „Doppelgänger" von Hennequin und demnächst im Januar zum Berliner Boulevarderfolg der 20er Jahre, „Théodore & Cie", einem „Gipfel des bravourösen Unsinns mit Curt Bois", wie damals der „Lokal-Anzeiger" schrieb.

Solche Sprünge hält wahrscheinlich nur ein Vollblut wie Benrath aus, der das herrliche Gefühl hat: „Von 1000 Leuten tun 900 die Arbeit, 90 geht es gut, 9 tun Gutes, und 1 Saukerl hat das Glück, ein Künstler zu sein ..." Seitdem er das in Tom Stoppards „Travesties" zu sagen hatte, ist es seine innerste Stimme.

ARMIN EICHHOLZ

Meshack Asare kennt keine Zeigefingermoral: Preisgekrönte Kinderbücher aus Afrika über Afrika

Wie Trommelmännchen den Sankofa-Vogel fand

Es gibt zwei Sorten von Kinderbüchern über Afrika. Die eine hält es mit dem Struwwelpeter-Vers: „Was kann denn dieser Mohr dafür, daß er so weiß nicht ist wie Ihr?" Das ist sozusagen die traditionelle Darstellung, schwankend zwischen dem „edlen" oder „naiven" Wilden und dem „hinterhältigen Schwarzen". Das wurde inzwischen – oft ohne Verständnis für die historische Situation der Jahrhunderte, in denen dieses Bild entstand – allenthalben als „Rassismus", „Ausdruck des Kolonialismus", vor allem aber als böse Absicht, um beizeiten aus kleinen Weißen Herrenmenschen und Imperialistenknechte zu züchten, „entlarvt".

Die Folge ist die zweite Kinderbuchsorte, die nun ein Übersoll des Verständnisses erfüllen möchte und dabei nur einen Rassismus mit umgekehrten Vorzeichen produziert, bei dem die Afrikaner die Heroen sind, die den begriffsstutzigen oder aus Dummheit bösartigen Weißen auf den Weg der Einsicht und der Vernunft bringen. Das Normale kommt bei so viel Schulterklopferei natürlich nicht ins Bild.

Diese fatale Entwicklung machen drei Bilderbücher bewußt, die von solcher Überheblichkeit und Zeigefingermoral frei sind. Sie erzählen einfache Geschichten von Kindern in Afrika. In der ersten, „Tawia will aufs Meer", geht es um einen Jungen, der mit seinem Onkel zum Fischfang hinausfahren möchte: Aber er ist noch zu klein. Aus Blättern und Zweigen bastelt er sich ein Boot, mit dem er in der Brandung spielt. Daran erkennt der Onkel, wie ernst Tawias Wunsch ist, und nimmt ihn deshalb das nächste Mal mit.

Bei „Kwajo und das Geheimnis des Trommelmännchens" stehen die Goldgewichte der Ashanti, kleine Figuren und Figurengruppen aus Bronze, im Mittelpunkt. Zuerst wird geschildert, wie sie gegossen werden und der Junge seinem Vater dabei hilft. Dann träumt Kwajo, daß ihm der kleine Trommler, den er geschenkt bekam, den Weg zu einem Goldschatz zeigt, der von ähnlichen Figuren bewacht wird. Um sie passieren zu können, muß er das Sprichwort erkennen, das sie verkörpern. Beim letzten, dem Sankofa-Vogel, dessen nach hinten gebogener Hals sagt: „Lern aus der Vergangenheit", scheitert er – und erwacht.

Das dritte Buch, „Die Katze sucht sich einen Freund", nimmt die auch in anderen Regionen bekannte Fabel auf, wonach die Katze sich den zum Freunde erwählen will, der am stärksten ist. Aber immer wieder findet sich ein stärkerer – die Affen fürchten den Leoparden, der Leopard den Löwen, der Löwe das Nashorn, das Nashorn den Elefanten, der Elefant den Mann, der Mann seine Frau, die Frau eine Maus, und vor der fürchtet sich die Katze natürlich nicht, also bleibt sie ihr eigener Herr.

Diese Bücher schrieb und zeichnete Meshack Asare, ein 1945 geborener Ghanaer. Er studierte Kunst in Kumasi, machte in Großbritannien ein Journalistik-Diplom und hörte Erziehungspsychologie und Öffentlichkeitsarbeit in Wisconsin. Seit 1966 lehrte er dann zwölf Jahre lang an zwei amerikanischen Schulen in seiner Heimat. Aufsehen erregten 1969 seine Zeichnungen und Beiträge zu dem Buch „Willkommen in Ghana", das dem Besucher einen Eindruck von diesem Land vermitteln sollte. Dann entwickelte er ein Lehrprogramm, das Aspekte der ghanaischen Kultur neben vergleichbare Entwicklungen in anderen Heimatländern von Kindern an diesen Schulen, stellte. Diese Idee war so erfolgreich, daß er 1977 von dem für die Auslandsschulen zuständigen Büro des State Department in Washington beauftragt wurde, ein Programm für alle Auslandsschulen zu erarbeiten.

Neben der Schularbeit hat Meshack Asare immer gezeichnet und Bücher illustriert, vor allem für pädagogische Verlage. Sein erstes Bilderbuch, „Tawia", wurde von der Unesco als bestes afrikanisches Kinderbuch ausgezeichnet. „Kwajo" erhielt gar den „Noma Award for Publishing in Africa", den wichtigsten Preis für ein afrikanisches Buch. Der „Katze" wurde in diesem Jahr der Österreichische Kinderbuchpreis zugesprochen, und gleichzeitig wurde Käthe Recheis mit dem Österreichischen Kinderbuch-Übersetzerpreis geehrt.

Die Bücher haben diese Preise verdient. Sie erzählen unkompliziert und lebendig vom Alltag der Jungen in Ghana und – die Bilder verzichten auf alle Exotismen.

PETER JOVISHOFF

„Tawia will aufs Meer", Verlag St. Gabriel, Mödling, 36 S., 19 Mark.
„Kwajo und das Geheimnis des Trommelmännchens", VSA-Verlag, Hamburg, u. Verlag Jungbrunnen, Wien, 48 S., 17,80 Mark.
„Die Katze sucht sich einen Freund", Verlag Jungbrunnen, Wien, 32 S., 17,80 Mark.

„Kulturfreundliche Medienpolitik" – Eine Bilanz des Deutschen Kulturrats

Freundlichkeiten vom Fotokopierer

Was ist der Deutsche Kulturrat? Diese Frage stellen sich nicht nur die Bonner Mit-Lobbyisten offenbar erst gar nicht. Denn Kultur klingt respektabel, ein Rat suggeriert Kompetenz, und wer wagt es schon, gegen jemanden zu sein, der als Rat offenbar die Kultur gepachtet hat? Auch „deutsch" ist unter all dem „bundesdeutsch", „bundesrepublikanisch", „westdeutsch", „BRD" usw. als Standortbestimmung nicht zu verachten. Der Titel, da ist kein Zweifel erlaubt, wurde vorzüglich gewählt. Und so glauben sich auch all die Unterlobbies von Künstlern, Kulturschaffenden und Kulturhandelnden, die sich im Deutschen Kulturrat zusammengeschlossen haben, vorzüglich vertreten in der Hauptstadt.

Aber was der Deutsche Kulturrat macht, scheint weniger vorzüglich zu sein. Diesen Verdacht legt jedenfalls eine 208 Seiten dicke „Dokumentation" im Format DIN A4, „Für eine kulturfreundliche Medienpolitik", nahe, gedruckt mit einem Zuschuß der Kulturabteilung des Bundesministeriums des Inneren. Das Inhaltsverzeichnis verspricht zwar, die „Aktivitäten des Deutschen Kulturrats 1983–1985 und ihr Echo" vorzustellen, aber damit ist es nicht weit her.

Es kam nämlich nur eine jener chaotischen Dokumentationen heraus, mit denen mediokre Bonner Lobbyisten von Zeit zu Zeit auf ihre Existenz aufmerksam machen. Dazu werden Zeitungsschnipsel und Einladungsbriefe, Tagesordnungen und belanglose Politikerfreundlichkeiten, Pressemitteilungen und Memoranden (die schon in der Erstfassung keiner lesen mochte) zigmal durch den Fotokopierer gezogen, zusammengeheftet und – ab geht die Post.

Beim Deutschen Kulturrat scheint das nicht anders zu sein. Er entpuppt sich hier als eifriger Sprechblasenproduzent, der bei Stichworten wie „Kultur", „Medien" und Artverwandtem sofort „Ick bin all hier" ruft und zu reden beginnt. Nur mit dem Nachdenken vor dem Reden – und erst recht vor dem Drucken – scheint es arg zu hapern. Wer, glaubt man beim Deutschen Kulturrat, wird dieses ungeordnete Konvolut, mal hochkant, mal quer, mal in lesbarer Schrift, mal in winzigen Typen vervielfältigt, überhaupt lesen? Das Inhaltsverzeichnis ist unzulänglich, ein Register gibt es nicht, Verweise tragen nicht einmal Seitenzahlen, und so ertrinkt alles in der Belanglosigkeit.

Offenbar ist man beim Kulturrat so stark „engagiert", überall mitzumischen, daß niemand die Zeit, die Übersicht und wohl auch die Fähigkeit hat, kurz und bündig zu sagen: Das haben wir erreicht, da sind wir gescheitert, das würden wir gern machen. Statt dessen: die Unfähigkeit, zu informieren – aber immer „Kultur" im Mund.

P. D.


Eine Stimme für Connoisseurs: Die Sopranistin Rita Streich FOTO: REFIK YÜKSEL

Kunst in Koloraturen: Rita Streich wird 65 Jahre alt

Sibirische Nachtigall

Der Vergleich mit der Nachtigall hat immer wieder hinhalten müssen, wenn Rita Streich sang: ein Koloratursopran, silberhell, jubilierend und trillernd. Solche Singvögel waren die Zier der Oper seit Jenny Lind, der legendären „schwedischen Nachtigall". Nun, Rita Streich müßte demnach als „sibirische Nachtigall" in die Sängergeschichte eingehen, denn sie wurde – heute vor 65 Jahren – weit hinter dem Ural in Barnaul geboren.

Aber bald siedelte die Familie um, heim nach Deutschland. Maria Ivogün und deren Schülerin Erna Berger wurden die Lehrerinnen von Rita Streich: drei Generationen eines hochvirtuosen Ziergesangs in unmittelbarer Folge. In den fünfziger und sechziger Jahren war Rita Streich eine Spezialistin, um die sich die Opernhäuser und Festivals rissen, denn niemand konnte zuverlässiger so halsbrecherische Partien wie die Zerbinetta, Mozarts Königin der Nacht, oder den Singautomaten Olympia bewältigen.

Dabei war die Stimme der Streich vom Volumen her eigentlich ein bißchen klein für die ganz großen Häuser. Das „Kleine Festspielhaus" in Salzburg oder das Cuvilliéstheater in München brachten diesen zarten Sopran hingegen zu schönster Geltung. Rita Streichs Stimme war eben etwas für den kleinen Kreis der Connaisseurs.

Die helle Stimme dunkelte, Rita Streich verlegte sich von der Oper mehr und mehr auf den Liedgesang, wobei vor allem die Volkslieder aus allen möglichen Ländern und Landschaften ihr Spezialgebiet wurden. Als Lehrerin (sie ist seit 1976 ordentlicher Professor der Musikhochschule Wien) und Gastdozentin bei Ferienkursen zwischen Salzburg und Aix-en-Provence wirkt sie noch munter für ihre Kunst: den Gesang.

ebi.

JOURNAL

Generalmusikdirektor Hans Zender tritt zurück

war. Hamburg

Hans Zender, seit Herbst 1984 Hamburgischer Generalmusikdirektor für den Bereich des Philharmonischen Staatsorchesters sowie der Staatsoper, hat seinen bis 1988 laufenden Vertrag vorzeitig zum Ende dieser Spielzeit gelöst. Als offiziellen Grund für seinen Rücktritt gab der 49jährige Dirigent an, daß er sein Konzept der Verschmelzung von Neuer Musik mit der traditionellen Orchesterliteratur in den ihm verbleibenden zwei Jahren nicht mehr realisieren könne. Zenders Rücktrittserklärung ist vor allem im Zusammenhang mit der Tatsache zu sehen, daß der Senat Albrecht und Ruzicka eine Aufstokkung der finanziellen Mittel für die Philharmoniker in Aussicht gestellt hat, während Zender Einsparungen von rund 500 000 Mark hätte in Kauf nehmen müssen.

Unbekannte Kultur im Jemen entdeckt

AFP, Neapel

Eine bisher unbekannte Zivilisation aus dem dritten vorchristlichen Jahrtausend haben italienische Wissenschaftler auf der Sanaa-Hochebene im Jemen entdeckt. Wie der Leiter der vom Orientalistik-Institut in Neapel organisierten Expedition, Alessandro de Maigret, erklärte, hat sich die Ackerbau und Viehzucht betreibende Zivilisation zwischen 2000 und 1000 v. Chr. entwikkelt. Bemerkenswert sei die fortgeschrittene Bewässerungstechnik der Bauern, die Rinder und Schweine gezüchtet haben. Die Archäologen stießen auf Kanalisationsanlagen, mit denen Regenwasser aufgefangen und auf die Pflanzungen geleitet wurde.

Europäische Zeitzeugen des Kommunismus

DW. Freiburg

Von 1986 an wird der bekannte Sowjetologe Wolfgang Leonhard in der Herderbücherei die Dokumentations-Serie „Europäische Zeit-Zeugen" herausgeben. Geplant sind zunächst fünf Taschenbücher pro Jahr mit erläuternden Hinweisen von den Herausgebern. Anhand von authentischen Lebensberichten will die Reihe Einblick in die Welt des internationalen Kommunismus geben und die schneidenden Widersprüche des Systems, aber auch die Möglichkeiten der Liberalisierung und damit die Chancen für einen vernünftigen Ausgleich zwischen Ost und West aufweisen.

Florenz feiert seinen großen Sohn Donatello

AFP, Florenz

Den Renaissance-Bildhauer Donatello (1386–1466) feiert seine Heimatstadt Florenz in dessen 600. Geburtsjahr sechs Monate lang. Zentrale Punkte des Programms sind die Renovierung des Bargello-Museums, in dem die wichtigsten Donatello-Werke stehen, sowie die Wiedereröffnung des seit Jahren wegen Umbauarbeiten geschlossenen Abgußmuseums, das mit über 2000 Stücken praktisch einen vollständigen Überblick über die Bildhauerei der Renaissance bietet. Außerdem ist eine Ausstellung über Donatellos Nachwirkung geplant.

Landarbeiter fand römischen Münzschatz

dpa, London

Einen römischen Münzschatz hat ein Landarbeiter in der mittelenglischen Grafschaft Lincolnshire gefunden. Mit einem Metalldetektor spürte er ein vergrabenes Tongefäß auf, das 48 000 Münzen aus dem vierten Jahrhundert nach Christus enthielt. Es ist der zweitgrößte Münzschatz, der je in England entdeckt wurde.

Video-Kunst-Preis für 1986 ausgeschrieben

DW. Marl

Zum zweiten Mal wird im kommenden Jahr der Marler Video-Kunst-Preis von den Stiftern ausgeschrieben. Teilnahmeberechtigt sind alle Künstler, die ihren ersten Wohnsitz in der Bundesrepublik oder Berlin haben, letzter Abgabetermin ist der 30. April 1986. Das ZDF-Kulturmagazin „aspekte" will das prämierte Band „den Möglichkeiten der Sendung entsprechend vorstellen und angemessen honorieren", außerdem ermöglicht das Skulpturenmuseum Glaskasten, Marl, dem Preissträger 1987 eine Einzelausstellung.

Raoul-Dufy-Ausstellung an der Côte d'Azur

dpa, Nizza

Nach Seoul und Tokio ist nun in Nizza eine dem französischen Maler Raoul Dufy (1877–1953) gewidmete Ausstellung zu sehen. Die bis Mitte Januar geöffnete Schau im neuen Kunst- und Kongreß-Palast umfaßt rund 100 Bilder, Gouachen, Aquarelle, Zeichnungen und Drucke sowie Entwürfe für Stoffe. Zu den bekanntesten Werken gehört „Le nu à la coquille" und „La console jaune aux deux fenêtres".

Mafia-Boß auf offener Straße erschossen

SAD/DW. New York

Es war wie im Drehbuch eines Gangsterfilms. Mafia-Boß Paul Castellano (73) ließ sich Montag abend von seinem Chauffeur und Leibwächter, „Hauptmann" Thomas Bilotti (45), in seiner schwarzen Limousine nach Manhattan fahren, um ein Steak-Restaurant zu besuchen. Als sie an der 46. Straße hielten und gerade ausstiegen, traten drei Männer auf sie zu, zogen Maschinenpistolen unter ihren Trenchcoats hervor und eröffneten das Feuer aus nächster Nähe. Castellano und sein Begleiter waren auf der Stelle tot. Passanten schrien und warfen sich auf den Gehsteig. Die Polizei zählte später an beiden je sechs Einschüsse in Kopf und Oberleib. Die unbekannten Täter konnten im Gewühl der Rush-hour entkommen.

Castellano, „Pate" der Mafia-„Familie" Gambino, des mächtigsten Gangstersyndikats von New York, war in mehrere Gerichtsverfahren verwickelt, in denen es um Mord und organisierten Autodiebstahl geht. In einem der Prozesse war er zusammen mit mutmaßlichen Anführern der vier anderen New Yorker Mafia-„Familien" wegen gemeinsam begangener Auftragsmorde angeklagt. Die Staatsanwaltschaft wirft ihnen vor, Mitglieder einer Mafia-Kommission zu sein, die die Morde genehmigt hat.

Nach Polizeiangaben gehören der Gambino-„Familie" 200 bis 250 Mitglieder an, die zur Tarnung ihrer Verbrechen in den verschiedensten Branchen tätig sind. Außer in New York soll das Verbrechenssyndikat auch in Florida und in den Spielerparadiesen Las Vegas und Atlantic City aktiv sein. Castellano übernahm das Amt des „Paten" von seinem ermordeten Schwager Carlo Gambino. Sein Stellvertreter Aniello Dellacroce, der „Militärchef" des Syndikats, starb Anfang Dezember an einem Herzinfarkt.

Für den stellvertretenden Chef des New Yorker FBI-Büros, Tom Sheer, geht es bei dem Mord Castellanos daher um nichts anderes als um die Führung der Gambino-„Familie". Bilotti wurden gute Chancen für die Stellvertreterposition eingeräumt. Sheer: „Dies könnte der Auftakt zu einem Bandenkrieg sein. Es gibt viele Jungtürken im organisierten Verbrechen und die sind des Wartens müde. Sie wollen die Dinge jetzt erledigen." Wie, das zeigten sie an der 46. Straße.

Leichen im Keller

Am 31. März nächsten Jahres soll in Chicago das Geheimnis um ein zugemauertes Gewölbe gelüftet werden. Die Kammer befindet sich im Keller des zerfallenden Lexington Hotels, von 1928 bis 1931 die Schaltzentrale des Capone-Syndikats. Das Ereignis soll nach Angaben der Veranstalter im Fernsehen direkt übertragen werden. Die Behörden hatten, als sie Anfang des Jahres von der Existenz der Kammer erfuhren, sofort Ansprüche auf 200 000 Dollar ausstehender Steuern aus den Capone-Unternehmungen geltend gemacht. „Da könnte alles drin sein, von Leichen über Geld bis zu Alkohol", sagte ein Sprecher der Veranstalter.

Der in Neapel geborene Capone, auch Narbengesicht genannt, hatte in den 20er Jahren mit Prostitution, Glückspielen und Alkoholschiebereien Millionen verdient. US-Beamte schätzen, daß allein im Jahr 1927 sein Chicagoer Syndikat 105 Millionen Dollar einnahm. 1932 war Capone wegen Steuerhinterziehung zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden. Nach über sieben Jahren wurde er aus gesundheitlichen Gründen entlassen. Capone starb 1947.

In der rumänischen Hauptstadt werden Kirchen versetzt und Klöster abgerissen – zur höheren Ehre des Sozialismus



Das Erbe abgeschoben: Mehrere hundert Meter weit wurde die 1591 erbaute Klosterkirche „Michai Voda" versetzt, um sozialistischen Bauten Platz zu machen. Das Klostergebäude selbst wurde zerstört FOTOS: EUPRA

Denkmale für den Parteichef oder Die Zerstörung des alten Bukarest

CARL G. STRÖHM, Bukarest

Wer das alte Bukarest zu beiden Seiten des Flüßchens Dimbovita gekannt hat – mit seinen von Bäumen umrahmten kleinen orthodoxen Kirchen, mit Ikonenwänden, vor denen die Kerzen der Gläubigen brannten –, der kann angesichts dessen, was im Zentrum der rumänischen Hauptstadt an systematischer Verwüstung historischer Bausubstanz geschehen ist, nur noch in Tränen ausbrechen.

Um Platz für eine pompöse „Allee des Sieges des Sozialismus" und für einen gewaltigen „Palast der Republik" zu schaffen, ließ Rumäniens kommunistischer Partei- und Staatschef Nicolae Ceausescu ein ganzes Viertel der Bukarester Altstadt abreißen. Die Bewohner – oftmals alte Menschen – wurden innerhalb weniger Stunden mitsamt ihrer Habe auf die Straße gesetzt, dann fuhren Bulldozer vor und Sprengkommandos machten sich ans Werk. Viele Bukarester Bewohner, die hier zu Hause waren, verübten in ihrer Verzweiflung Selbstmord. Unter ihnen sollen auch orthodoxe Geistliche gewesen sein, die die Zerstörung ihrer Kirchen und Klöster nicht überleben wollten. Das Wort des großen jugoslawischen Dichters Ivo Andric kommen einem in den Sinn, der einmal vom „sinnlosen Bauen und henkerischen Vernichten" in unserer Zeit geschrieben hat.

Der Spitzhacke fielen unter anderem zum Opfer: die Kirchen „Spirea Veche", „Spirea Noua" und „Alba Postavari" sowie das Kloster „Mihai Voda". Bei diesem wurden die Klostergebäude zerstört, die Kirche selber – ein Prunkstück altrumänischer Architektur – wurde um mehrere hundert Meter verschoben, um Platz für sozialistische Bauten zu machen. Architekten befürchten, daß damit auf Dauer das Urteil für dieses Bauwerk gefällt wurde: Den häufigen Erdbeben im Gebiet um Bukarest dürften die neuen Fundamente nicht standhalten.

Das kleine Kloster „Schitul Maialor" aus dem Jahre 1724 wurde gleichfalls ein Opfer von Ceausescus Bauwut: Das Klostergebäude wurde zerstört, die Kirche zwar erhalten, aber von modernen Bauten derart umrahmt, daß sie praktisch „unsichtbar" geworden ist. Der Fachausdruck bei den Bukarester Altstadtzerstörern heißt dafür: „Maskierung von religiösen Gebäuden".

Zwei weitere Denkmäler befinden sich in großer Gefahr: Die Kirche „Spiridon Vechi" und die große Kirche „Domnita Balasa", beide aus dem 18. Jahrhundert. Auch ist noch offen, ob das Regime Ceausescu nicht auch noch die Bukarester Patriarchalkirche und den Sitz des Patriarchen Justin zerstören wird, weil anstelle dessen ein „Denkmal des Sieges des Sozialismus" errichtet werden soll. Dem Patriarchen der rumänisch-orthodoxen Kirche, Justin, wurde bereits angekündigt, er müsse aus seinen Amtsgebäuden gegenüber der Nationalversammlung ausziehen. Einstweilen scheinen die Proteste des Oberhaupts der rumänischen Orthodoxie das Schlimmste verhindert zu haben – aber niemand weiß, wie lange die Patriarchalkirche – eines der schönsten rumänisch-orthodoxen Gotteshäuser – noch verschont bleiben wird. Patriarch Justin ist ein alter, kranker Mann – und er hat im Regime Ceausescu nicht nur keine Macht, sondern wird vom Parteichef auch demonstrativ ignoriert.

Neben den alten unersetzlichen Kirchen sind auch drei Synagogen zerstört worden. Aber das Werk der „Erneuerung" beschränkt sich nicht nur auf das Viertel um die Dimbovita. Im Bukarester Stadtbezirk Pantelimon – dem Wahlkreis Ceausescus – wurde erst vor wenigen Monaten die historische Pantelimonkirche, die einst zum gleichnamigen Kloster gehörte, dem Erdboden gleichgemacht. Die ehemaligen Klostergebäude sollen zu einem Hotel umgebaut werden. Noch zu Beginn dieses Jahres waren offizielle Pläne über eine Restaurierung und Renovierung des Komplexes veröffentlicht worden – dann aber fuhren die Bulldozer vor.

Teilweise zerstört wurde das Kloster „Vacaresti". Die Kirche steht noch, aber die Türme und Klostergebäude wurden abgerissen. Im vergangenen Jahr fiel auch die Kirche des Klosters Cotroceni (erbaut 1679), weil Ceausescu an dieser Stelle für sich einen Palast errichten will. Hier hatte einst die Dynastie Hohenzollern-Sigmaringen, die in Rumänien bis 1947 herrschte, ihren Sitz. Von da aus soll die „Allee des Sieges des Sozialismus" über mehrere Kilometer zum neuen Palast der Republik führen – ein Forum für gigantische Massenaufmärsche und Denkmal für den Mann, der den Befehl zur Vernichtung des alten Bukarest gab.

Fast alle zerstörten Bukarester Kirchen standen unter Denkmalschutz. Das kommunistische Rumänien hat noch Anfang der siebziger Jahre eines der strengsten Denkmalschutzgesetze Europas erlassen. Das aber störte den Parteichef nicht. Als die Mitglieder der Kommission für Denkmalschutz 1977 gegen die Vernichtung der Kirche „Enei" – sie stand einst gegenüber dem Bukarester Hotel „Intercontinental" – protestierten, und als sich Widerstand von Kunsthistorikern, Architekten und Intellektuellen gegen das geplante Vernichtungswerk regte, wurde die gesamte Kommission einfach aufgelöst. Rumänien ist heute ein Land, in dem es einen ernst zu nehmenden Denkmalschutz nicht mehr gibt.

Die Zerstörung des alten Bukarest wird von seltsamen Nebenerscheinungen begleitet. In Schweizer Privatsammlungen sind kostbare Ikonen aufgetaucht, die nach Meinung von Kunstexperten aus den zerstörten Kirchen Alt-Bukarests stammen. Der Sieg des Sozialismus ist also kein Hindernis, um religiöse Kunstgegenstände, die ein Erbe der rumänischen Nationalgeschichte sind, bei den Kapitalisten zu Geld zu machen.

Glykol ist „Wort des Jahres" – vor SDI und Aids

dpa, Wiesbaden

Glykol, der „Oberbegriff" für den Weinskandal 1985, ist von der Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) zum „Wort des Jahres" erkoren worden. Außerdem war das zu Ende gehende Jahr aus der Sicht der Wiesbadener Sprachforscher ein „Jahr des Fremdworts und der Abkürzungen". Auf den Plätzen nach Glykol folgen nämlich SDI und Eureka, Aids, D1 und High-Tech. Mit Glykol („einfachster zweiwertiger Alkohol, Glyzerinersatz") wurde ein Begriff zum Wort des Jahres, der noch bis Anfang Juli ein Schattendasein in Fachbüchern und Lexika fristete. Die „Strategic Defensive Initiative", überwiegend in ihrer Kurzform SDI und selten in der Übersetzung als „weltraumgestützte Raketenabwehr" verwendet, lag in der Häufigkeit nahezu gleichrangig mit jenem „European Research Coordination/Cooperation Agency", das als Eureka für die geplante technologische Zusammenarbeit europäischer Länder steht. Der traurige Einzug der tödlichen Immunschwäche Aids auch in Schlagzeilen und Umgangssprache deutete sich bereits Ende 1984 an.

Übermüdete Ärzte

dpa, Karlsruhe

Krankenhausträger müssen zum Schutz der Patienten sicherstellen, daß durch Nachtdienste übermüdete Ärzte nicht zu Operationen eingeteilt werden. Nach einem gestern vom VI. Zivilsenat des Bundesgerichtshofes veröffentlichten Urteil muß der Klinikträger entsprechende Anweisungen erlassen. Nach den Feststellungen der Karlsruher Richter kann nicht allein der Arzt darüber entscheiden, ob er sich trotz eines vorangegangenen Nachtdienstes dem Eingriff gewachsen fühlt. (Az: VI ZR 85/84)

Warenlager wird Kirche

rtr, Vatikanstadt

Die während der Kulturrevolution als Warenlager genutzte größte katholische Kirche Pekings soll wieder als Gotteshaus dienen. Die katholische Missionsagentur AIMIS meldete gestern, die Neueröffnung der „Kirche des Retters" sei eine Versöhnungsgeste der chinesischen Behörden gegenüber den Gläubigen.

Kein Weihnachtsgeld?

rtr, Bonn

Die Bundesbeauftragte für Ausländerfragen, Liselotte Funcke, hat gestern Sozialämter kritisiert, die nichtchristlichen asylsuchenden Sozialhilfeempfängern die Weihnachtsbeihilfe verweigern. Sie forderte in Bonn die Ämter auf, von dieser Praxis Abstand zu nehmen und sagte: „Wir sollten in einem christlichen Land nicht ausgerechnet zu Weihnachten die Bedürftigsten leer ausgehen lassen."

LEUTE HEUTE

Ohne Auto

Nach 61 Jahren Fahrpraxis und mehreren Millionen Kilometern „auf dem Buckel" hat **Peter Seibert**, der letzte Fahrer Konrad Adenauers, gestern in Bonn freiwillig seinen Führerschein abgegeben. Als Termin wählte er seinen 82. Geburtstag. „Einem passionierten Autofahrer wie mir fällt das ja schwer, aber man muß im Alter ja Vorbild sein", meinte Seibert lächelnd. Nach einer Herzattacke habe ihm sein Arzt geraten, das Autofahren aufzugeben.

Mit der Bahn

Der „Intercity Experimental" (ICE), der neue Hochgeschwindigkeitszug der Deutschen Bundesbahn ICE fuhr mit 148 Sachen nur halb so schnell, wie er eigentlich gekonnt hätte – wegen der kurvenreichen Strecke von Bonn nach Koblenz, am Rhein entlang. Trotzdem war Bundeskanzler **Helmut Kohl** begeistert: „Ich sitze in einem wunderbaren Zug", sagte er, und „ich erlebe ein Stück Zukunft". Der Kanzler hatte bei seiner ersten Fahrt auf dem ICE eine beachtliche „Mannschaft" an seiner Seite: Neben Verkehrsminister **Werner Dollinger** begleiteten ihn **Rainer Gohlke**, der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bundesbahn, sowie **Friedheim Ost** und **Horst Teltschik** in die Lokführerkanzel.

Raubpressungen: Sogar Copyright war gefälscht

DIETER F. HERTEL, Hamburg

Im Hamburger Polizeipräsidium und in den Unterkünften der Hamburger Bereitschaftspolizei stapeln sich seit Montag nachmittag riesige Mengen von Schallplatten und Musikkassetten. Bei einer Großrazzia sind in der Hansestadt und in mehreren Orten der Umgebung Hunderttausende von Tonträgern beschlagnahmt worden. Rund 50 Tonnen wurden auf 16 Last- und Lieferwagen zu den polizeilichen Sammelstellen transportiert. Es handelt sich vermutlich um Raubpressungen oder -schnitte.

Die Razzia war von langer Hand vorbereitet. Schon seit Monaten hat die deutsche Landesgruppe der IFPI (International Federation of Producers of Phonograms and Videograms), die die seriösen Hersteller vertritt, den norddeutschen Markt beobachtet. Immer wieder fielen dabei Schallplatten und Kassetten auf, die nicht von Originalherstellern stammten. Selbst die Copyright-Vermerke waren in manchen Fällen nachgeahmt. Am Montag wurde dann die Hamburger Kripo tätig. 50 Mann waren im Einsatz. In Kaltenkirchen, Lüneburg, Henstedt-Ulzburg und Seevetal schwärmten ihre Kollegen aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen aus. Sechs Beamte hatte das Bundeskriminalamt (BKA) abgestellt.

Durchsucht wurden nicht nur Schallplattengeschäfte, auch in Preßwerken, einem Tonstudio, Lagerhallen, einer Glanzfolienfabrik und Privatwohnungen wurde die Kriminalpolizei fündig. Insgesamt 26 Objekte standen auf der Liste der Fahnder. Mit der Beschlagnahme ist die Hauptarbeit noch nicht getan. Jetzt muß nachgewiesen werden, daß es sich bei den sichergestellten Platten und Kassetten um Fälschungen handelt. Das kann in Einzelfällen wegen der Originaltreue mancher Schwarzpressungen schwer fallen.

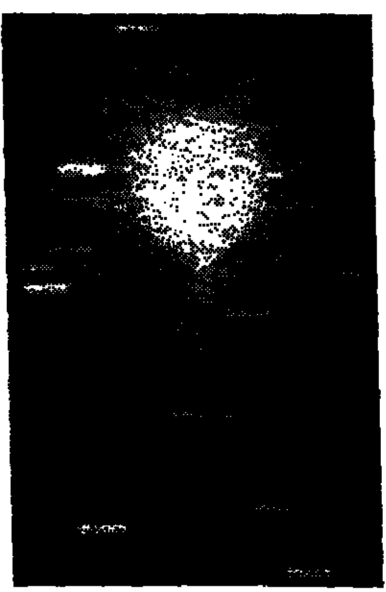
Bei Raub- und Schwarzpressungen werden nicht nur die Hersteller der Originalaufnahmen und die Künstler geschädigt. In der Regel werden auch noch Steuern hinterzogen. Der Justitiar der deutschen Landesgruppe der IFPI, Bernd Böckhoff, schätzt, daß 1984 das Umsatzvolumen mit illegalen Tonträgern in der Bundesrepublik rund 60 Millionen Mark betrug.

Komet Halley lieferte ein Lehrstück für Astronomen

RUDOLF MERGET, Hamburg

Schon vor seinem Schwenk um die Sonne überraschte der Komet Halley jetzt die Astronomen. Er schleuderte auf seiner rasenden Fahrt eine ungewöhnliche Fontäne („Jet") Hunderttausende von Kilometern weit ins All. Wie der Direktor der Hamburger Sternwarte, Professor Heinrich Wendker, berichtete, wurde der intensive Auswurf aus dem Kometenkopf im Deutsch-Spanischen Astronomischen Zentrum auf dem Calar Alto in Südspanien mit dem dort stationierten 80-Zentimeter-Schmidt-Spiegel aus Hamburg beobachtet.

Lubos Kohoutek, Hauptobservator an der Sternwarte in Hamburg-Bergedorf und im März 1973 Entdecker eines nach ihm benannten Kometen, konnte am 12./13. November die mindestens 730 000 Kilometer lange, etwa senkrecht zur Kometenbahn und zum gerade wachsenden Schweif stehende Fontäne aus Gas und Staub mit der Schmidt-Kamera festhalten.



Von Hamburger Astronomen entdeckt: die gigantische Materie-Fontäne des Halley FOTO: DPA

Niemals zuvor ist nach Wendkers Wissen ein derartiges Kometenphänomen dieser Größenordnung so deutlich und nahe der Erde beobachtet worden. Der dabei entstandene Raketeneffekt könnte nach Ansicht Kohouteks die Bahn des Schweifsterns geringfügig ändern und Bedeutung für den Kurs des europäischen Raumfahrzeuges „Giotto" bekommen. Die Sonde soll am 13. März nächsten Jahres aus einem Pulk von fünf Forschungsfahrzeugen bis mindestens 500 Kilometer an den Halley-Kern heranfliegen.

Als Kohoutek Mitte November die Erscheinung fotografierte, sauste der Halleysche Komet mit etwa 112 000 Stundenkilometer Geschwindigkeit genau in Richtung Erde und war von dieser noch rund 117 Millionen Kilometer entfernt. Der Durchmesser der Koma, der den relativ kleinen und rätselhaften Kometenkern umgebenden Atmosphäre aus Gas und Staub, betrug 370 000 Kilometer (etwa die Entfernung Erde–Mond), während die Teilchen des gekrümmten und nach Süden zeigenden „Jet" mit einer Geschwindigkeit von mindestens drei Kilometern pro Sekunde aus dem Kometenkern herausschossen.

Der Halley, einer der brillantesten Zeugen aus der weit draußen am Rande unseres Sonnensystems driftenden Wolke von Milliarden eisiger Kometenkerne, wird am 9. Februar nächsten Jahres seinen sonnennächsten Punkt (Perihel) mit über 200 000 Stundenkilometern Geschwindigkeit in der Distanz von etwa 85 Millionen Kilometern zum Zentralgestirn passieren. Seine nächste Position zur Erde erzielt der von der Schwerkraft auf eine elliptische Bahn um die Sonne gezwungene Schweifstern am 11. April in der Entfernung von 60 Millionen Kilometern, dann aber schon auf der Rückreise zu seinem sonnenfernsten und Wendepunkt (Aphel) irgendwo zwischen den Bahnen der Planeten Neptun und Pluto. Dort siegt im November 2023 die Sonnenanziehung über die Fliehkraft und bringt die einzigartige Erscheinung zurück zum neuen Schwenk um die Sonne im Jahre 2062.

Nach der erhöhten Aktivität ist der Komet nach den Worten von Kohoutek heller geworden und mit einem Feldstecher gut sichtbar, zur Zeit am südwestlichen Abendhimmel im Sternbild Fische und Ende Dezember im Sternbild Wassermann. Ab Mitte Januar wird der Komet von der Sonne überstrahlt und dann bis Anfang März hinter dieser verschwinden.

Ältestes Gasthaus

rtr, Berlin

Die älteste Gaststätte in der „DDR" feiert in diesem Jahr ihr 500jähriges Bestehen. In dem unter Denkmalschutz stehenden Hotel „Zum Anker" in Saalfeld im Bezirk Gera haben schon Kaiser Karl V. und Kurfürst Johann Friedrich der Großmütige übernachtet. Letzterer nach der Schlacht bei Mühlberg im Jahre 1525 als Gefangener des Kaisers im Keller des renommierten Hauses, das seinerzeit „Zur Güldenen Gans" hieß.

Von Mauer erschlagen

AP, Wien

Heftige Stürme haben gestern im Osten Österreichs ein Menschenleben gekostet. Wie die Polizei mitteilte, wurde ein Arbeiter getötet, der von einer umstürzenden Mauer begraben wurde. Die Stürme erreichten nach Angaben der Meterologen in Wien Spitzenwerte bis zu 112 Stundenkilometer.

Roboter bohnert

AP, Tokio

Gestern wurde in Tokio die Lösung für alle die vorgestellt, denen Aufräumen und Saubermachen ein Greuel ist: „Auto Sweepy", der erste Roboter der putzt und bohnert. Und all das auch noch zehn Mal schneller als Menschen es könnten. Billig ist „Auto Sweepy" mit rund 126 000 Mark nicht. Und auch nicht gerade klein – immerhin 1,40 Meter lang, 1,20 Meter hoch und 70 Zentimeter breit.

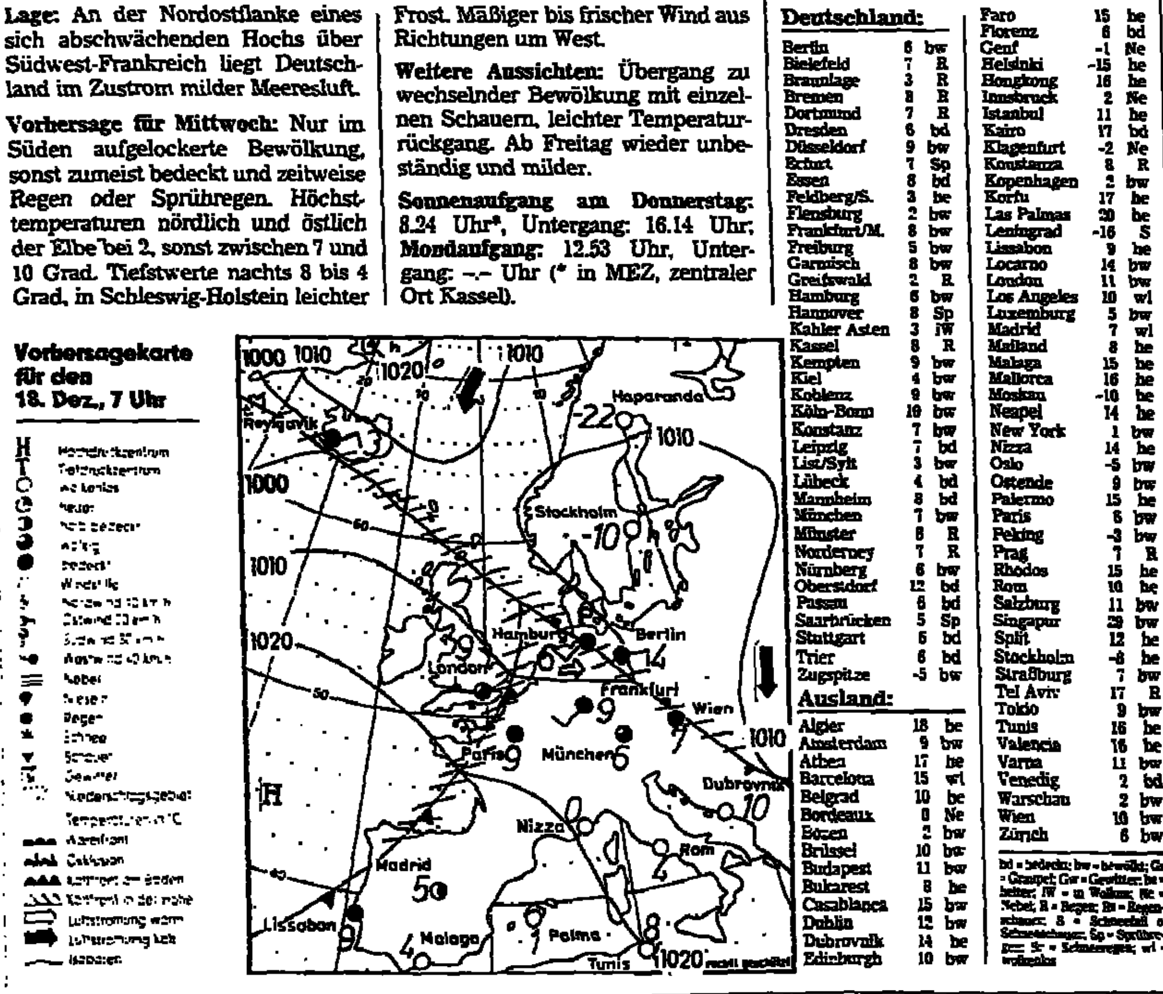
WETTER: Unbeständig und mild

Lage: An der Nordostflanke eines sich abschwächenden Hochs über Südwest-Frankreich liegt Deutschland im Zustrom milder Meeresluft.

Vorhersage für Mittwoch: Nur im Süden aufgelockerte Bewölkung, sonst zumeist bedeckt und zeitweise Regen oder Sprühregen. Höchsttemperaturen nördlich und östlich der Elbe bei 2, sonst zwischen 7 und 10 Grad. Tiefstwerte nachts 8 bis 4 Grad, in Schleswig-Holstein leichter Frost. Mäßiger bis frischer Wind aus Richtungen um West.

Weitere Aussichten: Übergang zu wechselnder Bewölkung mit einzelnen Schauern, leichter Temperaturrückgang. Ab Freitag wieder unbeständig und milder.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 8.24 Uhr*, Untergang: 16.14 Uhr; **Mondaufgang:** 12.53 Uhr, Untergang: –.– Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	6	bw
Bielefeld	7	R
Braunlage	3	R
Bremen	8	R
Dortmund	7	R
Dresden	6	bd
Düsseldorf	9	bw
Erfurt	7	Sp
Essen	8	bd
Feldberg/S.	3	he
Flensburg	2	bw
Frankfurt/M.	8	bw
Freiburg	5	bw
Garmisch	8	bw
Greifswald	2	R
Hamburg	6	bw
Hannover	8	Sp
Kahler Asten	3	IW
Kassel	8	R
Kempten	9	bw
Kiel	4	bw
Koblenz	9	bw
Köln-Bonn	10	bw
Konstanz	7	bw
Leipzig	7	bd
List/Sylt	3	bw
Lübeck	4	bd
Mannheim	8	bd
München	7	bw
Münster	8	R
Norderney	7	R
Nürnberg	6	bw
Oberstdorf	12	bd
Passau	6	bd
Saarbrücken	5	Sp
Stuttgart	6	bd
Trier	6	bd
Zugspitze	-5	bw

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	18	be
Amsterdam	9	bw
Athen	17	he
Barcelona	15	wl
Belgrad	10	he
Bordeaux	0	Ne
Bozen	2	bw
Brüssel	10	bw
Budapest	11	bw
Bukarest	8	he
Casablanca	15	bw
Dublin	12	bw
Dubrovnik	14	he
Edinburgh	10	bw
Faro	15	he
Florenz	6	bd
Genf	-1	Ne
Helsinki	-15	he
Hongkong	16	he
Innsbruck	2	Ne
Istanbul	11	he
Kairo	17	bd
Klagenfurt	-2	Ne
Konstanza	8	R
Kopenhagen	2	bw
Korfu	17	he
Las Palmas	20	he
Leningrad	-16	S
Lissabon	9	he
Locarno	14	bw
London	11	bw
Los Angeles	10	wl
Luxemburg	5	bw
Madrid	7	wl
Mailand	8	he
Malaga	15	he
Mallorca	16	he
Moskau	-10	he
Neapel	14	he
New York	1	bw
Nizza	14	he
Oslo	-5	bw
Ostende	9	bw
Palermo	15	he
Paris	6	bw
Peking	-3	bw
Prag	7	R
Rhodos	15	he
Rom	10	he
Salzburg	11	bw
Singapur	29	bw
Split	12	he
Stockholm	-8	he
Straßburg	7	bw
Tel Aviv	17	R
Tokio	9	bw
Tunis	16	he
Valencia	16	he
Varna	11	bw
Venedig	2	bd
Warschau	2	bw
Wien	10	bw
Zürich	6	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

ZU GUTER LETZT

Konkurrenz für den Weihnachtsmann: Die „Weihnachtsfrau", meldete dpa aus Rio de Janeiro.